

Schader-Stiftung (Hrsg.)

Zuhause in der Stadt

Herausforderungen, Potenziale, Strategien



Initiative ZUHAUSE IN DER STADT

Vor dem Hintergrund der komplexen Gestaltungsaufgaben in den Handlungsfeldern Stadtentwicklung und Wohnen haben sich maßgebliche zivilgesellschaftliche Akteure im Ergebnis eines kontinuierlichen Dialogs im Netzwerk ZUHAUSE IN DER STADT zusammengeschlossen. Ziel dieser Kommunikationsplattform ist es:

- auf eine gesamtgesellschaftlich verantwortungsvolle Weiterentwicklung des Leitbildes der Europäischen Stadt als Raum-, Sozial- und Wertemodell hinzuwirken,
- das Zusammenwirken der Partner in den Handlungsfeldern Wohnen und Stadtentwicklung zu befördern,
- zivilgesellschaftliches und wirtschaftliches Engagement zur Stabilisierung und Weiterentwicklung der Städte als attraktive Wohn- und Lebensräume zu aktivieren,
- Impulse für die Weiterentwicklung der nationalen Stadtentwicklungspolitik zu geben.

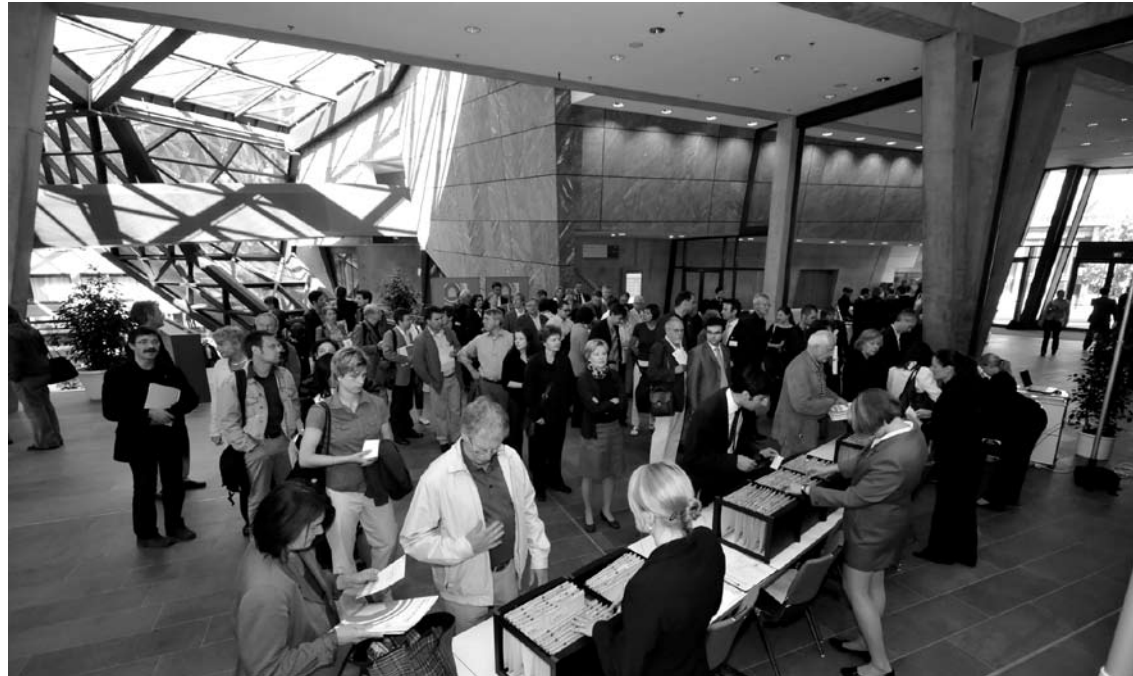
Die Partner im Netzwerk ZUHAUSE IN DER STADT haben im Bewusstsein ihrer Verantwortung für die Entwicklung der Städte ihre gemeinsamen Ziele in der **Darmstädter Erklärung** (siehe S. 14) zusammengefasst. Sie wollen auf diesem Wege die **Kommunikation** untereinander sowie in die **Zivilgesellschaft** hinein auf eine tragfähige Grundlage stellen.

Schader-Stiftung (Hrsg.)

Zuhause in der Stadt

Herausforderungen, Potenziale, Strategien

Die Konferenz „Zuhause in der Stadt“ im Wissenschafts- und Kongresszentrum Darmstadt



Schader-Stiftung (Hrsg.)

Zuhause in der Stadt –
Herausforderungen, Potenziale, Strategien

Dokumentation

der Konferenz am 17./18. Juni 2008 in Darmstadt

mit Beiträgen von:

- > Engelbert Lütke Daldrup > Dieter Läßle > Jutta Allmendinger
- > Matthias Zschokke > Peter Lückemeier > Hans-Michael Brey
- > Tillman Prinz > Martin Rosenfeld > Peter Zlonicky

Die Konferenz ist ein Pilotprojekt im Rahmen des
„Nationalen Strategieplans für eine integrierte
Stadtentwicklungspolitik“ des BMVBS / BBR



NATIONALE
STADT
ENTWICKLUNGS
POLITIK

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	Seite		
Vorwort	6		
Grußwort > Oberbürgermeister Walter Hoffmann	8		
1 Die Initiative „Zuhause in der Stadt“			
Die Initiative „Zuhause in der Stadt“ – auf dem Weg zum Netzwerk > Prof. Reiner Schmidt	12		
Darmstädter Erklärung	14		
2 Stadt im Wandel			
Umsetzung der Leipzig-Charta: Rahmenbedingungen für kommunale Stadtentwicklungspolitik > Staatssekretär Dr. Engelbert Lütke Daldrup	17		
Städte im internationalen Kontext – Herausforderungen und Chancen der Globalisierung > Prof. Dr. Dieter Läßle	20		
Das Nest zieht in die Stadt: Die Entwicklung der Sozialstruktur, weibliche Lebensentwürfe und das Leben in der Stadt > Prof. Jutta Allmendinger Ph. D.	32		
3 Leben in der Stadt – literarische Betrachtungen			
Zuhause in der Stadt – Betrachtung eines Großstadtmenschen > Matthias Zschokke	41		
Die Bürgerstadt > Peter Lückemeier	47		
4 Chancen für eine nachhaltige Stadtentwicklung			
Chancen der demographischen Entwicklung für die Wohnungs- und Städtepolitik – ausgesuchte Handlungsempfehlungen > Dr. Hans-Michael Brey	57		
Chancen der demographischen Entwicklung für die Wohnungs- und Städtepolitik – Anmerkungen aus Sicht der Planer und Architekten > Dr. Tillman Prinz	60		
Zukunft der Finanzierung der Städte und ihrer zentralörtlichen Funktionen > Prof. Dr. Martin T.W. Rosenfeld	63		
		5 Nachhaltiges Wohnen in der Stadt – Herausforderungen, Potenziale, Strategien	
		Wovon wir reden	71
		Forum 1 – Wohnen in der Stadt	73
		Forum 2 – Vielfalt in der Stadt	78
		Forum 3 – Arbeiten in der Stadt	84
		Forum 4 – Stadt im Klimawandel	90
		6 Gestaltungsaufgabe Stadt	
		Integrierte Stadtentwicklung: Kooperation	97
		Gestaltungsaufgabe Stadt – gemeinsam für attraktive Städte	100
		Zusammenfassung und Ausblick > Gudrun Kirchhoff / Reiner Schmidt	107
		7 Anhang	
		Programm der Konferenz	112
		Biografien der Autor/innen, Referent/innen, Moderator/innen	116
		Hinweise auf Internetadressen	129
		Impressum	132

Vorwort

Zuhause in der Stadt – Herausforderungen, Potenziale, Strategien

Stadt ist Lebens-, Wohn- und Arbeitsraum, ist Ort gesellschaftlicher Auseinandersetzungen und Integration – und nicht zuletzt ein kultureller Wert. Wer für Städte und deren Entwicklung verantwortlich ist, darf nicht nur die Funktionen und das Funktionieren von Städten im Auge haben. Letztendlich geht es um Lebensqualität und ein Zuhause für alle Stadtbewohner.

Städte haben lange Zeit darunter gelitten, dass Menschen sie Richtung Suburbia verlassen haben. Insbesondere die Innenstädte waren als Wohnstandorte für Familien bzw. für Mittelschicht Haushalte immer weniger gefragt. Die Innenstadtkerne und die angrenzenden Wohnbereiche waren für das Wohnen zu laut, zu teuer und zu wenig kindgerecht. Hinzu traten nicht selten Konflikte zwischen unterschiedlichen sozialen Gruppen.

Seit einiger Zeit ist nun von einer „Renaissance“ der Innenstädte die Rede. Zwar fehlen für eine solche Renaissance noch umfassende empirische Belege, doch sprechen eine Vielzahl von Beobachtungen und Fallbeispielen dafür, dass die Stadt an Attraktivität gegenüber dem Umland gewinnt. Für diese aus stadtentwicklungspolitischen Sicht erfreuliche Entwicklung gibt es viele Gründe. Diesen „Trend zur Rückkehr in die Stadt“ zu erfassen, seine Hintergründe zu beleuchten und zugleich in einen Zusammenhang mit aktiven Stadtentwicklungsstrategien zu stellen, hat sich die Initiative „Zuhause in der Stadt“ mit der Statuskonferenz 2008 zum Ziel gesetzt. Denn die Städte sind Motoren von gesellschaftlicher Entwicklung und Innovation. In Städten konzentrieren sich Arbeitsplätze, vollzieht sich gesellschaftliche Integration und wird das baukulturelle Erbe manifest.

Unsere Städte stehen vor vielfältigen Herausforderungen: Sie befinden sich regional, national und auch global im Wettbewerb um Wirtschaftsansiedlungen, um Wissenschaft und Kultur, um Arbeitskräfte und die besten Köpfe. Gleichzeitig vollziehen sich in der altersmäßigen, ethnischen und sozialen Zusammensetzung der Bevölkerung gegenwärtig grundlegende Veränderungen. Ähnliche Strukturbrüche sind in den Bereichen: Energieressourcen, Klima, Arbeitsbedingungen, Mobilität, Bildung und soziale Sicherung zu erwarten. Dabei verläuft die Entwicklung in Deutschland regional sehr unterschiedlich: wachsenden Metropolregionen wie Frankfurt am Main, Stuttgart und München stehen sich entleerende Räume – vornehmlich in Ostdeutschland – mit stark schrumpfenden Städten gegenüber. Vor dem Hintergrund des wirtschaftlichen Strukturwandels und der absehbaren demographischen Entwicklung sagen Prognosen weitere regionale Polarisierungen voraus. Diese werden nicht nur auf regionaler Ebene stattfinden, sondern es werden auch räumlich direkt aneinander grenzende Prozesse von Schrumpfung und Wachstum erwartet. Dies bedeutet mit Blick auf die Städte und ihre Entwicklungschancen, dass die Betrachtung auf die Region zu erweitern ist. Das Zusammenspiel von Stadt und Region wird zu einem entscheidenden Faktor für die Zukunftsfähigkeit unserer Städte.

Stadtentwicklungs- und Wohnungspolitik sind zentrale Politikfelder, wenn es darum geht, nachhaltige Antworten auf die demographischen, sozialen und ökonomischen Herausforderungen zu geben. Im Zusammenspiel zwischen regional- und kommunalpolitischen Strategien sowie wohnungswirtschaftlichem Engagement muss es darum gehen, die Städte für die Aufgaben der Zukunft zu rüsten. Die Vielzahl der wohnungswirtschaftlichen Akteure haben es maßgeblich in der Hand, die Städte als attraktive Wohn- und Lebensräume für breite Schichten der Bevölkerung zu erhalten und weiterzuentwickeln.

Dazu bedarf es verlässlicher Rahmenbedingungen, gemeinsamer Strategien sowie innovativer Projekte.

Aus diesem Grund haben sich im vergangenen Jahr maßgebliche Verbände und Organisationen, die sich in den Bereichen Stadtentwicklung, Wohnen und qualitätsvolles Bauen in der Stadt engagieren, zusammengefunden und die Initiative „Zuhause in der Stadt“ ins Leben gerufen. Die hier gemeinsam agierenden Partner haben mit der „Darmstädter Erklärung“ die zukünftigen Anforderungen an eine nachhaltige Stadtentwicklung sowie Ziele und Aufgaben definiert, die sie mit gemeinsamen Initiativen und Projekten im Sinne der formulierten Handlungserfordernisse verfolgen wollen.

Das Bundesbauministerium hat auf Grundlage der Leipzig Charta und des Leitbildes der Europäischen Stadt die Initiative „Nationale Stadtentwicklungspolitik“ gestartet. Die Konferenz „Zuhause in der Stadt“ ist ein Projekt im Rahmen dieser Initiative.

Stadtentwicklungspolitik wird dann richtungsweisend und zukunftsfähig, wenn Bund, Länder und Kommunen Hand in Hand arbeiten und dabei ressortübergreifend denken und handeln. Das gilt im besonderen Maße, wenn sich zusätzlich die Bevölkerung und weitere Handlungsträger für den gemeinsamen Lebensraum Stadt engagieren.

„Zuhause in der Stadt“ ist ein Motto, ein Wunsch und eine Selbstverpflichtung – es handelt sich um einen Prozess, der auch für weitere Veränderungen und Anforderungen offen sein muss. Es geht um den Organismus Stadt, den urbanen Pulsschlag, lebendige Stadträume, um das Miteinander von gebauter qualitätsvoller Umwelt und Lebensräumen, die allen Menschen – gleich welcher Nationalität und sozialer Stellung – ein Zuhause bieten.

Im Zentrum der gemeinsamen Bemühungen steht der konstruktive Dialog der Akteure untereinander, verbunden mit einer nachhaltigen Kommunikation in die Zivilgesellschaft hinein. Ziel ist, mit kooperativem Handeln die Nationale Stadtentwicklungspolitik auszufüllen.

Ohne eine Vielzahl von Partnern und Akteuren, die das Projekt ideell, finanziell und organisatorisch unterstützt haben, wäre die Statuskonferenz 2008 in dieser Form nicht realisierbar gewesen. Ihnen allen sei herzlich gedankt. Dank gilt insbesondere den Referentinnen und Referenten für ihre wertvollen Diskussionsbeiträge und den Moderatorinnen und Moderatoren für die umsichtige Gestaltung des Dialogs.



Sabine Süß,

Geschäftsführender Vorstand der Schader-Stiftung



Staatssekretär Dr. Engelbert Lütke Daldrup,

*Bundesministerium für Verkehr,
Bau und Stadtentwicklung*

Grußwort

> Oberbürgermeister Walter Hoffmann

Ich freue mich außerordentlich, Sie hier und heute zu dieser zweitägigen Veranstaltung begrüßen zu dürfen. Ebenso möchte ich an dieser Stelle dem Veranstalter, den beteiligten Institutionen und den Referenten danken. Diese Konferenz steht beispielhaft für den wissenschaftlichen Geist in unserer Stadt. Veranstaltungen dieser Art passen in unser Profil. Ich freue mich daher, dass Sie diesen Ort gewählt haben und hoffe, dass Sie sich hier wohlfühlen werden. Sie leisten somit einen wichtigen Beitrag zur weiteren Etablierung dieses Hauses und der Stadt als Tagungsort.

Da einige von Ihnen das „Darmstadtium“ zum ersten Mal nutzen, möchte ich Ihnen zunächst einmal die wichtigsten Rahmenbedingungen mitteilen:

Die Gesamtfläche des Gebäudes beträgt 18.000 Quadratmeter. Der große Hauptsaal bietet Raum für 1.635 Sitzplätze. Daneben gibt es 20 weitere Konferenz- und Seminarräume für bis zu 200 Gäste. Das Kongressgebäude hat einen Bruttorauminhalt von zirka 110.000 Kubikmetern. Während der Bauzeit war das „Darmstadtium“ Hessens größte öffentliche Baustelle. Insgesamt wurden 43.000 Kubikmeter Beton und 7.300 Tonnen Stahl verbaut. Die Wissenschaftsstadt hat eine beträchtliche Summe zur Finanzierung dieses Hauses beigesteuert. Auf das Endprodukt sind wir zu Recht stolz.

Das ausgeklügelte Raum- und Klimakonzept dieses Gebäudes bietet – so denke ich – einen attraktiven Rahmen für diese Veranstaltung. Schließlich sollen Sie sich für die nächsten zwei Tage hier auch „Zuhause in der Stadt“ fühlen.

Das Thema dieser Tagung halte ich für höchst spannend und diskussionswürdig. Schließlich geht es hierbei um die Fragestellung, inwiefern die Stadt auch für

künftige Generationen als attraktive Lebens- und Arbeitswelt erhalten und ausgebaut werden kann. Das ist für mich als Oberbürgermeister einer Großstadt wie Darmstadt ein absolutes Kernthema, dem ich mich nicht verschließen möchte. Aus diesem Grund werde ich auch an der Diskussionsrunde „Strategien für urbanes Leben in der Stadt“ heute Nachmittag teilnehmen. Ich denke und hoffe, dass das hier anwesende Fachpublikum zum Thema „Stadt“ und „Wohnen“ wichtige Impulse liefern kann. Da die Veranstaltungen der Schader-Stiftung einen exzellenten Ruf genießen, bin ich sehr zuversichtlich.

Hintergrund dieser Konferenz sind vor allem die Veränderungen der Ansprüche an eine zeitgemäße Stadtentwicklungspolitik. Hierzu wurden im letzten Jahr vor allem durch die Leipzig Charta 2007 neue Orientierungen und Strategien formuliert: Zentraler Ansatz war es, die Strategie der integrierten Stadtentwicklung zu verfolgen und der Ausgrenzung benachteiligter Stadtgebiete entgegenzuwirken. Eine Konkretisierung dieser Strategien wird angesichts gravierender Unterschiede in den Städten dieser Welt unterschiedlich ausfallen müssen. Dennoch stellen zwei zentrale Ansätze eine neue Grundausrichtung staatlichen und kommunalen Handelns dar:

- Zum einen eine integrierte (das heißt an den Zielen der Nachhaltigkeit orientierte, bürgerorientierte und fachübergreifend konzipierte) Stadtentwicklungsplanung, und
- die Akzeptanz der Tatsache, dass es benachteiligte Stadtquartiere gibt und dass es eine öffentliche Aufgabe ist, sich um diese Viertel zu kümmern. Dies wird in Darmstadt beispielsweise im Rahmen des Programms „Soziale Stadt“ getan.

Neu war außerdem das ausgesprochen intensive Engagement der EU-Mitgliedstaaten bei der Erstellung der Charta. Mit mehreren hundert Beiträgen ist ein tatsächlich

mitgliedstaatliches Dokument entstanden. Dies gilt es, auf kommunaler Ebene weiter zu vertiefen und zu konkretisieren. Diese Herausforderung wollen wir annehmen.

Wenn ich mir unsere Rahmenbedingungen in Darmstadt vor Augen halte, lassen sich derzeit folgende Entwicklungsperspektiven skizzieren:

Das Thema Wohnen nimmt zweifelsohne einen sehr hohen Stellenwert ein. Unsere Stadt ist aufgrund Ihres attraktiven Ausbildungs- und Arbeitsplatzangebotes und der hohen Lebensqualität ein begehrter und nachgefragter Wohnstandort. Seit einem vollen Jahrzehnt wächst unsere Bevölkerung kontinuierlich. Dies ist beispielhaft für Zentren in prosperierenden Verdichtungsräumen wie München, Stuttgart und Rhein-Main. Aufgrund aktueller Prognosen kann auch künftig mit einem weiteren Zuwachs der Wohnbevölkerung gerechnet werden. Diese Entwicklung wirkt sich naturgemäß auf die Nachfrage nach Wohnraum aus.



> Oberbürgermeister Walter Hoffmann

Hinzu kommt, dass der allgemeine Trend wieder zurück in die Kernstadt geht. Die Ursachen dafür sind vielfältig: Meiner Meinung nach ist dieser Wandel auf eine gestiegene Wertschätzung für die Lebensqualität in den Städten, für die Dichte von Freizeit-, Kultur-, Bildungs- und Betreuungseinrichtungen zurückzuführen. Zudem findet in Darmstadt eine positive Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung statt. Im Vergleich zu anderen deutschen und europäischen Städten sind das bemerkenswert positive Rahmenbedingungen. Das bietet eine sehr günstige Ausgangssituation und stimmt mich zuversichtlich.

Ich selbst habe mir auch schon oft die Frage gestellt, wie der Mensch in Zukunft in der Stadt wohnen möchte:

- Welche Wohnformen sind gewünscht?
- Wie viel Geld können die Menschen dafür ausgeben?
- Wie attraktiv ist die Stadt als Wohnstandort?
- Was müssen und können Städte dafür tun?

Darauf müssen Antworten gefunden werden. Das Thema Wohnen ist daher eine zentrale Herausforderung für die künftige Stadtentwicklung in Darmstadt. In der jüngsten Vergangenheit war zudem erkennbar, dass die Ansprüche an das Wohnen einem permanenten Wandel unterliegen: Man kann feststellen, dass die stetige Entwicklung zur Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft vor allem in den Städten die Lebensformen verändert hat. Zum einen hat der Anteil kinderloser Haushalte in den letzten Jahren stetig zugenommen. Gleichzeitig ist auch der Anspruch an Wohnfläche deutlich gestiegen. Diese Entwicklungen erfordern eine vertiefte Betrachtung des Wohnungsmarktes. Wir müssen daher weiter wachsam sein.

Stadt als attraktive Lebens- und Arbeitswelt für künftige Generationen erhalten und ausbauen

Die Leipzig Charta muss auf kommunaler Ebene vertieft und konkretisiert werden

Das Thema Wohnen ist zentrale Herausforderung für die künftige Stadtentwicklung in Darmstadt

Aus Sicht von Darmstadt ist vor allem darauf zu achten, dass für wachsende Wohnflächenansprüche und für die Nachfrage durch Zuwanderungen das Wohnraumangebot abgedeckt werden kann. Hierfür müssen entsprechende Flächen und Standorte mobilisiert werden. In unserer Stadt steht ein quantitatives Realisierungspotenzial für rund 11.700 neue Einwohner zur Verfügung. Die meisten dieser Potenziale befinden sich innerhalb des Stadtgebietes auf untergenutzten oder noch nicht verfügbaren Flächen.

Demgegenüber besteht eine erhebliche Nachfrage:

Bis zum Jahre 2020 wird in Darmstadt ein quantitativer Wohnraumbedarf für rund 9.300 Wohnungen gesehen. Dies wurde jüngst in einem Gutachten des Instituts Wohnen und Umwelt ermittelt. Angesichts einer momentanen Einwohnerzahl von rund 141.000 Personen ist dies eine erhebliche Anzahl. Um die künftige Nachfrage abzudecken, ist eine nahezu komplette Mobilisierung der vorhandenen Flächenpotenziale im Stadtgebiet erforderlich. Wir sind quasi gezwungen zu „mobilisieren“, denn sonst besteht die Gefahr, dass in Darmstadt zu wenig Wohnungen auf den Markt kommen könnten.

Bereits heute ist in Darmstadt ein gewisser Nachfrageüberhang erkennbar:

Dies ist zunächst dadurch begründet, dass auf dem Darmstädter Wohnungsmarkt praktisch kein Wohnungsleerstand bekannt ist. Diese Erkenntnis konnte unter anderem auch 2006 durch eine Bürgerumfrage des Amtes für Wirtschaft und Stadtentwicklung bestätigt werden. Zudem deutet der aktuelle Wert der Wohnungsversorgungsquote darauf hin, dass die Lage auf dem hiesigen Wohnungsmarkt nach wie vor angespannt ist.

Darmstadt wird auch weiterhin geförderten Wohnungsbau für sozial benachteiligte Haushalte schaffen

Das derzeitige wohnungsbaupolitische Ziel der Wissenschaftsstadt Darmstadt sieht eine jährliche Realisierung von 500 bis 600 Wohnungen im Stadtgebiet vor. Schwerpunkt der künftigen städtebaulichen Neu-

gestaltung wird die Umnutzung der östlichen Kasernenareale sein – Cambrai-Fritsch-Kaserne, Jefferson-Village, Lincoln-Village und St. Barbara-Siedlung. Dort sollen bedarfsgerechte neue Wohngebiete entstehen. Entsprechende Planungen werden bereits vorbereitet.

Zur grundsätzlichen Sortierung des Nachfragespektrums lassen sich aus meiner Sicht vier zentrale Immobilientypen beschreiben:

- Immobilie im hochwertigen Segment

Immobilien im hochwertigen/hochpreisigen Segment werden überwiegend durch den Typ des Einfamilienwohnhauses vertreten. Sie stellen eine weit verbreitete und nachgefragte Variante des Wohneigentums dar. Es ist unbestritten, dass hierfür in Darmstadt eine Nachfrage vorhanden ist. Im Rahmen einer Befragung der lokalen Immobilienwirtschaft wurde im Segment über 500.000 Euro eine Nachfrage von rund 40 Objekten angenommen.

- familienorientierte Reihenhausbebauung

Das Reihenhaus stellt eine preisgünstigere Alternative zum Einfamilienhaus dar. Für Darmstadt ist dieser Typus insofern bedeutsam, als er die überwiegend nachgefragte und finanzierbare Wohnform für junge Familien ist. Darauf müssen wir reagieren. Insofern müssen auch hierfür Angebote geschaffen werden.

- frei finanzierten Geschosswohnungsbau

Der Geschosswohnungsbau ist aufgrund seiner verdichteten Bauweise eine überwiegend innerstädtische Wohnform. Wir wissen, dass die innerstädtischen Lagen zunehmend gefragt sind und dass durch attraktive Angebote Menschen in die Stadt zurückgeholt werden können. Dieser Prozess muss weiter unterstützt werden.

- geförderter Wohnungsbau

Wir müssen darauf achten, dass auch sozial benachteiligte Gruppen im Wohnungsmarkt versorgt werden. Selbst bei den guten Rahmenbedingungen in Darmstadt wird es immer Haushalte geben, die sich aus eigener Kraft, aufgrund zu geringen Einkommens oder aufgrund sozialer Merkmale nicht angemessen mit Wohnraum versorgen können. Wir sind somit dazu angehalten, preiswerten Wohnraum für Haushalte mit Zugangsschwierigkeiten am allgemeinen Wohnungsmarkt bereitzustellen.

Neben der Schaffung von preisgünstigem Wohnraum sollte außerdem der Erwerb von selbstgenutztem Immobilieneigentum grundsätzlich gefördert werden.

Ich gehe davon aus, dass die vier genannten Immobilientypen im Rahmen dieser Veranstaltung eine wichtige Rolle spielen werden. Ich hoffe, dass ich Ihnen einen Überblick über die aktuellen Rahmenbedingungen in Darmstadt vermitteln konnte. Der Konferenz wünsche ich einen erfolgreichen Verlauf mit anregenden Diskussionen und guten Ergebnissen, auf die die Städte zurückgreifen können.

Oberbürgermeister Walter Hoffmann,
Wissenschaftsstadt Darmstadt



Darmstadtium



Zuhause in der Stadt

Herausforderungen, Potenziale, Strategien

Konferenz am 17./18. Juni 2008

Kapitel 1:

Zuhause in der Stadt

Die Initiative „Zuhause in der Stadt“ – auf dem Weg zum Netzwerk

> Prof. Reiner Schmidt

Die Gestaltung des Stadt- und Wohnwandels ist eine Gemeinschaftsaufgabe. Das gilt besonders in Zeiten gravierender gesellschaftlicher Umbrüche und zunehmend globaler werdender Herausforderungen. Vor diesem Hintergrund haben sich viele der für Stadtentwicklung und Wohnen verantwortlich zeichnenden Verbände und Organisationen in einem kontinuierlichen Diskussionsprozess über die gemeinsam zu bewältigenden Aufgaben verständigt.

Die Gestaltung des Stadt- und Wohnwandels ist eine Gemeinschaftsaufgabe

Motor für das Zusammenspiel der sehr unterschiedlichen Partner war die seit 30 Jahren diskutierte Vision einer integrierten Stadtentwicklung und die gemeinsame Überzeugung, dass nur lebendige, profilierte Städte eine Zukunft haben – Gemeinwesen, deren Entwicklung von Bürgern, Unternehmen und den stadtgestaltenden Akteuren gemeinsam getragen wird.

Die Initiative zu der Gemeinschaftsaktion ging von intermediären Akteuren aus, die seit Ende der 1970er/Anfang der 1980er Jahre im Rahmen der nachhaltigen Stadtentwicklung, des Urban Management, des Community Organizing sowie im Rahmen wohnpolitischer Initiativen arbeiten. Als überzeugte Protagonisten des urbanen Wohnens und des Modells der Europäischen Stadt fanden sie schnell Begleiter und Dialogpartner in Verbänden und Organisationen, Wissenschaft und Praxis.

Maßgebliche Impulse für die Gemeinschaftsaktion lieferte eine gemeinsam durchgeführte Symposienreihe, die zuletzt 2005 in Dessau und München unter dem Titel „Perspektive Stadt“ aktuelle Fragen kooperativer Stadt- und Immobilienentwicklung thematisierte. Vorangegangen waren seit 1999 Kooperationsveranstaltungen zu Fragen des Zusammenspiels von Stadt-, Freiraum- und Immobilienentwicklung sowie zur Beförderung lebendiger, aktiver Gemeinwesen. Ein wesentlicher Meilenstein auf dem Weg zu gemeinsamen Orientierungen sowie zur Formierung der Gemeinschaftsinitiative war der Kongress „wohn:wandel“ der Schader-Stiftung im Jahre 2001. Ziel der Diskurse in den Symposien war die Qualifizierung stadtentwicklungspolitischer Handlungsansätze und die Beförderung integrierter Strategien im Zusammenspiel von Stadtentwicklung und Wohnungswirtschaft.

Kommunikationsplattform

Im Nachgang des zuletzt 2005 im neuen Münchner Stadtteil „Messestadt Riem“ durchgeführten Symposiums „Perspektive Stadt“ verständigten sich die beteiligten Partner darauf, zukünftig unter dem Motto „Zuhause in der Stadt“ die gemeinsamen Aktivitäten im Sinne einer Kampagne zu bündeln.

Es galt, dafür eine geeignete Plattform zu schaffen. Unter Moderation der Schader-Stiftung gelang es im Frühjahr 2007, die maßgeblichen verbandlichen Partner

ins Boot zu holen und für die Idee einer gemeinsamen Konferenz, die den Stand der Stadtentwicklungsdiskussion reflektiert, zu gewinnen. Am 17./18. Juni 2008 konnte das Netzwerk in Darmstadt, dem Sitz der Schader-Stiftung und dem Austragungsort der ersten deutschen Bauausstellung im Jahr 1901, mit der Konferenz „Zuhause in der Stadt – Herausforderungen, Potenziale, Strategien“ und der gemeinsam erarbeiteten „Darmstädter Erklärung – Stadtentwicklung in Kooperation“ in die Fachöffentlichkeit gehen.

Die Partner haben bewusst darauf verzichtet, eine neue Instanz oder Institution ins Leben zu rufen – Verbände und Organisationen gibt es genug. Um den Prozess der Verständigung auf gemeinsame Ziele und Strategien sowie gemeinsam getragene Initiativen voranzubringen, genügt ein informelles Netzwerk. Gemeinsam getragene Orientierungen und Projekte der die Stadtentwicklung konstituierenden Partner sollen Impulse dafür geben, dass das Leitbild der Europäischen Stadt gestärkt aus den aktuellen und mittelfristigen Veränderungsprozessen hervorgeht.

Planungskultur

Die Konstituierung der Plattform markiert einen wichtigen und notwendigen Schritt in der Entwicklung der Planungskultur in Deutschland. Die von den Partnern des Netzwerkes erarbeitete „Darmstädter Erklärung“ zielt auf ein gemeinsam getragenes städtisches Selbstverständnis und schafft damit ein zivilgesellschaftliches Pendant als Ergänzung zur Leipzig Charta. In der Darmstädter Erklärung werden die Handlungsfelder der verbandlich und institutionell organisierten Akteure aus Stadtentwicklung, Immobilien- und Wohnungswirtschaft im Sinne einer Verantwortungsgemeinschaft für Stadtentwicklung zusammengeführt. Die Verfasser beziehen dabei ganz bewusst auch die nicht verbandlich organisierten Akteure ein und definieren sich als eine offene Plattform. Denn eine wesentliche Erfolgsvorausset-

Konferenz „Zuhause in der Stadt“ erster Meilenstein der gemeinsamen Initiative

Initiative „Zuhause in der Stadt“ als gemeinsame Kommunikationsplattform

zung für die Stärkung und Profilierung der Europäischen Stadt liegt auch und gerade in der Vielfalt privater respektive privatwirtschaftlicher Initiativen, die in lokalen Kontexten arbeiten und die ihre Städte mit impulsgebenden Denkanstößen, innovativen Aktionen oder künstlerischen Interventionen voranbringen.

Die Konferenz „Zuhause in der Stadt“ ist ein erster Meilenstein dieser gemeinsamen Initiative. Es wird im Nachgang darauf ankommen, die eingeleitete Debatte zu bündeln, das Themenspektrum mit gezielten Initiativen zu profilieren, weitere Partner zu gewinnen und die Einzelinteressen auf das Gemeinsame zu fokussieren – die Stabilisierung unserer Städte als attraktive Wohn- und Lebensräume.

*Prof. Reiner Schmidt, Hochschule Anhalt /
konzept + kommunikation*

Darmstädter Erklärung

Stadtentwicklung in Kooperation: Komplexe Aufgaben erfordern gemeinsames Handeln

Die für Stadtentwicklung und Wohnen in den bundesdeutschen Großstädten und städtisch geprägten Regionen wirkenden Verbände und Organisationen haben es sich zur Aufgabe gemacht, bei der Gestaltung des Stadt- und Wohnwandels zusammen mit Vertretern aus Politik und Verwaltung auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene eng zusammenzuarbeiten.

Die Schader-Stiftung moderiert die Kommunikationsinitiative „Zuhause in der Stadt“, an der folgende bundesweit tätigen Verbände und Organisationen mitwirken:

- Bund Deutscher Architekten BDA
- Bund Deutscher Landschaftsarchitekten bdla
- Bundesarchitektenkammer e.V.
- Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen e.V.
- Deutscher Mieterbund e.V.
- Deutscher Städtetag
- Deutscher Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung e.V.
- GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen e.V.
- Hafencity Universität Hamburg
- Haus & Grund Deutschland
- LBS Bausparkasse der Sparkassen
- Schader-Stiftung
- SRL - Vereinigung für Stadt-, Regional- und Landesplanung e.V.
- VdW südwest - Verband der Südwestdeutschen Wohnungswirtschaft e.V.
- Wohnbund e.V.

Das Kommunikationsnetzwerk versteht sich als think-tank zur Beförderung der Nationalen Stadtentwicklungspolitik sowie als Forum der Akteure zur Initiierung und Begleitung gemeinsamer Initiativen, Vorhaben und Projekte. Die beteiligten

Akteure wollen auf diesem Wege die Kommunikation untereinander sowie in die Zivilgesellschaft hinein auf eine tragfähige Grundlage stellen.

Im Mittelpunkt des gemeinsamen Interesses stehen

- die nachhaltige Stärkung und Profilierung der Städte und Stadtregionen,
- die Gestaltung attraktiver urbaner Wohn- und Lebensräume,
- die Entwicklung vielfältiger, dynamischer Stadtquartiere,
- die Entfaltung und Beförderung individueller Lebensstile, lebendiger Nachbarschaften und kreativer Milieus
- die Erhaltung und Sicherung von Wohn- und Lebenschancen für alle Bevölkerungsgruppen unabhängig von Einkommen und Vermögen

als Basis für die Weiterentwicklung des Gemeinwesens Stadt.

Die Kooperationspartner sind sich darin einig, dass für die Entwicklung gemeinsamer Orientierungen und für die Bewältigung besonders vordringlicher Aufgaben in Stadtentwicklung, Immobilien- und Wohnungswirtschaft ein konstruktiver Dialog sowie kooperatives Handeln hilfreich und notwendig sind – nicht zuletzt vor dem Hintergrund der für alle Beteiligten bedeutsamen gesamtgesellschaftlichen, ökonomischen, ökologischen und demographischen Herausforderungen.

Handlungsfelder und Handlungsebenen mit besonderem Innovationsbedarf

Ziel des Kommunikations- und Kooperationsprozesses ist es,

- Einvernehmen zu den Perspektiven der nationalen Stadtentwicklung zu erzielen,
- sich über konstituierende Merkmale europäischer Stadt- und Baukultur und internationaler Stadtgesellschaften zu verständigen

- und prioritäre Handlungsfelder für aufeinander abgestimmte sowie gemeinsame Initiativen und Projekte zu definieren und in Angriff zu nehmen.

Zur Fundierung der Zusammenarbeit haben die beteiligten Partner die Konferenz „Zuhause in der Stadt – Herausforderungen, Potenziale, Strategien“ im Juni 2008 in Darmstadt durchgeführt, um relevante Handlungsebenen und prioritäre Handlungsfelder mit besonderem Innovationsbedarf zu definieren. Dazu gehören

auf der Handlungsebene Stadtentwicklung:

- Strategien zur Profilierung der Städte im regionalen und globalen Kontext;
- Lösungen für das Zusammenspiel der stadtgestaltenden Akteure aus Stadtentwicklung und Wirtschaft, insbesondere der Wohnungswirtschaft;
- Integrierte Planung zur Sicherung einer nachhaltigen und zukunftsfähigen Stadtentwicklung;

auf der Handlungsebene Quartiers- und Projektentwicklung:

- Qualifizierung und Weiterentwicklung städtischer Wohnformen und urbaner Wohnmodelle;
- Stärkung der Vielfalt in lebendigen Quartieren durch Beförderung urbaner Nachbarschaften und Aktivierung kreativer Milieus;
- Initiierung neuer Formen des Arbeitens und Wirtschaftens in einer internationalen Stadtgesellschaft;
- Entwicklung und Erprobung dezentraler und nachhaltiger Lösungen für die Stadt im Klimawandel.

Ausgehend von der gemeinsamen Konferenz wollen die Partner in diesen Handlungsfeldern Initiativen anstoßen sowie Projekte initiieren, auf den Weg bringen und begleiten.

Darmstadt, den 18. Juni 2008



Kapitel 2: Stadt im Wandel

Das Leben in den Städten verändert sich. Und die Städte verändern sich. Globalisierung, Migration, demographischer Wandel, strukturelle Veränderungen in der Wirtschaft und ökologische Probleme beeinflussen die Zukunft der Städte. Stadtentwicklung steht vor der Herausforderung, viele einander berührende Politik- und Handlungsfelder zu berücksichtigen, um tragfähige Lösungen anbieten zu können. Deshalb war ein Ziel der Konferenz, unterschiedliche Sichtweisen auf das komplexe Feld der Stadtentwicklung vorzustellen und im Zusammenhang zu erörtern. Basis und Rahmen für die Diskussion um eine integrierte Stadtentwicklung bildet die Leipzig Charta. Staatssekretär Dr. Lütke Daldrup erläutert in seinem Beitrag, warum die Umsetzung dieser Zielsetzungen so wichtig ist. Professor Läßle erweitert den Blick auf den internationalen Kontext und zeigt die globale Verwobenheit der Herausforderungen. Frau Professor Allmendinger legt mit ihrer Analyse dar, wie der Wandel der Lebens- und Arbeitswelt das Gemeinwesen Stadt verändert.

Umsetzung der Leipzig Charta: Rahmenbedingungen für kommunale Stadtentwicklung

> Dr. Engelbert Lütke Daldrup

Aktuelle Herausforderungen der Stadtentwicklung

Städte sind als räumliches und soziales Abbild gesamtgesellschaftlicher Veränderungen seit je her einem stetigen Wandel unterworfen. Derzeit ist dieser Wandel möglicherweise so intensiv wie selten zuvor. Dieser Umstand hat gravierende Auswirkungen auf Fragen der Stadtentwicklung, die immer komplexer werden und den neuen Herausforderungen entsprechend angegangen werden müssen. Bei allen Problemen, die den Städten auf den Nägeln brennen, liegen Chancen und Risiken eng beieinander. Die demographischen Strukturveränderungen, der Klimawandel und die wirtschaftliche Globalisierung überlagern sich in ihren Auswirkungen auf die Stadt und sind nicht mehr voneinander isolierbare Entwicklungen.

Redet man heute über den Zustand und die Perspektiven von Städten (und die damit verbundenen Ängste), kommt man schnell zum demographischen Wandel und den damit verbundenen Herausforderungen. Die durch Alterung erzwungenen Anpassungen sind nicht nur eine Herausforderung für die Infrastruktur, sondern berühren zentrale Lebens- und Funktionsbedingungen in den Städten. Städte müssen – zumindest in Teilbereichen – eher langsamer als schneller, eher entspannter als aufgeregter und eher integrierter als spezialisierter werden. Das ist eine komplexe Aufgabe, die über die traditionellen „Zuständigkeiten“ der Akteure hinausgeht.

Hinzu kommt die ebenso beunruhigende demographische Perspektive schnell wachsender Migrantenanteile, vor allem in den größeren Städten. Bei Anteilen Zuwanderter von absehbar mehr als 40 % der Gesamtbevölkerung und über 60 %

in den „jugendlichen Altersgruppen“ wird das Fremde zur Normalität und die Bewältigung der Integrationsaufgabe zur städtischen Überlebensaufgabe. Identitätsbilder und Selbstwahrnehmung der bisherigen Mehrheitsgesellschaft geraten ins Wanken. Damit drohen die Ausgangs- und Ankerpunkte von Stadtgestaltung verloren zu gehen. Dies umso mehr, als sich auch innerhalb der deutschen Ursprungsgesellschaft soziale Differenzen verstärken. Selbst in der gegenwärtigen ökonomischen Aufschwungphase kann man beobachten, dass sich gesellschaftliche Benachteiligungen räumlich überlagern und dadurch nochmals verstärkt werden. Die Unterschiede zwischen armen und reichen Städten und Stadtteilen, zwischen deutschen und migranten geprägten Quartieren, zwischen wachsenden und schrumpfenden Wohngebieten und zwischen bildungsnahen und bildungsfernen Bevölkerungsteilen wachsen.

Daneben baut sich auch durch den Klimawandel ein stadtpolitischer Handlungsdruck auf. Fast 70 % des gesamten Energieverbrauchs fallen in den Bereichen Gebäude und Mobilität an – also originär städtischen Faktoren. Will man bei der Energieeinsparung quantitative Erfolge erreichen, ist dies ohne veränderte Mobilitätskonzepte, höhere Gebäudeenergieeffizienz und verstärkte Nutzung regenerativer Energien in Städten nicht darstellbar.

Leipzig Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt

Im Bewusstsein der hohen Relevanz von städtischen Themen hat das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft in der ersten Hälfte des Jahres 2007 die für Stadt- und Raumentwicklung zuständigen Ministerinnen und Minister der übrigen 26 EU-Staaten unter der Schirmherrschaft von Bundesminister Wolfgang Tiefensee zu einem informellen Ministertreffen nach Leipzig geladen. Ziel

*Die Bewältigung
der Integration wird
zur städtischen
Überlebensaufgabe*

*Städte sind
räumliches und
soziales Abbild
gesellschaftlicher
Veränderungen*

*Leipzig Charta zur
nachhaltigen
europäischen Stadt*

war es, sich im Interesse einer bürgernahen Politik auf Eckpunkte eines gemeinsamen Handelns in der Stadt- und Raumentwicklung zu verständigen. Dabei wurden unter dem Leitthema „Die europäische Stadt und ihre Region stärken – Wettbewerbsfähigkeit, sozialen und territorialen Zusammenhalt in den Städten und Regionen Europas entwickeln“ drei politische Dokumente verabschiedet:

- Leipzig Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt,
- Territoriale Agenda der Europäischen Union,
- Schlussfolgerungen der deutschen Ratspräsidentschaft zum informellen Ministertreffen (diese enthalten insbesondere Aussagen über die Umsetzungsschritte zur Leipzig Charta und zur Territorialen Agenda).

Hinter der Verabschiedung der Leipzig Charta und der Territorialen Agenda steht die gemeinsame Erkenntnis, dass Themen der integrierten Stadtentwicklung und des territorialen Zusammenhalts auf die politische Agenda der Europäischen Union gesetzt werden müssen, um in den Städten und Regionen den demographischen und sozialen Wandel, den Klimawandel und die Auswirkungen des ökonomischen Strukturwandels bewältigen zu können. Beide Dokumente sehen sich dem Nachhaltigkeitsziel (Göteborg-Strategie) und den Zielen der Lissabon-Strategie (Wettbewerbsfähigkeit) gleichermaßen verpflichtet. Besondere Aufmerksamkeit soll dabei auf benachteiligte Stadtquartiere und „Europa als Sozialraum“ gelegt werden.

Die Ministerinnen und Minister haben sich in der Leipzig Charta dazu verpflichtet, in den Mitgliedstaaten Initiativen zur Einbettung der Ziele, Grundsätze und Strategien der Leipzig Charta in nationale, regionale und lokale Entwicklungspolitiken zu ergreifen. Um das Instrument der integrierten Stadtentwicklung voranzubringen und ent-

sprechende Governance-Strukturen zu unterstützen, sollen die erforderlichen Rahmenbedingungen auf nationaler Ebene geschaffen werden.

Nationale Stadtentwicklungspolitik

Die Leipzig Charta wird in Deutschland mit der Nationalen Stadtentwicklungspolitik umgesetzt. Das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung hat die Initiative für eine eigenständige Nationale Stadtentwicklungspolitik 2007 im direkten Anschluss an die deutsche EU-Ratspräsidentschaft gemeinsam mit der Bauministerkonferenz, dem Deutschen Städte- und Gemeindebund sowie dem Deutschen Städtetag ins Leben gerufen. Mit dieser partnerschaftlich angelegten Initiative soll die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands und seiner Städte und Regionen gestärkt und gesichert werden. Städte und Gemeinden sollen sich im Sinne der Nachhaltigkeit entwickeln, d. h. sie sollen den sozialen Ausgleich ermöglichen, die natürlichen Lebensgrundlagen schonen und wirtschaftlich erfolgreich sein.

Gute Praxis

Unter diesen Zielsetzungen erarbeitete die Bundesregierung bereits verschiedene Handlungs- und Förderprogramme, die spezifische Problemlagen in den Städten und Gemeinden in den Blick nehmen und mit einer Vielzahl von Angeboten die Kommunen bei der Bewältigung ihrer Herausforderungen unterstützen. Bei der Weiterentwicklung der „Guten Praxis“ wird im Sinne einer integrierten Stadtentwicklung die ressortübergreifende Kooperation, die bei der Sozialen Stadt erfolgreich praktiziert wird, auf alle Programme der Stadtentwicklung übertragen. Mit „integriert“ ist hier aber nicht nur die Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Dezernaten bzw. Fachbereichen gemeint, vielmehr soll auch die Kooperation zwischen Bund, Ländern und Kommunen auf allen Ebenen zur Bündelung der Kräfte beitragen.

Im Rahmen der verschiedenen Programme der Städtebauförderung des Bundes werden in vielfältigen Bereichen notwendige Investitionen in Städten und Gemeinden möglich gemacht. Im Jahr 2008 stehen dabei über 500 Mio. Euro an Fördermitteln zur Verfügung. Diese fließen neben der Sozialen Stadt in die Programme Stadtbau Ost und West, Städtebauliche Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen, in die energetische Sanierung der sozialen Infrastruktur, den Bereich Denkmalschutz und das Innenstadtprogramm „Aktive Stadt und Ortsteilzentren“ zur Revitalisierung und Stärkung der Innenstädte.

Projektreihe für Stadt und Urbanität

Stadtentwicklung ist durch ständigen Wandel und veränderte Herausforderungen geprägt, Nationale Stadtentwicklungspolitik muss somit als lernender Prozess angelegt sein. Unter der „Projektreihe für Stadt und Urbanität“ unterstützt die Nationale Stadtentwicklungspolitik folglich innovative, beispielgebende und partnerschaftliche Ansätze der Stadtentwicklung. Im Rahmen des Auftaktkongresses im Juli 2007 wurden einem Teilnehmerkreis von mehr als 1.000 Personen nicht nur die Zielsetzungen der Leipzig Charta vorgestellt, sondern mit dem 1. Projektauftrag zugleich die Projektreihe für Stadt und Urbanität gestartet. Die Nachfrage hat die Erwartungen übertroffen, der Bedarf an einer abgestimmten, integrierten Stadtentwicklungspolitik wurde von zahlreichen Akteuren der Stadtentwicklung geäußert: Rund 330 Interessenbekundungen von Kommunen, kommunalen Kooperationen, aber auch von zivilgesellschaftlichen Gruppen und Vereinen wurden eingereicht, erste Pilotprojekte konnten bereits beim Zweiten Nationalen Stadtentwicklungskongress im April 2008 vor über 800 Teilnehmern vorgestellt werden.

Um auch künftig eine möglichst breite Öffentlichkeit zum „Mitmachen“ zu animieren, wurden im Rahmen der umfassenden Diskussion mit den Partnern der

Nationalen Stadtentwicklungspolitik, d. h. den Ländern und Kommunen, aber auch mit Vertretern aus Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft, sechs „Glaubenssätze“ der Nationalen Stadtentwicklungspolitik festgelegt. Die verschiedenen Verantwortlichen aus Politik, Verwaltung, planenden Berufen, Wirtschaft, Wissenschaft, Zivilgesellschaft – kurz: alle Interessierten – sollen sich im Rahmen dieser sechs Schwerpunkte in die Weiterentwicklung der Nationalen Stadtentwicklungspolitik einbringen:

- Zivilgesellschaft – Bürger für ihre Stadt aktivieren
- Soziale Stadt – Chancen schaffen und Zusammenhalt bewahren
- Innovative Stadt – Motor der wirtschaftlichen Entwicklung
- Klimaschutz und globale Verantwortung – Die Stadt von morgen bauen
- Baukultur – Städte besser gestalten
- Regionalisierung – Die Zukunft der Stadt ist die Region.



> Dr. Engelbert Lütke Daldrup

Diese sechs Handlungsfelder bilden nun auch den Rahmen für den 2. Projektauftrag der Projektreihe für Stadt und Urbanität,

Schwerpunkte der Nationalen Stadtentwicklungspolitik

Der integrierte Ansatz wird auf alle Programme der Stadtentwicklung übertragen

der im April 2008 auf dem 2. Bundeskongress zur Nationalen Stadtentwicklungspolitik veröffentlicht wurde.

Im Frühjahr dieses Jahres wurde zusätzlich unter dem Vorsitz von Bundesminister Wolfgang Tiefensee das Kuratorium der Nationalen Stadtentwicklungspolitik ins Leben gerufen. Gemeinsam mit etwa 40 Kuratoriumsmitgliedern aus dem In- und Ausland (Bundesländer, Kommunen, Verbände, Zivilgesellschaft, Einzelpersonlichkeiten aus Wirtschaft und Wissenschaft) wurde eine Plattform geschaffen mit der Zielsetzung, städtische Themen stärker im fachlichen und gesellschaftlichen Dialog zu verankern.

Nationale Stadtentwicklungspolitik baut somit auf neue Ideen, auf das Engagement und auf den offenen Diskurs einer Vielzahl von Beteiligten.

Dazu trägt auch der Internetauftritt www.nationale-stadtentwicklungspolitik.de bei, der seit April 2008 „online“ ist und unter anderem einen Überblick zu den Pilotprojekten, Veranstaltungen und Veröffentlichungen der Nationalen Stadtentwicklungspolitik bietet.

*Staatssekretär Dr. Engelbert Lütke Daldrup,
Bundesministerium für Verkehr, Bau und
Stadtentwicklung*

Städte im internationalen Kontext – Herausforderungen und Chancen der Globalisierung

> Prof. Dieter Läßle

I. Globalisierung und Stadtentwicklung

Globale Interdependenz und der zerbrochene Mythos der Selbstregulation des Marktes

Der Prozess der Globalisierung ist eine immanente Tendenz der Moderne (Giddens 1996, 84 ff.). Die Globalisierung entfaltet sich schon seit Ende des 15. Jahrhunderts in unterschiedlichen Entwicklungsmustern und Entwicklungsschüben und führte auch immer wieder zu krisenhaften Regressionen, die mit einem vorübergehenden Rückgang weltwirtschaftlicher Integration verbunden waren.

Die Entwicklung der Städte wird also bereits seit Jahrhunderten in immer wieder veränderten Formen von Globalisierungsprozessen beeinflusst und geprägt.

Globalisierung beschreibt zunächst eine Vielfalt von Transformationsprozessen, die mit einer zunehmenden internationalen Vernetzung und gegenseitiger Durchdringung von Wirtschaft, Kultur, Wissenschaft und Politik sowie einem starken Bedeutungsgewinn transnationaler Institutionen verbunden sind. Neben der zunehmenden Mobilität von Menschen, dem internationalen Austausch von Ideen und Wissen und der Herausbildung einer globalen Kulturproduktion sind für die neuen Muster der Globalisierung vor allem der außerordentlich starke Anstieg ausländischer Direktinvestitionen, also der Export von Kapital, sowie die Globalisierung der Finanzmärkte bestimmend. Das wesentliche Merkmal unserer heutigen durch die Globalisierung geprägten Weltgesellschaft lässt sich mit einem Wort erfassen: **Interdependenz** (Schumann/Greife 2008, 23).

Die gegenseitige Abhängigkeit von Staaten und Ökonomien hat – wie die gegenwärtige Krise des internationalen Finanzsystems zeigt – ein geradezu bedrohliches Ausmaß angenommen. Die Krise, die vor zwei Jahren im US-Immobilienmarkt mit einem Verfall der Preise für Eigenheime und Zwangsversteigerungen begann, hat sich inzwischen in einem Dominoeffekt über den gesamten Globus ausgebreitet. Die Nationalstaaten, die angesichts des starken Globalisierungsschubes der letzten Jahre von vielen politischen und wissenschaftlichen Kommentatoren bereits für obsolet erklärt wurden, rücken plötzlich wieder in eine Schlüsselrolle: als Retter zahlungsunfähiger Banken, als Käufer fauler Immobilienkredite, als Garanten von Spareinlagen, als Kontrolleure und Regulierer. Das neue politische Schlagwort ist: ‚Die Globalisierung gestalten‘.

In der Krise zeigt es sich in aller Deutlichkeit: Die Globalisierung macht die Nationalstaaten nicht obsolet, sondern weist ihnen – so Joseph Stiglitz – neue Aufgaben zu: „sie müssen sich mit der wachsenden Ungleichheit und Unsicherheit befassen, die dieser Prozess verursachen kann, und auf die verschärfte Wettbewerbssituation reagieren“ (Stiglitz 2008, 41). Gleichzeitig schränkt die Globalisierung die Spielräume der Nationalstaaten in vielerlei Hinsichten ein. Es gibt viele Fragen, wie internationaler Kapitalverkehr, der globale Klimawandel oder die wachsende Spaltung der Weltgesellschaft zwischen Gewinnern und Verlierern, die nur auf globaler Ebene zu lösen sind. „Doch während die Nationalstaaten geschwächt wurden, müssen auf internationaler Ebene jene demokratischen globalen Institutionen erst noch geschaffen werden, die den von der Globalisierung aufgeworfenen Problemen effektiv begegnen können“ (Stiglitz 2008, 42).

Aktuell sind wir mit einer geradezu grotesken Situation konfrontiert. Es sieht so aus, als käme gegenwärtig „den Kritikern der Globalisierung zusehends die Rolle zu, das weltweite Zusammenwachsen von

Märkten, Mächten und Kulturen gerade vor denen zu retten, die diesen Prozess über Jahrzehnte vorangetrieben haben: den Global Playern der Konzern- und Finanzwelt und ihren Zuträgern in Medien und Wissenschaft“ (Schumann/Greife 2008, 30). Nach Schumann und Greife steht die Menschheit am Scheideweg: „Die Alternative lautet: globale Kooperation oder globalisierte Katastrophen.“ Es geht darum, so die beiden Autoren, das offensichtliche Scheitern des neoliberalen Konsenses vom Glauben an die Allmacht des Marktes zu nutzen für eine Re-Regulierung der Weltwirtschaft im Interesse aller, insbesondere für den Ausbau und die Demokratisierung globaler Regelwerke und Institutionen und die Entwicklung klarer Regeln für die richtige politische Arbeitsteilung zwischen globalen, nationalen und regionalen Institutionen.

Globalisierung und der Mythos einer ‚Enträumlichung‘ der Ökonomie

Der Globalisierungsschub der letzten Jahre war unmittelbar verbunden mit der Entwicklung neuer Informationstechnologien, deren spektakulärste Form gegenwärtig das Internet ist. Die Universalität ihrer Einsetzbarkeit und die globalen Vernetzungsmöglichkeiten der dezentralen Strukturen dieser Informationstechnologien eröffnen kaum überschaubare Anwendungsbeispiele und ermöglichen eine bisher unbekannte Überwindung der Schranken von Raum und Zeit.

Angesichts der technischen Eigenschaften des Internets – seiner dezentralen und offenen Architektur, seiner Negation eines Zentrums oder einer Hierarchie, sowie seiner Fähigkeit, immer größere Datenmengen zu immer geringeren Kosten in Echtzeit zu übermitteln – scheinen geographische Unterschiede im Cyberspace aufgehoben zu sein. Die Welt – so Thomas F. Friedman – ist „flach“ geworden: „Die Einebnung von Macht- und Möglickeits-hierarchien ist eine Folge davon, dass eine große Zahl von Menschen heute die Mit-

Globalisierung ist Vernetzung und wechselseitige Abhängigkeit

tel und Fähigkeiten besitzt, miteinander zu kommunizieren, zu konkurrieren und kooperieren.“ (Friedman 2008, 10)

Was bedeutet dies für die Stadtentwicklung? Sind in einer „flachen Welt“, also einer Welt mit eingeebneten Möglichkeits-hierarchien, überhaupt noch Städte nötig? Das Konzept der Stadt stand bisher immer für eine bestimmte Zentralität von Möglichkeitsstrukturen.

*Ökonomien sind
auch in der
globalisierten Welt
raumgebunden*

Unter dem Eindruck der Dynamik und der Intensität internationaler Wirtschaftszusammenhänge, der Entstehung transnationaler Wertschöpfungsnetzwerke und transnationaler Kooperationsformen wird von Globalisierungstheoretikern die These vertreten, dass sich tradierte Standortbindungen auflösen und Arbeits- und Lebensverhältnisse aus ihren tradierten lokalen und regionalen Bezügen ‚entankert‘ werden. Als die zentralen Akteure der Globalisierungsdynamik werden die transnationalen Unternehmen betrachtet. Diese Global Players organisieren ihre Wertschöpfungsketten durch gezielte Fragmentierung und Dislozierung über Unternehmens-, Branchen- und Landesgrenzen hinweg. Das transnationale Unternehmen wird – dieser Logik entsprechend – ‚standortlos‘.

Von diesen Entwicklungstendenzen sind auch Städte und Regionen betroffen. Durch die Restrukturierungsdynamik und Verhandlungsmacht der transnationalen Industrie- und Dienstleistungsunternehmen werden sie einer zunehmenden Abhängigkeit und Kontrolle von ‚außen‘ unterworfen und einem immer stärkeren Anpassungsdruck ausgesetzt. Gleichzeitig scheinen die neuen Informations- und Kommunikationssysteme soziale Interaktionen zunehmend zu enträumlichen und zu virtualisieren. Kurz: es droht die elektronische Auflösung der räumlich gebundenen Stadt in eine „City of Bits“ (Mitchell 1996). So – zusammengefasst – die Argumente der ‚Globalisten‘ und ‚Cyberspace-Theoretiker‘.

Es ist sicherlich richtig, dass durch die Globalisierung und Digitalisierung Entfernungsräume schrumpfen, tradierte Standorte ‚entankert‘ werden und Grenzen sich verflüssigen. Und zweifellos sind Städte in vielfältiger Weise durch die Globalisierung betroffen. Als Folge der globalen Wettbewerbs- und Investitionsstrategien von Unternehmen sind sie einem zunehmenden Standortwertewettbewerb um Investitionen, Arbeitsplätze und qualifizierte Arbeitskräfte ausgesetzt. Sie sind Ziel internationaler Migrationsprozesse, wodurch sie vor die Aufgabe gestellt werden, eine wachsende Zahl ausländischer Bürger unterschiedlichster Herkunft zu integrieren, und sie sind in zunehmendem Maße mit global agierenden Immobilienunternehmen konfrontiert.

Die Globalisierung der Ökonomie und die globalen Informations- und Kommunikationssysteme führen jedoch nicht zu einer allgemeinen ‚Verflüssigung‘ von Produktionsstrukturen und einer allgemeinen ‚Enträumlichung‘ von Lebensformen. Die Globalisierungskräfte wirken keineswegs eingleisig in der Form einer räumlichen Dispersion der Ökonomie, einer Erosion sozialstaatlicher Arrangements oder einer Nivellierung kultureller Unterschiede. So führt insbesondere die Herausbildung einer wissensbasierten Ökonomie zu einer Aufwertung urbaner Arbeits- und Lebenszusammenhänge und damit zu einer neuen städtischen Zentralität. Der Auflösung tradierter Standortbindungen stehen neue Standortbindungen gegenüber, und der komplementäre Prozess zur ‚Entbettung‘ ist die ‚Rückbettung‘. Der Tendenz zu einer Nivellierung kultureller Unterschiede steht die Revitalisierung lokaler Kulturen und Identitäten gegenüber.

Das ‚Standortparadox‘ der Globalisierung

Zu dem Mythos der Enträumlichung der Ökonomie lässt sich folgende Gegenthese formulieren: Durch die turbulenten Marktverhältnisse und instabilen Währungs-

systeme einer globalisierten Ökonomie, den Trend zu immer komplexeren Produkten und kürzeren Innovationszyklen und eine zunehmende Kulturalisierung der Ökonomie wird die Möglichkeit der Einbindung von Produktions- und Dienstleistungsfunktionen in städtische und regionale Verflechtungszusammenhänge und Kooperationsformen zunehmend zu einer wichtigen Voraussetzung für die Innovations- und Anpassungsfähigkeit von Unternehmen. Dieser Zusammenhang verweist auf eine Paradoxie, die Porter das „Standortparadox in einer globalen Wirtschaft“ (Porter 1998, 236; 1999, 52) nennt. Gerade in einer Situation, wo Unternehmen sich Kapital und Güter, Informationen und Technik weltweit per Mausclick beschaffen können, ist ihre spezifische Wettbewerbssituation vielfach von der jeweiligen städtischen oder regionalen ‚Einbettung‘ bzw. ‚Rückbettung‘ abhängig. Diese lokal gebundenen Wettbewerbsvorteile beruhen nach Porter „auf der Konzentration von hoch spezialisierten Fähigkeiten und Kenntnissen, Institutionen, Konkurrenten sowie verwandten Unternehmen und anspruchsvollen Kunden. Geographische, kulturelle und institutionelle Nähe führt zu privilegiertem Zugang, engeren Beziehungen, kräftigeren Anreizen und weiteren Produktivitäts- und Innovationsvorteilen, die sich schwerlich aus der Ferne nutzen lassen“ (Porter 1999, 63).

In diesem Sinne erscheint es angebracht, den Zusammenhang von Globalisierung und Stadtentwicklung nicht nur in der negativen Perspektive einer Bedrohung der Städte durch die zersetzende Kraft der globalen Wirtschaft zu diskutieren. Aus der Globalisierung ergeben sich für die Städte nicht nur Probleme, sondern auch neue Chancen. Allerdings muss in diesem Zusammenhang betont werden, dass sich in fast allen Ländern und vor allem in den Städten seit über 20 Jahren die Schere zwischen Kapitalgewinnen und Lohneinkommen immer mehr geöffnet hat. Mit Verweis auf die Ergebnisse der „World Commission on the Social Dimension of Globalization“

der Internationalen Arbeitsorganisation in Genf (ILO 2004) betont Stiglitz, dass die Globalisierung in ihrer jetzigen Form nicht nur die Spaltung zwischen reichen und armen Ländern vertieft, sondern auch reiche Länder mit armen Menschen hervorbringt (Stiglitz 2008, 26 ff.). Und diese armen Menschen konzentrieren sich gegenwärtig vor allem in den Städten.

II. Das urbane Jahrhundert und die Diversität städtischer Entwicklungsmuster

Wir erleben gegenwärtig einen Zeitenwechsel. Zum ersten Mal in der Geschichte der Menschheit leben heute mehr Menschen in Städten als auf dem Lande. Im Jahre 1900 lebten gerade mal 15 Prozent der Weltbevölkerung in Städten. Es war noch eindeutig eine Welt der Bauernhöfe, der lokalen Selbstversorger, der Dörfer und Kleinstädte (Giradet 2007), obwohl unsere Zivilisation schon über Jahrtausende durch die Stadt mit ihrer spezifischen Ökonomie, Gesellschaft und Kultur geprägt ist. Heute dominieren auf unserem Globus die städtischen Siedlungen.

Dieser Triumph der Stadt über das Land ist jedoch mit einem offensichtlichen Paradoxon verbunden. Während ein weltumspannender Verstädterungsprozess zum Verschwinden des Ländlichen führt, scheint sich das Konzept der Stadt aufzulösen. Durch die Dynamik und die spezifischen siedlungsstrukturellen Ausprägungen des Verstädterungsprozesses, insbesondere durch die zentrifugalen und dezentralisierenden Tendenzen, die seit dem Ersten Weltkrieg die Entwicklung der Städte und Stadtregionen in den entwickelten Ländern geprägt haben, sind wir mit grundsätzlichen Fragen konfrontiert: Wird sich die Richtung der gesellschaftlichen Dynamik, die sehr lange auf die Kernstädte gerichtet war, durch die zunehmend zentrifugalen Tendenzen umkehren, also weg von den Kernstädten, und verschieben ins Umland oder gar in die peripheren Regionen? Wird es in einer urbanisierten

*Armut konzentriert
sich in den Städten*

Welt überhaupt noch die ‚Stadt‘ geben oder werden wir in Zukunft nur noch mit unterschiedlichen urbanen Konfigurationen konfrontiert sein?

Der Übergang zu einem urbanen Jahrhundert vollzieht sich gegenwärtig vor allem außerhalb der entwickelten Länder, nämlich in den Schwellen- und Entwicklungsländern der südlichen Hemisphäre. Der weltumspannende Verstädterungsprozess zeigt – zumindest auf den ersten Blick – eine extreme Polarisierung: In der südlichen Hemisphäre wachsen die Städte so schnell wie nie zuvor. Noch nie sind so viele Megastädte entstanden wie gegenwärtig. Städte wie Mexiko City, Sao Paulo, Shanghai, Mombay, Kalkutta, Jakarta, Lagos oder Kairo haben heute schon weit über zehn Millionen Einwohner, und in zwanzig Jahren werden die meisten dieser Städte die Grenze von zwanzig Millionen weit überschritten haben. Die Verdrängung der Bevölkerung aus der Landwirtschaft – u. a. als Folge der Globalisierung – führt in Ländern der Dritten Welt dazu, dass die Menschen der Not und Armut auf dem Lande zu entfliehen suchen. In der Hoffnung auf Arbeit und einen Lebensraum wandern sie in die Städte, wo die meisten von ihnen in „shanty towns“, „favelas“ oder „bidonvilles“, also den ungeplanten Spontansiedlungen, um ihr tägliches Überleben kämpfen.

Der globale Verstädterungsprozess vollzieht sich in sehr diversen Formen

Die Verstädterung der Dritten Welt ist vor allem durch die zentripetale Dynamik der „Landflucht“ geprägt. Das Resultat sind diffuse Siedlungsgebilde mit mehreren Zentren, verstädterten Zwischenzonen, gated communities, Brachflächen und unüberschaubaren Slums, den sogenannten „shadow cities“ (Neuwirth 2006). Das Wachstum dieser Städte vollzieht sich vor allem als ein Wachstum der Slums. Bereits heute leben eine Milliarde Menschen in Slums, im Jahre 2030 werden es voraussichtlich zwei Milliarden sein (UN-Habitat 2003 und Davis 2006). Die Zukunft der

Stadt – so scheint es aus der Perspektive der südlichen Hemisphäre – ist eine informelle Verstädterung ohne Urbanität.

In den Städten der nördlichen Hemisphäre blicken wir dagegen zurück auf 50 Jahre „Stadtflucht“. Als Folge der stürmischen Entwicklung der Produktivkräfte, einem steigenden Lebensstandard und der Massenmotorisierung wurde die zentripetale Dynamik der industriellen Verstädterung zunehmend überlagert und dominiert durch die zentrifugalen Tendenzen der Suburbanisierung. Das Resultat war eine Verallgemeinerung urbaner Arbeits- und Lebensformen ohne Verstädterung.

Die gegensätzlichen Dynamiken des globalen Verstädterungsprozesses könnte man auf die einfache Formel bringen: Im ‚Süden‘ ist die Armut die wesentliche Triebkraft der Verstädterung und im ‚Norden‘ führt der Reichtum zu einer Auflösung der Städte.

Bei einem genaueren Blick werden wir allerdings mit einem sehr viel komplexeren Bild konfrontiert. In dem weltumspannenden Verstädterungsprozess zeichnet sich innerhalb der skizzierten Polarisierung ein hohes Maß an Diversität ab.

So zeigen sich bei den Entwicklungs- und Schwellenländern neben den Formen einer primär durch ländliche Armut vorangetriebenen Verstädterung auch Verstädterungsprozesse, deren Triebkräfte äußerst dynamische städtische Industrialisierungsprozesse sind. Dies gilt vor allem für den „Hochgeschwindigkeits-Urbanismus“ in China. Beispielhaft hierfür sind die Städte oder Stadtregionen von Shanghai oder Shenzhen. Vor 30 Jahren lebten in dem Küstendorf Shenzhen an der Grenze zu Hongkong ungefähr 30.000 Menschen. Heute sind es rund 8,3 Millionen. Dazu kommen noch mehrere Millionen Wanderarbeiter, die sog. „floating population“. In China insgesamt wuchs die städtische Bevölkerung in den letzten 30 Jahren von „170 Millionen auf 456 Millionen Menschen, ein Anstieg, der fast ausschließlich auf den

Zustrom von Menschen aus den ländlichen Gebieten zurückzuführen ist“ (Girardet 2007, 188).

Aber auch in den Städten der nördlichen Hemisphäre zeichnet sich seit der Jahrhundertwende eine deutliche Trendwende ab. Nach 50 Jahren Stadtflucht in der Form der Suburbanisierung und zum Teil auch einer Desurbanisierung zeigt sich ein eindrucksvoller „urban turnaround“. Globalisierung und Digitalisierung der Wirtschaft führten offensichtlich nicht – wie von vielen Experten prophezeit – zu einer Auflösung der Städte, sondern zur Herausbildung einer neuen Form städtischer Zentralität und einer neuen Attraktivität der Stadt. Besonders eindrucksvoll zeigt sich diese Entwicklung beispielsweise in New York, einer Stadt, die in den 1970er Jahren 10 Prozent seiner Bevölkerung verloren hat und beinahe bankrott ging. Heute hat New York – trotz der fatalen Folgen des 11. Septembers – mit 8,1 Millionen soviel Einwohner wie noch nie zuvor und zugleich eine äußerst dynamische Ökonomie (Läpple 2005). Allerdings ist auch die soziale Spaltung New Yorks so ausgeprägt wie noch nie zuvor in der Geschichte. Wie sich die derzeitige Finanzkrise auf New York auswirken wird, muss allerdings noch abgewartet werden.

III. Das deutsche Metropolensystem

Eine städtische Renaissance – auch in Deutschland

Auch in Deutschland wird gegenwärtig die Stadt neu entdeckt. Die Krisen- und Verfallsgeschichten, die lange Zeit den Diskurs über die Stadt dominiert haben, werden überlagert von einer neuen Lust auf Stadt.

Über Jahrzehnte hinweg haben deutsche Städte Einwohner, aber auch immer mehr Arbeitsplätze verloren. Besonders zugespitzt waren die Problemlagen in den ostdeutschen Städten nach dem deutschen Einigungsprozess. Verlust der Arbeitsplätze, Bevölkerungsrückgang und Abwanderung

der jungen, qualifizierten Bevölkerung konfrontierte die ostdeutschen Städte mit dramatischen Schrumpfungsprozessen. In der Folge des beschleunigten wirtschafts- und siedlungsstrukturellen Wandels konzentriert sich in den Städten die seit Jahrzehnten anhaltende Massenarbeitslosigkeit, mit ihren vielfältigen sozialen und sozialräumlichen Folgeproblemen. Dabei führte die Arbeitsmarktentwicklung nicht nur zu einer Verschärfung sozialer Ungleichheit und der Verfestigung struktureller Armut, sondern auch zu einer dauerhaften Ausgrenzung sozialer Gruppen aus einer regelmäßigen Erwerbsarbeit und damit tendenziell auch aus der Teilhabe an dem sozialen, kulturellen und politischen Leben.

Spätestens seit Anfang des 21. Jahrhunderts gibt es in Deutschland deutliche Zeichen für eine Trendwende in der Stadtentwicklung. Beschleunigt durch die Megatrends der Globalisierung und der Informatisierung vollzog sich eine tiefgreifende Wandlung der ökonomischen Basis der Städte. Vor allem in den großen westdeutschen Stadtregionen München, Hamburg, Frankfurt oder Köln ist mit der Verschiebung von einer Industrie- zu wissens- und kulturbasierter Dienstleistungsökonomie eine neue städtische Dynamik entstanden. Unter den Städten gibt es jedoch auch eindeutige Verlierer. Dazu gehören traditionelle Industriestädte im Westen, wie die Ruhrgebietsstädte, und vor allem die ostdeutschen Städte einschließlich Berlins, wo in der Folge von Systemproblemen aus der DDR-Zeit sowie den spezifischen Bedingungen des Transformationsprozesses ein großer Teil ihrer wirtschaftlichen Basis weggebrochen ist (u.a. Hannemann/Läpple 2004).

Der Wandel von einer Industrie- zu einer Wissensökonomie geht offensichtlich einher mit einer deutlichen Polarisierung der Stadtentwicklung, die geprägt ist durch eine Gleichzeitigkeit von Wachstum und Schrumpfung zwischen den Stadtregionen und innerhalb der Stadtregionen.

Inzwischen scheint sich auch in den ostdeutschen Städten eine Trendwende abzuzeichnen – zumindest bei der Bevölkerungsentwicklung. Nach einer langen Phase des ökonomischen Niedergangs und der Schrumpfung steigt in den großen Städten wie Leipzig, Dresden und Berlin die Bevölkerung wieder an.



> Prof. Dieter Läßle

Es kann festgestellt werden, dass die Transformation von einer industriellen zu einer wissensbasierten Ökonomie auch in deutschen Städten und Stadtregionen Voraussetzungen für eine neue ökonomische Dynamik hat entstehen lassen. Die tiefgreifenden Wandlungen der ökonomischen Basis der Städte führten nicht nur zu einem starken Rückgang industrieller Arbeitsplätze, sondern inzwischen haben sich vielfältige neue Formen einer Wissens- und Kulturökonomie herausgebildet. Diese stützen sich auf intellektuelle Arbeit, menschliche Kreativität, soziale Interaktion und Vernetzung, und sie haben vor allem eine große Affinität zu städtischen Standorten.

Die neue Arbeitswelt der Wissensproduktion benötigt sowohl zeitlich als auch räumlich flexible Organisationsformen und die traditionelle räumliche und zeitliche Trennung der Sphären Arbeit, Wohnen und Freizeit löst sich in dieser urbanen Arbeitsgesellschaft zunehmend auf. Dadurch gewinnt die Stadt nicht nur als Arbeitsort, sondern auch als Wohnort und Lebensraum wesentlich an Bedeutung.

Und was ist mit dem Traum vom „Eigenheim im Grünen“, der jahrzehntlang die jungen, besser verdienenden Familien ins Umland gelockt hat? Nicht nur die immer teureren Benzinpreise oder der Wegfall der Eigenheimzulage lässt die Leute fragen: Sind wir auf der grünen Wiese wirklich gut aufgehoben? Vor allem Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt erschweren ein Wohnen im Umland. Der kapitalintensive Lebensstil mit dem Häuschen im Grünen war gebunden an ein kontinuierliches Einkommen, wachsende Freizeit und eine klare Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau. Der Mann war der Ernährer der Familie, und die Frau kümmerte sich um Haushalt und Kinder. Dieses Modell steht zur Disposition.

Gleichzeitig ist der Arbeitsmarkt unsicherer geworden. Feste Vollzeitstellen werden bald die Ausnahme sein. Durch die gestiegene Frauenerwerbstätigkeit und die Erosion des gesellschaftlichen Zeitgefüges wird familiäres Alltagsleben an suburbanen Standorten mit langen Wegen und Pendlerzeiten immer komplizierter. Und durch die Unsicherheit von Job und Einkommen werden sich deutlich weniger Menschen mit hohen Hypotheken für ein Eigenheim im Grünen festlegen können und wollen.

Vor diesem Hintergrund entdecken viele die Vorteile der Stadt wieder. Die Stadt bietet nicht nur ein breites Angebot an Beschäftigungsmöglichkeiten, sondern auch vielfältigste Dienstleistungen und Gelegenheiten vor Ort, die die Alltagsorganisation in der neuen urbanen Arbeitsgesellschaft erleichtern: Einkaufsmöglichkeiten, Betreu-

ungsangebote für Kleinkinder, Kindergärten mit unterschiedlichen Öffnungszeiten, Schulen für unterschiedliche Begabungen, eine differenzierte Gesundheitsversorgung und ein breites Bildungs- und Kulturangebot.

Bieten unsere Städte tatsächlich all diese erwünschten Möglichkeiten? In deutschen Innenstädten wird kaum mehr gewohnt, und mit dem Wohnen sind auch die vielfältigen Dienstleistungseinrichtungen verschwunden, die einen urbanen Lebensstil erst möglich und attraktiv machen. Hier liegt eine große Herausforderung zukünftiger Stadtpolitik. Gefragt sind urbane Strukturen, die den neuen Wohn- und Arbeitsformen entsprechen und die eine Vereinbarkeit von Beruf und Familie ermöglichen. Denn die neue ökonomische Dynamik in den Kernstädten ist wesentlich durch eine Zunahme der Frauenerwerbstätigkeit geprägt.

Der Arbeitsmarkt für Hochqualifizierte als städtischer Magnet

Wie in vielen anderen Ländern zeigt sich somit auch im deutschen Städtesystem, dass Globalisierung und Informatisierung nicht zu einer Auflösung der Städte, sondern zur Herausbildung einer neuen Form städtischer Zentralität führen, die in Deutschland die Form eines Metropolierungsprozesses annimmt. Von der neuen städtischen Dynamik profitieren – wie bereits skizziert – vor allem Dienstleistungsmetropolen wie München, Frankfurt (Rhein-Main), Hamburg, Köln/Düsseldorf (Rhein) oder Stuttgart. Mit dem Übergang zu einer wissensbasierten Dienstleistungsökonomie wird intellektuelle Arbeit und menschliche Kreativität zu einem zentralen Produktionsfaktor, wodurch Arbeitsmärkte – insbesondere für Hochqualifizierte – die Rolle von städtischen „Magneten“ zukommt, die Betriebe und qualifizierte Professionals gleichermaßen anziehen.

In diesem Sinne funktioniert die Stadt als ein zentraler („Hub“-)Arbeitsmarkt, der die folgenden beiden Bedingungen zu erfüllen hat: Für die Unternehmen soll er einen ausreichend konzentrierten und diversen Arbeitspool bereit stellen für eine Wissens- und Kulturproduktion, die geprägt ist durch volatile Märkte, sich schnell verändernde Produkte und eine starke Nachfrage nach hochqualifizierter Arbeit. Für die Erwerbstätigen soll er eine sehr breite Vielfalt an Beschäftigungsmöglichkeiten für professionelle Karrieren bieten – möglichst von einem einzigen Wohnort aus – und das unter Bedingungen oft wechselnder Beschäftigungsverhältnisse, der Notwendigkeit permanenter Weiterqualifikation. Und dies auch für Zweiverdiener-Lebensgemeinschaften, wo zunehmend beide Partner eine egalitäre Teilhabe am Erwerbsleben anstreben.

Unternehmen werden sich in ihrer Standortwahl zunehmend an der Verfügbarkeit qualifizierter Arbeitskräfte orientieren und qualifizierte Beschäftigte werden sich nach Orten mit einer großen Vielfalt an Beschäftigungsmöglichkeiten, einem breiten Angebot an Dienstleistungen sowie urbanen Lebensbedingungen umsehen. Dadurch wird eine sich gegenseitig verstärkende Dynamik zwischen Arbeitskräftenachfrage und Arbeitskräfteangebot ausgelöst. In dieser kumulativen Dynamik bilden städtische Arbeitsmärkte den Kontext für gemeinsame Lernprozesse und damit die Herausbildung spezialisierter Wissens- und Qualifikationspools.

Der „Exportweltmeister“ Deutschland – ohne Global City?

Die bekannteste Erscheinungsform der neuen städtischen Zentralität sind – wie bereits angedeutet – die Global Cities. In ihnen konzentrieren sich die Kontroll-, Integrations- und Steuerungsfunktionen der über den Globus verteilten Wertschöpfungsketten. Zugleich sind die Global Cities zentrale Produktionsstandorte und transnationale Marktplätze für

In der Stadt zu wohnen wird zukünftig an Bedeutung gewinnen

hochwertige, wissensbasierte Dienstleistungen. Während sich in den meisten anderen Ländern mit der zunehmenden Globalisierung der Ökonomie eine einzige, dominante Global City herausgebildet hat, verfügt Deutschland über keine veritable Global City, sondern über ein multi-polares städtisches System.

Das besondere deutsche multi-polare städtische System

Wie lässt sich erklären, dass in der Hierarchie des globalen Städtesystems keine deutsche Stadt in der Spitzengruppe der Global Cities zu finden ist? Und dies, obwohl Deutschland seit vielen Jahren die Position des „Export-Weltmeisters“ einnimmt und kaum eine andere Wirtschaft so stark in den Weltmarkt integriert ist wie die deutsche.

Bei der Beantwortung dieser Frage wird meist auf die Besonderheiten und Brüche der deutschen Geschichte verwiesen. Deutschland, die „verspätete Nation“ (Plessner), bestand aus einer Vielzahl von Kleinstaaten, Fürstentümern und Freien Reichsstädten und hat erst 1871 mit der preußisch-deutschen Reichsgründung eine gemeinsame Hauptstadt bekommen. Berlin wurde Regierungssitz und in den folgenden Jahrzehnten die dominante deutsche Wirtschafts- und Kulturmetropole, die allerdings nie den Zentralitätsgrad von London oder Paris erreichte. Nach den historischen Katastrophen von Naziregime und Zweitem Weltkrieg erfolgte mit dem Zusammenbruch des deutschen Reiches und der Aufteilung Deutschlands in vier Besatzungszonen eine Demontage der zentralen Metropolenrolle von Berlin. Viele Unternehmen verlagerten ihren Sitz aus Berlin in die westdeutschen Regionalmetropolen Frankfurt, Hamburg, München, Köln, Düsseldorf und Stuttgart.

Polyzentralität, Metropolensystem und Arbeitsteilung

Wenn es richtig ist, dass der gegenwärtige Kapitalismus keine homogene Einheit darstellt, sondern dass sich auf der Grundlage unterschiedlicher historischer Bedingungen unterschiedliche Modelle des Kapitalismus herausgebildet haben, dann liegt die These

nahe, dass diesen Modellen auch unterschiedliche Urbanisierungsmuster entsprechen.

Die ‚verspätete‘ Industrienation Deutschland hat bereits Ende des 19. Jahrhunderts eine Alternative zum liberalen Produktionssystem entwickelt, die sich als regulierte, korporative Marktwirtschaft charakterisieren lässt (Abelshauer 2004, S. 28-59). Verbunden mit einer stark föderalen Struktur der staatlichen Organisation, bildete dieses Modell des „rheinischen Kapitalismus“ die Grundlage für die Wirtschafts- und Sozialordnung Westdeutschlands. Es liegt nahe, dass sich in Deutschland nicht nur ein alternatives Produktionsmodell, sondern auch ein alternatives und durchaus leistungsfähiges Urbanisierungsmodell herausgebildet hat.

Kennzeichen dieses Urbanisierungsmodells sind nicht nur die Polyzentralität des Metropolensystems mit seiner ausgeprägten komplementären Arbeitsteilung zwischen den einzelnen, jeweils auf bestimmte Cluster hochwertiger Dienstleistungen spezialisierten Metropolen. Dieses Modell ist auch geprägt durch das Phänomen regionaler Dienstleistungs-Fertigungs-Verbünde (Läpple/ Thiel 2000).

Während in den angelsächsischen Ländern der Globalisierungsschub der 1980er und 1990er Jahren zu einer starken globalen Dispersion industrieller Funktionen führte, zeigt sich in den deutschen Stadtregionen immer noch eine stark interaktive Entwicklungsdynamik von wissensintensiven Industrie- und unternehmensnahen Dienstleistungen. Seit Mitte der 1990er Jahre zeichnen sich zwar sektorale und regionale Entkopplungen dieser interaktiven Entwicklung ab. Die interaktiven Bezüge zwischen Industrie- und Dienstleistungsentwicklung werden damit aber nicht aufgehoben, sondern nur weiträumiger. Gleichzeitig zeigt sich bei den Entwicklungen der einzelnen Metropolen eine zunehmende Spezialisierung auf bestimmte Cluster hochwertiger Dienstleistungen (Läpple 2007).

Das deutsche Metropolensystem als Teil eines vielschichtigen Netzwerkes von Städten

Um die Besonderheit des deutschen Städtesystems und die spezifische Rolle des Netzwerks von komplementären Metropolregionen zu verdeutlichen, habe ich in meinen bisherigen Ausführungen den Fokus auf die städtische, stadregionale und nationale Ebene gerichtet. Es ist jedoch klar, dass bei der Analyse von Global Cities oder globalisierten Stadtregionen primär eine globale und nicht eine nationale Perspektive eingenommen werden muss. Abschließend soll deshalb noch kurz auf die Frage der transnationalen Verflechtung der deutschen Metropolregionen eingegangen werden.

Bei der starken Ausrichtung der deutschen Wirtschaft auf die globale Ökonomie und angesichts der weit fortgeschrittenen europäischen Integration ist es offensichtlich, dass das deutsche Stadtsystem in hohem Maße eingebunden ist in das europäische und globale Netzwerk von Städten. Dies betrifft mehr oder weniger alle deutschen

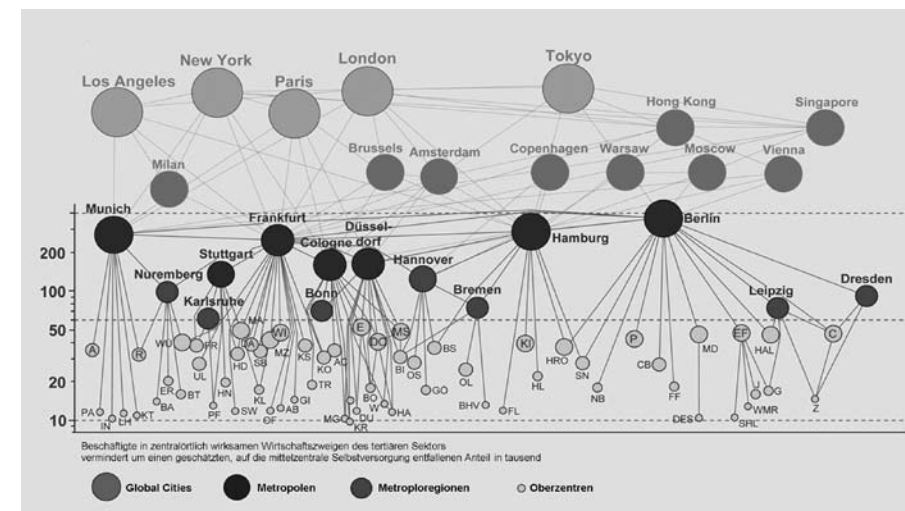
Städte. Allerdings nehmen die deutschen Metropolregionen in besonderem Maße eine „Schnittstellenfunktion zwischen den globalen und nationalen Systemen der Wirtschaft ein. Nur über starke internationale Vernetzungen und Kooperationen können die einzelnen Metropolen ihre Leistungs- und Innovationsfähigkeit in ihrer jeweiligen Spezialisierung weiter entwickeln.

In der Abbildung wird die Darstellung des nationalen Städtesystems, wie es Blotvogel für das Jahr 1995 dargestellt hat, durch eine heuristische Skizze transnationaler Verflechtungs- und Kooperationszusammenhänge ergänzt. Mit dieser schematischen Darstellung soll die vielschichtige Einbettung der deutschen Metropolregionen in globale, europäische, aber auch nationale und regionale Zusammenhänge verdeutlicht werden (Läpple 2007).

Betrachtet man das deutsche Stadt- und Metropolensystem unter der Perspektive seiner komplementären Arbeitsteilung und seiner Einbindung in das vielschichtige globale Metropolennetzwerk, so muss die

Das deutsche Metropolensystem ist eingebunden in das globale Städtenetzwerk

Deutsches Städtesystem und seine Einbindung in das globale Metropolennetzwerk



Quelle: Schema in Anlehnung an Blotvogel 2002, HCU, Institut für Stadt-/Regionalökonomie, D. Läpple / S. Kröger

Abwesenheit einer deutschen Metropole in der Hierarchie der veritablen Global Cities wie New York oder London nicht notwendigerweise als ein Defizit erscheinen.

Aus der spezifischen Netzwerkstruktur des deutschen Metropolensystems resultieren vielfältige Vorteile, aber möglicherweise auch gewisse Nachteile. Die stark dezentralen Strukturen bieten – verglichen mit den großen monozentrischen Global Cities – sehr viel bessere Voraussetzungen für eine raum-zeitliche Integration von Wohn- und Arbeitsfunktionen sowie für die Bewältigung der täglichen Mobilitäts- und Ver- und Entsorgungserfordernisse in den Metropolräumen. Im Hinblick auf die ökonomische Leistungs- und Innovationsfähigkeit bleibt offen, ob das deutsche Metropolensystem die mit der globalen Ökonomie verbundenen möglichen Spezialisierungs- und Skaleneffekte tatsächlich auch ausschöpfen kann. Es ist jedoch zu vermuten, dass das deutsche Metropolensystem relativ robust auf äußere Schocks reagiert und zugleich durch seine internen Redundanzen über eine große Flexibilität und Anpassungsfähigkeit verfügt. In diesem Sinne könnte sich das deutsche Metropolensystem durchaus als zukunftsfähige Alternative zu dem stark zentralisierten Modell der Global Cities erweisen.

Prof. em. Dr. Dieter Läßle, ehemals HafenCity Universität Hamburg

Literatur

Abelshauer, Werner (2004): *Deutsche Wirtschaftsgeschichte seit 1945*. München: Verlag C.H.Beck.

Blotevogel, Hans H. (2002): *Städtesystem und Metropolregionen*. In: Friedrich, K./ Hahn, B./ Popp, H. (Hrsg.): *Nationalatlas Bundesrepublik Deutschland – Dörfer und Städte*. München: Spektrum, S. 40-43.

Davis, Mike (2006): *Planet of Slums*. London/ New York: Verso.

Friedman, Thomas L. (2008): *Die Welt ist flach. Eine kurze Geschichte des 21. Jahrhunderts*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Giddens, Anthony (1996): *Konsequenzen der Moderne*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Girardet, Herbert (2007): *Die Schaffung lebenswerter und nachhaltiger Städte*. In: Ders.: *Zukunft ist möglich. Wege aus dem Klima-Chaos*. Hamburg: Europäische Verlagsanstalt, S. 175-213.

Hannemann, Christine/ Läßle, Dieter (2004): *Zwischen Reurbanisierung, Suburbanisierung und Schrumpfung. Ökonomische Perspektiven der Stadtentwicklung in West und Ost*. In: *Kommune. Forum für Politik, Ökonomie und Kultur – Monatszeitschrift, 5/04*, Frankfurt am Main, S. V-X.

Häußermann, Hartmut/ Läßle, Dieter/ Siebel, Walter (2008): *Stadtpolitik*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

ILO - International Labour Organization (2004): *World Commission on the Social Dimension of Globalization. A Fair Globalization for All*. Genf: International Labour Organization.

Läßle, Dieter (2007): *The German System*. In: Burdett, Ricky/ Sudjic, Deyan (Hg.): *The Endless City*. London: Phaidon Press Ltd., S. 232-243.

Läßle, Dieter (2005): *Phönix aus der Asche: Die Neuerfindung der Stadt*. In: Berking, H./ Löw, M. (Hg.) *Soziale Welt, Sonderband 16: Die Wirklichkeit der Städte*. Baden-Baden: Nomos, S. 397-413.

Läßle, Dieter (2001): *Stadt und Region in Zeiten der Globalisierung und Digitalisierung*. In: *Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften*, 40 Jg. 2001/III, S. 12-36.

Mitchell, William J. (1996): *City of Bits: Leben in der Stadt des 21. Jahrhunderts*. Boston/ Basel/ Berlin: Birkhäuser.

Neuwirth, Robert (2006): *Shadow Cities. A billion squatters, a new urban world*. New York/ London: Routledge.

Porter, Michael E. (1999): *Unternehmen können von regionaler Vernetzung profitieren*. In: *Harvard Business Manager*, H. 3, S. 51-63.

Porter, Michael E. (1998): *On Competition*. Boston: Harvard Business Review Book.

Sassen, Saskia (2001): *The Global City*. New York/ London/ Tokyo. Princeton, NJ: Princeton University Press (new updated edition; originally published in 1991).

Sassen, Saskia (1997): *Metropolen des Weltmarktes. Die neue Rolle der Global Cities*. Frankfurt am Main/ New York: Campus Verlag.

Schumann, Harald/ Grefe, Christiane (2008): *Der globale Countdown. Gerechtigkeit oder Selbsterstörung – die Zukunft der Globalisierung*. Köln: Verlag Kiepenheuer und Witsch.

Stiglitz, Joseph (2008): *Die Chancen der Globalisierung*. München: Siedler Verlag.

UN-Habitat – United Nations Human Settlements Programme (2003): *The Challenge of Slums. Global Report on Human Settlements 2003*. London: Earthscan.

Das Nest zieht in die Stadt: Die Entwicklung der Sozialstruktur, weibliche Lebentwürfe und das Leben in der Stadt

> Prof. Jutta Allmendinger Ph.D.

Soziale Entwicklungen haben vielfach eine räumliche Dimension

Die Region und regionale Unterschiede stehen in weiten Teilen des soziologischen Diskurses eher am Rande. Zwar ist häufig von „Glokalisierung“ die Rede, doch stehen Fragen der Globalisierung weit im Vordergrund. Im Bereich der meist vertikal strukturierten sozialen Ungleichheitsforschung nimmt die räumliche Dimension im Vergleich zu Schicht, Bildung, Geschlecht, Ethnie und Familiengröße eine ausgesprochen marginale Rolle ein. Ist überhaupt von Regionen die Rede, dann geht es im Zuge der Föderalismus-Debatte über Unterschiede in der Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik zwischen den Bundesländern, vielleicht auch über Disparitäten zwischen Ost- und Westdeutschland. Zu selten wird bislang einbezogen, dass viele Entwicklungen – der Bildungsstand der Bevölkerung, die Familienstruktur, die Arbeitsmarktchancen, die Integration von Personen mit Migrationshintergrund – eine ausgesprochen räumliche Komponente haben und sich zwischen Stadt und Land, aber auch innerhalb städtischer Bezirke stark unterscheiden.

Junge Familien legen immer mehr Wert auf eine günstige Lage ihrer Wohnung, gute Infrastruktur, Betreuungs- und Bildungseinrichtungen in der Nähe und Kulturangebote

Ich möchte dies mit einer kleinen Anekdote illustrieren. Vor einigen Tagen erzählte mir der Leiter der Abteilung Information und Kommunikation des WZB, Paul Stoop, von seinen touristischen Expeditionen an freien Wochenenden. Es sei mal wieder so weit gewesen und er habe zusammen mit seiner Frau einen Ausflug „vor die Haustüre“ unternommen, sei von Berlin-Zehlendorf nach Berlin-Mitte und Prenzlauer Berg geradelt. Allerdings sei hierbei schnell der Eindruck entstanden, in einem anderen Land zu sein. „Schau mal, Paul“, so zitierte er seine Frau, „hier sitzt ein älterer Mann“. Herr und Frau Stoop sind 55 Jahre alt. Zuhause in Zehlendorf ist fast ein Viertel der Bevölkerung älter als 65 Jahre, also deutlich älter als sie selbst. Nach Berlin-Mitte sind es sieben Kilometer. Hier liegt das Durchschnittsalter bei 39 Jahren, gerade einmal 14 % der Bevölkerung sind älter als 65. Das ist mehr als ein gefühlter Unterschied, hier ist es richtig anders. Nirgends in Deutschland wird man vergleichsweise so viele junge Väter mit Kinderwagen sehen. Und selten wohl auch so viele unbebaute innerstädtische Flächen, die als Spielplätze den kleinen Kindern gewidmet sind.

Was verbirgt sich hinter dieser Beobachtung? Können wir erkennen, dass junge Familien den Weg zurück in innerstädtische Räume finden werden und nicht mehr an der Peripherie wohnen wollen? Da verallgemeinerbare empirische Untersuchungen fehlen, können wir nur informiert spekulieren. Zunächst passt die Alltagsbetrachtung meines Kollegen zu den Ergebnissen einer gerade abgeschlossenen Untersuchung, in der Frauen und Männer zwischen 17 und 19 sowie zwischen 27 und 29 Jahren gefragt wurden, wie sie leben wollen.¹ Sie wollen erwerbstätig sein, mit Partner oder Partnerin in der Stadt leben, mit Kindern und einer guten Kinderbetreuung. Die explorativen Interviews führten noch weiter. Sie möchten keine langen Anfahrten zum Betrieb, möchten inmitten der Infrastruktur von Kitas und Schulen mit besten Verkehrsanbindungen wohnen und nicht auf Kultur verzichten. Es sind die gut

> Prof. Jutta Allmendinger Ph.D.

gebildeten Frauen, die ein „Zuhause in der Stadt“ vorantreiben, es leben möchten und es bereits zunehmend leben. Mit Partnern, die ihnen den Rücken freihalten, sich auch um die Kinder kümmern und den Haushalt machen. Die wissen, dass sie Partnerinnen nur bekommen, wenn auch sie ihre Zeit zumindest ansatzweise zwischen Erwerbsarbeit, Hausarbeit und Kinderzeiten teilen.

Im Folgenden werde ich die strukturellen Hintergründe solcher Lebentwürfe skizzieren. Ich stelle kurz die demographische Entwicklung und die Veränderungen der Bildungs- und Berufsstrukturen dar und umreißt damit auch die in meinen Augen neue Stellung von Frauen in der Gesellschaft heute. Ich komme dann zu einem regionalen Blick und argumentiere, dass die veränderte Stellung von Frauen auch eine räumliche Komponente hat.

Rahmendaten zu Demographie, Arbeitsmarkt- und Bildungsstruktur²

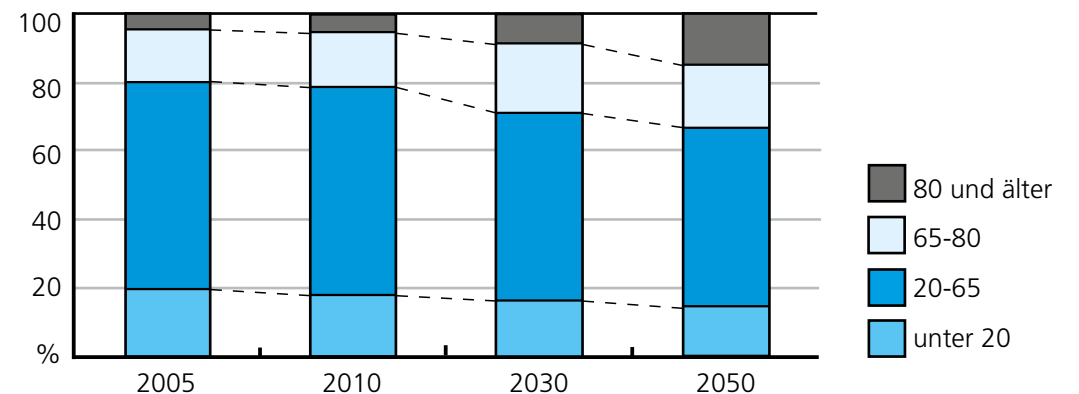
Das Zahlenverhältnis zwischen Alt und Jung wird sich rasch und stark verändern: Waren Ende 2005 noch 19 % der Bevölkerung über 65 Jahre alt und 61 % im Erwerbsalter zwischen 20 und 65 Jahren, so wird im Jahre 2050 ein Drittel der Bevöl-

kerung über 65 Jahre alt und nur die Hälfte im Erwerbsalter sein (Abbildung 1). Den meisten von uns erscheint das Jahr 2050 noch in weiter Ferne. Die heute 20-jährigen werden dann aber erst sechzig sein.

Mit diesem Bevölkerungsumbruch gehen hohe Verluste im durchschnittlichen Bildungsniveau einher. In den nächsten Jahren werden sehr viele gut ausgebildete Erwerbstätige in den Ruhestand treten, ohne dass entsprechend viele Personen nachfolgten, die ein vergleichbar hohes Qualifikationsniveau hätten. Man muss sich nur vorstellen: Selbst wenn die nachwachsenden Generationen alle eine wesentlich bessere Bildung als die heute Aktiven hätten, würden dem Arbeitsmarkt absolut gesehen immer noch weniger gut gebildete Personen zur Verfügung stehen.³

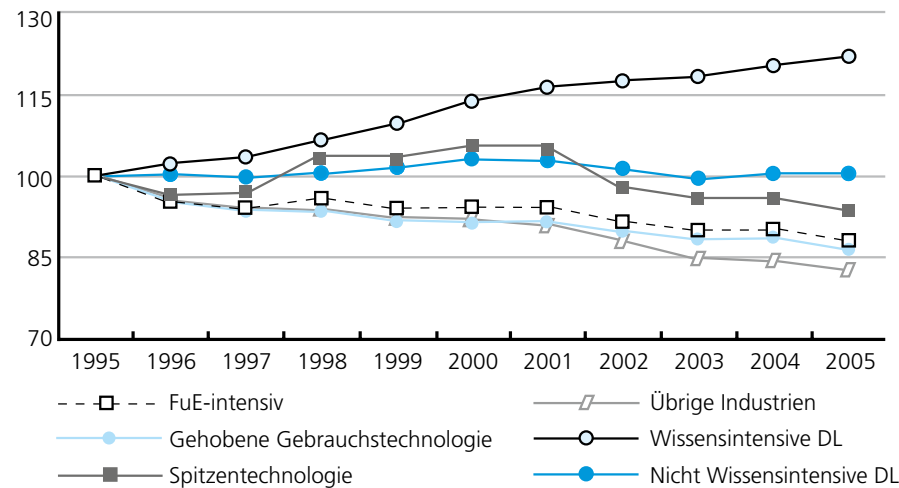
Erschwerend kommt hinzu, dass die deutsche Wirtschaft einen „doppelten Strukturwandel“⁴ durchläuft. Die Produktion wächst im industriellen Sektor im Vergleich zum Dienstleistungssektor kaum, und der industrielle Sektor weist seit Anfang der 1990er Jahre eine deutlich negative Beschäftigungsbilanz auf. Die wissens- und forschungsintensiven Wirtschaftszweige im produzierenden Bereich wie im Dienstleistungssektor expandieren.

Abb. 1: Bevölkerungsentwicklung nach Altersgruppen in Deutschland von 2005 bis 2050



Quelle: Statistisches Bundesamt (2007): Bevölkerung Deutschlands bis 2050. 11. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung. Wiesbaden, Berechnungen des WZB.

Abb. 2: Arbeitseinsatz nach Wirtschaftsbereichen 1995 bis 2005



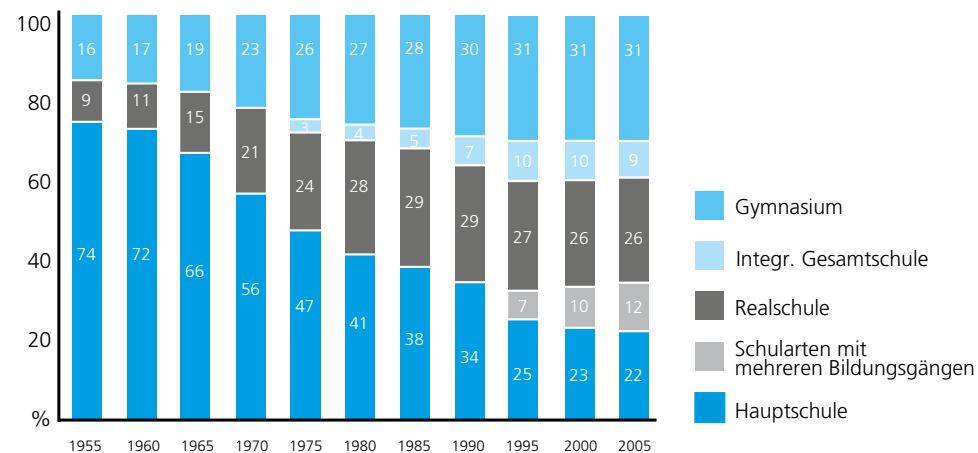
Quelle: EUKLEMS-Datenbasis, Berechnungen und Schätzungen in Belitz H. u.a. (2008): Wirtschaftsstrukturen und Produktivität im internationalen Vergleich. Studien zum deutschen Innovations-system, Nr. 6/2008. Berlin, Hannover.

Beide Entwicklungen führen dazu, dass Zuwächse in der Wertschöpfung und in der Beschäftigung in Deutschland nur noch auf die forschungs- und wissensintensiven Branchen zurückzuführen sind (Abbildung 2). Vor allem unternehmensbezogene Dienstleistungen, also Forschung und Entwicklung, Markt- und Meinungsforschung oder IT-Beratung, gewinnen stark an Bedeutung. Damit werden für Geringquali-

fizierte die Chancen schlechter, Arbeit zu finden; der Bedarf an höher qualifiziertem Personal wird weiter steigen.⁵

Eine Zeitlang schien sich die deutsche Gesellschaft darauf auch eingestellt zu haben. Zwischen 1955 und 1995 erlebte Deutschland die vier goldenen Jahrzehnte einer Bildungspolitik, die gute Bildung für möglichst viele ermöglichen wollte

Abb. 3: Entwicklung der Bildungsexpansion 1955 bis 2005

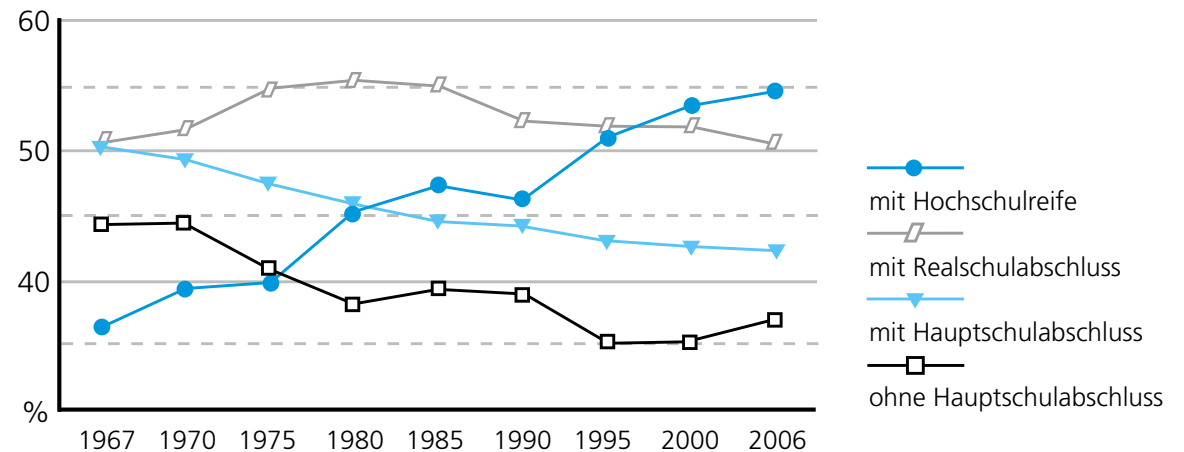


Quelle: Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) 2007: 18. Sozialerhebung. Berlin/Bonn

(Abbildung 3). Die Gewinne waren hoch: Besuchten 1955 noch 75 % eine Hauptschule, so verringerte sich dieser Anteil bis 1995 auf 25 %. Besuchten 1955 noch 16 % das Gymnasium, so waren es 1995 bereits 31 %. Diese Zeiten der Bildungsexpansion sind vorbei.

So sollte man meinen. Schaut man jedoch genauer auf die Daten, so zerfällt Abbildung 3 in zwei ganz unterschiedliche Geschichten. Keine davon erzählt von einer Stagnation. Zunächst die Geschichte der Frauen. In den Jahren zwischen 1990 und 2006 stieg der Frauenanteil unter den Abi-

Abb. 4: Anteil weiblicher Schulabgänger nach Art des Abschlusses

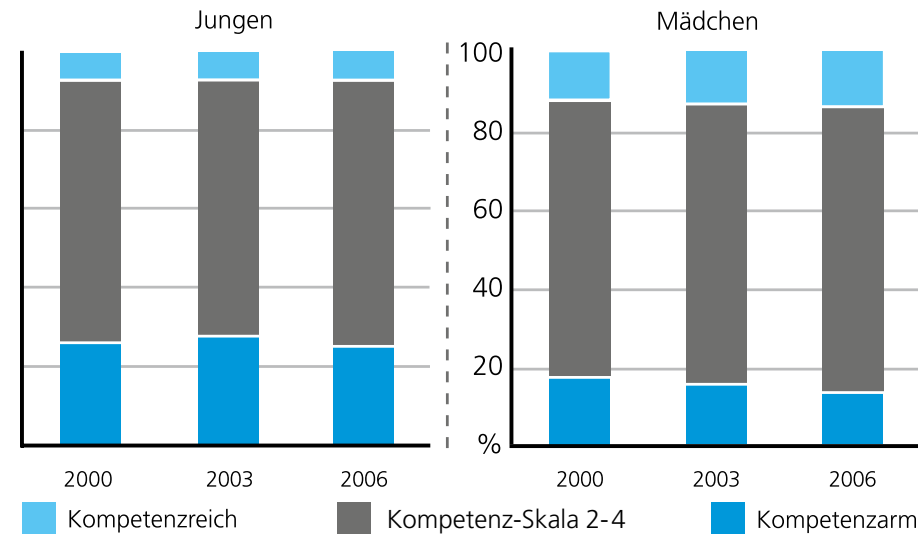


Quellen: BMBF (2004): Grund- und Strukturdaten, Bonn; Statistisches Bundesamt (2007): Fachserie 11, Reihe 1, Bildung & Kultur, Wiesbaden.

turienten von 46,3 auf 54,7 %. Die Aussage einer allgemeinen Bildungsstagnation ist damit falsch. Frauen führen die begonnene Bildungsexpansion fort. Die zweite Geschichte ist die der Männer. Auch sie erleben keine Stagnation, sie befinden sich in einer Phase der rasanten Bildungsregression. Doch damit nicht genug. Auch bei den kognitiven Kompetenzen öffnet sich die Geschlechterschere. Schauen wir auf die Daten des „Programme of International Student Assessment“, kurz PISA, welches seit dem Jahr 2000 die Kompetenzen von 15-jährigen Schülerinnen und Schülern aller Schulformen in Lesen, Mathematik, Naturwissenschaften und anderen Bereichen international einheitlich erhebt und vergleicht.⁶ Und schauen wir dort auf zwei Gruppen: Zunächst geht es um die Kompetenzarmen – das sind Jugendliche, die unterhalb der PISA-Stufe II liegen.⁷ Diese Gruppe wird vom PISA Konsortium

als „Risikogruppe“ beschrieben, zum Teil als „funktionale Analphabeten“. Dann schauen wir auf die Kompetenzreichen, das sind Jugendliche, die über Kompetenzen auf der PISA-Stufe V verfügen. Unter den Kompetenzarmen sind weniger Mädchen als Jungen (Abbildung 5). Lag im Jahr 2000 der Anteil kompetenzarmer Mädchen bei 18,1 %, betrug er 2006 nur noch 14,2 %. Bei den Jungen sprechen wir dagegen von konstant hohen Anteilen zwischen 25,5 und 28 %. Soweit das untere Ende der Verteilung. Der Blick nach oben zu den Kompetenzreichen ändert an der Lagebeschreibung nichts. Von den Jungen sind seit der ersten PISA-Befragung konstant etwa 7 % im Olymp der Kompetenzreichen. Bei den Mädchen stieg der Anteil über die drei bisherigen PISA-Erhebungen hinweg von 11,1 auf 12,9 %.

Abb. 5: Entwicklung von Kompetenzarmut und Kompetenzreichtum in Deutschland PISA 2000-2006



Quellen:

OECD (2001): *Knowledge and Skills for Life: First Results from PISA 2000*. Paris OECD.

OECD (2004): *Learning for Tomorrow's World: First Results from PISA 2003*. Paris OECD.

OECD (2001): *PISA 2006. Science Competencies for Tomorrow's World*. Paris OECD.

Die Chancen junger Frauen auf dem Arbeitsmarkt sind so gut wie noch nie

Lässt man diese Zahlen auf sich wirken, so kommt man nur zu einem Schluss: Die jungen Frauen von heute werden auf dem Arbeitsmarkt bald heftig begehrt und umworben werden. Ihre Chancen sind heute und in Zukunft so gut wie noch nie.

Die Gründe hierfür haben nichts mit all den Debatten um Chancengleichheit, Chancengerechtigkeit und „gender mainstreaming“ zu tun. Sie liegen auch nicht in einer höheren Frauen- oder gar Familienfreundlichkeit. Sie sind schlicht der Tatsache geschuldet, dass Männer Mangelware werden – gut gebildete Männer. Und die Wirtschaft wird bei fallendem Arbeitskräftepotenzial alle – wirklich alle – gut Gebildeten brauchen, die sie bekommen kann.

Soweit die nahe Zukunft. Doch wie gestaltet sich die Gegenwart? Was machen Frauen mit ihrem Leben? Nicht viel, könnte man flapsig antworten. Die Erwerbsquote von Frauen in Deutschland liegt mit 65,8 % auf einem niedrigen Niveau. Die Erwerbsquote von Männern beträgt 77 %.⁸

Die Erwerbsquoten von Frauen in anderen Ländern gehen auf 80 % zu. Über die letzten Jahre hat sich das Arbeitsvolumen bei Frauen auch nur wenig verändert. Früher waren weniger Frauen als heute erwerbstätig, das stimmt. Aber die wenigen Frauen arbeiteten oft in Vollzeit. Heute arbeiten viel mehr Frauen, aber meistens in Teilzeit.

Die Frauen bekommen auch nur wenige Kinder. Die Geburtenquote liegt niedrig, seit Anfang der 1990er Jahre bei durchschnittlich etwa 1,4 Kindern pro Frau. Vergleichbar geringe Geburtenquoten gab und gibt es auf der ganzen Welt sonst nur noch in Italien und in einigen Transformationsstaaten des ehemaligen Ostblocks. Viele Frauen bekommen gar keine Kinder: In Westdeutschland stieg ihr Anteil von 15 % Mitte der 1970er Jahre auf 26 % im Jahre 2005, jeweils bezogen auf alle westdeutschen Frauen im Alter von 38 bis 39 Jahren.⁹ In Ostdeutschland stieg der Anteil kinderloser Frauen im Alter von 38 bis 39 Jahren allein zwischen 1997 und 2005 von 8 auf 14 %.

Auch die Institution der Ehe schwächelt. Der Anteil der Singles in der Gesellschaft hat einen Höchststand erreicht. Scheidungsquoten sind so hoch wie nie zuvor. Wurden 1993 noch etwa 24 % aller Ehen geschieden, sind es 2005 bereits über 40 %.

Geringe Erwerbsquoten, niedrige Geburtenzahlen, instabile Partnerschaften – ist jungen Frauen von heute das eigene Selbst das Einzige, was noch wichtig ist? Sind sie eingetaucht in die Spaßgesellschaft, mit schnellen, unkomplizierten, konsumartigen Partnerschaften, lockeren sozialen Netzwerken, ohne Engagement in der und für die Gesellschaft? Überhaupt nicht, so ist die deutliche Antwort. Die jungen Frauen mit ihrer Wucht an Bildung und ihrem Drang zu einem selbstständigen Leben votieren bewusst für Erwerbsarbeit und Kinder und Partnerschaften. Und dies, so meine Vermutung, bleibt nicht ohne Wirkung auf die räumliche Gliederung unserer Gesellschaft.

Der Weg von Frauen führt in die Stadt

Lassen Sie mich das erklären und uns zunächst einen näheren Blick auf die regionale demographische Entwicklung werfen. Wie die Beiträge in diesem Band zeigen, schwankt das Durchschnittsalter der Bevölkerung regional deutlich und damit auch der Bevölkerungsanteil im jungen und höheren Alter. So finden wir in Deutschland Landkreise mit weniger als 14 % Älteren (über 65 Jahre) in der Bevölkerung, wir finden aber auch leicht Landkreise, in denen jeder Vierte über 65 Jahre alt ist (2005). Schon heute hat damit in vielen Landkreisen die Zukunft begonnen, denn hier liegt der Altersquotient so hoch, wie er sich in vier Jahrzehnten für den Durchschnitt Deutschlands darstellen wird. Hier könnten wir lernen.

Am raschesten und fast flächendeckend sind die neuen Bundesländer gealtert, im Westen sind es einzelne Regionen insbesondere in Rheinland-Pfalz, Hessen, Schleswig-Holstein und in Niedersachsen. Schauen

wir auf die hier im Vordergrund stehenden Unterschiede zwischen Stadt und Land: Der Alterungsprozess in den Städten ist niedriger und liegt auch auf niedrigerem Niveau als auf dem Land. So beobachten wir etwa schon heute Schulschließungen auf dem Land und lange Zeiten des Pendelns zu Schulen in der Stadt. Die Ausdünnung von Schulen ist auch für kommunale Behörden mittlerweile so beängstigend, dass Zusammenlegungen unterschiedlicher Schulformen in Frage zu kommen scheinen. Somit könnte auch in Bayern ein demographiebedingtes Ende der Dreigliedrigkeit des Schulsystems zu erwarten sein.

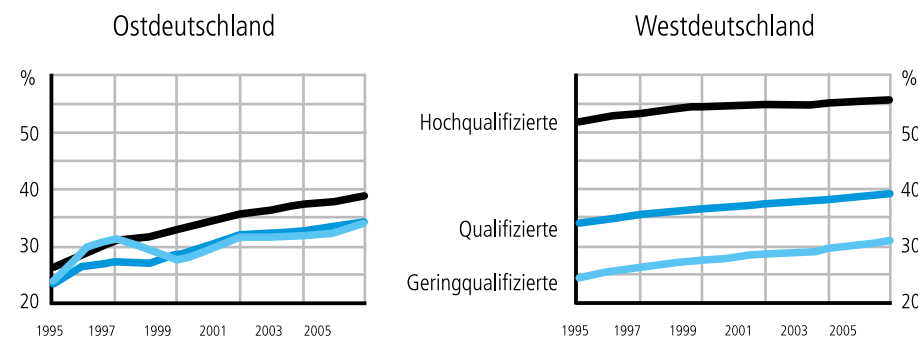
Stadt-Land-Unterschiede werden sich in den nächsten Jahren weiter erhöhen, auch Wanderungssaldi belegen das deutlich. Diese sind stark qualifikationsabhängig, gut gebildete junge Personen ziehen eher um als gering gebildete Personen. Wir kennen dies auch von Pendlerströmen. Von den hochqualifizierten Personen in Westdeutschland pendeln im Jahr 2005 deutlich über die Hälfte, von den gering Qualifizierten nur jeder Dritte (Abbildung 6). Hauptsächlich pendeln sie in die Stadt, um dort ihrer Erwerbstätigkeit nachzugehen, auch um Kinder in Kinderbetreuung, zu Schulen, Vereinen, Ärzten zu bringen, vielleicht auch, um die Universität zu besuchen – oder an dieser eben selbst zu arbeiten.



> v.l.: Ferdos Forudastan, Dr. Ulrich Hatzfeld, Prof. Jutta Allmendinger Ph.D., Prof. Dr. Dieter Läßle

Der Wunsch nach Vereinbarkeit von Familie und Beruf bleibt nicht ohne Wirkung auf die räumliche Gliederung unserer Gesellschaft

Abb. 6: Pendlerintensität nach Qualifikationsgruppen
Anteil der Auspendler an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Wohnort, in Prozent



Quelle: Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des IAB.

Vergegenwärtigen wir uns nun, dass mittlerweile mehr als die Hälfte der gut gebildeten Frauen sind. Frauen, die das Leben ihrer Mütter und Großmütter verfolgt, daraus gelernt, die Spielregeln verstanden haben. Die in ihrem Leben und für ihr Leben nicht mehr auf Vater Staat vertrauen, sich nicht der Unsicherheit aussetzen, ob der Staat sie ausreichend alimentiert. Und die sich nicht auf die Risiken einer Versorgung durch den Ehemann einlassen. Wenn in der Brigitte-Studie 2008 über 90 % der befragten Frauen (in den Altersgruppen 17 bis 19 und 27 bis 29 Jahre) sagen, sie wollten „auf eigenen Beinen stehen“, so ist dies eine klare Aussage. Sie verweist deutlich auf Herausforderungen: Die Vollzeitbeschäftigung von Frauen muss ermöglicht, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie muss gewährleistet werden.

der Vereinbarkeit. Statt all dessen votieren insbesondere gut gebildete Frauen zunehmend für einen Umzug des Wohnens hin zur Arbeit, hin zur Infrastruktur, hin zu öffentlichen Verkehrsmitteln, hin zu Kindergärten, hin zu Freunden und zur Kultur. Damit schließt sich der Kreis. Während wir schon lange eine Entgrenzung von Arbeit und Leben beobachten, Teile der Erwerbsarbeit auch von zu Hause erledigen können und Berufliches und Privates nicht räumlich voneinander trennen, schieben insbesondere junge Frauen ihr Leben nun hin zur Arbeit.

Bisher können wir diese Prozesse nur argumentieren, eine empirisch breit gestützte Forschung fehlt uns noch. Zu verweisen ist aber auf eine kleine Studie zum Thema „Die Innenstadt als Wohnort der Familie. Eine Fallstudie am Beispiel von Familien im Berliner Stadtteil Prenzlauer Berg“¹⁰ von Nadine Ehrenbrusthoff. Sie schreibt: „Gängige ‚Push-Faktoren‘, die lange Zeit die Familien dazu bewegten, ihr Familienleben am Stadtrand oder im Grünen zu verbringen, haben bei dieser Bevölkerungsgruppe (den jungen gebildeten Frauen, J.A.) an Relevanz eingebüßt“ (S. 96). Aus ihren Befragungsergebnissen extrahiert sie eine ganze Reihe von Motiven, die als Begründung für die Standortwahl dienen: Die Kombinationsmöglichkeiten von beruflicher Ver-

wirklichung und Familie, die funktionale Abhängigkeit von bestimmten Einrichtungen zur Realisierung dieses Lebensmodells, eine gute Infrastrukturversorgung zur Ermöglichung der Alltagsorganisation, die gewünschte Nähe zu Freunden, Bekannten und Verwandten aus sozialen, emotionalen und aus pragmatischen Gründen. Die Ablehnung des suburbanen Wohnmodells aus praktischen Gründen, aber auch, weil der eigene Lebensstil nicht mehr mit diesem Wohn- und Lebensstil vereinbar scheint. Sie nennen aber auch die spezielle Rolle des Quartiers an sich. Das Flair, das die meisten Befragten im Laufe ihrer Wohndauer lieben und schätzen gelernt haben, das hohe Bildungsniveau, das als Vorteil für das Heranwachsen der Kinder gesehen wird, und die Kombination aus großstädtischer Weltoffenheit und dem „Dorf in der Stadt“ (S. 96). Es wäre weiterer Überprüfungen wert, inwieweit die gut gebildeten, erwerbstätigen jungen Mütter mit ihren oft Kinderwagen schiebenden Partnern aus den innerstädtisch lebenden „double income no kids“-Paaren nicht ganz gezielt „double income with kids“-Paare werden lassen – inmitten der Stadt.

Prof. Jutta Allmendinger Ph.D., Präsidentin des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB)

¹ Allmendinger, J. / Puschmann, C. / Helbig, M. (2008): *Frauen auf dem Sprung. Die Brigitte Studie 2008*. Hamburg: Gruner und Jahr.

² Die folgenden Abschnitte der schriftlichen Vortragsfassung stützen sich weitgehend auf Allmendinger et al., *ibid*, S. 13-17.

³ Vgl. Johann Fuchs, IAB Kurzbericht

⁴ Belitz H./ Clemens, M./ Gehrke B./ Gornig, M./ Legler, H./ Leidmann M. (2008): *Wirtschaftsstrukturen und Produktivität im internationalen Vergleich. Studien zum deutschen Innovationsystem, Nr. 6-2008*. Berlin/ Hannover.

⁵ Vgl. Belitz et. al. (2008).

⁶ *Der Einfachheit halber wird im Folgenden die Lesekompetenz hervorgehoben, die Ergebnisse weichen allerdings nur wenig von denen bei den mathematischen und anderen Kompetenzen ab.*

⁷ *Wir folgen bei den Kriterien für Kompetenzreichtum und Kompetenzarmut den absoluten Definitionen.*

⁸ Mikrozensus 2005, scientific use file.

⁹ Vgl. Tivig, T./ Hetze, P. (2007): *Deutschland im Demografischen Wandel*. Rostocker Zentrum zur Erforschung des Demografischen Wandels.

¹⁰ Nadine Ehrenbrusthoff (2005): *Die Innenstadt als Wohnort der Familie. Eine Fallstudie am Beispiel von Familien im Berliner Stadtteil Prenzlauer Berg*, Humboldt Universität zu Berlin. Unveröffentlichte Diplomarbeit.

Das klassische Modell von Erwerbsarbeit und Familie und Pendeln ist nicht mehr richtungsweisend. Die Grenzen zwischen Arbeit und Leben verfließen

Damit verabschieden wir uns aber auch von der klassischen Pendlerfamilie mit dem Häuschen im Grünen und der Frau, die am Vormittag den Haushalt macht, um dann auf die Kinder, danach auf den Partner am Abend zu warten. Wir verabschieden uns von der nur zuarbeitenden Frau, die Tätigkeiten „vor Ort“ verrichtet, Jobs, für die sie oft überqualifiziert ist. Und von den Doppelpendlerpaaren, bei denen beide Partner in die Stadt und wieder zurück fahren. Denn das kostet Zeit und schadet geradezu



Kapitel 3: Leben in der Stadt

Der größte Teil des städtischen Lebens, vor allem der zwischenmenschliche Bereich, entzieht sich dem planerischen Zugriff. Auch wenn die städtische Wirklichkeit nicht das Ergebnis gezielter Planung ist, so nimmt Planung doch Einfluss auf sie und muss gleichzeitig auf sie eingehen. Wenn von Urbanität die Rede ist, wird deutlich, dass diese nicht planbar ist: Damit ist ein Lebensgefühl verbunden, das für jeden einzelnen in Abhängigkeit von seinen persönlichen Lebensvorstellungen und seiner Umwelt individuell konfiguriert ist.

Zwei literarische Beiträge zeigen urbane Wirklichkeiten, die Stadt und Urbanität ausmachen. Im Beitrag von Matthias Zschokke geht es um die individuelle Wahrnehmung des Zuhause-seins in der Stadt am Beispiel der Großstadt Berlin. Der Beitrag von Peter Lückemeier behandelt die zeitgenössische Konstitution der städtischen Bürgergesellschaft am Beispiel der Stadt Frankfurt am Main.

Zuhause in der Stadt – Betrachtungen eines Großstadtmenschen

> Matthias Zschokke

Berlin zur Zeit des Mauerfalls: „...Was für eine besänftigende Stadt, mit Häusern so grau, dass kein Neid darauf entstehen kann, einem Himmel so einerlei bedeckt und verhangen, dass kein Neid darauf entstehen kann, mit blassen Menschen, so still und trüb, dass kein Neid auf sie entstehen kann, mit Autos so ernst und schwer, mit Wochenmärkten so verregnet und verhüllt, dass kein Neid auf sie entstehen kann, mit nassem, märkischem Sand darunter und verrotteten Backsteingebäuden darauf, um die sie niemand beneidet, mit schmierigen Kanälen und triefenden Büschen, mit verdreckten Schwänen und zertretenen Schnecken, mit grobschlächtigen Senatoren und teigigen Schauspielern, mit tumblenden Tenören und welken Ballerinen aus Russland, um die sie niemand beneidet, mit geteerten Umfahungsstraßen, mit denkmalgeschützten Steuerämtern und glitzernden Schrottplätzen, die ihr jeder gerne gönnt, mit auswurfgrünen Kontaktbereichsbeamten, die einsam, nass und ohne Neid zu erwecken durch Ausfallstraßen streunen, was für eine friedfertige Stadt, die uns jeder gerne lässt, die auch wir jedem gern überlassen, um die es keinen Zank und keinen Streit gibt, die jeder jedem gerne lässt, wo jeder selig träumt und gedankenverloren seiner Wege geht, wo die Einwohner Freude haben, einander jeden Morgen wiederzusehen, und glücklich sind über jeden, der am nächsten Morgen noch da ist, der nicht weggezogen ist über Nacht, wo wir über endlose Industriestraßen wandern, Heidestraßen, staunend über die Ausmaße und Verlorenheit, über das öde Monument, wo wir die triefende Wüste ins Herz schließen, die niemandes Eifersucht weckt, die ewig flache Stadt, die keinen Anfang hat und kein Ende, so großporig, so einfach, so geradeaus ...“

Sie entschuldigen, dass ich mich selbst aus einer früheren Veröffentlichung zitiert habe und noch zwei weitere Male zitieren werde. Es liegt daran, dass ich schon so lange in Berlin lebe und viele historische Momentaufnahmen von der Stadt besitze.

Ich bin in einem Schweizer Bauerndorf aufgewachsen. Es lag am Ufer eines Flusses. Alle paar Jahre einmal wurde eine Leiche angeschwemmt. Das bot Gesprächsstoff für die langen Abende. Es gab einen Bach mit Blutegelein drin, Wiesen mit Kühen, Apfel- und Kirschbäumen drauf, es gab Schweine, Hühner und Schafe, und im Frühling, das war fast das Schönste, gab es manchmal eine Maikäferinvasion. Wenn man einander begegnete, grüßte man, möglichst mit Namen. Der Gruß klang wie eine Art Muhen (grüessech). Im Winter lag Schnee, der Feuerwehrteich fror zu, manchmal sogar der Fluss, wir liefen darauf Schlittschuh, man fuhr Ski und Schlitten, im Sommer war es heiß, im Nachbardorf gab es eine Badeanstalt, die Bremsen stachen.

Mit siebzehn kam ich in die Stadt, nach Zürich. Dort gab es Bars, an deren Tresen man sich stellen konnte, um Kaffee mit Schnaps zu trinken. Das fand ich aufregend. Das Getränk hieß Kaffee Lutz und wird heute wahrscheinlich nicht mehr unter diesem Namen angeboten.

1980 zog ich nach Berlin. Das war ein Schock. Meiner Meinung nach musste eine Stadt zu Fuß zu erkunden und von engen Gassen durchzogen sein, es musste in ihr bergauf und bergab gehen und vor Menschen wimmeln. Gerade Linien durften nicht vorkommen, Häuser hatten sich voneinander deutlich zu unterscheiden. Die Straßen hatten von kleinen Läden gesäumt zu sein, von Restaurants und Cafés. Alles musste brodeln und pulsieren. Nach dem Kinobesuch musste man um die Ecke gehen, sich an einen Tresen stellen und einen Kaffee Lutz trinken können.

*Stadt muss brodeln
und pulsieren*

In Berlin ist alles
einfach so da

Das war in Berlin alles nicht der Fall. Die bleigrauen Straßen zogen sich endlos hin, geradeaus, flach. Mietskasernen standen links und rechts, große Lücken klafften dazwischen. Da und dort funzelte das Reklameschild einer Eckkneipe, Namen wie „Zum Magendoktor“, „Gießkanne“, „Traditionsgasthaus Kaputter Heinrich“, „Kaffeeklappe“, „Trümmerlotte“. Aus den Türen roch es vergoren und klang dumpf heraus. Die Distanzen von einem Bezirk zum nächsten waren schier unüberwindbar, riesige Brachen lagen dazwischen. Wenn man ins Kino wollte, fuhr man oft eine halbe Stunde lang mit der U-Bahn oder im Bus. Die ganze eingemauerte Ansammlung von Häusern hatte etwas Endezeithaftes, Aufgegebenes. Ich glaube nicht, dass damals städteplanerisch noch irgendwelche Ambitionen verfolgt wurden; man verwaltete den Niedergang.

Eine Attraktion ist Berlin auch heute noch nicht. Zwar haben sich da und dort urbane Zellen gebildet. Elegante Menschen halten Handys ans Ohr, reden im Laufenden, mit wehenden Mänteln, und trinken dazu heißen Kaffee aus Pappbechern. Doch kaum biegen sie um die Ecke, verlieren sie sich in der Leere. Die Stadt trägt im Sommer nach wie vor lieber kurze Hosen, fleischwurstfarbene Socken und Sandalen. Ihre Beine sind lang, weiß und teigig. Im Winter trägt sie einen senfgelb gesprenkelten Anorak. Nach dem Fall der Mauer ist sie zudem noch ausgelaufen. Sie fängt überhaupt nirgends mehr an, hört nirgends mehr auf, und eine Mitte, ein Zentrum hat sie schon gar nicht. Ein Covent Garden fehlt ebenso wie eine Scala oder ein Louvre. Die Häuser mit Geschichte wurden zerbombt oder abgerissen, andere nach dem Krieg neugestaltet. Man schlendert deswegen ohne großen Respekt in die Kulturstätten hinein – und wird dafür von der gebotenen Kunst inzwischen manchmal umso mehr überrascht. Was für Abende! Schauspieler wie Diamanten, Sängerinnen wie Mondsteine, herrlich!

Oder eine Ausstellung im Hamburger Bahnhof, das verstaubte Naturkunde-, das Bode-, das Pergamonmuseum, die ganze Museumsinsel überhaupt, alles ist einfach so da, geöffnet, ohne langes Anstehen und Vorbuchen zu haben; parallel dirigieren Abbado, Barenboim – oder so aufregende Musiker wie Sir Simon Rattle, Schoenwandt, Maazel –, der eine in der Philharmonie, der andere im Konzerthaus – und das Tollste daran ist: Nichts von alledem muss man gesehen oder gehört haben. Allein die Tatsache, dass man es könnte, erfüllt einen mit Zuversicht.

Seit etwa zwanzig Jahren wohne ich in einem Charlottenburger Mietshaus aus der Gründerzeit. Als ich einzog, gehörte es einer Frau, die in Westdeutschland lebte. Nachdem sie sich aus Altersgründen nicht mehr darum kümmern mochte, schenkte sie es ihrem Sohn, der es gleich nach dem Mauerfall an einen Spekulanten verkaufte. Die Miete stieg innerhalb der letzten zehn Jahre um hundert Prozent. Von den früheren Nachbarn lebt außer mir nur noch eine Frau darin. Die anderen zogen nach und nach weg, weil sie die Miete nicht mehr bezahlen konnten. Auch ich suche seit einem Jahr nach etwas Kleinerem, Preiswerterem. Obwohl ich keinerlei Kosten verursacht habe in den zwanzig Jahren – nicht eine einzige Reparatur oder Instandsetzung verlangte ich vom Hausbesitzer –, stieg die Miete jährlich um zehn Prozent, was für mich schwer zu kapieren ist. Seit einem Jahr stehen im Haus vier Wohnungen leer. Sie sollen nicht mehr vermietet, sondern verkauft werden.

Angenehm ist, dass die neuen Nachbarn tagsüber selten zu Hause sind, da sie dann in Anwaltskanzleien, Kliniken und an Hochschulen das Geld für die Miete verdienen. Abends, wenn sie nach Hause kommen, sind sie müde und machen wenig Lärm. Sie gehen früh zu Bett und stehen zeitig auf. Das Treppenhaus halten sie sauber.

Früher war das anders. Da lebten Arbeitslose in den Wohnungen, ewige Studenten, Taxifahrer, die Nachtschicht schoben, Teilzeitlehrer, eine Blumenhändlerin... Einer wurde manchmal laut und fluchte unflätig, ein anderer schlug seine Frau, die oft Schweinebraten und Kohlrouladen zubereitete. Im Treppenhaus roch es meistens garstig. In den Wohnungen wurden Katzen und Hunde gehalten. Manchmal lag ein Betrunkener im Flur. Manchmal übernachtete auf dem Dachboden ein Obdachloser. Wir hatten einen Hauswart, der sich recht und schlecht um all das kümmerte. Er hatte Alkoholprobleme und war überzeugt davon, dass die Drogensüchtigen und die Polacken für das ganze Elend verantwortlich waren.

Der Hauswart wurde eines Tages ersetzt durch eine Firma namens Cityclean. Er starb kurz danach an Kummer und übermäßigem Alkoholgenuss. Seine Wohnung wurde renoviert und zum doppelten Preis an ein junges Ehepaar vermietet. Einmal in der Woche kommt ein sehr groß gewachsener Ukrainer und saugt mit einem sehr kleinen Staubsauger das Treppenhaus sauber.

Nicht nur in unserem Haus wurde diese Mieterbereinigung durchgeführt, sondern überall in der Straße. Gerade wieder ist ein ganzes Gebäude entmietet worden und wird momentan saniert. Es ist ruhiger geworden um den Block. Da tagsüber kaum noch Menschen in den Häusern und auf der Straße sind, trauen sich neuerdings seltene Vögel ins Revier und setzen sich vor meinem Fenster aufs Balkongeländer.

Am Straßenrand parken seit ein paar Monaten zwei Jaguars. Der eine gehört einem neuen Mieter aus unserem Haus. Als ich ihn einmal aussteigen sah, sagte ich lachend, seit meiner Jugend träume ich davon, einmal in einem Jaguar zu sitzen. Er versprach mir lachend, mich am Wochenende auf eine Spritztour mitzunehmen. Seitdem haben wir uns nicht mehr gesehen.

Es macht Freude, in unser Haus zu treten und über den neuen, roten Läufer zur Wohnung empor zu schreiten. Wer einem begegnet, grüßt. Die Gesichter sind mir fremd; die Mieter wechseln häufig. Doch alle sehen gepflegt aus und riechen gut. Sie scheinen wie ich die Sonnenseite des Lebens der schattigen vorzuziehen. An einer Eingangstür nach der anderen wurden Sicherheitsschlösser mit Querstangen und Riegeln montiert. Auch ich ließ mir vor einem halben Jahr so ein Stangenschloss einbauen.

Ich wohne jetzt in einem ordentlichen, sicheren, gepflegten Haus. Nur im Keller ist es unheimlich. Seit einiger Zeit steht dort der Boden unter Wasser, und der Pegel steigt ganz langsam. Das habe mit der Klimaerwärmung zu tun, heißt es.



> Matthias Zschokke

Wenn irgendwo an einer Geburtstagsfeier oder bei einer Vernissage die Sprache auf die steigenden Mieten in Berlin kommt, erklärt man mir, dass sie in London, Paris oder Zürich sehr viel höher seien und des-

wegen selbstverständlich auch in Berlin drastisch angehoben werden müssten. Niemals ist mir in London, Paris oder Zürich passiert, dass man dort an einer Geburtstagsfeier oder bei einer Vernissage sagte, die Mieten in Berlin seien sehr viel niedriger, weswegen sie nun in London, Paris oder Zürich ebenfalls drastisch gesenkt werden müssten.

Leute wie ich, die nicht genug Geld verdienen, um in ordentlichen, sicheren Häusern leben zu können, ziehen in Quartiere, wie vor fünfundzwanzig Jahren die meisten in Berlin ausgesehen haben, graue, öde Viertel mit dunklen, feuchten Wohnungen und schlechter Infrastruktur. Noch sträube ich mich dagegen zu akzeptieren, dass mein zukünftiges Umfeld so aussehen soll. Ich schaue mir die Wohnungen zwar an, wende mich aber vorläufig empört von ihnen ab.

Beim Suchen habe ich interessante Entdeckungen gemacht. Beispielsweise wird im Immobilienenteil der Zeitungen eine auffallend große Anzahl von Wohnungen angeboten, die 444 Euro kosten. Ich habe erfahren, dass in Berlin Paaren, die Hartz IV beziehen, die Miete bis maximal 444 Euro erstattet wird. Wer teurer wohnt, muss ausziehen. Umgehend haben die Vermieter darauf reagiert. Wohnungen, die sie nicht loskriegen, bieten sie für 444 Euro an, weil Hartz-IV-Empfänger keine Wahl haben und nehmen müssen, was sie kriegen – und weil dann die Miete garantiert überwiesen wird, da sie vom Amt kommt. Wer keine Hartz-IV-Empfänger in seinem Haus haben will, setzt die Mieten grundsätzlich höher an als 444 Euro. Noch andere Entdeckungen habe ich gemacht, doch will ich Sie nicht weiter langweilen mit meinen Wohnungssuch-Feldforschungs-Ergebnissen. Schon Dostojewskij schrieb in seinen „Aufzeichnungen aus dem Kellerloch“: Man sagt mir, das Petersburger Klima sei mir schädlich und Petersburg für meine kümmerlichen Mittel viel zu teuer. Offenbar ist das Phänomen altbekannt: Nicht jeder kann es sich leisten, in der Stadt zu wohnen.

Schreiben tue ich von Anfang an in einem alten Weddinger Fabrikgebäude am Nettelbeckplatz. Es sollte in den achtziger Jahren abgerissen werden. Man behauptete, es sei einsturzgefährdet. Mit diversen Gegengutachten schafften wir Mieter es, den Abriss zu verhindern. Das Gebäude wurde instandgesetzt und steht heute noch felsenfest auf seinem Fundament.

Der Wedding ist ein Bezirk, dem besonders übel mitgespielt wurde. Früher war er unter dem Namen der Rote Wedding ein Begriff. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde er von den westlichen Alliierten planiert, weil man die Kommunisten mit Stumpf und Stiel ausrotten wollte. Das ist gelungen. Heute ist der Bezirk eine trostlose Einöde. Keine stolze, selbstbewusste oder pittoreske Armut, kein multikultureller Charme herrscht in den Straßen; Türken wie Deutsche leben von derselben Sozialhilfe und scheinen gleich wenig Grund zum Lachen zu haben.

Ich schreibe seit 1980 in dieser Fabrik. Als jungem Neuzuzügler aus der Schweiz kam mir die Armut abenteuerlich vor. Es regnete in die Räume hinein, die Türken waren exotische Gastarbeiter und glaubten an eine Zukunft im reichen Deutschland. Sie mieteten heruntergekommene Ladengeschäfte und verkauften Kebab vor wandhohen Fototapeten mit Tiroler Gebirgslandschaften drauf. Alles war improvisiert. Die Westberliner Bohème mied das Quartier. Anstatt dort hinzufahren könne man sich ja gleich aufhängen, hieß es; „Wedding?!“ rief man und gab dazu Würgeräusche von sich.

In der Fabrik war schon damals eine Moschee untergebracht und ein türkischer Gemüsegroßmarkt. Die Moschee stand im Verdacht, von den Grauen Wölfen betrieben zu werden, einer fundamentalistischen Organisation, die vom Verfassungsschutz beobachtet wurde. Die Türken, die sie aufsuchten, ignorierten mich. Nur wenn es sich gar nicht vermeiden ließ, grüßten sie, dann aber mit einer irritierenden Mischung

aus Untertänigkeit, Misstrauen und Herablassung. Das hat sich bis heute nicht geändert. Der Gemüsehändler grüßt mich nur in unausweichlichen Situationen – wenn wir aufeinander zugehen in der Tordurchfahrt zum Beispiel. Dann sagt er mit einem provokant süßlichen Unterton „Hallo Chef“, dazu schaut er mich an, als würde er mir am liebsten eine reinhauen. Ich antworte mit maskenhaftem Lächeln „Guten Tag“ und würde ihm am liebsten ebenfalls eine reinhauen. Ich weiß nicht, warum das so ist. Wir sind niemals aneinander geraten und könnten uns eigentlich längst miteinander solidarisieren gegen Mieterhöhungen und andere Anfeindungen des Alltags.

Von dieser Animosität abgesehen habe ich das Gefühl, ich habe dem Nettelbeckplatz gut getan. Eine dumme Eitelkeit, ich weiß, und doch bilde ich mir ein, allein dadurch, dass ich seit über fünfundzwanzig Jahren regelmäßig diesen Ort aufsuche und die Illusion am Leben erhalte, daran noch nicht verzweifelt zu sein, gibt den Anwohnern in der unmittelbaren Umgebung einen gewissen Halt und Zuversicht. Sie sehen einen, der sich bis heute noch nicht dem Suff ergeben hat, der noch einigermaßen senkrecht steht, der diese Ecke offenbar erträglich findet, der sogar täglich seinen Kaffee trinkt im von Jahr zu Jahr grotesker aussehenden Café am Platz. (...)

Wir kennen einander alle vom Sehen, ignorieren uns aber hartnäckig. Und doch bin ich felsenfest davon überzeugt, einen befriedenden Einfluss auf diesen soziologischen Mikrokosmos auszuüben. Ich habe einen versöhnlichen Charakter, bin geradezu harmoniesüchtig und neige nicht zu Fremdenhass, im Gegenteil: Dass es mir nicht gelingt, mit den Türken in meiner Fabrik ein herzliches Verhältnis aufzubauen, plagt mich. Ich würde gern mit einem Salam aleikum begrüßt und würde gern mit einem Aleikum salaam darauf antworten. Davon unabhängig ist das Klima am Nettelbeckplatz inzwischen – ich bilde mir ein, dank mir – so ausgeglichen, dass Neuberliner durchaus mit dem Gedanken

spielen, hierher zu ziehen. Im Grunde genommen ist die Adresse nämlich gar nicht schlecht, seitdem die Mauer weg ist. Die Anbindung an U- und S-Bahn ist gut. Die Immobilienpreise ziehen kräftig an. Das Fabrikgebäude, das vor zwanzig Jahren abgerissen werden sollte, ist vor einem halben Jahr von einem Hamburger Millionär erworben worden. Tausendzweihundert Quadratmeter stehen inzwischen leer und werden als „attraktive Gewerberäume in zentraler Lage“ zur Miete angeboten.

In Basel wurde vor ein paar Jahren ein neues Hotel eröffnet. Die Betreiber hatten sich zum Ziel gesetzt, es kostensparend zu bauen, so dass die Zimmerpreise möglichst niedrig gehalten werden konnten. Die Räume waren nur gerade mit dem Notwendigsten ausgestattet. Klare, große Kuben mit wandhohen Fenstern, der Boden nackter Estrich, die Wände nackter Beton. Ausgestattet waren sie mit einem einfachen Tisch nebst Stuhl, einem guten Bett und einer schrankartig gemauerten Nische für Koffer und Kleider. Das Badezimmer war nur gestrichen und von asketischer Klarheit: Eine helle, geräumige Zelle mit einem Handwaschbecken und einem Spiegel und einer großen Ablage. Ein Drittel des Raums ließ sich durch einen Vorhang abtrennen, dort hatte der Boden leichtes Gefälle mit einem Abfluss an der tiefsten Stelle, oben ragte ein mächtiger Duschkopf aus der Decke.

Ich war begeistert von dem Konzept und stieg immer, wenn ich in Basel war, dort ab und träume seither von einer Wohnung, die so konzipiert ist.

Das Hotel wurde leider geschlossen; die Räume wurden zu Büros umfunktionierte. Ich erzähle das, weil ich mich seither frage, warum es beim Wohnungsbau so wenig Wettbewerb im Sparen gibt. Wohnhäuser werden entweder als Abschreibungsobjekte kalkuliert und lieb- und phantasielos hingepfuscht, oder man baut sie aus qualitativ hochwertigen Materialien und schlägt das stolz auf die Miete drauf. Warum

Nicht jeder kann es sich leisten, in der Stadt zu wohnen

Die Armut im Wedding kam mir abenteuerlich vor

Wir kennen einander alle vom Sehen, ignorieren uns aber hartnäckig

werden keine günstigen Einheiten mit Estrich am Boden und ohne Wanne, ohne Fliesen im Bad konzipiert? Solide gebaute Wohnungen, die in jedem Bereich maximal minimalisiert sind. Ich bin sicher, man könnte sehr viel günstiger bauen, ohne dass es deswegen schlecht sein muss. Alles, was mir als Mieter vom Vermieter vorgeschlagen wird, beinhaltet jedoch automatisch eine Verteuerung. Man erfindet neue Gegensprechanlagen, die das Türöffnen vereinfachen sollen – wonach kein Mensch verlangt –, was Kosten erzeugt, die auf die Miete umgelegt werden können. Man erfindet Heizverbrauchsablesegeräte, die per Funk arbeiten – was das Ablesen verteuert. Man legt einen roten Läufer auf die hundert Jahre alte Holzterrasse, auf der nie ein Läufer lag, hängt zwei Spiegel in den Hausflur und bezeichnet die bordellartige Installation von Stund an als „repräsentativen Eingangsbereich“, welcher selbstverständlich wohnwerterhöhend in Rechnung gestellt wird. Man zwingt eine Gartenbank in den Lichtschacht, um – wie es heißt – „eine wohnliche Atmosphäre im Hofbereich“ zu erzeugen – was eine Mieterhöhung zur Folge hat. Nie habe ich von einem Vermieter gehört, der seinen Mietern den Vorschlag gemacht hätte, irgendetwas einzuführen im Haus, das die Miete senken könnte. Das einzige, worüber man in letzter Zeit da und dort spricht, sind Wärmedämmung und alternative Arten von Beheizung, um das Klima zu schonen. Das ist zwar sympathisch und sicher eine wichtige Sache, aber es kommt nicht aus dem Bedürfnis, das Wohnen für alle erschwinglich zu machen. Ich bin nicht begabt im Sparen und im Grunde genommen auch nicht daran interessiert. Doch seit die Globalisierung auf dem Immobilienmarkt dazu führt, mich aus meiner Stadtwohnung zu drängen und zurück aufs Land zu jagen – und es nicht nur mir so ergeht –, frage ich mich, ob man diese Entwicklung nicht aufhalten oder umbiegen sollte. Ich habe nichts gegen das Leben auf dem Land. Ich werde mich bestimmt freuen, an schönen Frühlingsabenden wieder einmal die Maikäfer aus dem Boden kriechen und in

die Luft steigen zu sehen, dieses Schwirren und Knattern zu hören, dieses ferne, nahe Meer, das über den Wiesen braust, dieses unbeholfene Krabbeln in der Faust zu spüren, wenn man einen von ihnen darin gefangen hält, sein ausgeliefertes, zärtliches Knabbern an der Handinnenfläche zu fühlen, sein Leiden daran zu ahnen, dass er nicht selten ist wie ein Hirschkäfer, obwohl doch beinahe ebenso schön wie dieser, nur brummen da eben Tausende von Artgenossen neben ihm her, die ihn zu einem Allerweltskäfer machen, einem zerbrechlichen Schädling, den keiner mag. Diesem Spektakel wieder einmal beizuwohnen, würde mich vielleicht erheitern, nur mag ich es nicht, wenn der Markt für mich entscheidet, wann die Zeit dafür reif ist. Ich möchte frei wählen können, ob ich lieber in Berlin lebe oder lieber auf dem Land.

Denn – obwohl man, wie ich bereits gesagt habe, nichts gesehen haben muss in Berlin – noch mag ich das Leben in dieser Stadt. Sie ist ein monumentales, zerrupftes, während der letzten zweihundert Jahre pausenlos hin und her geschleudertes Ding. Schichten brachen weg, neue wurden darüber geklatscht. Die einzelnen Teile sind auseinandergerissen und verkehrt wieder zusammengeflickt worden – an allen Ecken und Enden schlägt einem die Wucht der Vergeblichkeit entgegen und drückt einen nieder. Doch, unten angelangt, wird man von der Einsicht überrascht, dass man seine Zeit ebenso gut zwischen solchen Trümmern und verwehten Steppen falsch verbringen kann wie woanders, dass man sie so oder so nie richtig verbracht haben wird, und ein Gefühl grenzenloser Offenheit und tiefen Glücks breitet sich aus.

Matthias Zschokke, Schriftsteller, Berlin

Die Globalisierung auf dem Immobilienmarkt drängt mich aus meiner Stadtwohnung

Die Bürgerstadt

> *Peter Lückemeier*

Mein Thema ist etwas lapidar und zugleich weltumspannend: die Bürgerstadt.

Aber vielleicht stelle ich mich kurz vor: Mein Name ist Peter Lückemeier. Ich habe einen schrecklich langweiligen Lebenslauf: Ich wollte immer Journalist werden und bin es auch geworden. Seit 28 Jahren bin ich Lokalredakteur bei der Frankfurter Allgemeinen Zeitung und seit achtzehn Jahren dort gemeinsam mit einem Kollegen Leiter dieser Lokalredaktion. Nur nebenbei: Lokaljournalismus ist für mich die schönste Form des Journalismus. Jedenfalls, wenn man ihn unter drei Bedingungen betreiben kann: Unabhängigkeit von Anzeigeneinfluss, Verzicht auf Vereinsberichterstattung und interessanter Standort. Alle drei Voraussetzungen treffen für meine Arbeit zu. Frankfurt ist für mich ein solcher idealer Standort: klein genug, um ihn in den Griff zu kriegen, groß genug, um immer genügend interessanten Stoff zur Berichterstattung und Kommentierung abzugeben.

Meine Damen und Herren, ich werde in meinem Vortrag natürlich auch über das sprechen, wovon ich am meisten verstehe, von Lokaljournalismus also, und ich werde wie ein Lokaljournalist vorgehen, das heißt, ich komme vom Besonderen zum Allgemeinen. Ich werde Ihnen ein paar Szenen schildern, ich werde daraus einige Thesen ableiten. Meine Hauptthese schenke ich Ihnen schon jetzt. Sie lautet:

Die Bürgerstadt ist aus vielerlei Gründen gefährdet.

Alle vier Szenen, die ich Ihnen jetzt schildere, haben sich kürzlich abgespielt, im Mai und im Juni 2008.

Sonntag, 4. Mai, Paulskirche. In der Wiege der deutschen Demokratie bekommt Alice Schwarzer den Börne-Preis. Laudator ist Harald Schmidt, der eine witzige und kluge

Rede hält. Darauf kommt es aber jetzt nicht an. Wir fragen uns: Wer ist gekommen? Wer nimmt sich an einem Sonntag um 11 Uhr Zeit für einen Festakt in der Paulskirche? Es sind viele. Es ist ein intelligentes, lachbereites, weitgehend feingemachtes, eher älteres Publikum mit ein paar jungen Einsprengseln. Ich würde nicht zögern, bei diesem Publikum von „Bürgerstadt“ und „Stadtgesellschaft“ zu sprechen. Was dies bedeutet – darauf kommen wir noch. Aber ein erstes definitives Merkmal hätten wir an diesem Beispiel schon gefunden. Die Bürgerstadt handelt. Sie ist partizipatorisch. Sie ist an einem Sonntag pünktlich und gewaschen und irgendwie wachsam bereit für intelligente Reden an Ort und Stelle. Die Bürgergesellschaft wird nach diesem Festakt Gesprächsstoff haben. Aber solch ein Gesprächsstoff ist noch lange kein Stadtgespräch.

Die Bürgerstadt ist gefährdet



> *Peter Lückemeier*

Samstag, 31. Mai, Sheraton Hotel am Flughafen. Hier beginnt gerade der Pink Tie Ball. Pink Tie, die rosa Krawatte zum gedeckten Anzug oder die rosa Fliege zum Smoking,

ist das Erkennungszeichen von Komen e.V. So heißt der Verein, der über Brustkrebs informiert und ihn durch Unterstützung von Forschung bekämpft. Erlös durch Tombola, stille Versteigerung und Eintritt an diesem Abend: mehr als 500.000 Euro. Das ist für einen ehrenamtlich organisierten Ball geradezu sensationell. Unter den Gästen viele zahlungsfähige, zahlungsbereite Menschen. Klar, hier tanzt die Oberschicht, aber sie tanzt munter. Sarah Connor als Stargast kriegt die Leute kaum noch von der Tanzfläche. Sie verzichtet übrigens für den guten Zweck auf ein Honorar. So wie alle Damen – es sind nur Damen – vom Organisationskomitee, die ehrenamtlich diesen Ball sozusagen von Hand gemacht haben: Sponsoren gesucht, Band ausgesucht, Lose besorgt, das Sheraton becirct, Essen und Wein kostenlos herzugeben. Wer je einen Ball vorbereitet hat, glaubt aufs Wort, dass solche Vorbereitungen tatsächlich fast ein Jahr währen.

Aber wer tanzt jetzt hier, wer hat hier organisiert? Ich würde gern sagen, es sei die Bürgerstadt, aber zumindest im buchstäblichen Sinne des Wortes trifft dieser Begriff hier kaum zu. Ich schätze, dass die allermeisten dieser besser verdienenden Gäste gar nicht in Frankfurt wohnen, sondern im sogenannten Umland, in Königstein, Kronberg, in Bad Soden, in Hofheim, vielleicht noch in der Wetterau oder Wiesbaden. Frankfurt produziert seine Bürgerstadt weitgehend außerhalb seiner Stadtgrenze. Man könnte auch sagen: Frankfurt lässt seine Bürgerstadt gar nicht in die Stadt hinein, denn es mangelt an gehobenem Wohnraum. Die meisten, die auf sich halten, ziehen in den Speckgürtel. Auch darauf kommen wir noch. Nächste Szene.

Sonntag, 1. Juni, Opernhaus, Premiere von Fidelio. Längst nicht mehr ist das Schauspiel in Frankfurt ein Mittelpunkt der Stadt, ein urbaner Kristallisationspunkt kluger Diskussion. Seit einigen Jahren nimmt die Oper diese Rolle ein. Man darf sie getrost als eines der geistigen Zentren Frankfurts beschreiben. Vor allem zu den Premieren

findet sich regelmäßig eine intelligente Zuhörerschaft ein, ganz unterschiedlich gekleidet, von fein bis lässig, ein sachkundiges, urbanes Publikum, das weder mit Bravos noch mit Buhs geizt. Die Bravo-Rufe aber überwiegen, das Haus war mehr als einmal „Oper des Jahres“. Das Publikum hier tut etwas, das das Publikum sonst selten tut: Es redet sogar in der Pause über das Geschehen auf der Opernbühne, es spricht über den aktuellen Konflikt zwischen Intendant und Dirigent, es spricht über die Inszenierung, die allgemein als zu statisch empfunden wird, über die musikalische Leistung, die alle großartig finden.

So stellt man sich die Stadtgesellschaft einer Bürgerstadt vor. Aber auch hier gilt der Begriff im übergeordneten, nicht im unmittelbaren Sinne: Das Premierenpublikum dürfte nur in der Minderheit aus Frankfurt stammen. Die Mehrheit ist abermals aus dem Speckgürtel hergekommen, aus dem Hochtaunus- und Main-Taunus-Kreis, aus dem Kreis Offenbach, kurzum von überall her, wo es sich gut wohnen lässt, wenn man es sich leisten kann. Mit drei Einschränkungen: Die Wiesbadener, die Mainzer und die Darmstädter besuchen die Frankfurter Oper eher selten. Sie haben ihre eigenen Opernhäuser und ihren Stolz. Lokalpatriotismus ist im Rhein-Main-Gebiet ein verbreitetes Phänomen.

Vierte und letzte Szene. Sonntag, 8. Juni, eine Stadtvilla in Frankfurt. Sonnenschein, ein wunderschönes Haus mit großem Garten. Eine junge angesehene Familie lädt zum Frühstück, gekommen sind sicherlich 150 Gäste, es können auch mehr sein. Sie bedienen sich am Frühstücks-Büffett, stellen sich auf dem Rasen an Stehtischen zueinander, nehmen an den Tischen rund um die Hecke Platz. Die Oberbürgermeisterin ist auch da, viele Kulturschaffende sind gekommen, Anwälte, Intendanten, Museumsdirektoren, Lokalpolitiker, bildende Künstler, ein buntes Frankfurter Allerlei, die meisten dürften tatsächlich aus der Stadt kommen. Wollen die Gastgeber Blumen und Bücher als kleine Gastge-

schenke? Nein, sie haben um Spenden gebeten fürs Literaturhaus. Womit wir bei einem weiteren Bestimmungsmerkmal der Bürgerstadt sind: Frankfurt hat eine lange Geschichte bürgerlicher Beteiligung an den städtischen Dingen. Der Zoo geht auf eine bürgerliche Gründung zurück, der Palmengarten, die Goethe-Universität. Frankfurt hat in dieser bürgerlichen Stiftungstradition gelitten durch den Untergang des jüdischen Kosmos, aber die Tradition ist noch heute lebendig. Erst vor kurzem kam die Universität in den Genuss einer Erbschaft von 33 Millionen Euro. Und bei der Stiftung Polytechnische Gesellschaft ging ein Anruf ein; ein Spender, der anonym bleiben will, bot 1,3 Millionen Euro an. Das Städel-Museum wurde renoviert mithilfe einiger Großspender, aber eben auch durch die Unterstützung vieler Bürger durch kleine Spenden. Diese Aufzählung ließe sich noch lange fortsetzen.

Meine Damen und Herren, kommen wir jetzt vom Besonderen zum Allgemeinen. Schauen wir noch einmal auf diese Szenen und fragen wir uns: Was genau lässt sich aus ihnen über die Bürgerstadt sagen?

Blieben wir zunächst einmal ganz stofflich und sozusagen topographisch. Dann lässt sich an der ersten These nicht zweifeln. Meine erste These lautet:

Wohnort und Wirkungsort fallen zunehmend auseinander.

Die Bürgerstadt lässt sich nicht mehr nach Wohnsitz definieren.

Das bedeutet: Zur Bürgerstadt zugehörig fühlen sich Menschen, die gar nicht in der Stadt wohnen. Die alte These, nichts interessiere die Menschen mehr, als der Ort, an dem sie leben, stimmt nicht mehr.

Denn „Wohnen“ bedeutet in Ballungsräumen nicht mehr automatisch auch „Leben“. Im Gegenteil: Ballungsräume wie das Rhein-Main-Gebiet definieren sich eben dadurch, dass sich oft genug Wohn-

ort und Wirkungsort unterscheiden. Ganz praktisch: Als Manager der Deutschen Bank lebe ich zwar sehr angenehm in Oberursel oder Bad Homburg, ich schätze auch die dortigen Schulen für meine Kinder, aber mein Interesse gilt Frankfurt, meinem Wirkungsort, dem Ort, an dem ich arbeite, an dem ich im Rotary Club bin, wo ich im IHK-Ausschuss meiner Branche sitze und im Vorstand des Fördervereins des Museums für Angewandte Kunst und wo ich die Oper und den Mousonturm besuche.

Ich denke, ähnliche Konflikte zwischen Wohn- und Wirkungsort wird es auch in Köln oder Hannover geben, in Frankfurt scheinen sie mir aber ausgeprägter zu sein.

Meine Damen und Herren, in allen vier geschilderten Szenen (in der Oper, in der Stadtvilla, beim Ball und in der Paulskirche) kommt eine Bürgergesellschaft zusammen, die sich mit folgenden Merkmalen beschreiben lässt: emanzipiert, teilhabend, engagiert, aufgeklärt und informiert. Alle diese Merkmale sind Merkmale der Oberschicht. Was mich zu meiner zweiten These bringt:

Die partizipatorische Bürgerstadt ist eine Oberschichtenveranstaltung.

„Oberschicht“ darf dabei nicht platt als Kaste der Reichen beschrieben werden. Es handelt sich vielmehr auch oder zugleich um eine Bildungs- und Informationselite.

Was lässt sich aus den vier geschilderten Szenen noch weiter an Erkenntnissen gewinnen?

Zwei dieser Anlässe waren geschlossene Gesellschaften, nämlich das Frühstück in der Stadtvilla und der Ball. Aber Opernpremiere und Paulskirche waren offene Veranstaltungen. Jeder, der wollte und es rechtzeitig tat, konnte sich eine Karte für Fidelio kaufen (am Preis hätte es nicht scheitern müssen, die billigsten Opernkarten sind nicht viel teurer als ein Kinoticket). Und in der Paulskirche waren nur die ersten drei

Wohnort und Wirkungsort fallen zunehmend auseinander

Frankfurt produziert seine Bürgerstadt weitgehend außerhalb seiner Stadtgrenze

Reihen für Ehrengäste reserviert, jedem hätte es frei gestanden, in die Paulskirche zu kommen und Bestandteil der Bürgerstadt zu werden.

Nun wissen Sie und ich aber, dass es eine Menge Menschen gibt, die sich noch immer nicht in die Oper, schon gar nicht in eine Premiere trauen. Das ist natürlich kein spezifisch Frankfurterisches Problem, aber es muss einem Sorgen machen, dass ein bestimmter Teil der Gesellschaft einen anderen, größeren Teil der Gesellschaft offensichtlich von Teilhabe abhält. Neben diesem überall zu beobachtenden Trend beobachte ich in Frankfurt eine zunehmende VIP-Bändchen-Kultur – oder -unkultur. VIP-Bändchen bekommen Sie ums Handgelenk, damit Sie Zugang erhalten für Räume, die für die Normalos nicht zugänglich sind. Mit dem VIP-Bändchen kommen Sie in den VIP-Bereich, in den VIP-Raum, ins VIP-Festzelt. Das gilt im Stadion, in der Edel-Diskotheek, beim Radrennen, bei der Premierenfeier oder bei der 200-Jahr-Feier der IHK. Nein, dort trugen Sie als Ehrengast kein VIP-Bändchen ums Handgelenk, sondern bekamen einen Zettel in die Hand gedrückt, ich zitiere: „Für den Festakt haben wir für Sie einen Platz reserviert. Für Gespräche, einen Imbiss und das Showprogramm haben wir für Sie als Treffpunkt die Tribüne gegenüber der Hauptbühne vorgesehen. Sie werden dorthin begleitet.“

Neben dem VIP-Bändchen-Phänomen gibt es die Vorher-und-Nachher-Kultur. Längst richtet sich der Ehrgeiz der Stadtgesellschaft nicht mehr darauf, in den ersten Reihen platziert zu werden. Nein, richtig zum Kreis der Auserwählten zählt man erst, wenn man vor dem Empfang zu einem Vorempfang und nach dem Empfang zu einem kleinen Essen in kleinem Kreise geladen wird.

Wie gesagt, dies ist keine singulär Frankfurterische Tendenz, ich könnte mir vorstellen, dass sie etwa in München noch

stärker ausgeprägt ist, aber es ist keine gute Tendenz. Sie bringt mich zu meiner dritten These:

Die Stadtgesellschaft läuft Gefahr, sich abzukapseln.

Ich komme damit unmittelbar zu meiner vierten These:

Die Vitalität einer Bürgerstadt ist von ihrer Informiertheit abhängig.

Meine Damen und Herren, eine Bürgerstadt, die über ihr Gemeinwesen diskutiert, die über Kommunalwahlen und die Wahl des Oberbürgermeisters das Geschick der Stadt bestimmt, muss als Minimalbedingung informiert sein, muss Bescheid wissen über alles Wichtige in einer Stadt. Weder Internet noch Lokalradio noch Stadtmagazine können derzeit dabei die regionale Abonnementzeitung in ihrer Geltungskraft überflügeln. Noch immer gilt in aller Regel die Lokalzeitung als Transporteur solcher Informationen. Die Lokalzeitung liefert die wichtigen Neuigkeiten, sie kommentiert sie aber auch, sie bietet also Orientierung. Sie nimmt auch das scheinbar Kleine wahr, und vor allem bietet sie immer wieder die kleine Ewigkeit des Gedruckten, des Aufhebbaren, des Vorzeigbaren, des Wieder-vorzeigbaren, schwarz auf weiß.

Aber die Zeitungen müssen wachsam auf ihre Verbreitung und ihren Einfluss achten. Nehmen wir wieder Frankfurt als Beispiel. Die Stadt gilt noch immer als Paradies der Zeitungsvielfalt. Frankfurt, heißt es, sei im Gegensatz zu vergleichbaren Städten wie Düsseldorf, Köln, Essen eine echte Zeitungsstadt, mit drei veritablen Titeln: der Frankfurter Neuen Presse, der Frankfurter Rundschau und der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, alle drei mit ausgeprägten Lokal- und Regionalteilen. Überdies erscheint hier auch noch eine sehr ordentlich gemachte Regionalausgabe der Bild-Zeitung mit ausführlichem Lokalteil, es kommen etliche Anzeigenblätter mit redaktioneller Berichterstattung hinzu und

außerdem ein Stadtmagazin. Hessischer Rundfunk und der erfolgreiche Privathörfunksender Radio FFH berichten, wenn nicht flächendeckend, so doch über die wichtigsten lokalen und regionalen Geschehnisse. Die Hessenschau ist überdies die erfolgreichste Fernsehsendung des HR.

Aber betrachten wir diesen Mythos „Zeitungsstadt“ einmal etwas genauer: Frankfurt hat rund 650.000 Einwohner. Die drei Tageszeitungen bringen es aber – in der Stadt – auf eine geschätzte Gesamtauflage von 100.000 Exemplaren.

Woran liegt das? Zum einen sicherlich am überdurchschnittlich hohen Frankfurter Ausländeranteil von rund 30 Prozent, von denen viele, nicht alle, als Leser wegfallen. Sie lesen entweder gar keine Zeitung oder Blätter in ihrer Landessprache.

Ein weiterer Grund liegt sicherlich an dem Umstand, dass Frankfurt überdurchschnittlich viele junge Singles anzieht, die hier ihre Karriere beginnen. Deren Interesse an lokaler Information wird in der Regel durch das Kinoprogramm und eine Liste guter Restaurants gedeckt, sie brauchen keine Lokalzeitung, ein vierzehntäglich erscheinendes Stadtmagazin oder das Internet reichen da völlig.

Das Internet ist ein Grund für junge Leute, auf Zeitungslektüre verzichten zu können. Was sie an bunten Geschichten interessiert und was sie an Veranstaltungstipps brauchen, beziehen sie schnell und sicher aus dem Internet.

Und schließlich machen wir Zeitungen gewiss auch selber einiges falsch.

Zu diesen Fehlern zählt sicherlich, dass sich Regionalzeitungen in Ballungsgebieten nicht genügend auf das einstellen, was ich in meiner ersten These beschrieben habe: Wohnort und Wirkungsort fallen auseinander. Der Wohnort ist nicht mehr automatisch Objekt des größten Interesses. Es gibt heute in Ballungsräumen wie dem

Rhein-Main-Gebiet so etwas wie einen Stadt-Land-Bürger. Er lebt klassischerweise auf dem Land, arbeitet in der Stadt, nutzt die Freizeitmöglichkeiten auf dem Land wie in der Stadt, ist möglicherweise aber an der Stadt mehr interessiert als am Land.

Meine nächste These lautet deshalb:

Regionalzeitungen müssen sich stärker als bisher auf die Bedürfnisse des Stadt-Land-Bürgers einstellen.

Regionalzeitungen haben da heute also einen Spagat zu üben: Eine große Zahl von Lesern in den eher ländlich strukturierten Gegenden ist fast ausschließlich am Wohnort interessiert und möchte darüber so viel wie möglich erfahren. Eine andere Gruppe, die m. E. immer größer wird, interessiert sich mindestens so intensiv für die Metropole, in der sie arbeitet, wie für den Ort, an dem sie lebt.

Konkret: Ich lebe in Hofheim am Taunus, ich arbeite in Frankfurt. Ich interessiere mich als Privatmensch und Leser mindestens so sehr für Frankfurt wie für Hofheim. Meine Abonnementzeitung ist das „Höchster Kreisblatt“. Daraus erfahre ich für meinen Geschmack zu wenig über Hofheim, viel zu viel über alle anderen Orte des Kreises, zu wenig über die Kreispolitik und viel zu wenig über Frankfurt.

Im Lokalteil der F.A.Z. versuchen wir ein anderes Konzept. Aber ehe ich Ihnen das erkläre, will ich Ihnen kurz einen Schiffbruch schildern, den wir im F.A.Z.-Regionalteil vor einigen Jahren erlitten. Sie können sich vorstellen, dass wir uns natürlich dauernd fragen, wie wir unsere Zeitung attraktiver machen können, und so kamen wir eines Tages auf Wechelseiten.

Was sind Wechelseiten? Sie haben die identischen Anzeigen, werden aber mit unterschiedlichen Inhalten in verschiedenen Gebieten ausgeliefert. Wir sammeln also in der ersten Form die Berichterstattung aus Südhessen, wechselten sie in

Die Vitalität einer Bürgerstadt ist von ihrer Informiertheit abhängig

Es gibt heute in den Ballungsräumen einen Stadt-Land-Bürger

Die Bürgerstadt läuft Gefahr, eine geschlossene Gesellschaft zu werden

der zweiten Seitenform gegen Nachrichten aus Wetterau und Main-Kinzig-Kreis und stellten dann auf die dritte Seitenform, für die Leser im übrigen Gebiet, Nachrichten und Berichte aus Hessen. Der Vorteil sollte sein: Die Leser in Südhessen und die in Wetterau und Main-Kinzig finden ihre Berichterstattung geballt und vermehrt auf ihrer Seite. Wir dachten, die Leser würden darüber erfreut sein.

Das Gegenteil war der Fall: Denn Leser aus Südhessen erfuhren nichts mehr über Wetterau/Main-Kinzig. Und Leser aus Wetterau/Main-Kinzig erfuhren nichts mehr über Südhessen. Und beide erfuhren nichts mehr über Hessen. Wir hatten also unser Prinzip „Das Wichtigste für alle“ verraten. Und am schlimmsten war dabei Folgendes. Nehmen Sie an, wir hatten über einen interessanten, verdienten Menschen aus Darmstadt ein Porträt geschrieben, das auf der Wechelseite erschien. Und dieser Darmstädter Leser fuhr an seinen Arbeitsplatz, sagen wir: in der Commerzbank, und sagte erwartungsfroh zu seinem Kollegen aus der Wetterau, von dem er wusste, dass auch er F.A.Z.-Leser war: „Na, hast du den Artikel über mich in der F.A.Z. gelesen?“ – dann verstand der nur Bahnhof. Kurzum, die Wechelseiten waren keine gute Idee.

Zurück zu unserem Konzept: Wir berichten in unserer Rhein-Main-Zeitung, die der F.A.Z. beiliegt, also nicht nur über eine Stadt, über einen Landkreis, sondern über die vier hessischen Großstädte Frankfurt, Wiesbaden, Darmstadt und Offenbach, bundeslandübergreifend auch über Mainz und Aschaffenburg, ferner über die acht Landkreise rings um Frankfurt. Natürlich spielt die Musik in unserer Region in Frankfurt, natürlich steht die Stadt im Mittelpunkt unserer Berichterstattung. Aber Rhein-Main ist zugleich polyzentrisch, die Region ist unglaublich vielgestaltig, heterogen und hochinteressant. Und deshalb ist es unser Ehrgeiz, an jedem Tag das Wichtigste aus diesem ganzen Gebiet zu berichten. Vor- und Nachteil liegen bei diesem Konzept auf der Hand. Das Infor-

mationsbedürfnis des Einwohners von Darmstadt, Rüdeshheim, Hanau oder Friedberg an seinem Wohnort können wir nie zur Genüge befriedigen.

Aber wir bieten dem interessierten Leser das Wichtigste aus einem großen Ballungsgebiet, wir ersetzen sozusagen die Lektüre von rund 15 einzelnen Regionalblättern. Wir tragen damit den vielfältigen Interdependenzen Rechnung, die es in einem Ballungsraum gibt. Wer also in Frankfurt arbeitet, in Bad Vilbel wohnt, wer ein Abo hat in der Frankfurter Alten Oper und ins Ballett nach Wiesbaden fährt, wer sich für die Museen am Frankfurter Museumsufer und die Darmstädter Mathildenhöhe interessiert und sich für die Spiele der Offenbacher Kickers und der Opel Skyliners begeistert – der wird über alle diese Ereignisse und Institutionen aus dem F.A.Z.-Regionalteil informiert. Dennoch sind es gerade einmal rund 85.000 Menschen, die dieses Angebot wahrnehmen, abonnieren und bezahlen.

Meine Damen und Herren, die Bürgergesellschaft, die Bürgerstadt nähert sich ohnehin der kleinen Zahl. Vereine klagen nicht über die Nutzung ihrer Angebote, aber doch über die immer geringer werdende Zahl derer, die sich im Verein aktiv engagieren. Die Zahl der Mitglieder in Parteien sinkt genauso wie das Alter der Konzertbesucher steigt. Drastisch und besorgniserregend sinkt auch das vornehmste Instrument bürgerlicher Partizipation, die Wahlbeteiligung. Dies ist der stärkste Indikator für die Gefährdung der Bürgerstadt.

Gewiss, die Bürger haben, seitdem es in Deutschland freie Wahlen gibt, immer differenziert. Die Hitparade der bürgerlichen Beteiligung geht von der Nr. 1, der Bundestagswahl, allmählich über Landtagswahl und Kommunalwahl zurück und endet bei der unpopulärsten, der Europawahl. Bei den Direktwahlen von Bürgermeistern und Oberbürgermeistern, die in Hessen 1992 eingeführt wurde, lässt sich grob die Regel aufstellen: je kleiner der Ort, desto höher

die Wahlbeteiligung. Die Frankfurter Oberbürgermeisterin Petra Roth war 1995 zum ersten Mal bei einer Wahlbeteiligung von 56 Prozent gewählt worden. Sechs Jahre später lag sie bei 46 Prozent, nach weiteren sechs Jahren bei nur noch 33 Prozent.

Meine Damen und Herren, wie soll man in einer Großstadt, in der zwei Dritteln der Wahlberechtigten die Bestimmung ihres Stadtoberhaupts gleichgültig ist – wie soll man da noch von einer Stadtgesellschaft, von einer Bürgerstadt sprechen?

Ich komme damit zu meiner letzten These:

Es gibt kein Stadtgespräch mehr.

Ohne in allgemeinen Kulturpessimismus zu verfallen, müssen wir lernen, bestimmten eingeübten Begriffen zu misstrauen. Als ich eingangs von der Fidelio-Premiere in der Oper sprach, hätte ich beinahe gesagt, der Zwist zwischen Intendant und Dirigent sei Stadtgespräch gewesen. „Stadtgespräch“ aber scheint mir ein unglaublich unzutreffendes Wort geworden zu sein. Damit etwas tatsächlich eine ganze Großstadt als Gesprächsstoff erfasst, muss schon viel passieren. Denn es muss ja alle bewegen, alle interessieren, die Menschen, die sonntags um 11 in die Paulskirche gehen und die, die im Traume nicht darauf kämen, die Ausländer, die Singles, die Reichen und die Hartz-IV-Empfänger. Noch nicht einmal ein Abstieg der Eintracht in die zweite Bundesliga wäre noch ein echtes Stadtgespräch, weil sich viele Menschen halt für Fußball nicht interessieren. Ich habe lange nachgedacht, wann überhaupt in den letzten 28 Jahren, die ich überblicken kann, etwas Stadtgespräch war. Die Studiengebühren? Nein. Da fehlt die allgemeine Betroffenheit. Die Kommunalwahl? Nein, dazu haben sich an ihr ja zu wenige beteiligt. Der Flohmarkt, der Neubau des Völkerkundemuseums, das Wiederaufstehen der Frankfurter Altstadt? Nein, alles zu schwierig, da handelt es sich nur um das Stadtgespräch der Eingeweihten, derer also, die Zeitung lesen. Mir sind lediglich zwei Ereignisse

eingefallen, die tatsächlich Gegenstand eines allgemeinen Gesprächs waren bei Alt und Jung, Deutsch und Nichtdeutsch, Arm und Reich. Das eine war die Entführung des kleinen Jakob von Metzler und der Versuch des stellvertretenden Polizeipräsidenten Daschner, dem Entführer das Versteck des Jungen durch Drohung abzutrotzen. Das zweite war die Einführung des Rauchverbots in Lokalen per Gesetz. Dazu scheint wirklich jeder eine Meinung zu haben.

Es muss wieder ein Stadtgespräch geben

Nein, die Chance, dass es in einer Großstadt wie Frankfurt zu einem alle interessierenden Thema käme, die ist gering. Peter Sloterdijk hat darauf aufmerksam gemacht, dass die Medien für die Nation keine geringe Rolle spielen, ich zitiere: „Es ist doch eine verblüffende Aufgabe, eine Gesellschaft von 80 Millionen Menschen so zu synchronisieren, dass diese glauben können, in einer gemeinsamen Wirklichkeit zu leben.“ Solche Synchronisation aber ist m. E. national leichter herzustellen als auf Stadtebene. Auf nationaler Ebene ist dafür das Fernsehen zuständig. Auf lokaler Ebene fehlt es an dem einen Medium, das diese gleichsam zentralistische Aufgabe übernehmen müsste.

Meine Damen und Herren, ich blicke noch einmal auf meine Thesen zurück. Sie lauten:

- Die Bürgerstadt ist aus vielerlei Gründen gefährdet.
- Die Bürgerstadt lässt sich nicht mehr nach Wohnsitz definieren.
- Die partizipatorische Bürgerstadt ist eine Oberschichtenveranstaltung.
- Die Stadtgesellschaft läuft Gefahr, sich abzukapseln.
- Die Vitalität einer Bürgerstadt ist von ihrer Informiertheit abhängig.
- Regionalzeitungen müssen sich stärker als bisher auf die Bedürfnisse des Stadt-Land-Bürgers einstellen.

Und schließlich:

Es gibt kein Stadtgespräch mehr.

Sie werden jetzt sicherlich fragen:
Wo, bitte, bleibt das Positive?

Vielleicht wäre es nützlich, einmal nicht zu fragen, was denen fehlt, die sich von der Bürgergesellschaft fernhalten, die bewusst oder unbewusst kein Teil der Bürgerstadt sein wollen. Sondern vielleicht wäre es produktiver, einmal diejenigen näher zu betrachten, die gern und bewusst Teil dieser aktiven Stadtgesellschaft sind. Die sich informieren aus allen offiziellen und informellen Quellen. Die Ehrenämter übernehmen. Die Geld spenden für öffentliche, auch für städtische Zwecke. Die mitreden, sich aufregen, die protestieren und anregen, die zur Wahl gehen.

Es sind doch die, die Freude haben an ihrem Leben, an ihrer Arbeit, an ihrer Stadt, sei sie nun Wohn- oder Wirkungsort. Und so kann zumindest die theoretische Antwort auf die Frage, wie man die Lust an der Bürgerstadt wiederbeleben könne, nur lauten: Wer immer die Bürgerstadt will, muss alles tun, um die Freude an der Partizipation zu steigern. Die Bürgergesellschaft darf sich nicht abschotten, die Zeitungen und natürlich alle anderen Medien müssen sich dem geänderten Nutzungsverhalten anpassen und attraktiver, auch einfacher, werden.

Und umgekehrt trägt zur Verdrossenheit an der Bürgerstadt sicherlich bei, dass sich eine größer werdende Zahl der Bürger nur noch als Einwohner fühlt. Je mehr Menschen das Gefühl haben, an Wohlstand, Wachstum und Entscheidungen nicht beteiligt zu sein, je mehr Menschen den Eindruck haben, es werde über ihren Kopf hinweg regiert, es bewirke ja doch nichts, sich einzubringen, desto mehr fühlen sich ausgegrenzt und reagieren darauf mit Partizipationsabstinenz.

Ich weiß, das sagt sich recht leicht – die einen mitnehmen und bestätigen, die anderen nicht ausgrenzen und zur Teilhabe ermutigen. Ich weiß auch, dass der Fortschritt sich im Schneckentempo bewegt. Reden hilft da gar nichts, nur Handeln.

Und es gibt durchaus solche praktischen, sehr konkreten Ansätze. Einen einzigen von vielen, die es allein in Frankfurt gibt, will ich nennen. Die Stiftung Polytechnische Gesellschaft hat Geld investiert in ein soziales Projekt, das sich „Stadtteilbotschafter“ nennt. 20 deutsche und ausländische junge Leute werden gefördert, die in ihrem Stadtteil etwas bewegen. Das kann die Gründung einer Theaterwerkstatt, eines Jugendtreffs oder einer Multikulti-Küche sein. Die jungen Stadtteilbotschafter werden bei ihren Projekten von der Stiftung begleitet, sie bekommen 4.000 Euro, ein kleines Reisestipendium in Frankfurter Partnerstädte und werden in Grundqualifikationen wie Moderieren, Präsentieren oder Öffentlichkeitsarbeit geschult.

Dies ist gewiss nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Aber der richtige Ansatz, weil nicht lange herumgeredet, sondern gehandelt wird. Wer die Rückkehr zur partizipatorischen Bürgerstadt will, der kommt an solchen praktischen Projekten nicht vorbei. Nicht nur hier, aber vor allem hier gilt die Kästnersche Maxime: Es gibt nichts Gutes, außer man tut es. Ich danke Ihnen.

*Peter Lückemeier, Leiter der Lokalredaktion,
Frankfurter Allgemeine Zeitung*



Berlin-Kreuzberg, Kottbusser Tor



Frankfurt am Main, Bahnhofsviertel



Kapitel 4:
**Chancen für eine nachhaltige
 Stadtentwicklung**

Im folgenden Kapitel werden Ansätze aufgezeigt, wie die Städte fit für die Aufgaben der Zukunft gemacht werden können. Zunächst referiert Hans-Michael Brey zentrale Empfehlungen aus dem Kommissionsbericht „Chancen der vor uns liegenden demographischen Entwicklung für die Wohnungs- und Städtepolitik“ des Deutschen Verbandes für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung. Im Anschluss daran stellt Tillman Prinz von der Bundesarchitektenkammer die Positionen der Planer und Architekten vor. Prof. Martin Rosenfeld beleuchtet die kommunalen Finanzierungssysteme und diskutiert Reformansätze, die den Kommunen mehr Handlungsspielräume für die Finanzierung der stadtentwicklungspolitischen Herausforderungen eröffnen. Als ein Schlüssel für die Bewältigung der Zukunftsaufgaben wird in allen drei Beiträgen eine stärkere kommunale Kooperation hervorgehoben.

**Chancen der demographischen
 Entwicklung für die Wohnungs-
 und Städtepolitik – ausgesuchte
 Handlungsempfehlungen**

> Dr. Hans-Michael Brey

Der demographische Wandel vollzieht sich seit 30 Jahren, wird aber erst in jüngster Zeit hinreichend gewürdigt. Frei nach Albert Schweitzer erkennen die Verantwortlichen, dass keine Zukunft das gutzumachen vermag, was in der Gegenwart versäumt worden ist. Unstrittig ist, die bevölkerungsstrukturellen und zahlenmäßigen Veränderungen werden die räumliche Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland und damit die der Stadtentwicklung sowie der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft beeinflussen. Eingebettet ist die Diskussion in den wirtschaftlichen Strukturwandel: Das Erstarken der Produktionsfaktoren Wissen und Kapital, die Veränderung der Erwerbsarbeit, der sich ändernde Bedarf an industriell tätigen Arbeitskräften, die Entstaatlichung des Sozialen und die Wiederentdeckung des Wettbewerbsprinzips. Um den demographischen Herausforderungen, der Globalisierung, der Migration und den innerdeutschen Wanderungsbewegungen begegnen zu können, steht die Stadtentwicklungspolitik in den nächsten 25 Jahren vor den größten Veränderungen seit 50 Jahren. Der Grund für eine neue Stadtentwicklungs- und Strukturpolitik liegt in einer heterogeneren Zukunftsbeschreibung der Bundesrepublik Deutschland. Antriebskräfte einer vielschichtigeren Entwicklung sind die sich wandelnden demographischen Verhältnisse, unterschiedlichere Lebens-, Wohn- und Arbeitsbedingungen und die diesen zugrunde liegenden individuellen Wunschvorstellungen der Bürger.

Daher hat der DV eine Kommission „Chancen des demographischen Wandels für die Wohnungs- und Städtepolitik“ eingesetzt, die nun ihren Abschlussbericht vorgelegt hat. Unter der Leitung von Herrn Wiechers, Schatzmeister des DV, haben Partner von

Bund, Ländern und Gemeinden, der Wohnungs-, Immobilien- und Finanzwirtschaft sowie der Mieter- und Grundbesitzerverbände mitgewirkt. Das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung hat die Kommission begleitet. Die wissenschaftliche Begleitung erfolgte durch die Technische Universität Berlin, Institut für Stadt- und Raumplanung, unter der Leitung von Frau Professorin Pahl-Weber. Im Fokus der Arbeit standen die Fragen, wie die Herausforderungen des demographischen Wandels zu bewältigen sind und welche Rolle die Stadtentwicklung in den kommenden 25 Jahren übernehmen wird. Im Ergebnis wurden 14 Handlungsempfehlungen vorgelegt, von denen heute fünf Empfehlungen vorgestellt werden. Hierbei ist zu akzeptieren, dass die Menschen nur annähernd in der Lage sind, die Herausforderungen zu fassen. Soll heißen, es besteht die Notwendigkeit, sich sukzessive an das Thema heranzuarbeiten, ohne allgemeingültige Lösungen anbieten zu können. Ferner ist zu konstatieren, dass das Thema über die Kompetenzen einzelner Verwaltungen und Unternehmen hinausgeht. Die Herausforderung ist, Ressorts zu überspringen und im Kern eine Personalpolitik zu implementieren, die mit diesen Anforderungen zurechtkommt. Ergo wird eine Gesamtschau ebenso notwendig sein wie die Einsicht, dass die öffentlichen Haushalte das Problem nicht allein werden lösen können. Auf die Unternehmen und den Bürger wird eine Aufgabe zukommen, die nur mittels eines veränderten Selbstverständnisses gelöst wird.

Es heißt: Wettbewerb zur Identifikation neuer, tragfähiger Lösungen. Im Zuge der Entwicklung werden sich die Unternehmen der Bau-, Wohnungs- und Kreditwirtschaft verstärkt mit dem Thema „Bauen im Bestand“, „Demographischer Faktor“ und „Energie“ auseinandersetzen müssen. Alte Themen, wie das Erbbaurecht, oder neue Themen, wie Reverse Mortgage, werden an Bedeutung gewinnen. Hier wird der Staat die Diskussion initiieren können, aber die Unternehmen werden die Lösungen

Stadtentwicklungspolitik steht in den nächsten 25 Jahren vor den größten Herausforderungen

Aufspüren neuer und tragfähiger Lösungen

Lebensqualität der Städte stärken

präsentieren müssen. Darüber hinaus ist zu akzeptieren, dass die Städte und Regionen Wanderungsgewinne werden erzielen müssen. Wer gewinnt, das wird anhand der harten wie der weichen Standortfaktoren gleichermaßen entschieden. Während in zahlreichen Städten der Prozess der Deindustrialisierung durch Produktspezialisierungen, innovative Technologien und neue urbane Dienstleistungen kompensiert werden kann, steigt andererseits die Zahl der Städte, die keine selbsttragende Wirtschaftskraft mehr haben oder sie durch Unternehmensentscheidungen plötzlich verlieren. Die Kernfrage eines kommunal Verantwortlichen sollte daher lauten: Wie werden junge Familien mit Kindern und einem hohen Bildungsabschluss an einen Standort gebunden?

In diesem Kontext sollen nun fünf Handlungsempfehlungen präsentiert werden, um die skizzierten demographischen Herausforderungen in Chancen zu übersetzen:

1. Eine Aufforderung zur Kooperation ist nicht genug – Anreize sind gezielt zu setzen

Antworten auf die differenzierten Problemstellungen und die sinkende Verteilungsmasse werden oft in Forderungen nach integrierter Zusammenarbeit, Kooperationen, Netzwerken oder Verantwortungsgemeinschaften gesucht – sei es innerhalb von Regionen oder Städten. Doch diese weichen und unpräzisen Begriffe und Instrumente, die auf die Erschließung endogener Potenziale und Synergien abzielen, stellen kein Allheilmittel dar, denn sie basieren auf einem hohen Grad an Verhaltenssynchronisation, die allein durch den Problemdruck meist nicht rechtzeitig hergestellt werden kann. Es bedarf gezielter Anreize und der Schaffung von Bedingungen, die Kooperationen erlauben und ihnen förderlich sind. Die Implementierung von Sanktionen bei Kooperationsverweigerung sollte kein Tabuthema sein.

2. Die Renaissance der Stadt fördern

Der demographische Wandel stellt die Chance zur Neuentdeckung und Wiedererfindung der Städte dar. Eine derartige Renaissance benötigt keine Beschwörungsformeln, sondern konzertiertes Handeln. Sie gelingt dort, wo verbindliche Leitbilder aufgestellt, die Innenstädte aufgewertet sowie Freiräume qualifiziert werden und damit ein Imagewandel angestoßen wird. Es sind zielgruppengerechte Angebote für Wohnen, Arbeit und Bildung zu konzipieren und umzusetzen. Die Chance der Wiedererfindung der Stadt beschränkt sich auch nicht auf Wachstumsräume; insbesondere in den Räumen, in denen bereits Anpassungsstrategien umgesetzt werden, müssen die tragfähigen Kerne gestärkt und durch die Bündelung von Funktionen Qualität gesichert werden. Es ist sicherzustellen, dass der damit verbundene Bewusstseinswandel auch ökonomisch getrieben ist, um ihn zu einem selbsttragenden Prozess zu machen. Bis 2050 wird die Bevölkerung im Osten um 31 %, im Westen um ca. 14 % zurückgehen. Die Zahl der Haushalte wird in ostdeutschen Problemgebieten um ca. 450.000 sinken. In Westdeutschland wird es einen Wohnungsbedarf von etwa 300.000 Einheiten geben. In den westdeutschen Problemgebieten werden etwa 50.000 Einheiten vom Markt genommen werden. Das heißt, ein jeder, der in eine Region investieren will, muss überzeugt sein, dass sich die Investitionen lohnen – und nicht nur subventionsgetrieben sind. Hierbei bedarf es der Hilfe der privaten Eigentümer.

3. Private sind stärker in die Verantwortung für die Quartiersentwicklung einzubinden

Innerhalb der städtischen Erneuerungsprozesse kommen der öffentlichen Hand strategische, gewährleistende und fördernde Aufgaben zu. Das Ergebnis ist jedoch in hohem Maße vom Engagement Privater abhängig. Während die Zusammenarbeit mit der organisierten Wohnungswirtschaft

erprobt ist, stellt sich immer deutlicher das Gelingen der Einbeziehung privater Kleinrentner als ein Schlüsselfaktor dar. Auf der Ebene der Einzelgebäude können Anreize über Zuschüsse gesetzt werden, doch innerhalb quartiersbezogener Programme und im Stadtbau gelingt die Einbindung privater Eigentümer kaum, da es u. a. bei Informationswegen und Motivationen kaum größere Schnittmengen gibt. Es werden somit neue und andere Aktivierungsstrategien in den Städten benötigt. Viel versprechende Ideen dazu stellen die Business / Housing Improvement Districts dar. Es ist ratsam, diesen Ansatz relativ schnell in einer gewissen Bandbreite – Eigentümer- und Quartierstypen – zu konkretisieren und nicht die Energie in der Erörterung von Grundsatzfragen verpuffen zu lassen. Dabei ist der Entwicklung von tragfähigen Mechanismen, die den Wertausgleich bei erforderlichem Abriss ermöglichen, besondere Beachtung zu schenken.

4. Vorfahrt für Bestandsentwicklung – integrierte Modernisierungsprogramme fördern

In vielen Regionen wird sich das „wohnungspolitische Mengenproblem“ aufgrund der demographischen Entwicklung lösen; allerdings bleibt in den wirtschaftlich prosperierenden Räumen ein erheblicher Neubaubedarf bestehen. Das bedeutet, dass der Qualifizierung des Bestandes zusätzliche Priorität einzuräumen ist. Bestandsqualifizierung bedeutet zum einen, sozial ausgewogene Bestände zu erhalten – auch um der Verfestigung einer Abwärtsspirale in Quartieren vorzubeugen. Daraus ergibt sich ein hoher Anspruch an kommunale Wohnungspolitik und damit der Erhalt ihrer Einflussmöglichkeiten. Zum anderen heißt die Schaffung von zukunftsfähigen Beständen, dass sie neuen Anforderungen – seitens der Stadtstruktur, der Bewohner oder des Klimaschutzes – angepasst werden müssen. Diese differenzierten, neu zu schaffenden Qualitäten müssen Gegenstand von verstärkter Aufmerksam-

keit und Förderung werden. Ebenso muss es gelingen, die positiv wirkenden Effekte der Eigentumbildung stärker zu nutzen. Ergo wird eine „Mehr-Fronten-Strategie“ benötigt, die...

- 1) sich den Rückbau zu eigen macht. Hier sind Bund, Länder, die klassische Wohnungswirtschaft, aber auch internationale Immobilienfinanzierer gleichermaßen gefordert.
- 2) konserviert. Hier werden unattraktive Lagen liegengelassen.
- 3) in-Wert setzt. Hier werden Freiraum-, Zwischen- oder auch Gebäudenutzungen zwischen Stadt und Eigentümer vereinbart.
- 4) umwandelt. Hier werden die oberen Geschosse eines Hauses stillgelegt. Ziel ist die Senkung der Betriebs- und Leerstandskosten.
- 5) ergänzt. Hier gilt es, die steuerlich attraktive Mittelschicht an die Städte zu binden.

Privateigentümer stärker in die Quartiersentwicklung einbinden

Integrierte Modernisierungsprogramme für die Bestandsentwicklung

Handlungsempfehlung der Kommission: Gezielte Anreize und konkrete Voraussetzungen für Kooperationen sind nötig



> Dr. Hans-Michael Brey

5. Chancen für einen Stadtumbau, der barrierearm und energetisch ausgerichtet ist

Stadtumbau energetisch sinnvoll und barrierefrei gestalten

Die veränderten Rahmenbedingungen der Umwelt- und Klimaentwicklung erfordern Anpassungen in der baulichen und räumlichen Struktur der Städte, die sich mit den Anpassungen und Innovationen in der Stadtentwicklung, deren Rahmensetzungen durch den demographischen Wandel vorgegeben werden, in weiten Bereichen gut kombinieren lassen: Dezentrale Versorgungssysteme, kosten- und umweltbewusste Infrastrukturentwicklung, der Umbau des Wohnungsbestandes, Schaffung neuer Qualitäten. Durch die Verknüpfung der verschiedenen Zieldimensionen können eine Reihe von Synergieeffekten realisiert werden. Hierbei wird das Thema zu einem Standortfaktor, der darüber entscheidet, ob vermietet werden kann oder nicht. Es ist aber darauf zu achten, dass die Immobilieneigentümer trotz des Zwangs, energetisch zu sanieren bzw. die Immobilie an eine sich verändernde Nachfragestruktur anzupassen, auch weiterhin in der Lage sind, zu investieren. Momentan erzielen nur noch 40 % der Investoren im Bestand eine positive, wenn auch niedrige Rendite, in der Regel von 2 % bis 3 %. 40 % der Eigentümer erreichen lediglich eine Kostendeckung und 20 % der Eigentümer haben Verluste.

Innenstädte stärken und Stadt-Umland-Beziehungen verbessern

Dr. Hans-Michael Brey, Generalsekretär, Deutscher Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung (DV) e. V.

Chancen der demographischen Entwicklung für die Wohnungs- und Städtepolitik – Anmerkungen aus Sicht der Planer und Architekten

> Dr. Tillman Prinz

Politisches Handeln sollte an einem Gesamtkonzept für eine nachhaltige Stadt- und Raumentwicklung ausgerichtet sein. Die Herausforderungen sind vielfältig: Neben der Anpassung an die demographische Entwicklung, dem Entgegenwirken von Zersiedelung und Flächenverbrauch, dem Energieverbrauch, gilt es, eine lebenswerte Umwelt für Menschen zu schaffen und die besondere Qualität unserer Städte erlebbar zu machen.

Nachhaltige Stadt- und Raumentwicklung

Die demographische Entwicklung kehrt die Alterspyramide um. Weniger Kinder werden geboren, dafür leben die Menschen immer länger und der Bedarf an Wohnungen und deren Qualität unterliegt einem starken Wandel. Dieser muss geplant werden, wenn die Lebensqualität erhalten oder verbessert werden soll.

Zentral ist die Stärkung der Innenstädte und eine Verbesserung der Stadt-Umland-Beziehungen. Neben dem Neubau bilden das Bauen im Bestand sowie Umbau und Umnutzung einen weiteren Schwerpunkt. Damit sind Fragen zu lösen, die den Bauablauf und die Bautechnik betreffen, aber auch eine sinnvolle Umnutzung / Umorganisation und Revitalisierung von Gebäuden und Stadtstrukturen. Hierfür wird eine Verbesserung der Koordination der kommunalen Planungen mit dem Ziel eines reduzierten Flächenverbrauchs und einer Mobilisierung der innerstädtischen Brachen notwendig sein. Der Europäische Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) bietet im Förderzeitraum 2007-2013 finanzielle Unterstützung für die Neerschließung von Industriebrachen und die

städtebauliche und ökologische Sanierung der Umwelt. Diese Mittel sollten von den Bundesländern in Anspruch genommen werden. In diesem Zusammenhang weise ich auf die Mitteilung der Europäischen Kommission „Der Beitrag der Städte zu Wachstum und Beschäftigung in den Regionen“ hin, in welchem beide Handlungsfelder als wichtiger Beitrag zur Erfüllung der Ziele von Lissabon – Wirtschaftswachstum und Beschäftigung – aufgeführt sind.

Wir, die Bundesarchitektenkammer, unterstützen daher auch die in der Leipzig Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt genannten Handlungsfelder, auf die sich die für Stadtentwicklung zuständigen Ministerinnen und Minister der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union im Mai 2007 verständigt haben. Hierzu zählt insbesondere, die Forderung nach baulicher Qualität nicht nur an einzelne Baukörper oder öffentliche Plätze und Räume zu stellen, sondern an die Stadt als Ganzes. Dieser Qualitätsanspruch kann nur erfüllt werden, wenn die einzelnen Planungsdisziplinen, hierzu zählen die Stadt- und Regionalplanung, die Landschaftsplanung, die Architektur und das Ingenieurwesen, zusammenwirken.

Kommunale Handlungs- und Wettbewerbsfähigkeit

Übermäßiger bürokratischer Aufwand blockiert Investitionen auch aus dem Ausland, deshalb fordern wir seit langem eine Vereinfachung des Baurechts. Die Landesbauordnungen sollten harmonisiert und die Folgen der Gesetzgebung auf Architektur und Baukultur regelmäßig untersucht werden.

Dabei haben die öffentlichen Auftraggeber eine Vorbildfunktion, um zu verdeutlichen, dass der Planungswettbewerb der beste Weg für eine Bauaufgabe ist, eine gestalterisch, konstruktiv und wirtschaftlich optimale Lösung zu finden. Verantwortlichkeiten und konkrete Einwirkungsmöglichkeiten müssen dabei allen beteiligten Kreisen eindeutig zugewiesen werden,

um Schnittstellen definieren zu können. Für öffentliche Bauvorhaben, die im Rahmen von sogenannten Öffentlich-Privaten Partnerschaften (ÖPP) vergeben werden, sollte es klare Regeln geben, die neben den Architekten- und Ingenieurwettbewerben eine angemessene Vergütung der erbrachten Planungsleistungen und den Urheberrechtsschutz berücksichtigen. Zudem braucht der „Bauherr Demokratie“ eine angemessene und qualifizierte Personalausstattung der Planungs- und Bauämter, um die Bauherrenfunktion und die fachtechnische Projektbegleitung wahrnehmen zu können.

Kommunale Kooperation

Der Aufbau von kommunalen und regionalen Kooperationen und Netzwerken und tragfähigen Stadt-Land-Partnerschaften sollte unterstützt werden. Der Einsatz von qualifizierten Moderatoren und Mediatoren hilft bei der Strukturierung und Durchführung von Kooperationsmodellen. Beim Aufbau von Entwicklungsnetzwerken sollten Entscheidungs-, Steuerungs-, und Durchführungsebene sinnvoll verbunden werden.

(Innen)Städte als Lebensraum für alle Generationen und Zentren als Raum der Begegnung

Die Bundesrepublik Deutschland muss sich bis zum Jahre 2050 mit tiefgreifenden Veränderungen in der Bevölkerungs- und Sozialstruktur ihrer Bevölkerung auseinandersetzen. Von den 39 Mio. Wohnungen in der Bundesrepublik sind lediglich etwa 250.000 mit einem altersgerechten Standard ausgestattet. Aufgrund der dramatischen Überalterung unserer Gesellschaft benötigen wir mittelfristig 12 bis 13 Mio. altersgerechte Wohnungen im Neubau und Bestand. Eine deutliche Ausweitung dieses Marktsegments ist wesentliche Voraussetzung zur Erfüllung des Wunsches nach selbstbestimmtem Wohnen im Alter. Die Stärkung des selbstständigen Wohnens mit niederschwelligem Betreuungs-

Die BAK steht hinter der Leipzig Charta und für ein Zusammenwirken der Planungsdisziplinen

Altersgerechte Wohnungen im Neubau und Bestand schaffen

angebot bietet im Verhältnis zu anderen Betreuungsformen erhebliche Vorteile bei der Wohn- und Lebensqualität und entlastet Pflegekassen und Sozialhaushalte.

Die Zersiedelung in Deutschland hält unvermindert an. Viele Menschen, die an sich städtisches Wohnen schätzen, denen aber Grün und Ruhe fehlen, ziehen nach wie vor aufs Land. Dieser Trend kann nur umgekehrt werden, wenn in städtischen Wohnanlagen attraktive Angebote geschaffen werden, die den Bedürfnissen der Menschen Rechnung tragen. Ein Ansatzpunkt sind die vielen ungenutzten städtischen Brachen, die reaktiviert werden könnten. Planungs- und Steuergesetzgebung sollten sowohl die inneren Flächenreserven mobilisieren als auch die Inanspruchnahme neuer Bauflächen im Außenbereich an den regionalen Erfordernissen ausrichten.

Städte sicherer machen

Planungsansätze, die dem Leitbild der präventiven Stadtgestaltung folgen und menschliches Verhalten im Raum positiv beeinflussen wollen, begrüßen wir. Die frühzeitige Beteiligung und Einbindung der Bürger in kommunale Entwicklungsprozesse und die soziale Integration aller Bevölkerungsgruppen sind nachhaltig zu verfolgende Ziele. Allerdings sollten alle weiteren Maßnahmen und damit einhergehende Verwaltungsvorgänge zur präventiven Stadtgestaltung eine unnötige Bürokratisierung vermeiden, wie es z.B. ein „Sicherheits-Label“ bedeuten würde.

Stadterneuerungsprogramme

Die bestehenden Stadterneuerungsprogramme sollten zu einem modernen Stadt- und Raumentwicklungsprogramm zusammengefasst werden. Die Förderung des Wohnungs- und Städtebaus sollte effizient, transparent und direkt wirken. Baukultur ist ein wesentlicher Aspekt, der in den Stadterneuerungsprogrammen als fester Bestandteil berücksichtigt werden muss. Eine wesentliche Voraussetzung für die Investitionstätigkeit im Wohnungsbau bildet die Entwicklung und die Bereitstellung von finanzierbarem Wohnbauland durch die Städte und Gemeinden. Diese müssen mit einer vorausschauenden

Da die Anzahl pflegebedürftiger Personen steigen wird und eine Umrüstung auf barrierearmes Wohnen oft aus technischen sowie finanziellen Gründen nicht möglich ist, sollten veränderte, marktorientierte Förderprogramme den Ersatz durch Neubau unterstützen.

Das würde bei Berücksichtigung insbesondere der innerstädtischen Entwicklung unter städtebaulicher Betrachtung interessante Perspektiven aufweisen:

- Schonung der Grundstücksressourcen
- Eindämmung der Stadt-Umland-Wanderung
- Erhaltung der Kaufkraft in der Stadt
- CO₂-Reduzierung
- Verbesserung der Standortqualität
- Schaffung neuer Wohnungsqualitäten für behinderte und ältere Menschen.



> Dr. Tillmann Prinz

Das Wohnen in den Städten hat positive soziale, ökologische und ökonomische Wirkungen

Der Stadtumbau muss als komplexer sozialer und kultureller Prozess begriffen werden

Bodenvorrats- und Flächenpolitik verstärkt Einfluss auf die Preisbildung von Wohnbauland nehmen und darauf achten, dass dieses insbesondere im Innenbereich von Städten und Gemeinden in ausreichendem Maße für die notwendigen Aktivitäten bei der Eigentumbildung und dem Mietwohnungsbau zur Verfügung steht. Auch die Entwicklung von Bestandsersatz-Konzepten aufgrund wirtschaftlicher und planerischer Gesamtwürdigung der heutigen Bau- und Ausstattungsstandards sollten gleichwertig neben Sanierung und Umbau in die Handlungsoptionen zur Stadterneuerung einbezogen werden.

Der Stadtumbau kann eine Chance für mehr Lebensqualität sein, zum Beispiel für mehr Grün und kleinteiligere Strukturen in städtischen Wohngebieten. Der Stadtumbau wird aber nur gelingen, wenn er politisch und planerisch gesteuert wird und zugleich als komplexer sozialer und kultureller Prozess begriffen wird. Aus Sicht der Architekten und Planer sind folgende Forderungen Bedingung für das Gelingen des Stadtumbaus:

- Entwicklung von zielorientierten, ressortübergreifenden Handlungsrahmen für die differenzierten regionalen und lokalen Aufgabengebiete auf Bundes- und Länderebene.
- Die schnelle, solide und nachhaltig Entwicklung und Umsetzung einer besseren Finanzausstattung der Kommunen auf Bundes- und Länderebene, um die notwendigen Aufwertungsmaßnahmen durchführen zu können.
- Die Entlastung der Wohnungsunternehmen von Altschulden für die dauerhaft leer stehenden und abzureißenden Wohnungen.
- Die Unterstützung der Versorgungsunternehmen bei der Anpassung von Infrastruktur.

Dr. Tillmann Prinz, Bundesgeschäftsführer, Bundesarchitektenkammer e.V. (BAK)

Zukunft der Finanzierung der Städte und ihrer zentralörtlichen Funktionen

> Prof. Dr. Martin T.W. Rosenfeld

1. Problemstellung und Anliegen des Beitrags

Das Ziel der Tagung „Zuhause in der Stadt“ besteht darin, neue Wege und mögliche Maßnahmen für eine erfolgreiche zukünftige Entwicklung der Städte aufzuzeigen. Entsprechende Maßnahmen verlangen den Einsatz von Ressourcen – und so wichtig speziell die Fördermittel des Bundes für die Stadtentwicklung sind, wird deren Umfang allein doch nicht ausreichen, um die gewünschte Entwicklung der Städte herbeizuführen. Weitere Finanzmittel sind erforderlich. Vor diesem Hintergrund wird im Folgenden der Frage nachgegangen, wie das Gesamtsystem der Finanzierung der Städte so geregelt werden kann, dass es den heutigen Anforderungen und den Zukunftsaufgaben der Städte gerecht wird.

Hierbei ist zu berücksichtigen, dass Stadtentwicklung aus ökonomischer Sicht in erster Linie das Ziel haben muss, die Städte für den interlokalen sowie – im Interesse der gesamten Volkswirtschaft – für den internationalen Standortwettbewerb fit zu machen. Gelingt es einer Stadt nicht, ihre Position im Standortwettbewerb zu halten oder nach Möglichkeit weiter zu verbessern, werden über kurz oder lang auch ihre eigenen Ressourcen erodieren, die für eine Gewährleistung der kommunalen Versorgungsleistungen erforderlich sind. Es kann dann zu einer Abwärtsspirale kommen. Aus diesem Zusammenhang folgt u. a., dass die Finanzierungsinstrumente der Städte neben der rein fiskalischen Funktion – im Sinne der Bereitstellung der jeweils erforderlichen Finanzmittel – auch eine gewisse Lenkungsfunktion haben und sich nach Möglichkeit positiv auf die wirtschaftliche Entwicklung der Städte auswirken sollten.

2. Das heutige System der kommunalen Finanzierung

In der Realität finanzieren sich die Städte in Deutschland heute aus zwei Quellen:

1. Die „originären“ Einnahmen der Städte stammen aus Steuern, Gebühren und Beiträgen, welche die privaten Haushalte und/oder die Unternehmen entrichten müssen. Die Grundlage hierfür bildet die Leistung der privaten Wirtschaft in einer Stadt.

2. Als „ergänzende“ Einnahmen erhalten die Städte Mittel aus dem Kommunalen Finanzausgleich (KFA), der aus einem Teil der Gesamteinnahmen (der sog. „Finanzausgleichsmasse“) des jeweils zuständigen Bundeslandes gespeist wird. Der KFA besteht wiederum aus zwei Subsystemen, den Allgemeinen oder Laufenden Finanzausweisungen (vielfach auch als „Schlüsselzuweisungen“ bezeichnet) sowie den Zweckgebundenen Finanzausweisungen. Letztere haben u. a. auch die Weiterleitung von Fördermitteln des Bundes über die Länderebene an die Städte zum Inhalt und dienen in erster Linie zur Finanzierung von

Investitionen; demgemäß ist vielfach auch von „Investitionszuweisungen“ die Rede. Während der KFA länderspezifisch geregelt ist, fallen die Bestimmungen über die „originären“ städtischen Einnahmen – soweit die Steuern betroffen sind – überwiegend in die Kompetenz der Bundesebene.

Gerade im Bereich der kommunalen Besteuerung ist ein ganz erheblicher Reformstau zu verzeichnen. Seit der Gemeindefinanzreform der Jahre 1969/70 hat es keine wesentlichen Veränderungen der Bundesregelungen über die kommunale Besteuerung mehr gegeben – und mit dem Status quo werden den Städten Chancen für eine günstige Zukunftsentwicklung teilweise verbaut, wie im Folgenden noch erläutert wird.

Die folgende Tabelle zeigt, welche Bedeutung die einzelnen Einnahmearten für die Städte und Gemeinden in Deutschland im Jahr 2006 hatten. Zwei Tatbestände verdienen eine besondere Betonung: Erstens ist der Anteil der Grundsteuer an allen Einnahmen der Kommunen gering. Bei einem

internationalen Vergleich zeigt sich, dass in vielen anderen Volkswirtschaften das Gewicht der Grundsteuer für die Städte deutlich höher als in Deutschland ist.¹ Zweitens liegt der Anteil der Finanzausweisungen – die eigentlich nur eine „ergänzende“ Funktion haben sollen – mit fast 30 % im Westen und deutlich über 50 % im Osten sehr hoch.

Die Tabelle zeigt nicht, welche institutionellen Regelungen hinter den einzelnen Einnahmearten stehen. Hier ist vor allem auf die Anteile der Kommunen an der Einkommensteuer sowie an der Umsatzsteuer hinzuweisen; das Verfahren, nach dem diese Anteile den einzelnen Kommunen zukommen, weist starke Ähnlichkeiten mit den Regelungen des KFA auf. Bei einer kritischen Betrachtung könnte man zur Einschätzung gelangen, dass es sich bei diesen Anteilen eigentlich nicht um Steuern der Kommunen handelt, sondern um Zuweisungen im Rahmen eines „Zweiten KFA“ (der auf nationaler Ebene eingerichtet worden ist).

Nicht enthalten in der Tabelle sind die Gebühren, die über Nebenhaushalte der Kommunen abgewickelt werden, also insbesondere über die kommunalen Wirtschaftsunternehmen (z. B. Stadtwerke). Bei Einbeziehung dieser Einnahmen würde der Anteil der Gebühren an den kommunalen Gesamteinnahmen gegenüber den Angaben in der Tabelle noch deutlich ansteigen.

3. Wie wirkt das heutige kommunale Einnahmesystem auf die Stadtentwicklung?

Aus ökonomischer Sicht sollten die Einnahmen der Kommunen am besten nach dem Äquivalenzprinzip („Benefit Principle“) organisiert sein, d. h. der Nutzen, den private Haushalte oder private Firmen aus den Leistungsangeboten der Kommunen ziehen, sollte als Richtschnur für die Höhe der Abgaben der Privaten dienen. Diese „First Best“-Lösung kann in der Praxis kaum rea-

lisiert werden. Deshalb sind verschiedene Kriterien entwickelt worden, denen eine praktikable „Second Best“-Lösung für das städtische Finanzsystem so nahe wie möglich kommen sollte.² Insbesondere vier dieser Kriterien haben für die Beurteilung des heutigen kommunalen Einnahmesystems eine große Bedeutung:

I. Die Gestaltung der kommunalen Einnahmen sollte nach Möglichkeit für die privaten Firmen und die privaten Haushalte, aber auch für die kommunalen Entscheidungsträger allgemeine Anreize für eine positive wirtschaftliche Entwicklung der Städte setzen.

II. Soweit die Finanzmittel der Städte via Besteuerung zustande kommen, sollten die Steuern für die Steuerzahler fühlbar sein, d. h. sie sollten merken, dass sie für die kommunalen Leistungen auch etwas zahlen müssen. Dies hat den Vorteil, dass die privaten Haushalte und die privaten Unternehmen einen Anreiz erhalten, nach der Verwendung ihrer Mittel zu fragen und einen ineffizienten Einsatz zu bestrafen.

III. Insgesamt sollte das Finanzsystem der Städte ein hohes Maß an Transparenz aufweisen. Hierdurch sinken die Kontrollkosten für die lokalen Politiker und für die privaten Haushalte (als die eigentlichen „Prinzipale“ der Kommunen). Ebenso werden hierdurch die sog. Fiskalillusionen vermindert, die dann entstehen, wenn in der Bevölkerung der Eindruck vorherrscht, man könnte die Finanzierung auf Kosten anderer staatlicher Ebenen regeln und brauchte sich nicht um die Herkunft der Mittel zu kümmern.

IV. Schließlich sollte das Finanzsystem dazu in der Lage sein, die Städte bei der Bewältigung der Herausforderungen zu unterstützen, die aufgrund aktueller und erwarteter Veränderungen von Rahmenbedingungen auf sie zukommen. In Anbetracht des demographischen Wandels gehört zu diesen Herausforderungen nicht zuletzt die Notwendigkeit, das jeweils örtlich ver-

Die kommunalen Finanzsysteme sollten transparent gestaltet werden und allgemeine Anreize für eine positive wirtschaftliche Entwicklung der Städte setzen

Im Bereich der kommunalen Besteuerung ist ein Reformstau zu verzeichnen

Tabelle: Das System der kommunalen Einnahmen in Deutschland – Einnahmen im Jahr 2006

Steuerart	Alte Bundesländer ohne Stadtstaaten		Neue Bundesländer ohne Stadtstaaten	
	in Mrd. Euro	Anteile in %	in Mrd. Euro	Anteile in %
Steuern 2006	55,5	42%	5,6	21%
darunter:				
Anteile an Einkommens- und Umsatzsteuer	21,2	16%	1,7	6%
Gewerbesteuer	25,7	20%	2,6	10%
Grundsteuer	8,1	6%	1,2	4%
Gebühren	13,8	11%	2,0	7%
Laufende Zuweisungen	31,8	24%	11,9	44%
Investitionszuweisungen				
Sonstige Einnahmen	4,8	4%	2,8	10%
	25,4	19%	5,0	18%

Quelle: Finanzbericht 2008, Berechnungen des IWH

fügbare Humankapital so effizient wie nur möglich zu nutzen. Weiterhin bedingt die Globalisierungstendenz, dass die sog. Kreative Klasse und die in einer Stadt jeweils vorhandenen Wissenschaftseinrichtungen optimal gefördert und für die wirtschaftliche Entwicklung genutzt werden können. Ebenso folgt aus der Globalisierungstendenz, dass Kooperationen zwischen Städten immer wichtiger werden, weil gerade in Deutschland – aufgrund des polyzentrischen Städtesystems – nur durch eine Spezialisierung der einzelnen Städte jeweils „Exzellenz“ erreicht werden kann.

Vor dem Hintergrund dieser Anforderungen zeigen sich diverse Schwächen des heutigen Einnahmesystems der Städte.

*Individuelle
Transparenz des
kommunalen Anteils
an der Einkommens-
steuer herstellen*

Hinsichtlich des kommunalen Einkommensteueranteils wurde bereits oben darauf verwiesen, dass dieser – ebenso wie der vom Volumen her deutlich weniger bedeutsame Anteil der Städte an der Umsatzsteuer – eigentlich eher den Charakter einer Finanzaufweisung hat. Auch wenn das lokale Aufkommen der Einkommensteuer für die Bemessung dieser Zuweisung eine Rolle spielt, haben die privaten Haushalte und die privaten Firmen keinerlei Überblick über den Beitrag, den sie via Einkommensteuerzahlung indirekt auch an die jeweilige Stadtverwaltung leisten müssen. Es liegt auf der Hand, dass damit den zuvor erläuterten Kriterien nicht entsprochen werden kann. Als Reformmaßnahme wird vielfach gefordert, einen kommunalen Hebesatz für die Einkommensteuer einzuführen; dies ist allerdings wiederum mit diversen Problemen und ggf. auch Nachteilen verbunden.³ Es wäre aber bereits viel erreicht (und wäre ohne weiteres zu realisieren), wenn jedem Steuerzahler bei seiner jeweiligen Steuerabrechnung der konkrete Betrag ausgewiesen werden würde, den er (indirekt) an seine Kommune gezahlt hat.

Eine weitere institutionelle Regelung bei der heutigen Berechnung des kommunalen Einkommensteueranteils betrifft die

sog. Plafondierung des lokalen Einkommens, das für die Bemessung der kommunalen Anteile an der Einkommensteuer herangezogen wird. Das heißt es gibt eine „Kappungsgrenze“, bis zu welcher das Einkommen der privaten Haushalte eine entsprechende Berücksichtigung findet. Durch diese Regelung sind die Finanzkraftunterschiede zwischen den Kommunen geringer, als wenn das gesamte Einkommen für die Anteilsbemessung dienen würde. Wenn in einer Stadt mehr „Besserverdienende“ (mit einem Einkommen oberhalb der „Kappungsgrenze“) als in anderen Städten leben, hat dies keinen Einfluss auf die Höhe des ihr zufließenden Einkommensteueranteils. Der Nachteil dieser Regelung besteht allerdings darin, dass sie dazu führt, das Interesse der kommunalen Politiker an den „Besserverdienenden“ zu reduzieren. Da zu den „Besserverdienenden“ auch Teile der „Kreativen Klasse“ (nämlich die Unternehmer sowie die Führungskräfte der Wirtschaft und die Wissenschaftler) gehören, kann sich diese Gestaltung des Anreizsystems negativ auf die Zukunftsentwicklung der Städte auswirken.

Oben wurde bereits auf die – im internationalen Vergleich – heutige geringe Bedeutung der Grundsteuer für die städtischen Finanzen eingegangen. Hierbei spielen u. a. zwei Faktoren eine Rolle. Die Bewertung des Grundvermögens für die Bemessung der Grundsteuer orientiert sich nicht an den aktuellen Verkehrswerten. Und die Steuersätze (die von den Städten mit sog. Hebesätzen variiert werden können) sind vergleichsweise niedrig; beide Faktoren sind miteinander verwoben. Käme es zu Veränderungen bei der Bewertung des Grundvermögens und bei der Höhe der Steuersätze, so hätte dies verschiedene Vorteile:

- Vielfach (nicht zuletzt im Rahmen des Städtumbaus Ost) wird beklagt, die Kommunen würden die Interessen der städtischen Wohnungsfirmer höher als jene der privaten Wohnungs-

eigentümer gewichten. Es liegt auf der Hand, dass die finanzielle Verantwortung der Städte für ihre Wohnungsfirmer (sowie ggf. die Möglichkeit, an deren Gewinnen zu partizipieren) ein hohes Interesse der Kommunen am städtischen Wohnungseigentum bewirkt. Durch eine höhere Bedeutung der Grundsteuer würde das Interesse der lokalen Politik an den privaten Immobilieneigentümern zunehmen.

- Die Grundsteuer wirkt wie eine Sollertragssteuer. Wenn ein Grundstück keine Erträge abwirft, muss gleichwohl die Grundsteuer gezahlt werden. Demgemäß haben die Grundeigentümer einen Anreiz, ihr Grundvermögen ökonomisch zu nutzen. Eine realistische Bewertung der Immobilien und höhere Steuersätze könnten diesen Anreiz weiter erhöhen und damit zur Mobilisierung des Grundvermögens und zur Reduzierung von „Brownfields“ in den Städten beitragen.
- Durch Veränderungen im System der Grundsteuer könnte sich auch ein anreizkompatibles Instrument für die Finanzierung von Business Improvement Districts (BIDs) sowie Housing Improvement Districts (HIDs) ergeben. So wäre es möglich, einen Teil des Grundsteueraufkommens, das aufgrund der Immobilien innerhalb eines solchen Quartiers zustande kommt, nicht dem allgemeinen städtischen Budget zuzuführen, sondern in einen Sonderfonds zu leiten, aus dem heraus Mittel für die Quartiersentwicklung zur Verfügung gestellt werden.

Die Gewerbesteuer ist bis heute – wie die oben dargestellte Tabelle zeigt – von ihrem Aufkommen her die wichtigste städtische Steuer. Sie ist allerdings auch eine besonders umstrittene Steuer. Auf die diversen Vorschläge zu ihrer Reform kann hier nicht eingegangen werden.⁴ Ähnlich wie im

Bereich des kommunalen Einkommensteueranteils wäre es wenig realistisch, wenn man kurzfristig auf umfassende Veränderungen hoffen würde. Ein kleiner Schritt könnte allerdings darin bestehen, auch die (para-)staatlichen Einrichtungen in die Gewerbesteuerpflicht einzubeziehen; dies könnte konkret in der Form einer Wertschöpfungsabgabe erfolgen.⁵

Auf diese Weise würde das Interesse der kommunalen Entscheidungsträger an staatlichen Einrichtungen ebenso wie das Interesse dieser Einrichtungen an der kommunalen Politik (und der effizienten Verwendung der gezahlten Abgaben) erhöht werden. Damit könnte z. B. die Einbeziehung von Wissenschaftseinrichtungen in kommunale Entwicklungskonzeptionen begünstigt und somit einem wichtigen Faktor des interlokalen Wettbewerbs verstärkt Rechnung getragen werden.

*Einbeziehung der
(para-)staatlichen
Einrichtungen in die
Gewerbesteuerpflicht
in Form einer Wert-
schöpfungsabgabe*



> Prof. Dr. Martin T.W. Rosenfeld

Hinsichtlich des kommunalen Finanzausgleichs würde sich aus den bislang beschriebenen Veränderungen (Ausbau der kommunalen Besteuerung) zunächst eine Absenkung des Gesamtvolumens der Zuweisungen ergeben. Soweit diese Absenkung primär bei den Zweckgebundenen

Finanzzuweisungen zur Geltung kommt, wird der Anreiz der kommunalen Entscheidungsträger zum Lobbying bei Bund und Ländern zugunsten von Finanzmitteln gesenkt (und der Anreiz, sich um die wirtschaftliche Entwicklung zu kümmern, erhöht).

Soweit auch zukünftig weiterhin zweckgebundene Finanzzuweisungen an die Kommunen gezahlt werden, stellt sich in Anbetracht der allgemeinen Erosion der Bevölkerung die Frage, ob bei der Vergabe der Zuweisungen stärker als bisher die wirtschaftlichen (und demographischen) Zukunftsaussichten einer Kommune Berücksichtigung finden sollten. So ist z. B. vom IWH vorgeschlagen worden, die Aufwertungsmittel im Rahmen des Programms Stadtumbau Ost vor allem auf jene Städte zu konzentrieren, bei denen die Aufwertung zu einer positiven Bevölkerungsentwicklung beitragen kann (dies sind die Städte mit starker Suburbanisierung und einem hohen Pendlerüberschuss).⁶ Da die Kooperation zwischen benachbarten Städten einen immer höheren Stellenwert erhält, aber zumeist an den Egoismen der lokalen Akteure scheitert, könnten Bund und Länder durch eine Bindung zweckgebundener Zuweisungen an die Realisierung von Kooperationsvorhaben (mit echter Arbeitsteilung und Spezialisierung) zwischen benachbarten Kommunen zu einer Verbesserung der lokalen Wettbewerbsfähigkeit beitragen.

Schließlich bleibt auf die Gebührenfinanzierung einzugehen. Hier handelt es sich um Abgaben, die dem Äquivalenzprinzip (= Orientierung der Finanzierungsbeiträge am Nutzen, der den privaten Haushalten und Firmen aufgrund kommunaler Leistungen entsteht) recht nahe kommen. Allerdings sind vor allem im Bereich der – zumeist über kommunale Unternehmen organisierten – technischen Infrastruktur einige Abweichungen vom Äquivalenzprinzip zu beobachten, die sich ungünstig auf die Stadtentwicklung auswirken. Innerhalb der Gebührenhaushalte sind nämlich räumliche wie sachliche Quersubventionierungen üblich. In räumlicher Hinsicht sind in den meisten Städten die Gebühren für Ver- und Entsorgungsleistungen nicht an den tatsächlichen Kosten orientiert, die aufgrund der Lage einzelner Stadtteile oder Quartiere entstehen. So kommt es zu einer Subventionierung der dünner besiedelten suburbanen Siedlungen durch die kompakt bebauten innerstädtischen Lagen – dies fördert die weitere Suburbanisierung und verhindert das Ideal einer „kompakten Stadt“. In sachlicher Hinsicht ist insbesondere die Subventionierung des ÖPNV durch die Gewinne aus anderen kommunalen Gebührenhaushalten anzuführen. Auch dies fördert tendenziell die Suburbanisierung, weil der ÖPNV – und damit das Pendeln – vergünstigt wird.

4. Fazit

Bei zusammenfassender Betrachtung zeigt sich, dass eine nachhaltige Reform der Kommunal Finanzen dazu beitragen könnte, die Städte für die Bewältigung ihrer Zukunftsaufgaben fit zu machen. Während diverse heutige Programme zugunsten der Städte eher an Symptomen kurieren, könnte mit entsprechenden Maßnahmen an den Wurzeln von gegebenen Problemen angesetzt werden. Ob eine entsprechende Reform der kommunalen Finanzen im politischen Raum Chancen hat, muss die Zukunft zeigen. Immerhin spricht vieles dafür, dass die Probleme der Städte dringlicher und die staatlichen Finanzmittel knapp

bleiben werden; hierdurch könnte sich in absehbarer Zeit ein „Zeitfenster“ für institutionelle Neuerungen im Bereich der Kommunal Finanzen öffnen.

Prof. Dr. Martin T.W. Rosenfeld, Leiter der Forschungsabteilung Stadtökonomik im Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH)

¹ Vgl. z. B. für die Verhältnisse in Kanada: Rosenfeld, M.T.W. (2007): *Steuern auf Grundbesitz – Kann die Besteuerungspraxis in Kanada ein Vorbild für andere Länder sein?* In: Bauer, H./ Schratzenstaller, M. (Hg.): *Stärkung der subnationalen Steuerautonomie und intragovernmentale Transfers. Wien/ Graz, S. 105-120.*

² Vgl. hierzu etwa die zusammenfassende Darstellung bei Zimmermann, H. (1999): *Kommunal Finanzen, Baden-Baden, S. 149-162 sowie S. 213-221.*

³ Vgl. hierzu ausführlich die Darstellung bei Hansmeyer, K.-H./ Zimmermann, H. (1993): *Möglichkeiten der Einführung eines Hebesatzrechts beim gemeindlichen Einkommensteueranteil.* In: *Archiv für Kommunalwissenschaften, Jg. 32, S. 221-244.*

⁴ Vgl. hierzu z. B. *Gutachten zur Reform der Gemeindesteuern in der Bundesrepublik Deutschland (1982), erstattet vom Wissenschaftlichen Beirat beim Bundesministerium der Finanzen, Schriftenreihe des Bundesministeriums der Finanzen, Heft 31, Bonn.*

⁵ Dies ließe sich auch ohne explizite Reform des Gewerbesteuergesetzes realisieren, indem Bund und Länder sich verpflichten würden, eine Wertschöpfungsabgabe für die von ihnen unterhaltenen Einrichtungen an die jeweilige Standortkommune zu überweisen.

⁶ Vgl. Rosenfeld, M.T.W./ Michelsen, C. (2007): *Das Programm „Stadtumbau Ost“ und seine wirtschaftlichen Effekte für die beteiligten Städte.* In: *Wirtschaft im Wandel 6/2007, S. 202-210.*



Zweckbindung der kommunalen Zuweisungen, z.B. an die Realisierung von Kooperationen

Eine nachhaltige Reform der Kommunal Finanzen würde die Städte fit für die Bewältigung ihrer Zukunftsaufgaben machen



Kapitel 5:
Nachhaltiges Wohnen in der Stadt
Herausforderungen, Potenziale, Strategien

Im Verlauf der jüngsten Debatte um die Zukunft der Städte und den Anforderungen an eine nationale Stadtentwicklungspolitik stellten sich vier Bereiche als vordringliche Handlungsfelder heraus. Daher lag es nahe, den aktuellen Diskussionen in diesen Bereichen mit der Konferenz „Zuhause in der Stadt“ ein Forum zu bieten, um theoretische Ansätze vorzustellen und diese mit praktischen Erfahrungen abzugleichen. Die Gelegenheit dazu bestand in den Foren „Wohnen in der Stadt“, „Vielfalt in der Stadt“, „Arbeiten in der Stadt“ und „Stadt im Klimawandel“, die an beiden Tagen als zentraler Bestandteil der Konferenz stattfanden. 29 Fachreferenten traten hier mit den über 400 Teilnehmern in einen konstruktiven Austausch. Den ersten Tag bestimmten einführende Input-Referate von grundsätzlichem und eher theoretischem Inhalt. Am zweiten Tag wurden Best-Practice-Beispiele vorgestellt und diskutiert. In diesem Kapitel werden die zentralen Inhalte der Vorträge und Diskussionen zusammenfassend referiert.

Doch zunächst möchten wir einige zentrale Begriffe, die in den aktuellen stadtentwicklungspolitischen Debatten eine wichtige Rolle spielen in einer Art Glossar vorstellen und erläutern.

Wovon wir reden

Integrierte Stadtentwicklungspolitik

Unter integrierter Stadtentwicklungspolitik versteht man eine gleichzeitige und gerechte Berücksichtigung der für die Entwicklung von Städten relevanten Belange und Interessen. Integrierte Stadtentwicklungspolitik ist ein Prozess. In diesem Prozess findet die Koordinierung zentraler städtischer Politikfelder in räumlicher, sachlicher und zeitlicher Hinsicht statt. Die einzelnen städtischen Ressorts arbeiten dabei eng zusammen (Querschnittspolitik). Unabdingbar ist hierbei die Einbeziehung der wirtschaftlichen Akteure, Interessengruppen und der Öffentlichkeit.

Der mit integrierter Stadtentwicklungspolitik erreichte Interessenausgleich soll eine tragfähige Konsensbasis zwischen Staat, Regionen, Städten, Bürgern und wirtschaftlichen Akteuren bilden. Durch die Bündelung von Wissen und finanziellen Ressourcen wird die Wirksamkeit der knappen öffentlichen Mittel vergrößert. Öffentliche und private Investitionen werden besser aufeinander und untereinander abgestimmt. Integrierte Stadtentwicklungspolitik bindet verwaltungsexterne Akteure ein und beteiligt die Bürger aktiv an der Gestaltung ihres unmittelbaren Lebensumfeldes. Zugleich kann damit eine größere Planungs- und Investitionssicherheit erreicht werden.

Quartiersmanagement

Das Quartiersmanagement (abgekürzt: QM, auch: Stadtteilmanagement) ist ein Verfahren der Stadtentwicklung. Zum einen zielt es auf die Förderung eines Stadtteils (Quartier), zum anderen auf die Steuerung des Stadtentwicklungsprozesses (Management).

Entsprechend dem integrativen Ansatz des Förderprogramms „Soziale Stadt“ und der Forderung der Leipzig Charta nach „integrierter Stadtentwicklung“ bedarf es zur Lösung komplexer stadträumlicher Probleme des Zusammenwirkens von sozialer Arbeit, Wirtschaftsförderung, Stadtplanung, Bildungs- und Kulturarbeit. Quartiersmanagement ist ein zentrales Instrument dieses Ansatzes. Es führt Akteure aus den verschiedenen Bereichen der Verwaltung, der lokalen Politik, der privaten Wirtschaft, der lokalen Vereine und der nicht organisierten Anwohner zusammen. Unterschiedliche Aspekte von Wirtschaftsförderung, sozialer Befähigung und baulicher Stadtteilentwicklung sollen zusammengeführt werden. Eine weitere Aufgabe des Quartiersmanagements soll dazu führen, dass die Bewohner der Stadtteile an dem Verbesserungsprozess aktiv teilnehmen. Es geht dabei um die Anregung zur Selbsthilfe (Befähigung/Empowerment). Die Entwicklung von Verantwortung für das eigene Stadtquartier soll langfristig gestärkt und selbsttragende Bewohnerorganisationen geschaffen werden.

Um der integrativen Zielsetzung und dem Wandel von der Betreuung zur Befähigung gerecht zu werden, sind unterschiedliche Mittel Bestandteil des Quartiersmanagement-Konzeptes:

Die zentrale Steuerung erfolgt durch ein von der öffentlichen Hand eingesetztes Quartiersmanagement. Es sorgt für die Umsetzung der Fördermittel, hat aber auch die Aufgabe, Fördermöglichkeiten vor Ort zu eröffnen.

Meist gibt es ein Quartiersbüro, das zum einen die administrative Infrastruktur für das Quartiersmanagement bereitstellt, andererseits aber auch Anlauf- und Versammlungspunkt für Bürgerorganisationen sein kann.

Ein wichtiger Bestandteil ist ein sog. Quartiersfonds, ein Fördertopf, aus dem kurzfristige und kleinteilige Maßnahmen im Stadtviertel finanziert werden können (Verschönerungsaktionen, Hoffeste, Spielplatzbau). Über die Verteilung dieser Gelder entscheidet meist eine Bürgerjury zusammengesetzt aus Anwohnern unter Leitung des beauftragten Quartiersmanagements.

Internationale Stadtgesellschaft

In der internationalen Stadtgesellschaft leben Menschen verschiedener kultureller Prägung und Herkunft gemeinsam in den Städten. Es gibt keine gemeinsame nationale Identität, auf die sich alle beziehen können. Stattdessen ist die internationale Stadtgesellschaft geprägt vom Verständnis und der Toleranz gegenüber den Anderen und ihrem Anderssein. Idealerweise werden in der Vielfalt Potenziale gehoben, die allen zu Gute kommen. Das Gelingen ist u.a. von einer umsichtigen nationalen und kommunalen Integrationspolitik abhängig, die auf die gleichberechtigte Teilhabe von Zuwanderern am wirtschaftlichen, gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Leben ausgerichtet ist. Außerdem ist die Verflechtung internationaler Einflüsse und Bezüge innerhalb einer Stadt gleichzeitig eingebettet in die Globalisierung. Die globalen Beziehungen einer Stadt können von einer internationalen Stadtgesellschaft ebenfalls profitieren und umgekehrt.

Innovative Ökonomien

Innovative Ökonomien zeichnen sich aus durch neue Produkte oder Dienstleistungen, die entweder Nischen auf dem Markt bedienen oder sogar neue Märkte begründen. Ebenso neu ist dabei auch die

Form der Arbeitsorganisation, und teilweise auch die Art der Produktionsweise. Die Erneuerungen resultieren aus den Ideen der Macher, die mit ihrer Qualifikation und ihrem unternehmerischen Mut eine neue Erwerbsquelle verwirklichen, die ihren Lebensentwürfen entspricht. Neben dem unternehmerischen Erfolg zählt ebenso eine Verbesserung für Mitarbeiter, Zulieferer und Kunden, für den Stadtteil und für die Umwelt zu den erwünschten Effekten. Für die Stadtgesellschaft sind Kooperationen im Bereich der innovativen Ökonomien von besonderem Interesse. Diese können privatwirtschaftliche Kooperationen sein oder auch solche mit der öffentlichen Hand. Die Entwicklung innovativer Ökonomien und des Dritten Sektors ist ein wechselseitiger Prozess: der Dritte Sektor kann innovative Ökonomien ausbilden und der Dritte Sektor kann durch innovative Ökonomien unterstützt werden. Beispiele für innovative Ökonomien sind die Kreativwirtschaft und die Gewerbe der neuen Technologien, damit verbundene Gründerzentren, aber auch Dienstleistungen auf Quartiersebene, die Idee der Mikrokredite und soziale Unternehmen.

Kreative Milieus

Unter einem kreativen Milieu versteht man ein komplexes bzw. dichtes Netz von vor allem informellen sozialen Beziehungen innerhalb einer abgrenzbaren Region, die oft nach außen ein spezielles Image prägen und nach innen eine bestimmte Wahrnehmung bzw. ein Zugehörigkeitsgefühl. Hier bilden sich auch individualisierte Lebensstile aus. Dieses Netz fördert die örtliche Innovationsfähigkeit durch synergetische und kollektive Lernprozesse. Damit gelten kreative Milieus als ein wichtiger Faktor für die Stadterneuerung.

Kreative Cluster

Kreative Cluster meint die Anhäufungen von kreativwirtschaftlichen Betrieben, Läden, Vereinen, Veranstaltern, sozialen Unternehmern und generell Unterneh-

men, in denen „Kreative“ tätig sind. Dem entspricht die Ansiedlung der in diesem Bereich arbeitenden Menschen und der Herausbildung einer sog. creative class (Richard Florida). Diese zeichnet sich aus durch die berufliche Einbindung in moderne Technologien, durch das Talent innovativ und kreativ zu handeln und durch Toleranz (TTT: Technology, Talent, Tolerance). Dazu zählen vorrangig Vertreter der Medienberufe, der Werbewirtschaft, der Kultur- und Kreativwirtschaft, Künstler und Wissenschaftler; ferner Architekten, Ingenieure, Juristen, Ärzte und Unternehmer. Durch die Verflechtung von beruflichen und privaten Kontakten ergeben sich Synergieeffekte. Dieser Vorgang beeinflusst die Entwicklung von Stadtvierteln und ganzen Städten. Gemeinhin wird damit eine Aufwertung der Stadtteile und eine Verbesserung der Lebensqualität angenommen. Um diese Situation zu fördern, muß die Stadtplanung die besonderen Bedürfnisse dieser creative class berücksichtigen und die Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass sich ein tolerantes Stadtklima ausbreiten kann.

Forum 1 – Wohnen in der Stadt

Moderation:

Dr. Klaus Habermann-Nieße, Wohnbund e.V.,
Alexander Rychter, Bundesverband Freier
Immobilien- und Wohnungsunternehmen

Forum 1 1. Tag

Entwicklung des Wohnens in der Stadt aus sozialwissenschaftlicher Sicht

Prof. Dr. Walter Siebel, Universität Oldenburg

Entwicklung des Wohnens in der Stadt aus immobilienwirtschaftlicher Sicht

Dr. Tobias Just, Deutsche Bank Research,
Immobilien, Branchenanalysetools

Wohnen in der Stadt für alle

Dr. Bernd Hunger, GdW Bundesverband deutscher
Wohnungs- und Immobilienunternehmen

Nutzeransichten und Wohnwünsche

Prof. Dr. Armin Hentschel, Institut für soziale
Stadtentwicklung, Potsdam

Forum 1 „Wohnen in der Stadt“ beleuchtete die Bedingungen für urbanes Wohnen in innerstädtischen und innenstadtnahen Quartieren. Vor dem Hintergrund der Entwicklung der Siedlungsbestände in den 1950er bis 1980er Jahren und wachsender urbaner Peripherien wurden Strategien und Instrumente zur Förderung der Reurbanisierung diskutiert. Außerdem wurde erörtert, wie lebendige Nachbarschaften entstehen, wie sie gefördert werden können und welche Aufgaben das Quartiersmanagement zukünftig lösen muss.

Flexibles Wohnen für eine sich verändernde Gesellschaft

Das Wohnen steht mit all seinen Bezügen zu den wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und ökologischen Begleitumständen im Mittelpunkt des Zuhause-seins in einer Stadt. Eine menschenwürdige Wohnung ist auch ein Schutzraum. Die Raum-

*Wohnungen müssen
flexibel sein und den
Bedürfnissen unterschiedlichster Nutzer
entsprechen*

nutzungen verändern sich und damit die Anforderungen an eine Wohnung. Die Individualisierung des Einzelnen nimmt zu.



> v.l.: Dr. Klaus Habermann-Nieße,
Alexander Rychter

Auch die festgefügte zeitliche Rhythmisierung des Arbeitslebens wird unbedeutender durch neue Formen der Arbeitsorganisation. Gleichzeitig nimmt die Aufenthaltsdauer der Menschen in ihren Wohnungen zu. Wohnungen müssen flexibel sein, sie müssen den Ansprüchen der heutigen und zukünftigen Bewohner entsprechen. Empfehlenswert sind neutrale Grundrisse, in denen ausreichend Wohnraum vorgehalten wird, welcher entsprechend den Bedürfnissen genutzt werden kann.

Das Wohnen in der Stadt bietet viele Vorteile, doch eine wirkliche Renaissance der Stadt steht noch aus

Das Wohnen in der Stadt bietet Flexibilität und ist zudem kostengünstiger, nicht zuletzt aufgrund kürzerer Wegzeiten und -strecken. Problematisch ist für das Wohnen in der Stadt immer noch die Polarisierung zwischen Armen und Reichen und die damit verbundene Segregation. Reichere und mobilere Bevölkerungsteile verlassen Quartiere, in denen sich problematische Entwicklungen abzeichnen. Unter den verbleibenden Bewohnern verdichten sich die sozialen Probleme, die durch sozialpolitische Anstrengungen und Integrationsbemühungen abgefedert werden müssen. Die Planer beleuchten soziale Probleme und auch Bildungsdefizite in sozialen

Brennpunkten allzu oft nur ungenügend. Anpassbare Wohnungszuschnitte, die auch anderen kulturellen Wohnbedürfnissen Rechnung tragen, können dazu beitragen, die Vielfalt der Bewohnerschaft zu erhalten. Ebenso müssen Wohnungen an die Bedürfnisse älterer Menschen angepasst werden können, um eine hohe Nutzungs- und Aufenthaltsqualität zu bieten. Denn gerade im Alter verbringt der Mensch die meiste Zeit des Tages in seiner Wohnung.

Wunschvorstellungen vom Wohnen

Die Vorstellungen von der idealen Wohnung stimmen häufig nicht mit den gegebenen Wohnverhältnissen überein. Nach einer Befragung des Instituts für soziale Stadtentwicklung Potsdam wohnen 81 % der Berliner in einem Wohnungstyp, der nicht ihren Wünschen entspricht. Zum Beispiel wünschen sich 57 % der Befragten eine große Wohnküche, die nur 14,3 % der Wohnungen bieten. Mit 31,2 % ist der Wohnungstyp „Gartenhofhaus“ der Lieblingsgrundriss. 77 % der Befragten befanden diesen Wohntyp als gut gelungen und 68 % konnten sich den Einzug in einen solchen Typen vorstellen. Der Flurtyp wurde von 16,8 % der Befragten bevorzugt und 8,3 % wünschten sich einen überdurchschnittlich großen Außenraum. Insgesamt sind Grundrisse mit Bezug zum Außenraum beliebter, jedoch stellte sich heraus, dass nur 27 % der Befragten bereit wären auf 5 m² Wohnfläche zu verzichten (bei einer durchschnittlichen Wohnfläche von 74 m²), um im Gegenzug 5 m² Außenraum zu erhalten. Das spiegelt sich auch in der Unbeliebtheit des kleinen Reihenhauses wider.

Renaissance der Stadt

Die Stadt ist derzeit ein Wohnort für Migranten und kinderlose, junge Erwachsene. Die Familien sind eher im Umland wohnhaft, wo sich bereits fallende Immobilienpreise, Leerstand und ein Versorgungsproblem der Alten anbahnt.

Eine Bevölkerungszunahme ist in den Städten noch nicht zu erkennen. Aufgrund der strukturellen und demographischen Veränderungen wird der Wohnflächenkonsum jedoch weiterhin steigen.

Gründe für den bisherigen Rückgang des Wohnens in der Stadt sind in der Verdrängung durch renditeträchtigere Nutzungen zu sehen, in den ungünstigen Wohnbedingungen für Familien, Kinder und Senioren und in der Förderung des Wohnens außerhalb der Stadt (z.B. durch die Pendlerpauschale), was zu einer Zersiedelung des Umlandes geführt hat. Diese ist aufgrund der Kosten für die Instandhaltung der Infrastruktur bei schrumpfender Bevölkerung zunehmend kostenintensiver, so dass aus ökonomischen Gründen eine Konzentration auf die Städte oder zumindest auf innere Verflechtungsräume empfehlenswert ist. Für eine wahre Renaissance der Stadt ist eine Verbesserung der sozialen Verhältnisse notwendig. In Bezug auf die Stadtgestaltung und das Wohnen sollte jede Stadt ihre eigenen Stärken aufgreifen und entwickeln.

Herausforderungen für die Wohnungswirtschaft

Für die Wohnungs- und Immobilienwirtschaft sind Städte der wichtigste Marktplatz. Über drei Viertel der Bevölkerung leben dort. Dabei unterscheiden sich die Bedingungen in schrumpfenden und in wachsenden Städten: Schrumpfende Städte weisen in der Regel Wohnungsleerstand auf und leiden unter überdimensionierten Infrastrukturen. Für die Bewältigung der Probleme stehen meist nicht genügend Finanzmittel bereit. Die vorhandenen städtischen Räume bieten Gestaltungsoptionen für die Planung. In diesem Prozess sind ostdeutsche Kommunen den westdeutschen voraus. Wachsende Städte bieten zu wenig erschwinglichen Wohnraum, die Polarisierung der Einkommensverteilung ihrer Bewohner führt zu Segregation und allgemein erfordert die Raumknappheit einen besonderen Umgang mit Enge.

Demgegenüber helfen die wirtschaftliche Dynamik und größere finanzielle Spielräume bei der Bewältigung der Probleme. Folgende Trends lassen sich benennen:

- Es gibt viele unterschiedliche regionale Märkte.
- Die Urbanisierung wird anhalten.
- Erwerbsfähige Menschen zieht es zu den Arbeitsplätzen.
- Die Gruppe der Rentner und Pensionierten wird zur wichtigsten Nachfragegruppe.
- Die Fehlbelegung von Familienwohnungen durch ältere Menschen wird an Bedeutung verlieren.
- Die Politik wird Zersiedelung teurer machen.



> Dr. Bernd Hunger

Um das Wohnen in der Stadt zu fördern, müssen für die Zielgruppen differenzierte Angebote geschaffen werden. Diese müssen den vielfältigen Lebensstilen, der sozialen Polarisierung und den steigenden Energiekosten Rechnung tragen. Beispiele dafür sind „Junges Wohnen“, „Familien-Wohnen“, „Service-Wohnen“ mit Kinder-

betreuung oder auch hauswirtschaftlichen Diensten. Mit dem Angebot an zusätzlichen Dienstleistungen werden zwar keine Renditen erwirtschaftet, jedoch dienen diese Maßnahmen der Nachhaltigkeit und der Attraktivität der Wohngebiete und sind somit langfristig auch wirtschaftlich sinnvoll.



> Prof. Dr. Walter Siebel

Wichtige Aufgaben des städtischen Wohnungsbaus sind derzeit die Revitalisierung der historischen Stadtbereiche durch Sanierung und Neubau, die Modernisierung der Wohngebiete der 1950er bis 1980er Jahre, die ökologische Modernisierung und die Entwicklung innerstädtischer Brachen. Zudem muss Kommunalpolitik Bedingungen dafür schaffen, dass ein sozialer Zusammenhalt entstehen kann. Das Leitbild dafür ist eine Bürgerstadt mit einer starken, öffentlichen Infrastruktur und mit einer nachhaltigen kommunalen Sozialpolitik, deren besondere Aufmerksamkeit benachteiligten Quartieren gilt.

Um der sozialen Polarisierung in den Städten zu begegnen, sollte schon bei der Planung neuer Wohnungsbauten darauf geachtet werden, dass nicht neue soziale Brennpunkte entstehen. Dies könnte z.B. durch ein differenziertes Wohnangebot für verschiedene Zielgruppen innerhalb eines Quartiers verhindert werden. Auch könnte

eine Quotierung für Sozialwohnungen bei neuen Projekten helfen. Darüber hinaus empfiehlt sich eine Koordinierung mit Projekten der „Sozialen Stadt“.

Forum 1 2. Tag

„Assisted Living“ - Zukunft in Kaiserslautern

Guido Höffner, BAU AG Kaiserslautern

Genossenschaftliches Wohnprojekt „WohnSinn“

Birgit Diesing - Bau- und Wohngenossenschaft WohnSinn eG Darmstadt

„Quartis Les Halles“ – Neue Wohnkonzepte in Düsseldorf

Dr. Reiner Götzen, Interboden - Innovative Lebenswelten

In ganz unterschiedlichen Praxisbeispielen werden aktuelle Wohnkonzepte vorgestellt. Es geht um Wohnen im Alter, Wohnen in Gemeinschaft, Wohnen für spezielle Zielgruppen und in allen Beispielen geht es vor allem darum, auf die Bedürfnisse der Bewohner so gut wie möglich einzugehen.

Langes Leben in der eigenen Wohnung

„Assisted Living“ ist ein Wohnprojekt für ältere Menschen der BAU AG, der Wohnungsgesellschaft der Stadt Kaiserslautern. Kooperationspartner der Bau AG ist die TU Kaiserslautern. Das Projekt ist eingebettet in ein Quartiersentwicklungskonzept, welches auf sozialer Durchmischung, dem Angebot bedarfsgerechter und zukunftsweisender Wohnkonzepte, der Gestaltung des Wohnumfeldes und einem Quartiersmanagement basiert. Ziel von „Assisted Living“ ist es, älteren Menschen so lange wie möglich den Verbleib in ihrer eigenen Wohnung zu ermöglichen. Zentrales technisches Hilfsmittel ist PAUL, der Persönliche Assistent für Unterstütztes Leben. Er bietet im

Wesentlichen folgende Funktionen: Sturzerkennung, Überwachung der Medikamenteneinnahme, Tagesablauf-Vergleich, Haustürkamera, Abschaltung elektrischer Verbraucher, Wasserschadenalarm, elektronischer Schlüssel, fernsteuerbare Rollläden, automatische Lichtfunktionen, Telefonieren über Bildaufruf, Kommunikation zwischen Wohnungen über Kamera und Bildschirm. Schwerpunkte sind Sicherheit, Komfort und Gesundheit. Für das Gelingen eines solchen Projektes ist die Aufgeschlossenheit der Nutzer gegenüber neuer Technik und ein kooperatives Verhalten in der Gemeinschaft unabdingbar. Die Wohnungsgesellschaft muss das durch intensive persönliche Anleitung fördern. Unterstützt wird sie dabei von Stadtsoziologen der TU Kaiserslautern.

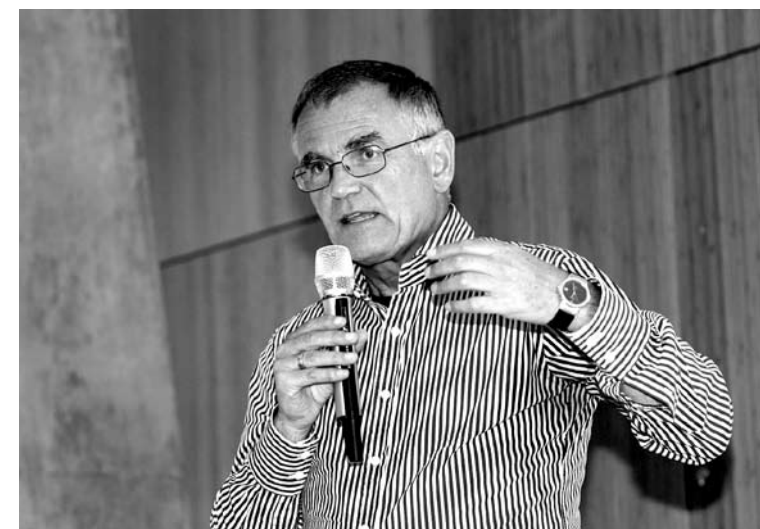
Gemeinschaftlich Wohnen

Das Beispiel des genossenschaftlichen Wohnens thematisiert die Unterstützung des Wohnens durch Menschen statt durch Technik. Das „Forum für gemeinschaftliches Wohnen e.V.“ bezeichnet solche Wohnprojekte als „selbstorganisierte und dauerhafte Zusammenschlüsse von Menschen, die freiwillig und bewusst bestimmte Bereiche ihres Lebens räumlich und zeitlich miteinander teilen“.

Grundsätzliches Ziel des Darmstädter Wohnprojektes war die Errichtung von Gebäuden in eigener Bauträgerschaft und die Bildung von robusten Hausgemeinschaften von ca. 50 Personen, die in guter Nachbarschaft miteinander wohnen wollen. Die Bereitschaft zu Kontakten, gegenseitiger Unterstützung und Engagement im Quartier wurde dabei als selbstverständlich vorausgesetzt. Die Einbindung der Bewohner wurde durch die Selbstverwaltung erreicht, während Passivhausstandard und hauseigenes Car-Sharing ökologische Akzente setzten. Die Bereitstellung unterschiedlicher Wohnungsgrößen und eine Quotierung für Altersgruppen, Behinderten, Familienstand und Einkommen trug zu einer ausgewogenen sozialen

Mischung bei. Das Wohnprojekt sieht sich mit seiner innenstadtnahen Lage als „Dorf in der Stadt“, das Gemeinschaftlichkeit mit Vielfalt, Flexibilität, Dynamik und vielen praktischen Vorteilen verbindet. Zusätzlich wirkt das Projekt durch die Eigeninitiative und den Gemeinsinn seines Bewohnerengagements auch in das Quartier hinein. Gerade neue Quartiere profitieren von einem gemeinschaftsorientierten Wohnprojekt als Katalysator für den Aufbau von sozialen Strukturen.

Die Durchmischung und auch die Integration von Migranten und sozial Schwachen kann bei Wohnprojekten trotz aller Zielvorgaben nicht gänzlich durch Planung erreicht werden. Der Findungsprozess einer solchen Wohngemeinschaft ist ein autonomer Prozess, der mitunter mehrere Jahre dauern kann.



> Dr. Reiner Götzen

Ein neues innerstädtisches Wohnprojekt

Bei dem Projekt „Quartis Les Halles“ von der Interboden Innovative Lebenswelten GmbH & Co. KG handelt es sich um ein Wohnimmobilienprojekt in zentraler Lage auf einem ehemaligen Bahnhofsgelände in Düsseldorf. Standortwahl sowie Architektur sind inspiriert durch den Genius loci: Die Umgebung ist geprägt von Gründerzeitar-

Neue Technik unterstützt das Leben in der eigenen Wohnung für ältere Menschen

Gemeinschaftsorientierte Wohnprojekte geben positive Impulse für die Quartiersentwicklung

Revitalisierung historischer Stadtbereiche, energieeffiziente Modernisierung und die Entwicklung innerstädtischer Brachen sind die zentralen Aufgaben des Städtebaus

Individuelle Wohnformen mit Serviceleistungen für eine anspruchsvolle Klientel

chitektur, von dem etablierten Szenelokal „Les Halles“, einem Flohmarkt und einer guten Infrastruktur mit Anbindung zum Stadtzentrum. Der Nachfrage entsprechend bietet Interboden hier individuelle Neuinterpretationen von Architekturen, die zum Wohnen sehr beliebt sind und den Genius loci aufgreifen, z.B. Gründerzeitbauten und Lofts. Ergänzt wird das vielfältige Angebot durch Serviceleistungen. Darüber hinaus gibt es Räumlichkeiten zur eigenen oder gemeinschaftlichen Nutzung. Als Anlaufstelle gibt es einen Servicepoint, der sich auch als Aktivierer nachbarschaftlicher Begegnung versteht. Zukünftig soll es einen Nachbarschaftsverein geben. Bei der Vermarktung des insgesamt hochwertigen Wohnprojekts zeigt sich eher bei den einkommensstärkeren Bewohnern ein Trend zur Miete statt zum Eigentum.

Forum 2 - Vielfalt in der Stadt

Moderation:

Prof. Dr. Ingrid Breckner, HafenCity Universität Hamburg,
Dieter Cordes, Gesellschaft für Bauen und Wohnen, Hannover

Forum 2 1. Tag

Internationalität als Ressource – Vielfalt als Grundlage der städtischen Entwicklung

Prof. Dr. Rolf Lindner, Humboldt-Universität
Berlin

Bedeutung der internationalen Stadt für internationale Akteure

Herbert Mai, Arbeitsdirektor Fraport AG

Governance internationaler Potenziale – kommunale Konzepte

Ayse Özbabacan, Stabsstelle für Integrationspolitik, Stuttgart

Das Forum 2 „Vielfalt in der Stadt“ ging auf die unterschiedlichen ethnischen Einflüsse und die zunehmende Vielfalt der Lebensstile in den Städten ein. Das Thema wurde unter sozialwissenschaftlichen, wirtschaftlichen und kommunalpolitischen Perspektiven betrachtet.

Vielfalt als Grundlage städtischer Entwicklung

Seit langem ist die Stadt der privilegierte Ort der Vielfalt. Das, was man Urbanität im emphatischen Sinne nennt, ist „diversity management“ sui generis: die Stadt, die Polis, als Forum der Meinungen und als Ort der Begegnungen. Daher schließen sich Fremdenfeindlichkeit und Stadt aus.



> Prof. Dr. Rolf Lindner

Stattdessen gehören Offenheit und Toleranz zur Grundausstattung eines jeden wahren Stadtbürgers. Die Vielfalt in der Herkunft, im Lebensstil und in den beruflichen Orientierungen ist eine sich nie erschöpfende Ressource, die den Möglichkeitsraum Stadt konstituiert. Internationalisierung ist einer der Prozesse, in denen sich Vielfalt herausbildet. Als Index dafür

kann man das Angebot von Sprachkursen (auch Deutsch als Fremdsprache) oder auch das Angebot nationaler Gastronomien heranziehen. Ethnische Ökonomien sind neben innovativen Ökonomien Ausdruck einer gelebten Verbindung von Kreativität mit individuellen Lebensentwürfen: Man muss etwas (anderes) wollen, um kreativ zu sein.

Kreativität ist aber nicht importierbar und implantierbar. Sie bildet sich in Verbindung mit individuellen Lebensentwürfen aus und braucht physische und geistige Nischen als Experimentalräume in einer durchfunktionalisierten und ökonomisierten Welt. Vielfalt bildet das kulturelle Kapital der großen Stadt, aus welchem die Innovationen geboren werden. Das setzt Offenheit im Sinne des Unvoreingenommenen wie des Zugänglichen, des Unentschiedenen wie des noch nicht Abgeschlossenen, des Experimentellen wie des nicht Planbaren voraus. Die politischen Rahmenbedingungen müssen ein Klima schützen, das zum Gedeihen von Vielfalt vonnöten ist; dazu gehören eine aktive Antidiskriminierungs- und Gleichstellungspolitik, die Erleichterung von Einbürgerung sowie die Verbesserung von Zugangschancen in Bildung, Ausbildung und Beruf. Verstärkte Anstrengungen im Bereich der Bildung sind für das Zusammenleben der Menschen in einer von Vielfalt geprägten Gesellschaft unabdingbar. Dies betrifft vor allem die lebensnotwendigen Kulturtechniken, also Sprache, aber auch Geschichte und Kunst.

Grundlage dafür ist das Prinzip der „offenen“ Stadt, das auch die Tolerierung „störender“ Elemente einschließt, seien diese nun soziale Außenseiter oder kulturell Fremde.

Internationale Städte und internationale Akteure

Am Beispiel der Rhein-Main-Region kann man sehen, dass die wechselseitige Beziehung von Internationalität und einem internationalen Akteur, dem Flughafen,

sehr wichtig für die Region ist. Eines der herausragendsten Imagemerkmale der Rhein-Main-Region ist ihre Internationalität. Dadurch gilt sie als weltoffen und ist für internationale Wirtschaftakteure im Rahmen ihrer Ressourcenallokation ein attraktiver Standort. Der Flughafen im Herzen der Region ist ein wichtiger Motor für diese Internationalität. Der Flughafen verbindet Frankfurt mit über 300 Zielen in der ganzen Welt. Eine konsequente Betonung dieser Internationalität mithilfe eines regionalen Airport-City-Konzepts scheint daher angeraten zu sein, um die Wettbewerbsfähigkeit der Region zu erhalten.



> v.l.: Prof. Dr. Ingrid Breckner, Dieter Cordes

Die Mitarbeiterschaft am Flughafen ist durch alle Ebenen hindurch multikulturell besetzt, jedoch finden sich im personalintensiven operativen Bereich mehr Mitarbeiter mit Migrationshintergrund. Die internationale Stadt stellt für den Flughafenbetreiber eine wichtige soziale Ressource dar, um diese Mitarbeiter zu rekrutieren. Und für die Mitarbeiter ist sie eine soziale Ressource, die ihnen mit der Vielfalt ihrer Bewohner Gemeinschaft stiftet.

Das Potenzial der Vielfalt in der Kommune

Ein Bekenntnis zur Vielfalt liegt dem Integrationskonzept „Stuttgarter Bündnis für Integration“ der Landeshauptstadt Stutt-

gart zugrunde. Es sieht Integration als kommunale Querschnittsaufgabe von Organisationen in staatlicher und freier Trägerschaft, politischen Gremien, deutschen und nichtdeutschen Einwohnern und deren Vereinen. Es organisiert städtische Angebote für Migrantinnen und Migranten, die sich am konkreten Bedarf orientieren und interkulturell und überwiegend nationenübergreifend konzipiert sind. Ziel ist die Förderung von Partizipation und Chancengleichheit in zentralen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens: Bildung, Beruf, Wohnen, kommunale Dienstleistungen und damit die Förderung des friedlichen Zusammenlebens von Menschen unterschiedlicher Herkunft.



> Herbert Mai

ben hat und die Potenziale der kulturellen Vielfalt für die Stadt als Mehrwert nutzen will. Stuttgart hat sich als Einwandererstadt erklärt unter dem Motto: „Jeder, der in Stuttgart lebt, ist Stuttgarter“.

Das Zusammenführen der Akteure ist dabei sicher die schwierigste und zeitaufwendigste Aufgabe. Wie auch in anderen Kommunen erlaubt die knappe Finanzlage bei allen Bemühungen nur kleine Schritte. Einer dieser Schritte ist die Gründung des Forums der Kulturen Stuttgart e.V. im Jahr 1998, ein Dachverband der Migrantenvereine und interkulturellen Einrichtungen, welcher von der Stadt finanziell unterstützt wird und zu bürgerschaftlichem Engagement anleitet (z.B. Qualifizierung und Beratung von Migrantenvereinen, Veranstaltung von Themenreihen, Organisation des Sommerfestivals der Kulturen).



> Ayse Özbabacan

Um die Integrationsarbeit zu verbessern, hat die Stadt Stuttgart im Mai 2006 gemeinsam mit der Europäischen Stiftung für die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen und dem Kongress der Gemeinden und Regionen des Euro-

parates das Europäische Städtenetzwerk CLIP (Cities for Local Integration Policy) gegründet. Ziel ist, den Informations- und Erfahrungsaustausch über erfolgreiche Programme und Strategien zur Integration und Partizipation von Zugewanderten zwischen europäischen Städten zu fördern.

Forum 2 2. Tag

Milieuvielfalt im Quartier – Quartiersmanagement in St. Georg, Hamburg

Jürgen Roloff, Büro für Lokale Wirtschaft, Hamburg

Allengerechtes Wohnen in Fürth

Gerda Zeuss, AWO-Stiftung, Fürth

IBA-Projekt Weltquartier

Dittmar Loose, SAGA GWG, Hamburg

Internationale Universität als Resource – Campus-Universität Bremen

Prof. Dr. Ilse Helbrecht, Universität Bremen

Erfahrungen aus Hamburg, Fürth und Bremen zeigen, in welcher Weise positiv mit Vielfalt umgegangen wird. Allen Beispielen ist gemein, daß Vielfalt als eine Bereicherung aufgefasst und als Potenzial genutzt wird.

Quartiersmanagement in St. Georg

Vielfalt ist im Hamburger Stadtteil St. Georg offensichtlich. Der zentral gelegene Stadtteil verfügt über ein hohes Entwicklungspotenzial, das bestätigen ganz aktuell größere Vorhaben im Büro-, Hotel- und Wohnungsbau. Auch die lokale Ökonomie in St. Georg besitzt eine große Vielfalt verschiedener Milieus, die in sich mitunter noch weiter differenziert sind: Internationale und lokale Hotellerie, „bahnhofsnahes“ Gewerbe, ethnische Ökonomien, konventionelle Nahversorgung und Discounter, internationale gastronomische Angebote und lokale Existenzgründungen. Dementsprechend wird das Quartier von

unterschiedlichen Kundengruppen (Arbeitnehmer, Touristen, Bewohner) stark frequentiert. Das Quartiersmanagement zielt auf die Stabilisierung der bestehenden Vielfalt, die Erhaltung der dafür erforderlichen Nischen und Teilräume und die Erschließung zusätzlicher Potenziale. In diesen Prozess der verlässlichen Zielabstimmung und Umsetzung müssen daher alle relevanten Akteure (Bewohner, Grundeigentümer, ortsansässige Firmen und Betriebe, Investoren, öffentliche Verwaltung und Behörden, Netzwerk der Quartiersentwickler) eingebunden werden. Das Quartiersmanagement setzt seinerseits Impulse durch den Aufbau von Kooperationen und Netzwerken zwischen unterschiedlichen Akteursgruppen und durch gezielte Einzelaktivitäten, wie (Kultur-)Veranstaltungen, Pressearbeit, gezielte Geschäftsansiedlungen und durch allgemeines Stadtteilmarketing bis hin zur betrieblichen Beratung.

Nischen der Vielfalt schützen und erhalten

Ein übergeordnetes Quartiersmanagement für den gesamten Stadtteil St. Georg ist dementsprechend nicht möglich.



> v.l.: Prof. Dr. Ilse Helbrecht, Dittmar Loose, Jürgen Roloff

Für die erfolgreiche Umsetzung öffentlich unterstützter Vorhaben ist daher eine thematische und räumliche Fokussierung notwendig. Vielfalt lässt sich unter diesen Bedingungen nicht als festgelegter Zustand oder als Summe verschiedener

In einem neuen Selbstverständnis der Städte sind Migration und Vielfalt Entwicklungspotenziale

Die Stuttgarter Integrationspolitik wirkt „vor Ort“ in 12 Handlungsfeldern; darunter sind Sprachförderung für Neu- und Altzugewanderte, Chancengleichheit in Schule und Beruf, interkulturelle Ausrichtung der Verwaltung, interkulturelle und internationale Orientierung, Sicherheit, Integration in den Stadtteilen, politische Partizipation und Öffentlichkeitsarbeit. Von großer Bedeutung ist, dass Stuttgart die Integrationspolitik zur „Chefsache“ erho-

Bestandteile darstellen, vielmehr drückt sie sich in der prozesshaften Entwicklung und im pragmatischen Lebensvollzug aus.

Vielfalt unter einem Dach – ein Wohnprojekt in Fürth

Innerstädtisches Modellprojekt für gemeinsames Wohnen

Ein Wohnprojekt in Fürth versucht die Vielfalt der dort lebenden Menschen zu nutzen. Fürth beherbergt mit seiner westlichen Innenstadt das größte Sanierungsgebiet Bayerns. In diesem potenziellen Konfliktfeld zwischen sozialen Nischenmilieus und Gentrifizierungstendenz hat sich eine Gruppe zusammengefunden, die das gesamte Milieuspektrum des Viertels repräsentiert: Alte und Junge, Deutsche und Ausländer, Einkommensstärkere und Einkommensschwächere, Behinderte, Singles, Paare, Alleinerziehende, Klein-, Groß- und Patchworkfamilien. Seinen Ort hat das Projekt in einem ehemaligen Kinderkrankenhaus gefunden. 16 auch für sozial Schwächere bezahlbare Mietwohnungen verschiedener Größe und rund 200 m² Gemeinschaftsfläche sind hier entstanden. Gemeinschaftseinrichtungen sind Kristallisationskerne des gemeinschaftlichen Wohnens und wirken zugleich ins gesamte Quartier hinein.

Quartiersentwicklung in Wilhelmsburg durch neue Beteiligungsverfahren



Vielfältige Wohnbedürfnisse wurden bei der Sozialplanung und bei der architektonischen Umsetzung berücksichtigt. In

diesem Zusammenhang wurde auch ein Finanzplan aufgestellt, so dass die AWO-Stiftung ihrem Stiftungsrat ein überschaubares Projekt unterbreiten konnte. 2007 hat der Stadtrat eine Bürgschaft in Höhe von einer Million Euro für das Projekt übernommen.

Das Projekt möchte ein Modell sein, bei dem die Generationen nicht – wie vielfach vorgeschlagen – mit Sicherheitsabstand in loser Nachbarschaft leben, sondern in täglicher unmittelbarer Begegnung ihr Miteinander organisieren und dadurch zum Impulsgeber bei der Umgestaltung des Quartiers werden.

Der Umgang mit Vielfalt in einer Wilhelmsburger Wohnsiedlung

Im Rahmen der IBA Hamburg wird eine Siedlung in Wilhelmsburg zum Weltquartier – zum Modellprojekt für interkulturelles Wohnen – umgestaltet. Im südlichen Reiherrstiegviertel rund um die Weimarer Straße leben in 820 Wohnungen mehr als 1.700 Menschen aus über 30 Herkunftsländern. Hier leben besonders viele Kinder und Jugendliche: 29 % der Bewohner sind jünger als 18 Jahre. Die Identifikation mit dem eigenen Stadtteil ist bei den meisten Bewohnern hoch. Die IBA Hamburg und das Wohnungsunternehmen SAGA GWG haben mit der interkulturellen Planungswerkstatt ein neuartiges Beteiligungsverfahren erarbeitet, in dem mit mehrsprachigen „Heimatforschern“, handlungsorientierten Mitmachaktionen, klassischen Workshops und einem erlebnisorientierten Aktionswochenende eine Vielzahl von unterschiedlichen Beteiligungsformen angeboten wurde.

Umbaumaßnahmen in mehreren Abschnitten mit einem Bauvolumen von 75 Mio. Euro flankieren die Quartiersbelebung (klassische Modernisierung, Grundrissveränderungen, Ergänzungsanbauten, Abriss, Neubau). Die Komplexität des gesamten Prozesses und auch das Bauen im Bestand erfordern einen hohen organisatorischen

Aufwand, den das Wohnungsunternehmen SAGA GWG durch langfristige Verbesserungen für die Bewohner gerechtfertigt sieht.

Das Wohnungsunternehmen verfolgt mit diesem Projekt folgende Ziele:

1. Die Siedlung soll im Ganzen moderat aufgewertet werden,
2. dabei möchte man soziale Verdrängungsprozesse vermeiden.
3. Die bestehenden Nachbarschaften sollen stabilisiert werden.
4. Die Planung zur Renovierung der Wohnanlagen soll sich eng am Bedarf der Bewohner orientieren.
5. Durch eine Mietpreisbindung auf 30 Jahre soll sichergestellt werden, dass der Wohnraum für die Bewohner auch in Zukunft bezahlbar bleibt.

Universitäten fördern Vielfalt

Die Rolle der Universitäten, die sie in Bezug auf die Vielfalt in der Stadt einnehmen, ist keine unwesentliche. Um die veränderte Bedeutung der Universität im Laufe ihrer Entstehungsgeschichte für die Städte zu beleuchten, wird die Gründungsgeschichte der Humboldt-Universität in Berlin zitiert. Hierzu gehörte die ernsthafte Überlegung, den Standort in einer Kleinstadt in Freiheit und Einsamkeit und abseits der „Elendigkeiten des bürgerlichen Lebens“ zu suchen, so Alexander von Humboldt an Professor Schütz in einem Brief vom 19. Oktober 1807 (nach Arm Ewald, Wilhelm von Humboldt – Eine Biographie, Kassel 1854, S. 88).

Heute sind Großstädte der bessere Standort, zum einen aufgrund der allgemeinen Akademisierungstendenzen in der Gesellschaft und zum anderen aufgrund einer den Wissenschaften inhärenten Tendenz zur Cluster-Bildung: Universitäten brau-

chen Partner in ihrer Nähe. In Analogie zu den Flughäfen sind Universitäten und Universitätsstädte Drehscheiben für Wissen. An der Universität Bremen kommen 15 % der Studierenden aus dem Ausland und ca. 1.000 werden jährlich entsendet. Dazu gibt es Patenprojekte zur Betreuung und Integration ausländischer Studierender.

Universität bedeutet aber auch eine Lebensform, die entscheidend zur Integration beiträgt. Hier zählt der vorurteilsfreie Dialog in der Logik des besseren Arguments – eingebettet in Meinungsfreiheit. Universität ist der Ort des Neuen. Das evokiert einen akademischen Habitus, der sich in einer von Toleranz, Offenheit und Neugierde gezeichneten Haltung ausdrückt. So geben die Universitäten den Städten Stärke und Fülle.

Die Diskussion verfolgte die Frage, inwiefern die Hochschulreformen die Herausbildung eines solchen Habitus verhindern. Grundsätzlich sei das Anliegen der Reformen ernst zu nehmen, doch könne die weitere Implementierung nur dann erfolgreich gelingen, wenn mehr Geld und Personal bereit gestellt werde. Dann könnte sich die Universität auch sozial weiter öffnen, z.B. für Personen ohne Abitur.



> Prof. Dr. Ilse Helbrecht

Universitäten bringen kulturelle Vielfalt und eine tolerante Atmosphäre in die Städte

Forum 3 - Arbeiten in der Stadt

Moderation:

Michael Stein, SRL Vereinigung für Stadt-, Regional- und Landesplanung e.V., Prof. Klaus Wermker, Deutscher Städtetag

Forum 3 1.Tag

Entwicklungstendenzen städtischer Ökonomien im globalen Kontext

Prof. Dr. Martin Gornig, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin

Kreativ, flexibel, prekär – die soziale Stadt als letztes Bürgerrecht?

Dr. Peter Bartelheimer, Soziologisches Forschungsinstitut (SOFI), Universität Göttingen

Kreative Cluster / innovative Milieus als Motor der Stadtentwicklung

Reiner Nagel, Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Berlin



> Prof. Dr. Martin Gornig

Die wachsende Kluft zwischen arm und reich verändert auch die Städte

Das Forum 3 „Arbeiten in der Stadt“ hat die sozioökonomischen Bedingungen des Lebensraums Stadt betrachtet. Von besonderem Interesse waren innovative Ökonomien und die Entstehung kreativer Milieus, auch im Kontext der Ausdifferenzierung von Lebensformen und Lebensstilen. Im Bereich lokaler Ökonomien wurde das

produktive Zusammenspiel von Erwerbsarbeit, informeller Arbeit und nachbarschaftlicher/gemeinschaftlicher Selbsthilfe thematisiert.

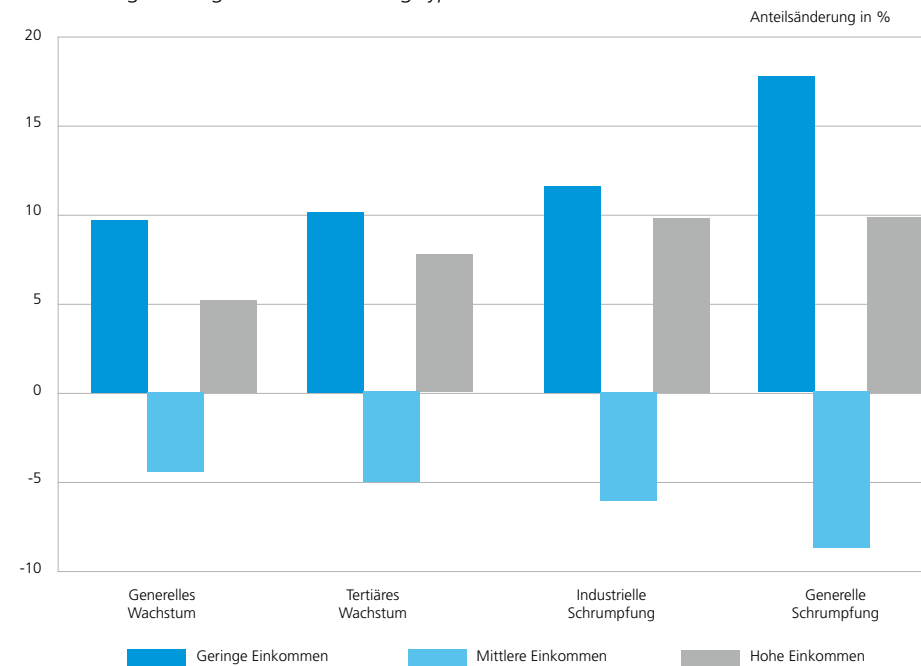
Die Krise der Arbeitsgesellschaft

Die Veränderungen der sektoralen Wirtschaftsstruktur sowie die Tendenzen zur Einkommenspolarisierung sind zwei wesentliche Kennzeichen der aktuellen wirtschaftlichen Entwicklung. Seit 2002 schreitet die Deindustrialisierung in Europa nicht weiter voran, vielmehr ist eine Stabilisierung der Industrie zu verzeichnen. Deutschland besitzt eine weit überdurchschnittliche Industrialisierung. Auch wenn die deutschen Großstädte gegenüber den übrigen Regionen eine etwas geringere Industrialisierung aufweisen, deuten die Zahlen doch darauf hin, dass die Industrie noch immer eine bedeutsame Rolle für die städtische Ökonomie spielt.

Seit dem Jahr 2000 ist eine Einkommenspolarisierung das dominierende Kennzeichen der Einkommensentwicklung in nahezu allen deutschen Regionen. Allerdings ist die Einkommenspolarisierung in den wirtschaftlich schrumpfenden Regionen weitaus stärker als in den wachsenden. Damit sprechen die empirischen Befunde gegen die Global-City-These von Saskia Sassen, da die Einkommenspolarisierung in den vermeintlichen deutschen „global cities“ gerade nicht besonders stark ausgeprägt ist. Die Industrie stellt für die städtische Ökonomie nach wie vor eine wichtige Größe bezüglich Wertschöpfung und Steuerkraft dar und übt einen stabilisierenden Einfluss auf die Einkommensstrukturen aus.

Im Zuge der sozialen Polarisierung bildet sich das Verhältnis zwischen Erwerbsarbeit und sozialer Lage neu aus. Während die sozialstaatlich geschützte Lohnarbeit der alten Bundesrepublik überwiegend von arbeitsmarktnahen Risiken entlastet war und eine Angleichung von Lebensweise und Stadtentwicklung befördert hat, gibt

Polarisierung nach regionalem Entwicklungstyp



Quelle: DIW

es heute im Zuge des Umbruchs des (west-)deutschen Produktions- und Sozialmodells zunehmend unsichere Muster der Erwerbsbeteiligung und immer öfter auch den gänzlichen Ausschluss vom Erwerbsleben.

Diese Situation der Erwerbsbeteiligung wirkt auf die lokale Ökonomie auf niedrigem Niveau stabilisierend. Die Lebensbewältigung findet über die lokale Armutsökonomie statt, die Betroffenen sind von marktvermittelten Dienstleistungen weitgehend ausgeschlossen, weisen eine geringe Wohnortmobilität auf und das, was sie an Grundsicherungsleistungen erhalten, bleibt im Kreislauf lokaler Ökonomie. Bezüglich ihrer Ansprüche an die „soziale Stadt“ sind sie bei Kinderbetreuung und Bildungsbeteiligung gelegenheitsorientiert, die kommunalen Dienstleistungen spielen zur Bewältigung ihrer materiellen Lebenslage eine wichtige Rolle und die Sonderformen geförderter Beschäftigung sind für sie erwerbsgesellschaftliche Normalität.

Die Bedürfnisse und Ansprüche, die sich aus diesem Muster der Erwerbsbeteiligung ergeben, unterscheiden sich deutlich von denen stabiler erwerbsgesellschaftlicher Teilhabe. Die damit einhergehende Heterogenität treibt Städte und Stadtgesellschaft auseinander. Angesichts dieser Situation werden drei Handlungsfelder für die Stadtpolitik abgeleitet:

1. Die Aufwertung der Grundsicherung als stadtpolitische Kernkompetenz,
2. koordinierte regionale Arbeitsmarktpolitik, die über Fürsorge hinausgeht,
3. sowie koordinierte regionale Bildungspolitik, die das Systemversagen staatlicher Bildungspolitik bearbeitet.

Die Koordination staatlicher, regionaler und städtischer Akteure ist Bestandteil der kommunalen Kernkompetenzen.

Kreativwirtschaft und Stadtentwicklung

Kreativität stellt eine Ressource dar, die über den kulturwirtschaftlichen Sektor hinaus in vielen gesellschaftlichen Bereichen zu Innovation führen kann. Daher werden kreative Cluster und innovative Milieus in ihrer Entwicklung mit besonderer Wertschätzung beobachtet.

Kulturwirtschaft kann einen Beitrag zur Quartiersentwicklung leisten

Ein Beispiel für die zunehmende Bedeutung der Kreativwirtschaft ist Berlin. Die Stadt hat in den letzten fünf Jahren eine positive kulturwirtschaftliche Unternehmensentwicklung zu verzeichnen: Es gibt 22.600 Unternehmen im Bereich Kulturwirtschaft, die einen Umsatz von 18,6 Mrd. Euro erzielen (20 % BIP-Anteil) und 167.000 Arbeitsplätze bieten. Nicht nur in Berlin weist die räumliche Verteilung der kreativwirtschaftlichen Unternehmen eine deutliche Konzentration im innerstädtischen Bereich auf. Dabei handelt es sich überwiegend um klassische Gründerzeitviertel, die ein lebendiges und gemischtes Umfeld bieten und deren Nutzung vergleichsweise kostengünstig ist.



> Reiner Nagel

Die in Berlin als Instrument der Stadtentwicklung geförderte Pionierfunktion durch Zwischennutzer findet dagegen „phasenverschoben“ in benachbarten, attraktiven Gebieten mit Zukunftspotenzial statt, wie z.B. in den Wasserlagen der Spree. Gegenwärtig belegen Studien, dass in sozial belasteten Quartieren weder Unternehmen der Kulturwirtschaft noch Zwischennutzer dominant vorhanden sind, so dass deutlich wird, dass die Kulturwirtschaft überwiegend als Nutzer intakter Standorte gesehen werden muss.

Kulturwirtschaft lässt sich durch Stadtentwicklungspolitik zwar fördern, aber nicht gezielt steuern. Kreative Räume sind nicht planbar. Lediglich die Rahmenbedingungen können geschaffen werden. Man muss vor allem Möglichkeitsräume bereitstellen und Netzwerke unterstützen, wenn man die in Berlin immer stabiler werdende Kreativwirtschaft als einen Motor der Stadtentwicklung stärken will. Kulturwirtschaft kann durch Zwischennutzung einen Beitrag zur Entwicklung von Quartieren leisten sowie zur Aktivierung von Raumpotenzialen und zur Verbesserung des Standortimages beitragen. Bei einer kreativwirtschaftlichen Nutzung von Leerständen ist es jedoch nicht immer förderlich, wenn die Kreativen ausschließlich als reine Zwischennutzer wahrgenommen werden. Manche bedürfen durchaus einer längerfristigen Perspektive mit dem Ziel einer dauerhaften Etablierung. Generell ist eine Sozialraumfokussierung wichtig, bei der die jeweils lokalen Ökonomien der einzelnen Quartiere ausreichend berücksichtigt werden.

Forum 3 2. Tag

Die Bedeutung der Wissensökonomie – das Wissenschafts- und Technologiezentrum Adlershof

Gerhard W. Steindorf, Adlershof Projekt GmbH, Berlin

Lokale Ökonomie – Gründerzentrum Triple Z, Essen-Katernberg

Dirk Otto, Triple Z AG, Essen

Genossenschaft Gewerbehof Saarbrücker Straße e.G. Berlin

Stefan Klinkenberg, Architekt und Projektentwickler, Berlin

Kommentierung: Bedeutung, Umsetzbarkeit und Förderung innovativer Ökonomien

LMR Karl Jasper, Ministerium für Bauen und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen

In Beispielen aus Berlin und Essen werden Projekte vorgestellt, die auf neue Art und Weise dem Arbeiten in der Stadt ein Zuhause geben. Innovation und Kreativität sind dabei von besonderer Bedeutung.

Das Wissenschafts- und Technologiezentrum Adlershof

Berlin Adlershof ist einer der größten europäischen Wissenschafts- und Technologieparks. Auf dem Areal von 420 ha arbeiten 13.500 Beschäftigte in 750 Unternehmen und 18 wissenschaftlichen Einrichtungen, darunter sechs naturwissenschaftliche Institute der Humboldt-Universität Berlin mit ungefähr 6.600 Studierenden.

Seit 1990 wurden in Adlershof über 1,5 Mrd. Euro investiert. Der Senat beauftragte die Berlin Adlershof Aufbaugesellschaft mbH (BAAG) als Treuhänder des Landes Berlin mit der Gesamtplanung für das Areal, und Adlershof wurde als städtebauliches Entwicklungsgebiet festgesetzt. Aus der Entwicklungsgesellschaft Adlershof mbH (EGA) ging 1994 als landeseigene

Standortmanagement - Gesellschaft der heutige Betreiber WISTA (Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort Adlershof) hervor. WISTA betreibt die Technologiezentren, fördert die Kommunikation zwischen den Forschern und kümmert sich um Marketing, Förderung von Technologiefeldern und Akquisition. Das Facility-Management wird seit 2001 durch die Adlershof Facility Management GmbH (AFM) erbracht, ein Tochterunternehmen von WISTA. Eine weitere Tochterfirma, Adlershof Projekt GmbH, löste 2004 die BAAG ab und wurde neuer Treuhänder des Landes Berlin für die Entwicklung Adlershofs.



> Prof. Klaus Wermker

Neu angesiedelte Unternehmen finden in Adlershof Unterstützung, Netzwerke, Coaching und eine entsprechende Infrastruktur. Die Möglichkeit des Wohnens am Standort Adlershof ist ein weiteres Ziel. Das „Erfolgsrezept“ und der signifikante Beitrag von Adlershof zur regionalen Wirtschaftsentwicklung basieren auf der Vernetzung von Grundlagenforschung, der universitären Tätigkeit und den ansässigen privaten Unternehmen.

Das Gründerzentrum Triple Z

Triple Z ist ein Gründerzentrum, das 1996 in der früheren Schachanlage 4/5/11 der Zeche Zollverein in Essen-Katernberg ein-

Wissenschafts- und Technologie-Cluster tragen signifikant zur regionalen Wirtschaftsentwicklung bei

Neue Gründerzentren auf alten Industriestandorten unterstützen die Stadtteilentwicklung

gerichtet wurde. Es umfasst 11.000 m² vermietbare Fläche in insgesamt zehn ehemaligen Zechegebäuden. Derzeit sind dort 80 Unternehmen mit rund 500 Mitarbeitern ansässig, darunter 10 Prozent Migrantenunternehmen. Nach dem Wegfall der Montanindustrie lag es nahe, die frühere Schachanlage neu zu nutzen und einen Standort für kleine und mittlere Unternehmen zu schaffen. Ziel war es, die lokale Arbeitsmarkt- und Wirtschaftsentwicklung ebenso wie die Stadtteilentwicklung zu unterstützen.

Triple Z beherbergt Unternehmen aus den Bereichen Handwerk, Consulting, IT/Internet, Design/Kommunikation, Engineering, Medizintechnik und andere mehr. Triple Z bietet den Unternehmen neben Beratungs- und Coachingangeboten ein ausgeprägtes informelles Institutionen-Netzwerk, zu dem unter anderem die Essener Wirtschaftsförderungsgesellschaft, die IHK und die Stadt Essen gehören.

Betrieben wird das Gründerzentrum in Form einer Aktiengesellschaft, der „ZukunftszentrumZollverein Aktiengesellschaft zur Förderung von Existenzgründungen – Triple Z“. Aktuell sind 41.000 Aktien gezeichnet. Das Wertpapier wurde als Förderaktie ausgegeben, mittlerweile schreibt Triple Z seit zehn Jahren schwarze Zahlen. Mehr als 8.000 Aktien (Ausgabekurs: 15,36 Euro) sind bei über 1.000 Aktionären in Streubesitz, dabei handelt es sich überwiegend um Nachbarn, ehemalige Zollvereiner und andere Privatleute. Da die Zeche den Stadtteil geprägt hat und die Bewohner einen engen Bezug zu ihr haben, ist der Aktienwerb eine Form der gelebten Bürgerbeteiligung, in der sich Akzeptanz und Unterstützung für Triple Z zeigen.

Der Gewerbehof Saarbrücker Straße

Die Genossenschaft Gewerbehof Saarbrücker Straße e.G. wurde 1995 von ansässigen Unternehmen gegründet, u.a. um eine langfristige Sicherung und Ent-

wicklung des Standortes bei kostengünstigen Mietpreisen zu erzielen. Heute hat die Genossenschaft 60 Mitglieder, dabei gibt es im Gewerbehof eine vielfältige Mischung aus insgesamt 38 Unternehmen des produzierenden Gewerbes, des Handwerks, des Handels und produktionsnaher Dienstleistungen. Künstler und Medienunternehmen bilden einen besonderen Schwerpunkt.

Der ehemalige Produktionsteil einer Brauerei, der mehrere Fabrikgebäude umfasst, erstreckt sich auf 8.900 km² oberirdischer Nutzfläche, 3.800 km² Kellerfläche und zusätzlich 2.500 km² Neubau- und Ausbaufäche.

Im Jahr 2002 wurde das Grundstück an den Liegenschaftsfonds Berlin GmbH übertragen. Nach einer internationalen Ausschreibung des Grundstücks konnte es die Genossenschaft im Juni 2003 schließlich kaufen. Der Neustart des Gewerbehofes fand vor dem Hintergrund schwieriger wirtschaftlicher Rahmenbedingungen und einer Orientierungslosigkeit nach der Krise der New Economy statt. Nichtsdestotrotz ist die Zahl der Arbeitsplätze im Gewerbehof seit 2004 von 90 auf über 230 gewachsen.



> LMR Karl Jasper

Durch das Kostenmietenprinzip bleiben die Mieten für die Mitglieder der Genossenschaft langfristig günstig. Dabei bestimmen die Mieter die Miethöhe selbst, indem sie zwischen verschiedenen Ausbaustandards wählen können. Die monatlichen Kaltmieten liegen zwischen drei und acht Euro pro Quadratmeter. Das Flächenangebot erstreckt sich von 15 bis 600 m², so dass für jeweils unterschiedliche Anforderungen entsprechende Flächen zur Verfügung stehen.

Integrierte Stadtentwicklungspolitik als Rahmenbedingung für innovative Ökonomien

Die Innenstädte leiden unter einem anhaltenden Strukturwandel, der u.a. in der Verdrängung des Einzelhandels durch Filialen größerer Handelsunternehmen sichtbar wird. Für die Entwicklung der Zentren und Innenstädte spielt die integrierte Stadterneuerung eine besondere Rolle; verstanden als ein ressortübergreifender, interdisziplinärer und partizipativer Prozess kann integrative Stadterneuerung die Aufwertung der Quartiere befördern. Die Stabilisierung der von hoher Arbeitslosigkeit betroffenen Stadtteile, die ethnische Integration in den Quartieren und der Umgang mit Stadtbrachen sind wichtige Aspekte, die es zu bewältigen gilt.

Die Umsetzbarkeit innovativer Ökonomien ist ohne integrierten Entwicklungsansatz nicht möglich. Wenn die Städte die Entwicklung jedoch steuern wollen, ist ein über die einzelnen Sektoren hinausgehendes Handeln unverzichtbar. Darüber hinaus muss Partizipation mehr sein als die Beteiligung an Planung; die Bürger müssen erleben, dass von dem, was sie an Ideen einbringen, auch tatsächlich etwas umgesetzt wird. Nur so kann es gelingen, einen integrierten Ansatz umzusetzen, in dem sich die lokale Wirtschaft genauso wiederfindet wie die Wohnungsunternehmen, der Handel, Künstler und Initiativen. Dabei sind Kommunikation, Identifizierung mit dem jeweiligen Viertel sowie soziale und

kulturelle Vielfalt wichtige Faktoren, die zum Gelingen beitragen. Außerdem muss das Entwicklungsmanagement vor Ort mehrsprachig sein.

Im Rahmen einer integrierten Stadtentwicklung sollte staatliche Förderung nur da erfolgen, wo keine Finanzierung durch Einnahmen und Erlöse privater Dritter erbracht werden kann. Das setzt voraus, dass kommunales und staatliches Engagement mit privatem zusammenkommt und aufeinander abgestimmt wird. Außerdem sollten staatliche Förderprogramme gezielt miteinander verbunden werden können. Eine „innovative“ Fördermöglichkeit besteht darin, die von einem geförderten Projekt erzielten Gewinne direkt zu reinvestieren. Nicht zuletzt muss Förderung Beratung und Erfahrungsaustausch in Netzwerken einschließen.

Integrierte Stadtentwicklung bindet viele Interessen und Akteure ein und schafft so ideale Rahmenbedingungen für die Ansiedlung innovativer Ökonomien



Forum 4 – Stadt im Klimawandel

Moderation:

Bernd Blaufelder, Bund Deutscher Architekten,
Dr. Franz-Georg Rips, Deutscher Mieterbund e.V.

Forum 4 1. Tag

Nachhaltige Stadt- und Regionalentwicklung

Andrea Gebhard, Bund Deutscher Landschaftsarchitekten, München

Energieeffiziente Stadt- und Gebäudewirtschaft

Prof. Dr. Manfred Hegger, Technische Universität, Darmstadt

Was heißt hier zukunftsfähig? Herausforderung Wohnwert und Wirtschaftlichkeit im Baubestand

Florian Lichtblau, freier Architekt BDA, München

Verbraucherverhalten und Einsparpotenziale / neue Instrumente

Ulrike Hacke, Institut Wohnen und Umwelt, Darmstadt

Rolle und Verantwortung privater Hauseigentümer

Dr. Andreas Stücke, Haus & Grund Deutschland

Der globale Klimawandel und seine Folgen für das Leben in den Städten waren Thema des Forums 4 „Stadt im Klimawandel“. Zentral war dabei die Frage nach Konzepten zur energieeffizienten Bewirtschaftung von Städten und Gebäuden. Erörtert wurden zudem die damit notwendig verbundenen Veränderungen von Lebensstilen und Wohnformen.

Nachhaltigkeit schon in der Planung

Die aktuelle Situation des Klimawandels erfordert eine ganzheitliche Betrachtung nach dem Motto „global denken – global handeln“. Sowohl Gesamtkonzepte als

auch Einzelmaßnahmen müssen zu einer effizienteren Nutzung der Ressourcen und besonders der Energie führen. Aus Sicht der Landschaftsplanung sollte die Nutzung und Optimierung des Baubestandes im Vordergrund stehen. Natur und Landschaft sollten als Energieträger verstärkt genutzt werden (Geothermie, Windkraft, Biomasse, Solarenergie, Wasserkraft). Um möglichst schnell Wirkung zu entfalten, sollten vernetzte Energiekonzepte in die Planungsinstrumente eingearbeitet werden (z.B. ein Energienutzungsplan in Ergänzung zum Landschafts-, Flächennutzungs- und Grünordnungsplan) und die Bevölkerung sollte – auch zur Förderung der Eigeninitiative – eingebunden werden.



> Dr. Andreas Stücke

Der Stadt kommt beim Klimawandel eine Schlüsselrolle zu: Städte verbrauchen viel Energie, sie sind abhängig von fossiler Energiewirtschaft, die Energiekosten und die Emissionen belasten die Bewohner. Die energieeffiziente Stadt muss ihre Zukunft selbst zu sichern lernen. Konzepte dezentraler Energieversorgung mit minimalem Rohstoffverbrauch sollten über das System „Gebäude“ auf das Gesamtsystem „Stadt“ ausgedehnt werden. Dabei kann

die Stadt den Klimawandel auch als einen Impuls für die lokale Wirtschaft nutzen. So befördern Anreizsysteme die energetische Umrüstung. Darüber hinaus muss durch Information und Motivation insgesamt ein positives Denken und Handeln zur Bewältigung des Klimawandels einsetzen.

Strategien für eine energieeffiziente Stadt

Für die energieeffiziente Stadt werden Handlungsempfehlungen in Form von 10 Strategien vorgeschlagen:

1. Städtische Autonomie stärken (Zukunft selbst sichern, Verletzlichkeit reduzieren, Selbstbewusstsein stärken)
2. Gesellschaftlichen Reichtum nutzen (Paradigmenwechsel wahrnehmen, Kosten der Anpassung früh angehen, Wachstumsmotor Klimaschutz nutzen, Anreizsysteme einführen, das Geld in der Stadt lassen)
3. Potenziale analysieren (Gebäude und Infrastruktur-Mapping, Effizienzpotenzial-Analyse, Potenzial erneuerbarer Energiequellen, Speicherpotenziale)
4. Technische Ressourcen nutzen (ee-Technologien sind vorhanden, ihre Anwendung geschieht zögerlich, Impulse für lokale Wirtschaftsentwicklung, Impulse für Forschung)
5. Strukturen verbessern (Verwaltung, Politik, Entscheidungsvorbereitung, Organisationsstrukturen, Berufsbild, Bildung/Ausbildung)
6. Widerstände überwinden (Apathie bestehender Strukturen überwinden, gegenläufige Einflüsse beherrschen lernen, Meinungsführer mobilisieren)
7. Schwache stützen (Fürsorge für vom Wechsel besonders Betroffene: Arme, Alte, Kinder, Kranke)

8. Positives Denken fördern (Impuls gebende Initiativen einleiten, Glaubwürdigkeit einfordern, Visionäre integrieren)
9. Umweltkapital analysieren (Energiepotenzial ermitteln, Flora und Fauna schützen, ethische Grundsätze beachten)
10. Kommunikation verbessern (Vermittlung leisten, Studien publizieren, Beispiele kommunizieren).

Energieeffiziente Gebäudewirtschaft

Planen unter den Bedingungen des Klimawandels bedeutet für die Bau- und Wohnungswirtschaft aber auch die Chance zur energetischen Bestandsentwicklung. Um den Umbau und die Verdichtung des Bestandes voranzutreiben, muss allerdings ein Bekenntnis zur Nachhaltigkeit aller Beteiligten eines Projektes ein. Die rein kommerzielle Betrachtung auf dieser Ebene behindert die Kommunikation und Vernetzung, die für die langfristige Optimierung des Wohnbestandes unverzichtbar ist.



> Florian Lichtblau

Eine autonom-regenerative Vollversorgung aller Gebäude ist anzustreben. Zusätzlich müssen Dämmung, Lüftung, Beleuchtung

Energetische Sanierung erfordert Akzeptanz bei Eigentümern und Mietern

Energie dort sparen, wo sie verbraucht wird: In der Stadt

und Kühlung zu einer Verbesserung der Energiebilanz eines Gebäudes beitragen. Die Langlebigkeit von Gebäuden verlangt im Umgang mit vorhandener Bausubstanz kreative Lösungen, die sowohl an Vergangenes anknüpfen als auch zukunftstaugliche Technik integrieren.



> v.l.: Dr. Franz-Georg Rips, Bernd Blaufelder

Bei denkmalgeschützten Objekten sind besondere Kompetenzen und Techniken erforderlich, besonders wenn Mittel und Wege genutzt werden, die sonst bei Neubauten Anwendung finden. Notwendigerweise muss eine bewusster und aktivere Auseinandersetzung mit der Zukunft einsetzen und zu mehr gesamtgesellschaftlicher Eigeninitiative in dem Aufgabenfeld der energetischen Bestandsentwicklung führen.

Energiesparen: Die Verantwortung von Eigentümern und Nutzern

Da der Beitrag der privaten Haushalte zum Gesamtenergieverbrauch nicht unerheblich ist, besteht hier noch ein großes ungenutztes Potenzial zur Optimierung des Energieverbrauchs. Die stetige Zunahme des Energiebedarfs privater Haushalte beruht auf dem demographischen Wandel und veränderten Lebensstilen. Beides führt zu einer Zunahme der Einpersonenhaushalte,

zu einem erhöhten Wohnflächenverbrauch pro Kopf und zu mehr Komfortansprüchen. Der hohe Altersdurchschnitt der Immobilienbesitzer (jeder vierte Haushaltsvorstand ist 65 Jahre und älter) bringt eine gewisse Modernisierungsmüdigkeit mit sich.

Seitens der Bewohner zeigt das Nutzungsverhalten oft deutliche Schwächen: Teils ist der eigene Energiebedarf gar nicht bekannt, oftmals fehlt ein ganzheitliches Energieverständnis (Rebound-Effekt: sparsame Heizung / hoher Stromverbrauch). Eine weitere Schwierigkeit liegt in dem „Investor-Nutzer-Dilemma“, was bedeutet, dass der Investor vorerst nicht von Energiesparinvestitionen profitiert und somit die Motivation zur Investition fehlt. Neben gezielten Informationen bietet das Warmmietenmodell in manchen Fällen zusätzlich einen ökonomischen Modernisierungsanreiz. Die Erhöhung der Kaltmiete durch Modernisierung wird in der Warmmietenbetrachtung durch die Einsparung von Energiekosten ausgeglichen. Allerdings sind die Kosten für die Modernisierungsmaßnahmen über längere Zeit meistens deutlich höher als die kurzfristigen Einsparungen. Langfristig ergeben sich die Einsparungen, welche die Modernisierungsmaßnahmen auch ökonomisch sinnvoll erscheinen lassen.

Das ökologische Verantwortungsbewusstsein und die Bereitschaft der privaten Eigentümer für energetische Modernisierungsmaßnahmen ist durchaus vorhanden, aber auf Grund der schlechten wirtschaftlichen Situation werden nur wenige nachhaltige und ganzheitliche Eingriffe an der Bausubstanz durchgeführt. Private Vermieter engagieren sich stärker im Bereich der Teilmodernisierung. Dies ist dadurch zu erklären, dass die Vermieter mit 60 % ihres Wohnungsangebotes keine Erträge erzielen. Weitere Investitionshemmnisse sind Uninformiertheit und die komplexe Gesetzeslage zur Modernisierungsmieterhöhung. Eine Vereinfachung der Gesetze, um somit die Bereitschaft zur Investition zu erhöhen, wäre dabei förderlich.

Die vorhandenen KfW-Programme zur Energieeinsparung bieten für die Anforderungen der Einzeleigentümer keine günstigen Bedingungen. Die neuen Programme sollten zielgerichteter und anwendungsorientierter vermittelt werden, um einer Resignation seitens der Eigentümer vorzubeugen. Darüber hinaus sollte die Förderung der Teilmodernisierung, die der Mentalität der zumeist älteren Eigentümer entgegenkommt, ermöglicht werden. Der Überlegung, Einzelmaßnahmen von Einzeleigentümern zusammenzufassen, um kostengünstigere und ganzheitliche Maßnahmen durchführen zu können, wurde entgegengehalten, dass eine solche Lösung an der Individualität der Eigentümer scheitern werde. Im Gegensatz zu vielen einzelnen Eigentümern können Wohnungsunternehmen komplexe Maßnahmen einfacher koordinieren.

Forum 4 2. Tag

Klimaschutzprogramme in der Region Hannover

Udo Sahling, Klimaschutzagentur Region Hannover

Energetische Gebäudesanierung und Bewohnerakzeptanz

Harald Behmer, WBG Nürnberg GmbH Immobilienunternehmen

Minimum Impact Haus

Hans Drexler, Fachgebiet Energieeffizientes Bauen der Technischen Universität Darmstadt

Die „Best-Practice-Beispiele“ zeigen verschiedene Maßnahmen zum Klimaschutz und zur nachhaltigen Gebäudeentwicklung auf. Sowohl die organisatorische als auch die operative Ebene werden von den Beispielen behandelt.

Vernetzter Klimaschutz

Die Klimaschutzagentur Region Hannover GmbH, zur Hälfte von der Stadt und der Region Hannover getragen, darüber hinaus von den wichtigsten Energieakteuren vor Ort, bündelt in der Region Hannover die Kompetenzen in Sachen Klimaschutz - ob Nutzung von ressourcenschonenden Energien im Privathaushalt, Einsatz neuer Energieformen in Unternehmen oder Energiesparmaßnahmen für Institutionen. Die Agentur berät Bürger, Behörden und Unternehmen und koordiniert zukunftsorientierte Klimaschutzprojekte. Gemeinsam mit ihren Partnern entwickelt die Klimaschutzagentur Kampagnen und Aktionsprogramme und organisiert die Vermarktung von Klimaschutzvorhaben. Die Klimaschutzaktionsprogramme sind das zentrale Instrument, um politische Verbindlichkeit zum Erreichen von Zielen auf kommunaler Ebene herzustellen. Die Klimaschutzagentur versteht sich als Kommunikationseinrichtung, die Energieberatung durchführt indem sie u.a. hersteller- und produktneutrale Informationen für die Verbraucher bereitstellt.

Dazu bietet die Agentur eine CO₂-Bilanzierung zur Effizienzkontrolle für CO₂-mindernde Maßnahmen an. Darauf basiert auch ein Klimaschutzrahmenprogramm, welches konkrete Vorgaben macht und entsprechende Maßnahmen vorschlägt. Das Programm versteht sich nicht als Ersatz für kommunale Klimaschutzprogramme mit den Akteuren vor Ort, sondern vielmehr steht die Mobilisierung des in der Region vorhandenen Know-hows in den Betrieben und Institutionen im Vordergrund. Zu diesem Zweck bedarf es auch einer Politik, die sich stärker an ihre eigenen Ziele hält.

Nachhaltiges Sanieren im Bestand

Rund drei Viertel des Wohnungsbestandes sind grundsätzlich entwicklungsbedürftig. Dies veranlasste die WBG Nürnberg zu Projekten sozial verträglicher und nachhaltiger Modernisierung. Dabei stellte

Kommunikation
und Beratung zum
Klimaschutz

Nachverdichtung
als ökologisch
verantwortliches
Bauen

sich heraus, dass die Bewohnerakzeptanz bei Maßnahmen für hohe energetische Standards abnimmt, da diese kostenintensiver und oft auch zeitaufwendiger sind. Das gilt besonders für die Sanierung im bewohnten Bestand. Handelt es sich um eine Sanierung im unbewohnten Bestand, sind die Siedlungen von den neuen Mietern sehr gut angenommen worden. Die optimale Schnittstelle von Ökologie und Ökonomie, bezogen auf Nutzen, Kosten und Bewohnerakzeptanz, liegt bei einem „5-Liter-Haus“ (5 Liter Heizöl pro m² und Jahr). Das muss das Ziel der Bestandsentwicklung sein.



> Hans Drexler

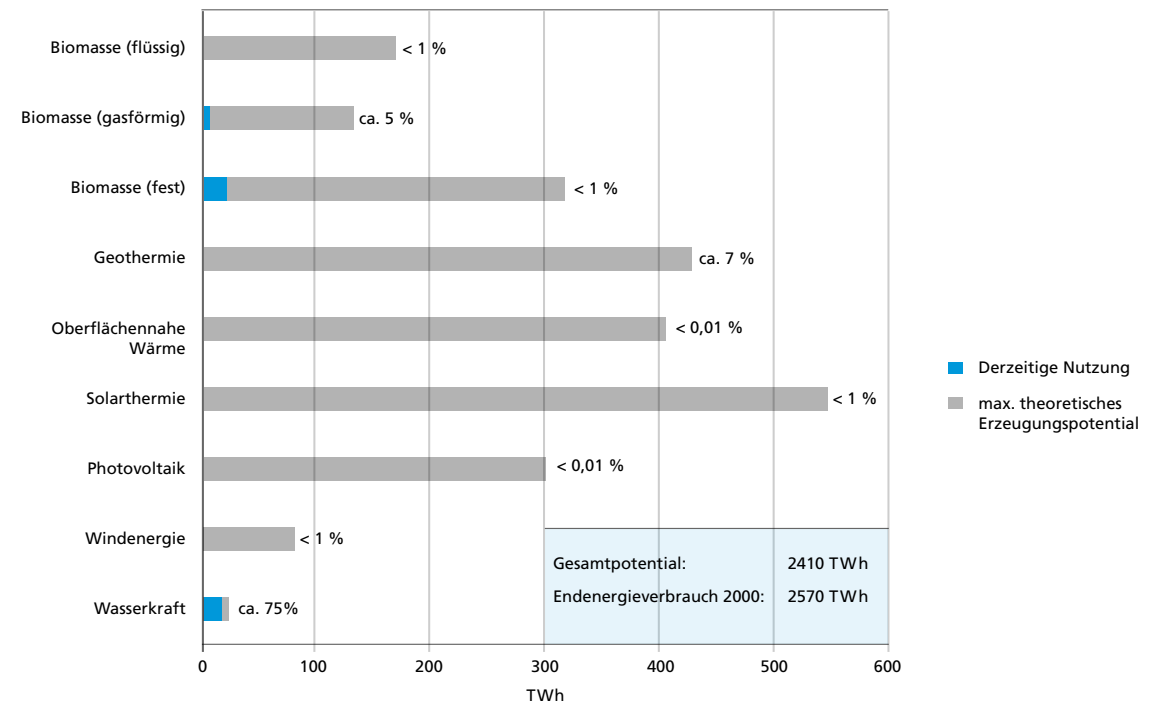
Die gesetzlich erlaubte maximale Mieterhöhung von 11% wurde bei den Maßnahmen der WBG nicht ausgeschöpft, um die Akzeptanz der Renovierungskosten bei den Mietern zu erhöhen. In Abhängigkeit vom Nutzerverhalten können erhöhte Mieten durch geringere Energiekosten ausgeglichen werden. Verbrauchsanalysen und Beratungsangebote müssen die Maßnahmen unbedingt ergänzen, um das Interesse der Mieter am Energiesparen zu wecken.

Nachhaltiges Bauen durch Nachverdichtung

Ein anderer Ansatz nachhaltiger Lösungen im Wohnungsbestand ist die Nachverdichtung der Innenstädte. Das Minimum Impact House repräsentiert das Ergebnis eines Forschungsprojektes mit dem Ziel, die Nachhaltigkeit eines innerstädtischen Wohngebäudes zu optimieren. Dabei wird nicht nur der tatsächliche Flächen- und Energieverbrauch betrachtet, sondern auch, wie man neue Bau- und Konstruktionsweisen sowie neue Wohnformen in die bestehende Stadtstruktur integrieren kann. Bei dem vorgestellten Haus handelt es sich um ein fünfgeschossiges Gebäude in Holzbauweise auf einer Fläche von 29 m² im innerstädtischen Bereich Frankfurts. Das Gebäude schmiegt sich an die bestehende Gründerzeitbebauung an, und die Architektur integriert den städtebaulichen Kontext in einer modernen Fassadengestaltung.

Eine ganzheitliche Optimierung des Vorhabens in Hinblick auf die Nachhaltigkeit wurde erreicht, in dem nicht nur der Energieverbrauch während des Betriebs berechnet und verbessert, sondern eine Ökobilanz aller Baumaterialien und Leistungen zur Errichtung und zum Unterhalt des Gebäudes ermittelt wurde. In der Ökobilanz zeigt der Prototyp im Vergleich mit einem Reihenhauses auf der „grünen Wiese“ Vorteile: Betrachtet man den Energieaufwand für Herstellung, Betrieb und Mobilität trägt das Minimum Impact House zu 20% weniger zum Treibhauseffekt bei (CO₂-Äquivalent) und verbraucht ungefähr nur die Hälfte an Energie. Weil damit ein innerstädtisches Wohnangebot entsteht, ist der Flächenverbrauch für Wohnen und neue Infrastruktur weitaus geringer (-90%) und so wird auch der Zersiedlung entgegengewirkt.

Potenziale und Nutzung Erneuerbarer Energie in Deutschland



Quelle: Stark, Thomas (Diss. 2004): Untersuchung zur Nutzung erneuerbarer Energie am Beispiel eines Wohn- und Bürogebäudes. Stuttgart: Fraunhofer IRB



Minimum Impact House



Kapitel 6: Gestaltungsaufgabe Stadt

Fest steht, dass den Appellen nach integrierter Stadtentwicklung Handlungen folgen müssen. Der Initiative „Zuhause in der Stadt“ ist es daher ein wichtiges Anliegen, dass all diejenigen, die an der zukünftigen Stadtentwicklung arbeiten, sich auf eine Zusammenarbeit hinsichtlich ihrer Aktivitäten verständigen.

Professor Zlonicky betont den zentralen Grundsatz von integrierter Stadtentwicklung, nämlich die Kooperation. Kernaussagen seines Vortrages sind hier eingebettet in eine Darstellung der wichtigsten Fragestellungen der integrierten Stadtentwicklung. Anschließend diskutieren Vertreter unterschiedlicher Akteursebenen miteinander über die gemeinsame Gestaltungsaufgabe Stadt. Abschließend weist ein Ausblick auf die zukünftigen Aufgaben hin, wie sie sich nach der Konferenz konturieren.

Integrierte Stadtentwicklung: Kooperation

Mit der Leipzig Charta haben sich 27 europäische Staaten zur integrierten Stadtentwicklungspolitik bekannt. Allgemein kann unter integrierten Ansätzen eine räumliche, zeitliche und sachliche Abstimmung und Vernetzung unterschiedlicher politischer Handlungsfelder und Fachplanungen verstanden werden, bei der definierte Ziele erreicht werden sollen. Integrierte Stadtentwicklung erfordert die Überwindung sektoraler Strukturen auf nationaler, regionaler und kommunaler Ebene. Integrierte Stadtentwicklung verlangt aber auch die Kooperation zwischen diesen Ebenen. Außerdem spielt die frühzeitige umfassende Einbindung aller für die nachhaltige Stadtentwicklung relevanten Akteure eine herausragende Rolle. Auch die Einbeziehung von Nachbargemeinden und die Kooperation von Städten und Regionen untereinander ist im Sinne einer nachhaltigen Regionalentwicklung von großem Belang. Kooperation ist Dreh- und Angelpunkt der integrierten Stadtentwicklung. Die Notwendigkeiten von Kooperationen sind oft nur durch Konflikte und durch Krisen entstanden. Diese Krisen positiv zu wenden, kann eines der Ergebnisse von Kooperation sein und zu neuen Wegen und zu einem neuen Selbstverständnis führen.

„Was heißt integrierte Stadtentwicklung? Es heißt vor allem Ressortgrenzen überwinden, Kooperationen über die Grenzen der Ressortborniertheit hinweg aufbauen und damit neue Strategien entwickeln, die in diesen Bereichen wirksam werden können.“ (Michael Stein, SRL)

„Stadtentwicklung ist ein Kooperationsprojekt. Wir wissen, dass Kooperation nicht alles ist, aber ohne Kooperation ist jegliche Art von Stadtentwicklung dazu verdammt, ins Leere zu laufen. Stadtentwicklung ist Kooperation, ist Einüben in Kooperation, ist Aufnehmen und Weiterentwickeln von Erfahrungen über Kooperation – anders geht es nicht.“ (Prof. Peter Zlonicky, Büro für Stadtplanung und Stadtforschung, München)

Grundlage für die Umsetzung integrierter Stadtentwicklung ist ein integriertes Entwicklungskonzept auf gesamtstädtischer Ebene. Das Deutsche Institut für Urbanistik weist nach seinen Untersuchungen auf die Bedeutsamkeit folgender Elemente hin:

- Stärken und Schwächen der Stadt und einzelner Stadtteile aufzeigen. Dabei werden nicht nur leistungsstarke, sondern auch benachteiligte Stadtteile identifiziert und ihre spezifischen Probleme und Potenziale analysiert. Basis für ein kooperatives Vorgehen sind unter anderem leistungsfähige Monitoring-Systeme.
- Erreichbare Ziele (für unterschiedliche Teilräume) formulieren. Die Ziele orientieren sich an der besonderen Situation jedes Teilraums und seiner Bewohner, um hier zu einem möglichst „maßgeschneiderten“ gemeinsamen Vorgehen zu kommen.
- Wirkung öffentlicher Maßnahmen durch frühzeitige Abstimmung und Bündelung öffentlicher und privater Finanzmittel auf Gebiets- und Stadtteilebene erhöhen. Ein solcher koordinierter Mitteleinsatz schafft Planungs- und Investitionssicherheit und reduziert die Kosten sowohl für die Öffentlichkeit als auch für Private. Bei der Finanzierung von Stadtentwicklungsmaßnahmen sollte immer geprüft werden, ob eine Einbeziehung öffentlicher und privater Geldgeber auf nationaler und auch europäischer Ebene sinnvoll ist.
- Unterschiedliche teilräumliche, sektorale und technische Pläne integrieren. Dadurch wird nicht nur die Vernetzung von Politikfeldern und unterschiedlichen Akteuren in Politik und Verwaltung verbessert, sondern es werden Planungen quasi aus einer Hand ermöglicht, was den Ressourceneinsatz optimiert und eher zu Lösungen führen kann, die sich an der Gesamtsituation vor Ort orientieren.

Kooperation ist Dreh- und Angelpunkt der integrierten Stadtentwicklung

Grundlage ist ein integriertes Entwicklungskonzept auf gesamtstädtischer Ebene

- Bürgerinnen und Bürger, aber auch Unternehmen (auch im Sinne einer Corporate Social Responsibility) inhaltlich beteiligen. Eine solche Beteiligung erhöht die Akzeptanz von Maßnahmen, den sozialen Zusammenhalt vor Ort sowie die Identifikation mit dem Stadtteil. Ziel ist es, neue Partnerschaften zwischen Bürgerinnen und Bürgern, der privaten Wirtschaft und der öffentlichen Hand zu erreichen.
- Eine interkommunale Abstimmung sollte zudem die Entwicklungsziele der Stadt mit ihrem Umfeld und der Region in Einklang bringen. Dadurch dient die Kooperation zwischen Stadt und Land dem Wohl der ganzen Region.
- eine zunehmende Abkehr von einem strikten „top down“-Prinzip zugunsten einer Stärkung des „bottom up“-Ansatzes, d.h. einer stärkeren Beteiligung von Akteuren außerhalb von Politik und Verwaltung – insbesondere der lokalen Bevölkerung;
- die Orientierung von Zielformulierungen, Strategien, Maßnahmen und Projekten an spezifischen Stadtteilen im Kontext gesamtstädtischer und teilweise auch regionaler Ansätze sowie
- eine stärkere Orientierung verschiedener Politikbereiche und ihrer Handlungsfelder an den Problemen und Potenzialen, die in den jeweiligen städtischen Teilräumen zu identifizieren sind, beispielsweise das Problem sozialräumlicher Ausgrenzung, das alle Politikfelder berührt.

(aus: *Integrierte Stadtentwicklung als Erfolgsbedingung einer nachhaltigen Stadt*, Deutsches Institut für Urbanistik, 2007)

Eine so verstandene integrierte Stadtentwicklungspolitik ist ein geeignetes Instrument, neben der Förderung leistungsstarker städtischer Teilräume auch Tendenzen sozialräumlicher Ausgrenzung abzumildern sowie die Potenziale benachteiligter Stadtquartiere für gesellschaftliche und räumliche Integration zu entwickeln. Generell muss es darum gehen, die europäischen Städte in ihrer internationalen Wettbewerbsfähigkeit zu stärken, wozu unter anderem der Aufbau moderner, kooperativer und wirkungsvoller Governance-Strukturen gehört. Integrierte Stadtentwicklung trägt dazu bei, den Flächenverbrauch zu verringern und die Innenstadtentwicklung zu fördern. Außerdem gilt es, Infrastrukturnetze entsprechend dem demographischen Wandel im Sinne der Nachhaltigkeit anzupassen und zu modernisieren sowie durch eine geeignete aktive Innovations- und Bildungspolitik die Städte als Standort der Wissensökonomie stärker zu qualifizieren.

Konkret ist integrierte Stadtentwicklung gekennzeichnet durch:

In der Praxis zeichnen sich Ansätze integrierter Stadtentwicklung durch die Bündelung von Ressourcen, die intensive Einbeziehung eines breiten Akteurspektrums, den Aufbau dafür geeigneter Organisationsstrukturen in den Stadtverwaltungen sowie einen Gebietsbezug als kleinsten gemeinsamen Nenner aus.

Der Gebietsbezug bildet die Grundlage nicht nur für die Identifizierung von Problemen und Potenzialen der einzelnen Stadtteile, sondern auch für die Kommunikation und Kooperation zwischen allen beteiligten professionellen und nicht-professionellen Akteuren. Er ist damit zugleich Objekt und Bezugsrahmen integrierter Stadtentwicklung. Erst der Gebietsbezug bietet die Möglichkeit, adressatenbezogene und damit sektoral begrenzte Politikansätze zu überwinden.

„Eine Chance, die sich mit dieser nationalen Stadtentwicklungspolitik eröffnet, ist es, die Raumbindheit der sektoralen Programme aufzuheben und gemeinsame Programme zu entwickeln.“ (Prof. Peter Zlonicky)

Ebenso unverzichtbar bei der Gestaltung des Stadtentwicklungsprozesses ist die Kooperation mit Akteuren außerhalb der Verwaltung. Die Bewohner, die Betriebe und die Geschäftsleute in den Stadtteilen sind nicht nur Experten für die Situation vor Ort mit ihren Problemen und Potenzialen, sondern sie tragen in ihrem Alltag die Entwicklung des Gemeinwesens. Vor allem die Bewohner sollten sich intensiv an der Entwicklung von Projekten beteiligen können und dazu befähigt werden, eigenständig zu einer Verbesserung ihrer Lebenssituation beizutragen. Daher sind die Instrumente zur Unterstützung partizipativer Verfahren kontinuierlich weiterzuentwickeln und an die besonderen Anforderungen der Beteiligten anzupassen, insbesondere die von Kindern, Jugendlichen und Bewohnern mit Migrationshintergrund sowie von lokalen Unternehmen. Gleiches gilt für Strategien und Instrumente der Aktivierung und des Empowerment. Darüber hinaus müssen auch Multiplikatoren auf Stadtteilebene umfassend beteiligt werden, um insgesamt das Ziel zu erreichen, zivilgesellschaftliches Engagement zu stärken. Aktivierung und Beteiligung von Bürgern an der Stadtteilentwicklung können nicht nur die Effizienz und Nachhaltigkeit von Projekten erhöhen, sondern eignen sich gleichermaßen, das Demokratieverständnis vor Ort zu stärken.

„Jede Forschung, die sich auf die Bewohner und auf die Menschen in den Städten bezieht, nimmt ein Stück von deren Alltagserfahrungen auf. Daher sollte man Alltagserfahrungen in den Stadtentwicklungsprozess einbringen.“ (Prof. Peter Zlonicky)

Erfolgreiche Beteiligung und Aktivierung hängen davon ab, dass alle beteiligten Partner (Kommune, Bürger, Wirtschaftsakteure etc.) nicht nur angemessene Gestaltungsspielräume erhalten, sondern gegenseitiges Verständnis für die jeweiligen Interessen und ihre spezifische Situation aufbringen. Im Rahmen einer solchen Partnerschaft sind alle gesellschaftlichen Akteure aufgerufen, ihre Ideen und Konzepte in die stadtentwicklungspolitischen Prozesse ein-

zubringen und Ziele im Hinblick auf eine von weitgehendem Konsens getragene Umsetzungsstrategie gemeinsam zu definieren. Erfahrungen in vielen EU-Staaten zeigen, dass die Bürger zunehmend bereit sind, eine solche Mitverantwortung für die Entwicklung ihrer Stadt zu übernehmen. Gerade dort, wo die unmittelbare, kleinräumige Lebenswelt betroffen ist – also im eigenen Wohnquartier, Stadtteil oder Dorf – ist das Engagement besonders groß.

„Vieles in der Stadtentwicklungspolitik hängt von Personen ab, von ihrem Selbstbewusstsein und ihren Kompetenzen, von ihrer Bereitschaft, sich zu öffnen, sich auch einer öffentlichen Kritik zu stellen.“

(Prof. Peter Zlonicky)



> Prof. Peter Zlonicky

Management und Organisation integrierter Stadtentwicklung sollten an der Komplexität der Probleme und Potenziale vor Ort ausgerichtet sein. Es geht darum, die ressortübergreifende Kooperation auf Verwaltungsebene zu koordinieren, die Kommunikation mit und in der Quartiersbevölkerung zu ermöglichen, die Verwaltungs- und Quartiersebene miteinander zu vernetzen sowie verwaltungsexterne Akteure, wie Vertreter von Bildungseinrichtungen und der lokalen Wirtschaft in die Planung, Beratung, Entscheidungsfindung und auch Umsetzung von Projekten

Gegenseitiges Verständnis für die jeweiligen Interessen und spezifischen Situationen sind Voraussetzung für erfolgreiche Partizipation

und Maßnahmen mit einzubeziehen. Durch die Vernetzung der Verwaltungs- mit der Vor-Ort-Ebene kann beispielsweise eine Integration benachteiligter Stadtteile in gesamtstädtische Strategien gelingen. Wichtig in diesem Zusammenhang ist eine stärkere Qualifizierung für die Steuerung komplexer Stadtentwicklungsprozesse sowohl auf der Verwaltungs- als auch auf der Umsetzungsebene der Stadtteile.

„Nicht zuletzt ist Grundlagenarbeit wichtig, das bedeutet Zusammenarbeit mit Universitäten, Hochschulen und Forschungseinrichtungen. Auch hier müssen die Grenzen der Disziplinen überwunden werden, z.B. durch Kooperation von Architekten und Stadtplanern, Bauingenieuren und Verkehrsplanern, Kultur- und Sozialwissenschaftlern. Die intensive Zusammenarbeit mit anderen Disziplinen kann eine neue Qualität in der Ausbildung und in der Forschung für die Stadt ermöglichen. Es sind nicht die Architekten allein, die die Stadt gestalten.“ (Prof. Peter Zlonicky)

„Und dann haben diejenigen gesagt, die sich hier in der Initiative ‚Zuhause in der Stadt‘ mit eingebracht haben, dass sie auch bereit sind, Kooperationsprojekte in der einen oder anderen Form umzusetzen und zu dem Thema ‚Zuhause in der Stadt‘ zu stehen und die Kommunen nicht alleine zu lassen. Das ist die Darmstädter Erklärung im Grundsatz. Aber wir denken noch weiter: Was sind denn die Strategien und wie können die Städte profiliert werden? Und dazu müssen die Akteure aus Stadtentwicklung, Wirtschaft und der Wohnungswirtschaft eine Kooperationsstruktur entwickeln.“
(Dr. Klaus Habermann-Nieße)

Gestaltungsaufgabe Stadt – gemeinsam für attraktive Städte

Podiumsdiskussion

Moderation:
Hans-Jürgen Fink, Journalist,
Deutschlandradio Kultur

Teilnehmer:
MinRat Harald Clausen, Hessisches Ministerium
der Finanzen;
Dieter Cordes, GBH Hannover;
Ulrike Gehring, IHK Frankfurt am Main;
Dr. Ulrich Hatzfeld, Bundesministerium für
Verkehr, Bau und Stadtentwicklung;
Dittmar Loose, SAGA GWG Hamburg;
Norbert Scharbach, Bauministerkonferenz
der Länder;
Stadtdirektor Ullrich Sierau, Dortmund/
Deutscher Städtetag

Moderator: Thema dieser Schlussrunde: Gemeinsam für attraktive Städte. Die Frage lautet: Was können wir dafür tun, dass die Stadt wohnlicher wird und wir uns alle zu Hause fühlen?

Ich beginne diese Runde mit Ihnen, Frau Gehring. Sie sind Vizepräsidentin der Industrie- und Handelskammer Frankfurt, und als frühere Journalistin weiterhin für Film und Fernsehen tätig. Ich frage Sie als Vertreterin

der IHK: Was kann die Wirtschaft für die Stadt tun, dass sie wohnlicher wird und den heutigen Erfordernissen entspricht?

Gehring: Die Wirtschaft als Industrie- und Handelskammer begleitet natürlich den Weg der Stadtentwicklung in den jeweiligen Städten aktiv mit. Ich kann das in der Hauptsache für Frankfurt sagen, einer Stadt, die eine große Entwicklung in den vergangenen Jahren hinter sich hat und sich noch immer in Entwicklung befindet. Wir haben mit dem Riedberg die größte Bauansiedlung in ganz Europa, die gerade für 15.000 Menschen entwickelt wird. Wir hoffen auf den Effekt, dass die Wohnpreise in Frankfurt sinken.



> Ulrike Gehring

Wir brauchen eine belebte Innenstadt. Ich bin keine Stadtentwicklungsexpertin, aber ich möchte Sie motivieren, kreative und individuelle Lösungen für die Städte und deren Entwicklung zu finden, weil die Wirtschaft diese braucht. Die Wirtschaftsanforderungen an eine Stadt sind zunächst einmal eine Form der Markenbildung, d.h. wir brauchen gerade bei Metropolen profilierte Städte, die aber gleichzeitig ganz vielen individuellen Lebenskonzepten Raum geben. Zum Profil von Frankfurt zählt die Internationalität. Wir haben in internationalen Rankings bessere Ergebnisse als in den nationalen. In nationalen Rankings werden die Vorzüge Frankfurts oft noch gar nicht gesehen, aber beim Metropolenvergleich auf europäischer Ebene mit London, Paris,

Madrid, punktet Frankfurt grundsätzlich mit seiner Stadtentwicklung, mit der Enge, mit der Nähe und mit der Vielfalt, dass sowohl Familien im unmittelbaren Umfeld leben können, als auch die typischen Yuppie-Wohngebiete existieren.

Die Innenstadtbelegung schreitet zum Glück voran. Wir haben eine Tagbevölkerung von über 2 Mio. und eine Nachtbevölkerung von etwa 680.000. Wir wollen die Hochhausbelegung mit 20 % Wohnanteil, wie es der neue Hochhausplan vorsieht, denn das heißt auch Innenstadtbelegung.

Innerhalb der IHK begleiten wir diese Prozesse, oft als Träger öffentlicher Belange, oft aber auch als Vermittler. Wir müssen natürlich im Sinne der Wirtschaft denken, wir müssen sehen, dass Infrastruktur und Verkehrsanbindung gut sind, denn wir brauchen auch innenstadtnahes Gewerbe. Wir brauchen eine gesunde, gute Stadtentwicklung an einem Standort wie Frankfurt, weil dieser weltweit um Arbeitsplätze, um Brain wirbt.

Moderator: Herr Clausen, Sie sind vom Finanzministerium hier in Hessen, außerdem sind Sie Architekt, d.h. Sie sind in beiden Feldern kompetent, Sie wissen also, was man mit den Geldern machen sollte. Sollen die so fließen, wie Frau Gehring es gerade gesagt hat?

Clausen: Ich denke, dass man den Ansatz nicht nur stützen, sondern ausbauen sollte. Wir werben seit einer ganzen Weile für die Idee, das regionale Konzept in der Frankfurter Region dadurch zu stärken, dass wir so etwas wie eine Internationale Bauausstellung – es trifft es nicht exakt – in Frankfurt ins Leben rufen, die die Frankfurter Region zum Zentrum einer übergeordneten Entwicklung macht. Wir haben in Frankfurt so viele Möglichkeiten, das geht von der Region von Aschaffenburg bis Wiesbaden, das geht von Friedberg bis an den Rand des Odenwaldes, aber all diese einzelnen Punkte müssen miteinander vernetzt werden. Ich möchte mal das

Die Wirtschaft begleitet die Stadtentwicklungsprozesse in den jeweiligen Städten aktiv mit

Man kann auf Internationalität auch stolz sein – das ist etwas, was die Frankfurter Region auszeichnet

Darmstädter Erklärung: Impulse zur Entwicklung und Gestaltung einer nationalen Stadtentwicklungspolitik

Diese Grenzen aufzubrechen und zu neuen Konstellationen der Kooperation für eine zukunftsfähige Stadtentwicklungspolitik zu kommen, haben sich die Partner der Initiative „Zuhause in der Stadt“ in ihrer Darmstädter Erklärung verpflichtet. Ziel ist es, kooperative Strategien und handlungsorientierte Instrumente zur Förderung des Lebens und Wohnens in der Stadt zu erörtern und voranzubringen, weiterführende Projekte und Modellvorhaben anzuregen sowie Impulse für lokale und regionale Initiativen zu geben und ihr Anliegen auf einer breiten Basis in die Zivilgesellschaft zu kommunizieren. Voraussetzung ist die Kommunikation der Akteure aus Stadt- und Quartiersentwicklung, Immobilienwirtschaft und Wohneigentum miteinander und die Anerkennung der gemeinsamen Verantwortung für die nachhaltige Weiterentwicklung des Gemeinwesens Stadt. Die hier kooperierenden Partner wollen auf diesem Wege Impulse zur Entwicklung und Gestaltung einer nationalen Stadtentwicklungspolitik geben.

Die Zusammenarbeit kann durch Förderung initiiert werden

Bild des Teppichs verwenden. Wir haben überall Knoten, die in dieser Region Zentren bilden, und die müssen miteinander verwoben werden. Das ist aufgrund der Regionalegoismen gegenwärtig noch nicht der Fall. Das ist eines der Themen, die in dieser Veranstaltung behandelt worden sind: Die Regionalegoismen und auch die Ressortegoismen zu überwinden, zu einer Gemeinsamkeit, einer Zusammenarbeit zu finden, die drei Entwicklungsrichtungen, so wie ich es gegenwärtig sehe, unterstützt.



> MinRat Harald Clausen

Wenn die Stadt europäische Stadt ist, müssen die verschiedenen Akteure und die verschiedenen Menschen, die Interessen in dieser Stadt haben, zusammengeführt werden

Das ist das grün-blaue Band des Mains bis hin zum Taunusrand, was Frankfurt und die gesamte Region miteinander eint. Darin eingebettet die kulturellen Highlights, wie beispielsweise die Route der Industriekultur, die unter einem einheitlichen Ziel, unter einer einheitlichen Marke miteinander verbunden werden sollten. Der zweite Punkt ist die Internationalität, die man mit alternativen und neuen Wohnformen und mit einer Wiederbelebung des Gedankens neuer Wohnkonzepte in Frankfurt herausheben und weiterentwickeln muss. Man kann die Internationalität nicht nur als Belastung oder Druck empfinden, man kann auf Internationalität auch stolz sein, das ist etwas, was die Frankfurter Region

auszeichnet. Und das dritte ist die Vernetzung kultureller Initiativen, das fordert eine kulturell orientierte Stadt- und Kulturpolitik.

Moderator: Ganz kurz, wie wollen Sie diese regionalen Egoismen denn überwinden? Sie brauchen doch Partner, um das zu realisieren.

Clausen: Richtig. Ich kann z.B. die Zusammenarbeit durch die Initiierung von geförderten Projekten vorantreiben. Es gibt in Hessen, aufgelegt vom hessischen Wirtschaftsministerium, das Städtebauförderprogramm „Aktive Kernbereiche“. Dort sucht man nach Kernbereichen, die bereit sind, sich gemeinsam zu entwickeln und miteinander zu vernetzen. Das ist ein Gesamtprogramm von 5,8 Millionen, die zur Hälfte aus Landesmitteln und zur Hälfte aus Bundesmitteln kommen. Man kann sich bis Ende August für dieses Projekt beim Wirtschaftsministerium bewerben.

Moderator: Herr Sierau, Sie kommen aus Dortmund, Sie sind dort seit einem Jahr Stadtdirektor, und Sie sind Dezernent für Planung, Städtebau und Infrastruktur. Wenn Sie das so hören, was hier Ihr Kollege aus Hessen sagt, bekommen Sie feuchte Augen? Denn Dortmund ist ja eine Stadt, die wirtschaftlich gesehen schwer unter strukturellen Brüchen gelitten hat, die Probleme mit Abwanderung hat. Wie kommen Sie da raus?

Sierau: Die Behauptung der Abwanderung aus Dortmund ist falsch. Wir haben keine Probleme mit Abwanderung, wir sind eine Zuwanderungsgemeinde. Wir haben mehr Menschen, die zu uns ziehen, als von uns wegziehen. Es gibt zurzeit etwa 586.000 Einwohnerinnen und Einwohner mit ihrem Erstwohnsitz in Dortmund, und ungefähr 10.000 mit einem Zweitwohnsitz. Jetzt haben wir in der gesamten Metropole Ruhr einen positiven Wanderungssaldo. Allerdings gibt es einen Sterbeüberhang: Es sterben mehr Menschen als geboren werden. Das ist aber ein Phänomen, das eigentlich überall existiert.

Wenn ich das über Frankfurt höre, mache ich mir Sorgen um Frankfurt. Weil ich mich frage, wie Sie die Stadt zusammenhalten wollen, wenn Sie so eine Politik verfolgen. Wir sprechen über Zuhause in der Stadt. Zuhause muss man sich wohlfühlen können, da muss man vorkommen können, da muss man mit seinen Interessen auch wahrgenommen werden von der Politik, von der IHK, von den Gewerkschaften, vom Ministerium, von der Stadtregierung. Bei dem Entwurf, den Sie gerade formuliert haben, habe ich mich gefragt, wer da eigentlich mitmacht. Also wenn die Stadt europäische Stadt ist, wenn Stadt Kultur ist, wenn Stadt auch Zusammenhalt ist, müssen die verschiedenen Akteure und die verschiedenen Menschen, die Interessen haben in dieser Stadt, zusammengeführt werden.

Moderator: Und das haben Sie in Dortmund geschafft?

Sierau: Das haben wir in Dortmund geschafft. Wir haben aus Anlass des Flächennutzungsplanes einen ziemlich breiten, auf Partizipation gestützten, Diskussionsprozess initiiert, mit Masterplänen und mit integrierten Stadtbezirkentwicklungs-konzepten. Das hat dazu geführt, dass z.B. im Themenfeld Mobilität der ADAC gemeinsam mit dem ADFC, dem VCD und vielen anderen im Hinblick auf das, was infrastrukturell notwendig ist, nach ausgiebiger Diskussion ein einstimmiges Votum abgegeben hat, was die Verwaltung dem Rat zur Beschlussfassung vorstellen soll. Das war bis dahin in der Stadtgeschichte nicht vorgekommen. Wir haben mit dieser Diskussion einen Interessenausgleich zwischen den Beteiligten gesichert, der die Stadt in eine gewisse Balance gebracht hat.

Wenn wir uns über die Städte und die Stadtpolitik austauschen, dann gibt es ein Geflecht von Aspekten, die für die Attraktivität unserer Städte von Bedeutung sind. Sie müssen wirtschaftlich wettbewerbsfähig sein, das ist richtig. Aber die Zukunft unserer Städte wird sich auch in den Wohn-

gebieten entscheiden, in ihrer Lebensqualität. Die wird sich an der Attraktivität der sozialen Infrastruktur entscheiden, bei der Frage, wie viel Grün es gibt und ob sie eine Stadt der kurzen Wege ist.



> v.l.: Dieter Cordes, Ullrich Sierau

Ich brauche im Prinzip ein Bündel von Faktoren, um eine attraktive Stadt zu entwickeln, und darüber muss ich mir genau Gedanken machen: Es geht um eine Balance in der Stadt, um eine sozial gerechte und partizipative Stadt. Diesen Zusammenhang müssen Sie bei allen Bemühungen, im internationalen Wettbewerb konkurrenzfähig zu sein, immer im Auge behalten. Sonst fliegt ihnen irgendwann die Stadt um die Ohren.

Moderator: Frau Gehring, fliegt Ihnen die Stadt um die Ohren?

Gehring: Die Balance ist selbstverständlich Ziel, deswegen geht es ja überhaupt um Diskussionen und verschiedene Player. In der Tat besteht für Frankfurt ein kleiner Unterschied darin, dass es mit der Gebietsreform in seiner Fläche sehr klein geblieben ist. Die Frage Umland, Metropole und die Finanzierung sind im Moment ohne Zweifel unser politisches Problem. Da kommen wir nämlich zu dem Thema Kulturangebote und deren Aufrechterhaltung, was für die Wirtschaft und das internationale Profil

Die Zukunft der Städte wird sich auch in der Lebensqualität der Wohngebiete entscheiden

sehr wichtig ist. Ich bin guter Dinge, dass dies gelingt, denn es sind sehr viele Institutionen und ambitionierte Planer dabei, die Stadt mit den Vorteilen und Nachteilen, die diese Enge und die Vielfalt des Lebensraumes hat, zu entwickeln.



> v.l.: Dittmar Loose, Hans-Jürgen Fink

Moderator: Wechseln wir mal von Hessen nach Niedersachsen. Herr Cordes, Sie sind dort bei der GBH, der Gesellschaft für Bauen und Wohnen in Hannover, was treibt Sie dort um in der Stadt, welche Partner haben Sie für die Stadtentwicklung, und welche brauchen Sie?

Cordes: Im Laufe des Tages sind durch die verschiedenen Beteiligten bereits die Herausforderungen benannt worden, und das sind natürlich die Herausforderungen, vor denen auch die Wohnungswirtschaft in jeder Stadt steht, nicht nur in Hannover. Und die Frage ist, was können die einzelnen Akteure in der Stadt anbieten. Die Wohnungswirtschaft kann Kooperation anbieten, und diese Kooperation leben wir ja seit vielen Jahren. Nehmen Sie das Thema Wohnen im Alter, dort kooperieren wir mit den Partnern, die für Betreuung zuständig sind, nehmen Sie das Thema Stadtentwicklung, dort gibt es die Arbeitsgemeinschaft der deutschen Sanierungs- und Entwicklungsträger, die ihren Städten seit vielen Jahren partnerschaftliche Zusammenarbeit insbesondere durch Beratung und Know-

how anbietet. Die Wohnungswirtschaft ist besonders herausgefordert in diesen Tagen durch die Preisentwicklung auf dem Energiemarkt, also nicht nur das Klima macht uns ja Sorgen. Die Stadt Hannover hat eine Klima-Partnerschaft aufgerufen und wir wirken daran mit. Wir haben dabei festgestellt, dass die Wohnungswirtschaft, was die eigenen Beiträge zum Klimaschutz angeht, dort bereits vorangeht. Das machen wir auch, weil es eine Notwendigkeit ist, die Herausforderung im Energiebereich anzunehmen. Also, das was wir anbieten können, ist Partnerschaft, ist Investitionsbereitschaft und Know-how.

Moderator: Wie sieht es in Hamburg aus? Neben mir sitzt Dittmar Loose, er kommt aus Hamburg, und zwar aus Wilhelmsburg. Kein leichtes Quartier, wie man weiß. Sie sind dort Geschäftsstellenleiter der SAGA GWG.

Loose: Ich kann eigentlich, Herr Cordes, den Ball nur aufnehmen. Wir als Wohnungsunternehmen, insbesondere als größeres Wohnungsunternehmen, müssen uns als Sozialpartner der Städte verstehen. Die Zukunft liegt in den Quartieren, und diese Quartiere haben eine gute Chance zu funktionieren, wenn sie ein bisschen unter Moderation gestellt werden. Da gibt es ganz viele Akteure, die an dieser Moderation mit beteiligt sind, und die wollen wir auch nicht aus der Verantwortung entlassen. Ein Wohnungsunternehmen, das ja auch Grundeigentümer ist, hat durchaus Ansatzpunkte, die andere nicht haben, die liegen letztendlich in der Stärke des Vermieters begründet, also auch im Mietrecht. Auch das kann durchaus das Miteinander ein bisschen mit befördern. Wir brauchen in den Quartieren Quartiersentwicklung mit gemeinwesenorientierten Arbeitsansätzen. Es gibt ganz viele Modelle, z.B. dieses Concierge-Modell als wirklich konkreten Handlungsansatz der Wohnungswirtschaft. Die wird man nie eins zu eins übertragen können, aber man wird davon lernen können.

Mein Resümee: Wir sind Partner, wir müssen Partner sein, auch aus Eigennutz, und das ist immer eine sehr starke Triebfeder, denn wir leben letztendlich auch davon, dass die Quartiere funktionieren.

Moderator: Ulrich Hatzfeld, können Sie bei diesen Fragen der Stadtteilentwicklung eigentlich Partner sein? Wir hatten ja gestern den Vorschlag aus dem Publikum: Macht doch mal nachhaltige Modellprojekte. Da haben Sie ein bisschen gezögert und das auf die Zuständigkeitsebene der Länder geschoben, aber ich meine, der Bund hat ja in dieser Hinsicht Leadership, und im Rahmen seiner Nationalen Stadtentwicklungspolitik ist das natürlich auch ein Thema für Sie.

Hatzfeld: Das ist es mit Sicherheit. Also, was kann der Bund tun. Es bedarf einer größeren politischen Öffentlichkeit, wo über die wirklich wichtigen Themen und Fragen wie sozialer Zusammenhalt, Demographie, Klima diskutiert und nach neuen Ansätzen und Lösungswegen gesucht wird. Der Bund kann helfen, dafür eine Plattform zu bilden.

Wir wollen Aktivitäten wie diese Konferenz auch weiterhin unterstützen. Wenn ich das richtig verstanden habe, hat dieser Zusammenschluss unterschiedlicher Gruppen auch inhaltliche Perspektiven gegeben. Wir werden da mitdiskutieren und werden es auch unterstützen, so weit wir das können, weil wir glauben, das sind wesentliche Zukunftsfragen, mit denen wir uns in den Städten auseinandersetzen müssen.

Zu der Forderung nach Modellprojekten: Unser Hauptproblem ist nicht ein Mangel an best practices, davon gibt es viele. Unser Problem ist, best practice in eine gute Regel zu überführen. Das ist unser Job. Deswegen müssen wir über best practice reden. Ich glaube, in Veranstaltungen wie dieser und anderen, die noch kommen werden, werden sich Handlungsstränge herausbilden, die dann hinterher zur Regel werden. Das ist die Strategie, die wir weiterverfolgen müssen.

Moderator: Herr Scharbach, Sie als Vorsitzender des Ausschusses für Stadtentwicklung der Bauministerkonferenz der Länder, wie sieht das aus Sicht der Länder aus?

Scharbach: Die Papenburger Erklärung der Bauminister zur Nationalen Stadtentwicklungspolitik ist ein ganz wesentlicher Schritt, weil sie auch ein Teil Selbstverpflichtung ist. Ich will überhaupt nicht verhehlen, dass es durchaus Vorbehalte unter den Ländern gab, als das Thema Nationale Stadtentwicklung vom Bund formuliert wurde. Wieso eigentlich „nationale“ Stadtentwicklung? Das ist doch eine Sache, bei der die Länder Vermittler und Impulsgeber sind und Stadtentwicklung findet in den Kommunen statt. Da kann man vielleicht Anregungen geben, aber was mischt sich denn der Bund da auch noch ein? Diese Diskussion ist überwunden.



> v.l.: Dr. Ulrich Hatzfeld, Norbert Scharbach

Es wäre ja auch völlig blödsinnig, in der Schmollecke zu sitzen. Hier geht es letztlich immer um Geld. Die Strategie zur Nationalen Stadtentwicklung wird mit einem hohen Beitrag vom Bund finanziert. Ich komme aus Schleswig-Holstein, einem relativ kleinen und zum Teil strukturschwachen Land. Wir sind von Fördergeldern abhängig. Aber wer bezahlt, der will gemeinhin auch bestellen. Das ließ manche Länder das Engagement des Bundes skeptisch sehen.

Die Kommunen brauchen beim Einsatz der Fördermittel vor Ort Vermittler mit Sachverstand, die die Akteure vernetzen

Die Nationale Stadtentwicklungspolitik bietet eine Diskussionsplattform für die wichtigen Zukunftsfragen

Die Wohnungswirtschaft kann Kooperationen anbieten

Wohnungsunternehmen müssen sich als Sozialpartner der Städte verstehen

Dabei ist das etwas, was die Länder genauso erleben, wenn es um Städtebauförderungsprojekte in den Kommunen geht. Die Kommunen sagen den Bauministerien: „Das ist ja schön, gib uns mal das Geld, wir machen dann schon“. Ich glaube, dass wir derlei Dinge überwinden müssen und zumeist überwunden haben.

Es ist ja kein Gegeneinander Bund versus Länder oder gar ein Sich-profilieren-Wollen zulasten des anderen Akteurs; die Nationale Stadtentwicklungspolitik ist ein Verständigen auf einen gemeinsamen Maßstab. Wir wissen um die Ziele, aber die Antworten vor Ort sind unterschiedlich. Sie müssen unterschiedlich sein, in Frankfurt oder in der Ruhrregion oder in Mecklenburg-Vorpommern, wo der Begriff Stadt ja schon ein ganz anderer ist. Dort reden wir über Städte, die 60.000 oder 80.000 Einwohner haben, das ist etwas völlig anderes als wenn es um die Metropolen im Westen oder Süden der Republik geht. Dafür müssen spezifische Antworten gefunden werden. Die Plattform haben wir: das Memorandum, die Initiative Nationale Stadtentwicklungspolitik, die Papenburger Erklärung der Länder, hinter die sich nun alle gestellt haben. Die Länder leisten ihren ganz eigenen Beitrag und beteiligen sich auch bei den entsprechenden Projekten.

Es geht ja meist um Ressourcen, es geht um Geld aus den Haushalten von Bund, Ländern und Gemeinden. Dann muss es darum gehen, Politik interessant zu machen, das kann man nur durch Öffentlichkeit, um zu dokumentieren, dass wir Defiziten in der Entwicklung einer Stadt mit innovativen und spezifischen Projekten begegnen. Damit man sieht, wo das Geld eigentlich hingehet und was dabei rauskommt, müssen solche Referenzprojekte dann auch öffentlich vorgestellt und diskutiert werden.

Gute Beispiele werden andere Akteure ermuntern. Hier sitzen viele aus Projekten, die wissen, was es heißt, um jeden Euro erneut in einer Projektverlängerung kämp-

fen zu müssen. Man ist immer in einem Wettbewerb um die Ressourcen in den Städten und Gemeinden. Da fehlt es dann möglicherweise an den entsprechenden Vermittlern, die für diese Projekte auch entsprechend eintreten können. Diese Stellen sind in den letzten Jahren in den Kommunen deutlich zurückgefahren worden. Es muss in den Kommunen Vermittler mit planerischem Sachverstand geben, die die Akteure vor Ort vernetzen und die beurteilen können, was eigentlich an Arbeit vor Ort nötig ist und was gefördert werden kann und muss.

Landesregierungen und Kommunen sind gefordert, der Stadtentwicklung wieder einen anderen Stellenwert zu geben. Mit der Initiative „Nationale Stadtentwicklung“ des Bundes wurden dafür gute Anstöße geliefert.

Clausen: Die durch die Charta von Leipzig angestoßene Diskussion ist sehr wichtig und ein Anfang, Themen zu bündeln und Initiativen anzustoßen. Es gab viele Jahre keine Diskussion in dieser Form und in dieser Größenordnung im städtebaulichen und entwicklungspolitischen Bereich. Aber der Diskurs muss auf der regionalen Ebene geführt werden. Konzepte sind in die Landesprogramme zu integrieren. Sie müssen nicht vom Land initiiert werden, aber sie werden dort mitfinanziert und müssen dort mitgetragen werden. Es geht vor allem darum, partizipatorische Ansätze vor Ort zu stärken, interkommunale Vernetzung voranzutreiben, Entwicklungsdefizite innerhalb der einzelnen Kommunen konkret anzugehen dies in kleinen Einheiten und überschaubaren Netzwerken.

Zusammenfassung und Ausblick

> Gudrun Kirchoff / Prof. Reiner Schmidt

Was sind nun die wesentlichen Themen und Handlungsfelder für eine nachhaltige und zukunftsfähige Entwicklung der Städte? Wo besteht besonderer Innovationsbedarf? Wo muss gemeinsam gehandelt werden? Im folgenden Abschnitt stellen wir die als Ergebnis der Konferenz erkennbaren Schwerpunkte zusammenfassend dar.

Die Leipzig Charta hat grundlegende Orientierungen für die Entwicklung der europäischen Städte formuliert und strategische Politikansätze aufgezeigt. Ausgangspunkt ist das Leitbild der Europäischen Stadt mit ihren historisch gewachsenen Merkmalen von Urbanität und Dichte, von Differenz und Mischung, von Bürgergesellschaft und sozialstaatlichen Regulierungen, von Öffentlichkeit und öffentlichem Raum. Mit der Orientierung auf ein gemeinsames städtisches Selbstverständnis können die zukünftigen Herausforderungen, wie demographischer Wandel, Klimawandel und ökonomischer Strukturwandel, eher bewältigt werden. Dabei zielt die Leipzig Charta auf zwei zentrale strategische Entwicklungslinien:

- die Integration benachteiligter Stadtteile,
- die integrierte Stadtentwicklungsplanung als gesamtstädtische Strategie.

I. Integrierte Stadtentwicklung ist ein Kooperationsprojekt. Nur im Zusammenspiel der wichtigsten Handlungsträger und Akteure kann eine städtische Entwicklungsstrategie Früchte tragen. Hierbei kommt es darauf an, einen ressortübergreifenden, integrierten Ansatz zu verfolgen, der auf der gesamtstaatlichen Steuerungsebene und auf der Verwaltungsebene die zentralen Ressorts in die Ziele der Stadtentwicklung einbindet, auf der gesamtstädtischen und der Stadtteilebene die unterschiedlichen Interessengruppen und Handlungsträger

miteinander vernetzt. Die kommunale Stadtentwicklungsplanung hat hier eine Moderationsfunktion: sie muss zentrale Themen aufnehmen, in die öffentliche Diskussion bringen und einen Interessenausgleich herstellen. Es geht um eine von der Stadtgesellschaft getragene Balance, um eine sozial gerechte und partizipative Stadt.

II. Stadtentwicklungsplanung muss die Bürger mit einbeziehen. Die Einmischung der Bürger hat Lernprozesse in Gang gesetzt und die Stadtentwicklungspolitik verändert. Bürgerpartizipation ist ein wichtiges Element des urbanen Lebens. Sie stärkt die Stadtgesellschaft. Wenn Bürgerengagement und Bürgerpartizipation ernsthaft betrieben wird, dann lassen sich nicht nur städtische oder stadtteilorientierte Ziele und Zukunftsprogramme entwickeln, sondern es finden sich auch auf Seiten der Bewohner Ansprechpartner und Multiplikatoren für spätere Vorhaben. Dafür müssen die Städte Räume und Ressourcen bereitstellen, um in Foren und Werkstätten zu gemeinsam erarbeiteten Ergebnissen kommen zu können. Bei der Gestaltung dieses Prozesses brauchen die Städte starke und verlässliche Partner aus Wirtschaft und Zivilgesellschaft.

III. Die Städte sollten sich verstärkt an ihren Potenzialen orientieren. Auf die Herausforderungen, die sich den Kommunen stellen, sollten sie mit vorausschauenden und potenzialorientierten Konzepten antworten.

Förderprogramme für Stadtentwicklungsfragen sind für die Kommunen unverzichtbar, sie stellen wichtige Anreizfinanzierungen dar. Mit den politischen Programmen werden neue Themen gesetzt und wichtige Debatten in den Städten angestoßen (z.B. Soziale Stadt und Stadtumbau Ost), die nachhaltige Entwicklungen befördern können.

Es geht um die Zukunft der Europäischen Stadt

Gemeinsam planen – gemeinsam handeln

Partizipatorische Ansätze vor Ort stärken und interkommunale Vernetzung fördern

Bildung ist der Schlüssel für die Entwicklung der Städte

IV. Das Zusammenspiel von Stadt und Region wird zu einem entscheidenden Faktor der Zukunftsfähigkeit unserer Städte werden. Die Entwicklung der Städte vollzieht sich im Kontext der Entwicklungschancen der Gesamtregion. Hier kann Stadt Motor der Entwicklung sein. Auch wenn die interkommunalen Kooperationen als zukunftsweisend gelten, so stecken sie in der Realität in den meisten Fällen noch in den Anfängen. Kooperation scheitert jedoch häufig an der Konkurrenz der Städte untereinander und am politischen Willen. Hier kann Förderung eine wichtige Impulsfunktion haben und Rahmenbedingungen setzen, die die interkommunale Kooperation erleichtern.

V. Vielfalt bildet das kulturelle Kapital der Stadt. Internationalität gilt zunehmend als Ressource und Potenzial für die städtische Entwicklung. Die politischen Rahmenbedingungen müssen ein Klima schützen, das das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher sozialer und kultureller Herkunft fördert; dazu gehören eine aktive Antidiskriminierungs- und Gleichstellungspolitik, die Erleichterung von Einbürgerung sowie die Verbesserung von Zugangschancen in Bildung, Ausbildung und Beruf. Integrationspolitik gilt als Gemeinschaftsaufgabe für die Bürgergesellschaft.

Die meisten Städte setzen auf eine aktive, vor Ort wirkende Integrationspolitik. Vorrangige Handlungsfelder sind:

- Sprachförderung für Neu- und Altzugewanderte,
- Chancengleichheit in Schule und Beruf,
- interkulturelle und internationale Orientierung,
- Sicherheit,
- politische und gesellschaftliche Partizipation.

VI. Bildung wird zum Schlüssel für die Entwicklung der Städte. Zentrale Bedeutung haben der Ausbau und die Qualifizierung der städtischen Infrastruktur in den Bereichen Kinderbetreuung, Schule und Ausbildung und eine erweiterte Definition der Rolle von Bildungseinrichtungen. Wichtige Bausteine für die Verbesserung sind eine stärkere Zusammenarbeit der Bildungs- und Betreuungsangebote auf der Stadtteil- bzw. Quartiersebene, der Ausbau der Schulen zu Ganztagschulen und Ganztagsbetreuungsangebote für nicht schulpflichtige Kinder kombiniert mit Sprachbildungsangeboten für Kinder aus bildungsfernen Familien.

VII. Die zunehmende Erwerbsintegration von Frauen verändert die Anforderungen an die soziale Infrastruktur. Sie bricht mit der tradierten Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern. Mittlerweile sind mehr als die Hälfte der Gutgebildeten Frauen und sie werden aufgrund des wachsenden Fachkräftemangels von der Wirtschaft bald heftig umworben werden. Insbesondere gut gebildete Frauen entscheiden sich für das Wohnen in der Stadt, um Arbeiten und Leben verbinden zu können. Sie ziehen dorthin, wo Arbeit ist, wo sie die für die Kindererziehung notwendige Infrastruktur finden und wo ein gutes öffentliches Verkehrsnetz existiert. Die wachsende Entgrenzung von Arbeit und Leben erfordert neue Raum-Zeit-Konfigurationen, die der städtische Raum am ehesten bietet.

VIII. Der Klimawandel und die Endlichkeit der fossilen Energieträger sind besondere Herausforderungen für die Städte, den Städtebau und die technische Infrastruktur. Als Gegenmaßnahmen werden die Nutzung von Natur und Landschaft als Energieträger (Geothermie, Windkraft, Biomasse, Solarenergie, Wasserkraft), Schritte gegen eine weitere Zersiedelung, allgemeine Energieeinsparung und eine energieeffiziente Gebäudebestandsentwicklung postuliert. Die Entwicklung vernetzter

Energiekonzepte und die Integration in die vorhandenen Planungsinstrumente (Energienutzungsplan), Informations- und Aufklärungsarbeit, neue Förderprogramme, die zielgerichteter und anwendungsorientierter vermittelt werden, gelten als zielführend.

In den Diskussionen im Laufe der Konferenz zeichneten sich einige besonders vordringliche Handlungsschwerpunkte ab, die den in der ‚Darmstädter Erklärung‘ aufgespannten Handlungsrahmen ergänzen und konkretisieren. Sie geben Hinweise auf mögliche weiterführende Initiativen des Netzwerkes ZUHAUSE IN DER STADT:

1. Städte müssen sich als Wirtschafts- und Wohnstandorte profilieren.

Sie müssen individuellen Lebenskonzepten Raum geben und den sozialen Ausgleich leisten. Nur so kann vielfach brachliegendes Humankapital für die Entwicklung von Stadt und Gemeinwesen aktiviert werden.

Ins Blickfeld urbaner Strategien rücken insbesondere die Akteure der Immobilien- und Wohnungswirtschaft einschließlich der privaten Eigentümer sowie internationale, kreative Milieus und die Träger innovativer Ökonomien.

2. Bildung wird zum Schlüsselthema für die Zukunftsfähigkeit der Stadtgesellschaft.

Die Vertreter der Kommunen, der Wohnungswirtschaft, der Quartiersentwickler und Stadtplaner sind sich darin einig, dass in diesem Handlungsfeld dringend neue Konzepte und Trägerschaften gefragt sind. Eine erweiterte Definition der Rolle von Bildungseinrichtungen, das Zusammenspiel der verschiedenen Bildungsangebote und ihre Vernetzung im Rahmen der integrierten Quartiersentwicklung sind wesentliche Bausteine.

Und vor allem:

3. Stadtentwicklung muss zum Stadtgespräch werden.

Den lokalen und überregionalen Medien, den Bildungsinstanzen, den kulturellen Einrichtungen und Initiativen sowie den professionellen Stadtmachern kommt hier eine besondere Rolle zu.

Aufgabe der stadtgestaltenden Akteure ist es, geeignete Plattformen zu organisieren, um Öffentlichkeit zu schaffen, die Verständigung über die konstituierenden Merkmale des Gemeinwesens Stadt zu befördern, Entwicklungsperspektiven zu diskutieren und Erfahrungen weiterzugeben. Eine der großen Herausforderungen wird darin bestehen, die Überführung vom Best-Practice-Beispiel zum Standard zu befördern und die Wege vom Modellfall zum Regelfall zu gestalten.

Die Konferenz hat im Ergebnis gezeigt: Stadt ist gemeinsamer Lebensraum und damit in der Verantwortung der Gesamtheit der Stadtbevölkerung. Mehr denn je sind integrierte Strategien sowie aufeinander abgestimmte Konzepte und Förderprogramme gefragt.

Ganz im Sinne der Nationalen Stadtentwicklungspolitik wird es nun darum gehen, im Zusammenwirken der stadtgestaltenden Akteure möglichst rasch, möglichst flächendeckend und vor allem öffentlichkeitswirksam erlebbare Perspektiven für die Zukunft des Gemeinwesens Stadt vor Augen zu führen.

*Gudrun Kirchhoff, wissenschaftliche Referentin, Schader-Stiftung;
Prof. Reiner Schmidt, Hochschule Anhalt /
konzept + kommunikation*

Stadtentwicklung muss zum Stadtgespräch werden



Anhang

- Programm
- Biografien der Autor/innen, Referent/innen, Moderator/innen
- Hinweise auf Internetadressen

Programm der Konferenz

Dienstag, 17. Juni 2008

10.00 Uhr

Begrüßung

Sabine Süß, Geschäftsführender Vorstand, Schader-Stiftung

Grußwort

Walter Hoffmann, Oberbürgermeister der Wissenschaftsstadt Darmstadt

10.30 Uhr

Einleitende Vortragsreihe: Stadt im Wandel

Die Umsetzung der Leipzig-Charta – Rahmenbedingungen für kommunale Stadtentwicklungspolitik

Staatssekretär Dr. Engelbert Lütke Daldrup, Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

Städte im internationalen Kontext – Globalisierung, Klimawandel und andere Herausforderungen

Prof. em. Dr. Dieter Läßle, ehem. HafenCity Universität Hamburg

Wandel der Lebens- und Arbeitswelt – Mobilität, Migration, Demographie

Prof. Jutta Allmendinger Ph.D., Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung

anschließend moderiertes Gespräch mit Vortragenden und Plenum

Moderation: Ferdos Forudastan, Journalistin bei WDR und Deutschlandfunk, Köln

12.30 Uhr Mittagspause

13.30 Uhr

Herausforderungen, Potenziale, Strategien

vier parallele Arbeitsforen

Forum 1: Wohnen in der Stadt

Forum 2: Vielfalt in der Stadt

Forum 3: Arbeiten in der Stadt

Forum 4: Stadt im Klimawandel

15.45 Uhr Kaffeepause

16.15 Uhr bis 17.30 Uhr

Strategien für urbanes Leben in der Stadt

Paneldiskussion mit Vertreter/-innen aus sechs Städten:

Walter Hoffmann, Oberbürgermeister der Stadt Darmstadt, Jürgen Dressler, Beigeordneter und Leiter des Stadtentwicklungsdezernates der Stadt Duisburg, Albert Geiger, Leiter Bürgerbüro Bauen der Stadt Ludwigsburg, Martin zur Nedden, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Bau der Stadt Leipzig, Dr. Edith Wiegelmann-Uhlig, Leiterin des Amtes für Stadtentwicklung der Stadt Karlsruhe, Dr. Rosemarie Wilcken, Bürgermeisterin der Stadt Wismar

einleitende Vorträge

Chancen der demographischen Entwicklung für die Wohnungs- und Städtepolitik

Dr. Hans-Michael Brey, Deutscher Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung; Dr. Tillmann Prinz, Bundesarchitektenkammer

Zukunft der Finanzierung der Städte und ihrer zentralörtlichen Funktionen

Prof. Dr. Martin T.W. Rosenfeld, Institut für Wirtschaftsforschung Halle

Abendprogramm Mathildenhöhe Darmstadt

ab 18.30 Uhr

Führungen durch die Künstlerkolonie Mathildenhöhe

19.00 bis 22.00 Uhr

Empfang, Ausstellungsgebäude Mathildenhöhe

Gelegenheit zur Besichtigung der aktuellen Ausstellungen (Eintritt frei):

Andreas Gursky – Architektur

Heribert C. Ottersbach – Erziehung zur Abstraktion

ZUHAUSE IN DER STADT

Parallele Foren, 17. Juni 2008

Forum 1: Wohnen in der Stadt

Entwicklung des Wohnens in der Stadt aus sozialwissenschaftlicher Sicht

Prof. Dr. Walter Siebel, Universität Oldenburg

Entwicklung des Wohnens in der Stadt aus immobilienwirtschaftlicher Sicht

Dr. Tobias Just, Immobilien, Branchenanalysetools, Deutsche Bank Research

Wohnen in der Stadt für alle

Dr. Bernd Hunger, GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen

Nutzeransichten und Wohnwünsche

Armin Hentschel, Institut für soziale Stadtentwicklung, Potsdam

Moderation: Dr. Klaus Habermann-Nieße, Wohnbund; Alexander Rychter, Bundesverband freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen

Forum 2: Vielfalt in der Stadt

Internationalität als Ressource – Vielfalt als Grundlage der städtischen Entwicklung

Prof. Dr. Rolf Lindner, Humboldt-Universität Berlin

Bedeutung der internationalen Stadt für internationale Akteure

Herbert Mai, Arbeitsdirektor Fraport AG

Governance internationaler Potenziale – kommunale Konzepte

Ayse Özbabacan, Stabsstelle für Integrationspolitik, Stuttgart

Moderation: Prof. Dr. Ingrid Breckner, HafenCity Universität Hamburg; Dieter Cordes, Gesellschaft für Bauen und Wohnen Hannover

Forum 3: Arbeiten in der Stadt

Entwicklungstendenzen städtischer Ökonomien im globalen Kontext

Prof. Dr. Martin Gornig, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin

Kreativ, flexibel, prekär – die soziale Stadt als letztes Bürgerrecht?

Dr. Peter Bartelheimer, Soziologisches Forschungsinstitut (SOFI), Universität Göttingen

Kreative Cluster / innovative Milieus als Motor der Stadtentwicklung

Reiner Nagel, Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Berlin

Moderation: Michael Stein, SRL Vereinigung für Stadt-, Regional- und Landesplanung; Prof. Klaus Wermker, Deutscher Städtetag

Forum 4: Stadt im Klimawandel

Nachhaltige Stadt- und Regionalentwicklung

Andrea Gebhard, Bund Deutscher Landschaftsarchitekten, München

Energieeffiziente Stadt- und Gebäudewirtschaft

Prof. Dr. Manfred Hegger, Technische Universität Darmstadt

Was heißt hier zukunftsfähig? Herausforderung Wohnwert und Wirtschaftlichkeit im Baubestand

Florian Lichtblau, freier Architekt BDA, München

Verbraucherverhalten und Einsparpotenziale / neue Instrumente

Eberhard Hinz und Ulrike Hacke, Institut Wohnen und Umwelt Darmstadt

Rolle und Verantwortung privater Hauseigentümer

Dr. Andreas Stücke, Haus & Grund Deutschland

Moderation: Bernd Blaufelder, Bund Deutscher Architekten; Dr. Franz-Georg Rips, Deutscher Mieterbund

Mittwoch, 18. Juni 2008

9.00 Uhr

**Zuhause in der Stadt –
Betrachtungen eines Großstadtmenschen**
Matthias Zschokke, Schriftsteller, Berlin

Die Bürgerstadt
Peter Lückemeier, Journalist, Frankfurt am Main

Moderation: Ferdos Forudastan, Journalistin bei WDR und Deutschlandfunk, Köln

10.30 Uhr Kaffeepause

11.00 Uhr

Zuhause in der Stadt – Benchmark-Projekte
Weiterführung der vier parallelen Arbeitsforen
Vorstellung und Diskussion von Best-Practice-Beispielen

Forum 1: Wohnen in der Stadt
Forum 2: Vielfalt in der Stadt
Forum 3: Arbeiten in der Stadt
Forum 4: Stadt im Klimawandel

13.00 Uhr Mittagspause

14.00 Uhr

**Zuhause in der Stadt –
Kommunikation und Kooperation in der
Nationalen Stadtentwicklungspolitik**
Paneldiskussion mit den Fachmoderatoren der Foren

einleitender Vortrag
Stadtentwicklung in Kooperation
Prof. Peter Zlonicky, Büro für Stadtplanung und Stadtforschung, München

Moderation: Hans-Jürgen Fink, Publizist,
DeutschlandRadio Kultur

15.15 Uhr Kaffeepause

15.30 Uhr

Wer anderen eine Grube gräbt ... ist Stadtplaner
Prof. Giovanni Robert, Zürich

15.50 Uhr


**Abschlussdiskussion:
Gestaltungsaufgabe Stadt – gemeinsam für
attraktive Städte**
MinRat Harald Clausen, Hessisches Ministerium der Finanzen; Dieter Cordes, GbH Hannover; Ulrike Gehring, IHK Frankfurt am Main; Dr. Ulrich Hatzfeld, Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung; Dittmar Loose, SAGA GWG Hamburg; Alexander Rychter, Bundesverband freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen; Norbert Scharbach, Bauministerkonferenz der Länder; Stadtdirektor Ullrich Sierau, Dortmund / Deutscher Städtetag

Moderation: Hans-Jürgen Fink, Publizist,
DeutschlandRadio Kultur

16.50 Uhr

Ausblick
Sabine Süß, Geschäftsführender Vorstand, Schader-Stiftung

Ende der Konferenz 17.00 Uhr

 **ZUHAUSE IN DER STADT**

Parallele Foren, 18. Juni 2008

Forum 1: Wohnen in der Stadt

Gemeinschaftsprojekt Königstraße, Kaiserslautern
Guido Höffner, Gemeinnützige Baugesellschaft
Kaiserslautern AG

Modelle genossenschaftlichen Wohnens
Birgit Diesing, Bau- und Wohngenossenschaft
WohnSinn, Darmstadt

Quartis Les Halles, Düsseldorf
Dr. Reiner Götzen, Interboden Innovative Lebenswelten
GmbH & Co. KG, Ratingen

Moderation: Dr. Klaus Habermann-Nieße, Wohnbund;
Alexander Rychter, Bundesverband freier Immobilien- und
Wohnungsunternehmen

Forum 2: Vielfalt in der Stadt

**Milieuvielfalt im Quartier –
Quartiersmanagement in St. Georg, Hamburg**
Jürgen Roloff, Büro für Lokale Wirtschaft, Hamburg

Allengerechtes Wohnen in Fürth
Gerda Zeuss, AWO-Stiftung Fürth

IBA-Projekt Weltquartier
Dittmar Loose, SAGA GWG, Hamburg

**Internationale Universität als Ressource –
Campus-Universität Bremen**
Prof. Dr. Ilse Helbrecht, Universität Bremen

Moderation: Prof. Dr. Ingrid Breckner, HafenCity
Universität Hamburg; Dieter Cordes, Gesellschaft für
Bauen und Wohnen Hannover

Forum 3: Arbeiten in der Stadt

**Die Bedeutung der Wissensökonomie – das Wissen-
schafts- und Technologiezentrum Adlershof**
Gerhard W. Steindorf, Adlershof Projekt GmbH, Berlin

**Lokale Ökonomie – Gründerzentrum Triple Z,
Essen-Katernberg**
Dirk Otto, Triple Z AG, Essen

**Genossenschaft Gewerbehof Saarbrücker
Straße e.G. Berlin**
Stefan Klinkenberg, Architekt und Projektentwickler, Berlin

**Kommentierung: Bedeutung, Umsetzbarkeit
und Förderung innovativer Ökonomien**
LMR Karl Jasper, Ministerium für Bauen und Verkehr des
Landes Nordrhein-Westfalen

Moderation: Michael Stein, SRL Vereinigung für Stadt-,
Regional- und Landesplanung; Prof. Klaus Wermker,
Deutscher Städtetag

Forum 4: Stadt im Klimawandel

Klimaschutzprogramme in der Region Hannover
Udo Sahling, Klimaschutzagentur Region Hannover

Bestandsentwicklung – nachhaltig und kooperativ
Gerhard Rohde, Spar- und Bauverein Solingen

**Energetische Gebäudesanierung und
Bewohnerakzeptanz**
Harald Behmer, WBG Nürnberg GmbH
Immobilienunternehmen

Minimum Impact House
Hans Drexler, Fachgebiet Energieeffizientes Bauen
der Technischen Universität Darmstadt

Moderation: Bernd Blaufelder, Bund Deutscher Archi-
itekten; Dr. Franz-Georg Rips, Deutscher Mieterbund

Biografien der Autor/innen, Referent/innen, Moderator/innen

> Prof. Jutta Allmendinger Ph.D.

Jutta Allmendinger ist seit 2007 Professorin für Bildungssoziologie und Arbeitsmarktforschung an der Humboldt-Universität zu Berlin und Präsidentin des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung. Sie studierte Soziologie und Sozialpsychologie in Mannheim, absolvierte ein Graduiertenstudium in Soziologie, Volkswirtschaftslehre und Statistik in Wisconsin und promovierte 1989 an der Harvard University. Sie war am Max-Planck-Institut für Bildungsforschung und an der Harvard Business School tätig, habilitierte 1993 an der Freien Universität Berlin und war von 1992 bis 2007 Professorin für Soziologie an der Ludwig-Maximilians-Universität München. Sie war von 1999 bis 2002 Vorsitzende der Deutschen Gesellschaft für Soziologie und leitete von 2003 bis 2007 das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit.

> Dr. Peter Bartelheimer

Dr. Peter Bartelheimer ist wissenschaftlicher Mitarbeiter des Soziologischen Forschungsinstituts (SOFI) an der Georg-August-Universität Göttingen. Nach dem Studium der Sozialpädagogik, Soziologie, Politologie und Volkswirtschaftslehre an der Freien Universität Berlin arbeitete er zunächst als Journalist und Verlagsangestellter, seit 1983 als Wissenschaftlicher Mitarbeiter des Hamburger Instituts für Sozialforschung. Von 1988 bis 1994 war er als Fraktionsreferent für Die Grünen im Hessischen Landtag tätig, anschließend Projektleiter des Frankfurter Sozialberichts und wissenschaftlicher Mitarbeiter des Instituts für Sozialforschung an der Universität Frankfurt/Main. Danach arbeitete er bis 2001 als Mitarbeiter in der wissenschaftlichen Begleitung der Modellprojekte Sozialbüros und Integrierte Hilfe zur Arbeit, Nordrhein-Westfalen.

> Harald Behmer

Harald Behmer ist Leiter der Stabsstelle Technik der WBG Nürnberg GmbH Immobilienunternehmen. Nach seinem Architekturstudium an der Hochschule Nürnberg trat er 1990 in die WBG Nürnberg Gruppe – vormals Wohnungsbaugesellschaft der Stadt Nürnberg – ein. Bis 2006 war er dort Leiter und Handlungsbevollmächtigter der Abteilung TBN – Neubau-Umbau. Seit 2006 ist er Leiter der Stabsstelle T-A Allgemeine technische Aufgaben und zuständig für abteilungsübergreifende Projektarbeit und Sonderprojekte, Planungsträgeraufgaben und Sonderaufgaben.

> Bernd Blaufelder

Bernd Blaufelder ist seit 2006 Bundesgeschäftsführer des Bundes Deutscher Architekten e.V. Er studierte von 1987 bis 1993 Architektur an der Fachhochschule Nürnberg und absolvierte ein Praktikum bei Massimiliano Fuksas in Rom. Danach arbeitete er bis 1997 bei EMW Eller Maier Walter + Partner in der Leipziger Niederlassung und bis 2001 bei dem Architekturbüro Haindl, ebenfalls in der Niederlassung Leipzig. Bis 2006 war er Projektleiter der Baumessen der Leipziger Messe GmbH.

> Prof. Dr. Ingrid Breckner

Professor Dr. Ingrid Breckner studierte Erziehungswissenschaft und Soziologie in München, forschte dort zu Medienpädagogik und Stadtentwicklung und promovierte anschließend an der Universität Bielefeld in Soziologie. Sie lehrte in Weihenstephan, München, Bochum und 1994/95 als Gastprofessorin an der Universität Kassel. Seit 1995 ist sie Professorin für Stadt- und Regionalsoziologie an der TU Hamburg-Harburg, seit 2006 HafenCity Universität Hamburg. Aktuell konzentriert sich ihre Forschung auf die Themenfelder Suburbanisierung, Soziale Stadt, Unsicherheit in europäischen Städten, Mobilität und Strategien integrierter Stadtentwicklung.

> Dr. Hans-Michael Brey

Dr. Hans-Michael Brey ist Generalsekretär des Deutschen Verbandes für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung (DV). Er hat in Bonn, London und Southampton Politik, Geschichte, Soziologie und Städtebau studiert und als Magister Artium abgeschlossen. Er promovierte in einem rechtsphilosophischen Thema – zur Doppelstaatstheorie von Ernst Fraenkel. Seit 2001 ist er in der Funktion des Generalsekretärs des DV in Berlin und Brüssel tätig.

> Ministerialrat Harald Clausen

Harald Clausen ist Diplomingenieur der Fachrichtung Architektur und seit 1985 Beamter im Dienst des Landes Hessen. Seit 1997 arbeitet er im Hessischen Ministerium der Finanzen und leitet als Ministerialrat seit September 2007 die Niederlassung des Hessischen Baumanagements in Wiesbaden. Er studierte in Darmstadt (FH und TH) und arbeitete vor dem Landesdienst in Büros in Kiel, Darmstadt, Zürich und Frankfurt/Main. Seit langem engagiert er sich in der Ausbildung des Nachwuchses und ist seit 2004 Vizepräsident der Architekten- und Stadtplanerkammer Hessen.

> Dieter Cordes

Dieter Cordes ist seit 1973 in der Wohnungswirtschaft/Stadterneuerung als Kaufmann tätig. 26 Jahre war er bei der kommunalen „Bremischen“, zuletzt als Geschäftsführer. 1996 wurde er Geschäftsführer der WBG Marzahn; seit 2003 ist er bei der GBH Hannover Sprecher der Geschäftsführung sowie Vorsitzender des Fachausschusses Stadterneuerung und -entwicklung beim GdW und Vorstandsvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Sanierungs- und Entwicklungsträger (ADS).

> Birgit Diesing

Birgit Diesing ist Architektin und Stadtplanerin in Darmstadt sowie Mitinhaberin des Büros Diesing+Lehn Stadtplanung

SRL. Nach dem Studium der Architektur und Stadtplanung an den Universitäten Dortmund und Darmstadt arbeitete sie zunächst als freie Mitarbeiterin in einem Stadtplanungsbüro, dann mehrere Jahre beim Stadtplanungsamt Wiesbaden. Seit 2001 ist sie bei der Bau- und Wohngenossenschaft WohnSinn eG und war dort von 2002 – 2005 im Vorstand. In dieser Zeit war sie auch verantwortlich für das Projekt WohnSinn 1.

> Jürgen Dressler

Jürgen Dressler ist Beigeordneter für Stadtentwicklung der Stadt Duisburg und Vorstandsmitglied der Duisburger Gemeinnützigen Baugesellschaft (GEBAG). Er studierte bis 1975 Architektur an der FHS Bochum und der TU Berlin. Er war in mehreren Architekturbüros tätig, bevor er in Gladbeck und Bielefeld das Stadtplanungsamt leitete. Von 1990 bis 1995 arbeitete er als Stadtbaurat und Vorstandsvorsitzender der Hanauer Straßenbahn AG.

> Hans Drexler

Hans Drexler ist seit 1999 Mitinhaber des Architekturbüros Drexler, Guinand, Jauslin in Frankfurt/Main, Rotterdam und Zürich. Er studierte Architektur an der TU Darmstadt und an der ETH Zürich. Anschließend besuchte er die Klasse von Professor Enric Miralles an der Städelschule und graduierte mit Master Degree an der Bartlett School for Architecture London. Neben einer Mitarbeit bei Studio 8 in London und Atelier Markgraph Frankfurt für Lab.01 (Expo 2000) hatte er mehrere Lehraufträge, u.a. an der Universität Innsbruck und an der Hochschule für Gestaltung in Zürich, und war als Assistent von CJ Lim an der Städelschule tätig. Bis heute ist er wissenschaftlicher Mitarbeiter von Professor Manfred Hegger im Fachgebiet Entwerfen und Energieeffizientes Bauen an der TU Darmstadt.

> Hans-Jürgen Fink

Hans-Jürgen Fink ist Publizist und arbeitet für Deutschlandradio Kultur. 1966 schloss er das Studium an der Universität Köln als Diplom-Kaufmann ab und besuchte bis 1968 die Ökonomische Hochschule in Prag. Von 1969 bis 1975 arbeitete er am Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung und wechselte dann zum Deutschlandfunk; zunächst arbeitete er in Köln, dann in Berlin (u.a. als Korrespondent DDR und Brandenburg). 1994 bis 2000 war er Regierungssprecher in Sachsen-Anhalt. Von 2000 an war er für die EXPO-Korrespondenzregion Sachsen-Anhalt tätig, bevor er 2002 zum Deutschlandradio Berlin kam.

> Ferdos Forudastan

Ferdos Forudastan ist Journalistin beim WDR und beim Deutschlandfunk in Köln. Nach dem Studium der politischen Wissenschaften und Rechtswissenschaften in Freiburg war sie von 1989 bis 1991 Bonner Korrespondentin der taz und ab 1991 Bonner Korrespondentin der Frankfurter Rundschau. Seit 1999 ist sie Moderatorin politischer und kultureller Sendungen beim WDR und beim Deutschlandfunk sowie Autorin von Kommentaren und Features. Außerdem moderiert sie Tagungen und Kongresse und lehrt an der Hamburger Akademie für Publizistik und an der Dortmunder Universität. Zusätzlich ist sie an der Ausbildung der Volontäre des WDR beteiligt.

> Andrea Gebhard

Andrea Gebhard ist seit März 2007 Präsidentin des Bundes Deutscher Landschaftsarchitekten in München. Ihre Zukunftsaufgaben heißen Stadtentwicklung, Darstellung der Relevanz der Landschaftsarchitektur für die Zukunftsfähigkeit, Regionalentwicklung und Gestaltqualität für die Umwelt. Sie studierte Geographie, Soziologie, Landschaftsentwicklung und Landespflege an der Universität Marburg,

der TU Berlin und der Universität Hannover. Als Dipl.-Ing. Landespflege begann sie nach dem Studium 1984 zunächst in Architekturbüros zu arbeiten, ehe sie in das Planungsreferat der Landeshauptstadt München wechselte. 1993 wurde sie zur Leiterin der Abteilung Grünplanung berufen. Im Jahr 2000 übernahm sie die Geschäftsführung der Bundesgartenschau München 2005 GmbH. Seit 2006 führt sie das Büro gebhard konzepte.

> Ulrike Gehring

Als Vize-Präsidentin der Industrie- und Handelskammer Frankfurt vertritt Ulrike Gehring 87.000 Mitgliedsunternehmen im Rhein-Main-Gebiet. Innerhalb der IHK ist sie Vorsitzende der medienpolitischen Kommission Hessen und als Mitglied des Medienausschusses der DIHK in Berlin tätig. Nach vielen Berufsjahren als Fernseh- und Radioreporterin, Redakteurin und Moderatorin ist sie seit 1999 geschäftsführende Gesellschafterin von Screen Art@ productions GmbH Frankfurt/Main und arbeitet als Fernsehproduzentin und Filmautorin für Dokumentationen und Reportagen sowie als Medientrainerin.

> Albert Geiger

Albert Geiger ist Leitender Stadtverwaltungsdirektor in Ludwigsburg. Nach seinem Abitur 1978 studierte er an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung in Stuttgart. Als Diplomverwaltungswirt arbeitete er seit 1983 im technischen Dienst der Stadt Ludwigsburg. In den folgenden Jahren koordinierte er eine Vielzahl von städtebaulichen Entwicklungsprojekten. Er arbeitete 14 Jahre im Stadtplanungsamt in den Bereichen Bauleitplanverfahren und Stadt-sanierung. Seit 2000 ist er verantwortlich für den Fachbereich Bürgerbüro Bauen der Stadt Ludwigsburg. Das Aufgabenportfolio dieses Fachbereichs orientiert sich an der Zielvorgabe „alle Fragen zum Thema Bauen aus einer Hand“. Seit 2004 engagiert sich Geiger in der nachhaltigen Stadtentwicklung, die inzwischen auch vom Bund in der

Leipzig Charta formuliert ist. Für die Stadt Ludwigsburg ist er auf europäischer Ebene Projektleiter des Stadtentwicklungsprojekt Managing Urban Europe.

> Prof. Dr. Martin Gornig

Professor Dr. Martin Gornig ist stellvertretender Leiter der Abteilung Unternehmensstandorte und Agglomeration des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung Berlin DIW. Seit 2007 ist er Honorarprofessor für Stadt- und Regionalökonomie an der Technischen Universität Berlin. Davor war er Lehrbeauftragter an der Humboldt-Universität Berlin, der Universität Kassel und der Technischen Universität Berlin sowie wissenschaftlicher Referent am DIW. Er arbeitete als freier wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik und als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Volkswirtschaftslehre der Technischen Universität Berlin. Er studierte Volkswirtschaftslehre sowie Stadt- und Regionalplanung und promovierte 1998 in Wirtschaftswissenschaften.

> Dr. Reiner Götzen

Dr. Reiner Götzen ist geschäftsführender Gesellschafter der Interboden Innovative Lebenswelten GmbH & Co. KG in Ratingen. Nach dem Studium der Architektur an der ETH Zürich beschäftigte er sich mit Grundstücks- und Wohnungswirtschaft und besuchte Seminare bei Rupert Ley, Jesuitenpater und Wirtschaftsethiker. Vor dem Eintritt in das väterliche Architekturbüro arbeitete er in den Architekturbüros Dr. Klaus Dorn in Zürich und bei Walter von Lom in Köln.

> Dr. Klaus Habermann-Nieße

Dr. Klaus Habermann-Nieße, Stadtplaner und Architekt, studierte an der TU Hannover und promovierte später an der RWTH Aachen. Er ist ordentliches Mitglied der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung, Mitglied der Vereinigung

der Stadt und Regionalplaner, Vorstand der Wohnungsgenossenschaft WOG Nordstadt eG und Vorstandsvorsitzender des wohnbund e.V. Er hatte Lehraufträge an Hochschulen in Hildesheim, Hannover und Hamburg und war 2003 bis 2004 Vertretungsprofessor für Städtebau und Quartiersplanung und Leiter des Instituts Städtebau und Quartiersentwicklung der TU Hamburg Harburg. Er ist Gesellschafter im Planungsbüro plan zwei mit den Schwerpunkten Stadtentwicklung, Stadtforschung, der Stadterneuerung im Stadtteilmanagement und der Bauleitplanung; das Planungsbüro betreut aktuell das Forschungsfeld „Innovationen für Familien und altengerechte Stadtquartiere“ des Bundes. Er ist Geschäftsführer des Instituts für Wohnungspolitik und Stadtökologie (IWS), das Evaluationen im Bereich der Sozialen Stadterneuerung z.B. für die WIN-Quartiere in Bremen durchführt und als Geschäftsstelle des Genossenschaftspreises Wohnen 2008 von BMVBS und GdW fungiert.

> Ulrike Hacke

Ulrike Hacke studierte Soziologie und Psychologie an der Universität Leipzig und ist seit 2000 am Institut Wohnen und Umwelt (IWU), Darmstadt, beschäftigt. Zu ihren Forschungsthemen gehören Aspekte der empirischen Mobilitätsforschung wie die Förderung des Fahrradverkehrs oder die subjektive Sicherheit im ÖPNV, die Analyse wohnungspolitischer Instrumente, insbesondere zur dauerhaften Vermeidung von Wohnungslosigkeit, Perspektiven der Stadtentwicklung im Hinblick auf eine nutzerorientierte Frei- und Grünflächengestaltung sowie einstellungs- und verhaltensabhängige Determinanten der Energieeinsparung im (Miet-) Wohngebäudesektor.

> Dr. Ulrich Hatzfeld

Dr. Ulrich Hatzfeld ist Leiter der Abteilung Stadtentwicklung im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung. Er studierte Stadt-, Regional- und Landesplanung an der Universität Dortmund und war

dort wissenschaftlicher Mitarbeiter sowie Gesellschafter und Geschäftsführer des Planungsbüros DASI. Er war 15 Jahre lang Inhaber des Büros Hatzfeld-Junker, Stadtforschung/Stadtplanung. Von 1996 bis 2006 arbeitete er als Gruppenleiter im Ministerium für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport (MSWKS) des Landes Nordrhein-Westfalen in Düsseldorf.

> Prof. Dr. Manfred Hegger

Professor Dr. Manfred Hegger ist seit 2001 Professor an der Technischen Universität Darmstadt für das Fachgebiet Entwerfen und Energieeffizientes Bauen. Er studierte Architektur an der Universität Stuttgart und an der Hochschule für Gestaltung Ulm, dazu Systemtechnik an der TU Berlin sowie Planung an der University of London/London School of Economics and Political Science. Vor seiner Berufung lehrte er an den Universitäten Stuttgart und Hannover und an der Gesamthochschule Kassel. 2007 gewann er mit seinem Team den Solar Decathlon für ein Sonnenenergie-Haus.

> Prof. Dr. Ilse Helbrecht

Professor Dr. Ilse Helbrecht ist Konrektorin für Lehre, Studium und Internationale Beziehungen an der Universität Bremen. Sie studierte Geographie, Soziologie, Raumplanungs- und Verwaltungsrecht an der Universität Münster. Sie promovierte und habilitierte an der TU München und wurde als Professorin für Humangeographie mit dem Schwerpunkt Angewandte Geographie an die Universität Bremen berufen. Davor qualifizierte sie sich in München, Vancouver und Amsterdam für die wissenschaftliche Laufbahn. Von 2001 bis 2004 war sie Mitglied der Enquête-Kommission Zukunft der Städte in NRW des Landtages Nordrhein-Westfalen.

> Armin Hentschel

Armin Hentschel ist geschäftsführender Direktor des Instituts für soziale Stadtentwicklung in Potsdam. Das Institut wurde 1983 zur Förderung wissenschaftlicher Arbeiten auf dem Gebiet der Stadt- und Wohnforschung gegründet. Von 1982 bis 1986 war er wissenschaftlicher Mitarbeiter von Professor Hämer am Forschungsschwerpunkt Stadterneuerung der Hochschule der Künste Berlin, bis 1999 wissenschaftlicher Berater des Berliner Mietervereins und von 1990 bis 2006 wissenschaftlicher Leiter des IFSS. An der TU Berlin hatte er von 1994 bis 1998 eine Gastprofessur am Fachbereich Architektur, Lehrstuhl Stadtökonomie und Wohnungswirtschaft inne.

> Oberbürgermeister Walter Hoffmann

Der Darmstädter Oberbürgermeister Walter Hoffmann studierte von 1973 bis 1977 an der Gesamthochschule Kassel mit dem Abschluss Lehramt für Mittel- und Oberstufe. Nach dem Berufseinstieg bei VW Baunatal studierte er weiter an der Akademie der Arbeit in Frankfurt/Main. Anschließend war er DGB-Gewerkschaftssekretär beim DGB-Kreis Wetterau, dessen Kreisvorsitzender er wurde. Von dort wechselte er 1991 zum Vorsitz des DGB-Kreises Starkenburg in Darmstadt. Sieben Jahre war er Mitglied des Deutschen Bundestages, bevor er 2005 zum Oberbürgermeister der Wissenschaftsstadt Darmstadt gewählt wurde.

> Guido Höffner

Nach der Ausbildung zum Kaufmann in der Grundstücks- und Wohnungswirtschaft bei der Rheinischen Wohnstätten AG in Duisburg trat er dort 1968 seine erste Stelle an. Nach einem Betriebswirtschaftsstudium wurde er Sachbearbeiter in der Abteilung Volkswirtschaft/Statistik und Marktforschung bei der Westdeutschen Wohnhäuser AG in Düsseldorf. 1973 wurde er Gruppenleiter der Datenverarbeitung bei der Krupp Wohnen und Dienstleistung GmbH in Essen. Dort leitete er in der Folge den

Bereich Liegenschaften und Datenverarbeitung und wurde 1984 mit der Prokura ausgestattet. 1989 wurde er Leiter der Abteilung der Finanzen. Seit 1992 ist er im Vorstand der Gemeinnützigen Baugesellschaft Kaiserslautern AG.

> Dr. Bernd Hunger

Dr. Bernd Hunger ist Referent für Wohnungsbau, Städtebau, Forschung und Entwicklung im GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen e.V. Außerdem ist er Stadtplaner und Stadtsoziologe mit eigenem Büro in Berlin. Seine Arbeitsschwerpunkte sind u.a. Stadtumbau Ost und West, Soziale Stadt, integrierte Stadtentwicklungskonzepte, Baukultur im Wohnungs- und Städtebau, Strategien zum Zusammenwirken von Kommunen und Wohnungswirtschaft in der europäischen Stadt sowie Stadtforschung u.a. zu den Themen städtebauliche und soziale Weiterentwicklung von Großsiedlungen, überforderte Nachbarschaften – soziale Erosion in benachteiligten Stadtquartieren, sozialverträglicher Um- und Rückbau von Wohnquartieren, Zwischennutzungen und neue Freiflächen im Stadtumbau.

> Karl Jasper

Karl Jasper ist Leitender Ministerialrat im Ministerium für Bau und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen. Er studierte Jura in Bielefeld. Seit 1991 ist er im Ministerium als Referatsleiter für Angelegenheiten der IBA Emscher Park tätig. Seit 1997 ist er Leiter der Gruppe Städtebau, Kultur und Denkmalschutz, seit 2001 Leiter der Abteilung Stadtentwicklung. Seit 2007 leitet er die Gruppe Stadtentwicklung und Strukturpolitik.

> Dr. Tobias Just

Dr. Tobias Just ist seit 2001 Leiter der Branchen- und Immobilienmarktresearch der Deutschen Bank Research. Nach seiner Ausbildung beim Otto-Versand studierte er

Betriebswirtschaftslehre in Hamburg und Uppsala. Nach dem Diplom 1997 arbeitete er an der Bundeswehr-Universität in Hamburg. Seine Doktorarbeit zu Fragen der Steuer- und Währungspolitik wurde 2001 mit dem Wissenschaftspreis der Freunde und Förderer der Bundeswehr-Universität Hamburg ausgezeichnet. Seit 2001 arbeitet er für die Deutsche Bank Research mit dem Schwerpunkt Real Estate Management und Regionalwirtschaft. Er ist aktives Mitglied der Initiative Finanzstandort Deutschland und der Gesellschaft für Immobilienwirtschaftliche Forschung e.V. Darüber hinaus hat Dr. Just Lehraufträge an der TU Berlin und an der European Business School in Oestrich-Winkel.

> Gudrun Kirchhoff

Gudrun Kirchhoff ist Sozialwissenschaftlerin und arbeitet seit Januar 2006 als wissenschaftliche Referentin bei der Schader-Stiftung in Darmstadt. Sie studierte Soziologie an der Freien Universität Berlin. Nach dem Diplom arbeitete sie viele Jahre als Sozialplanerin und Stadtforscherin in Berlin. Von 1997 bis 1999 war sie wissenschaftliche Mitarbeiterin am Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung IRS in Erkner. Anschließend wechselte sie zum Institut für Stadtentwicklung und Wohnen ISW nach Frankfurt/Oder und arbeitete dort als Leiterin des Bereichs Wohnungspolitik und Wohnungswesen und stellvertretende Institutsleiterin bis Ende 2003. Mit der zivilgesellschaftlichen Entwicklung des Grenzraums Brandenburg/Polen beschäftigte sie sich 2004/2005 im Rahmen des Projektes Mobiles Beratungsteam Eurokomm.

> Stefan Klinkenberg

Stefan Klinkenberg ist Architekt und Projektentwickler in Berlin. Seine Studenschwerpunkte an der TU Berlin waren Bauen in Entwicklungsländern, Selbsthilfe und Genossenschaften, Stadterneuerung, Energiebewusstes Bauen, Baugeschichte, Klassizismus sowie frühe Moderne und Entwerfen. Zusätzlich studierte er Kunst-

geschichte, Archäologie und Technikgeschichte. Von 1982 bis 1985 war er als Architekt bei der Arbeitsgemeinschaft für Wohnbau und Stadtteilplanung an Stadterneuerungsprojekten in Berlin (Kreuzberg und Tiergarten) und an dem Selbsthilfeprojekt Jagowstrasse 12 beteiligt. Seit 1985 ist er selbstständig in Berlin und Leipzig tätig (Partnerschaften mit C. Kampmann und D. Zobel). Seine Arbeitsschwerpunkte sind Stadterneuerung und Denkmalpflege, Selbsthilfe, Baugruppen, ökologisches Bauen, Büro- und Gewerbebauten, Wohnungsbau und Projektentwicklung mit alternativen Konzepten.

> Prof. em. Dr. Dieter Läßle

Professor em. Dr. Dieter Läßle ist immer noch aktiver Emeritus der HafenCity Universität Hamburg. Nach Facharbeiterausbildung und abgeschlossenem Studium als Fahrzeugbauingenieur studierte er Wirtschafts- und Sozialwissenschaften an der TU und FU Berlin. Lehr- und Forschungstätigkeiten übte er u.a. in Berlin, Amsterdam, Paris, Aix-en-Provence/Marseille und Leiden (NL) aus. 1986 wurde er Professor für Stadt- und Regionalökonomie. Seit 1993 leitete er das Institut für Stadt- und Regionalökonomie und -soziologie an der TU Hamburg-Harburg. Er war Gastprofessor an der Universität Aix-en-Provence/Marseille, am Wissenschaftszentrum Nordrhein-Westfalen und auf dem Lehrstuhl Alfred Grosser am Institut d'Etudes Politiques de Paris (Science Po). Am Hanse-Wissenschaftskolleg war er Research Fellow.

> Florian Lichtblau

Florian Lichtblau ist freier Architekt in München und studierte von 1976 bis 1982 an der TU München und an der ETH Zürich. Nach seinem Abschluss als Diplom-Ingenieur war er bis 1985 in München und in Spanien wissenschaftlich tätig. Von 1982/83 gehörte er der Architektengruppe MH 4 (München/Frankfurt) an, gründete 1984 sein eigenes Büro in München, seit 1988 in Gemeinschaft mit Wendelin Lichtblau und

Büro Franz Lichtblau + Ludwig Bauer unter einem Solardach. Seit 1996 ist er Lehrbeauftragter, u.a. an der Fachhochschule München.

> Prof. Dr. Rolf Lindner

Professor Dr. Rolf Lindner studierte Soziologie, Publizistik und Psychologie an der Freien Universität Berlin. Heute lehrt er als Professor am Institut für Europäische Ethnologie an der Humboldt-Universität zu Berlin. Er ist Mitherausgeber der Zeitschrift Historische Anthropologie, Mitglied des Editorial Board der Zeitschrift Cultural Studies und des Wissenschaftlichen Beirats der Zeitschrift für Soziologie. Zurzeit arbeitet er zu den Schwerpunkten Stadtforschung und Wissenschaftsforschung. Seine Interessengebiete sind im Wesentlichen Alltags- und Subkultur, Stadtethnologie, Volkskunde sowie Cultural Studies.

> Dittmar Loose

Dietmar Loose ist Diplom-Sozialarbeiter und leitet die Geschäftsstelle der SAGA GWG in Hamburg-Wilhelmsburg mit etwa 8.500 Wohnungen. Vorher war er einige Jahre als Industriekaufmann im Vertrieb tätig. Von 1985 bis 1998 war er in der kaufmännischen Betreuung und Quartiersentwicklung von Großwohnanlagen in NRW und Bremen engagiert. Seit 1998 ist er Geschäftsstellenleiter der SAGA GWG, zunächst für Hamburg-Horn bis Steilshoop, seit 2001 Hamburg-Wilhelmsburg. Die SAGA GWG als kommunales Wohnungsunternehmen der Hansestadt Hamburg hat 130.000 Wohnungen in ihrem Bestand.

> Peter Lückemeier

Peter Lückemeier ist Journalist in Frankfurt/Main. Er studierte Politische Wissenschaften in Münster und Berlin und verbrachte ein prägendes Jahr als Fulbright-Stipendiat an der University of Wisconsin in Madison. Er war als Volontär bei der Berliner Boulevardzeitung Der Abend tätig und ist seit 1980 bei der Rhein-Main-Zeitung, dem F.A.Z.-

Regionalteil. Dort wurde Peter Lückemeier 1990 Ressortleiter. Für die Leser der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung fasst er Woche für Woche in den Herzblatt-Geschichten das Wichtigste und Heftigste aus deutschen Klatschblättern zusammen.

> Staatssekretär Dr. Engelbert Lütke Daldrup

Nach dem Studium der Raumplanung (Stadt- und Regionalplanung) an der Universität Dortmund und der Auszeichnung mit dem Schinkelpreis war Staatssekretär Dr.-Ing. Engelbert Lütke Daldrup zunächst von 1982 bis 1985 Städtebaureferendar und Baurat in Frankfurt/Main. Nach wissenschaftlicher Mitarbeit an der TU Berlin promovierte er 1988 in den Ingenieurwissenschaften, arbeitete dann in der Senatsverwaltung für Bau- und Wohnungswesen in Berlin und wurde 1992 zum Leiter des Referats Hauptstadtgestaltung bestellt, bevor er 1995 Beigeordneter für Stadtentwicklung und Bau (Stadtbaurat) in Leipzig wurde. Von 2001 bis 2005 war er außerdem stellvertretender Vorsitzender des Bau- und Verkehrsausschusses des Deutschen Städtetages, Mitglied der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung sowie Mitglied der Sächsischen Akademie der Künste. Im Januar 2006 wurde er zum Staatssekretär im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung ernannt.

> Herbert Mai

Herbert Mai ist seit 2001 Vorstand und Arbeitsdirektor der Fraport AG. Nach einer Ausbildung für den gehobenen Verwaltungsdienst des Landes Nordrhein-Westfalen war er Regierungsinspektor beim Regierungspräsidenten in Düsseldorf. Anschließend folgte eine Tätigkeit für die Gewerkschaft ÖTV in Hessen. Berufsbegleitend absolvierte er die Fachhochschule für Sozialarbeit in Frankfurt/Main. Nach der Übernahme des Landesvorsitzes in Hessen ab 1982 wurde er 1995 Vorsitzender der ÖTV. 1996 wurde er zum Präsidenten des

Europäischen Gewerkschaftsverbandes für den öffentlichen Dienst (EGÖD) und zum Präsidenten der europäischen Organisation der Internationale der öffentlichen Dienste (IÖD) gewählt. Er ist Vorsitzender der Fachgruppe Flughäfen der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) und Mitglied des Präsidiums der VKA. In der Frankfurter Sportstiftung engagiert er sich besonders in der Förderung von Nachwuchssportlern des Rhein-Main-Gebietes.

> Reiner Nagel

Reiner Nagel ist seit 2005 Leiter der Abteilung Stadt- und Freiraumplanung bei der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung in Berlin. Nach dem Diplom 1985 in Hannover war er zunächst freier Architekt und Planer, dann von 1986 bis 1988 Städtebaureferendar bei der Freien und Hansestadt Hamburg und anschließend bis 1991 Bezirksplaner in Hamburg-Wandsbek. Bis 1994 war er dort Referent des Oberbaudirektors und danach Planungsreferent der Senatskanzlei und Baudirektor. Ab 1998 war er für die GHS Gesellschaft für Hafen- und Standortentwicklung tätig und ab 2004 Mitglied der Geschäftsleitung der neu firmierten HafenCity Hamburg GmbH.

> Dirk Otto

Dirk Otto ist geschäftsführender Vorstand und Zentrumsleiter der Triple Z AG in Essen. 1991 schloss er als Diplom-Ingenieur das Studium der Raumplanung an der Universität Dortmund ab und arbeitete anfangs als Mitarbeiter einer Unternehmensberatung mit den Arbeitsschwerpunkten Begleitung der Umstrukturierung der Eisen- und Stahlindustrie – Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen. Ab 1993 war er für die EWG Essener Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH im Bereich der Projektentwicklung und der branchenorientierten Wirtschaftsförderung tätig. Seit 2000 ist er geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Zukunfts-ZentrumZollverein Aktiengesellschaft zur Förderung von Existenzgründungen–Triple Z.

> Ayse Özbabacan

Ayse Özbabacan ist Mitarbeiterin der Stabsstelle für Integrationspolitik der Stadt Stuttgart. In Tübingen und Antwerpen studierte sie von 1996 bis 2003 Rechtswissenschaften und Europastudien. 2005 graduierte sie als Magistra Artium für Euroculture in Göttingen und Groningen (NL). Nach Ausbildung zur Datenschutzbeauftragten an der Ulmer Akademie für Datenschutz und IT-Sicherheit (UDIS) arbeitete sie 2006/07 für die Firma Gigatronik GmbH in München und Stuttgart am Aufbau eines Informationsschutz-Managementsystems. Seit 2006 ist sie Mitarbeiterin der Stabsstelle für Integrationspolitik der Landeshauptstadt Stuttgart: Koordinatorin des Europäischen Städtenetzwerks CLIP (Cities for Local Integration Policy – Europäisches Städtenetzwerk zur kommunalen Migrantenpolitik), Unterstützung der Stabsstelle bei der Umsetzung der Ziele des Stuttgarter Bündnisses für Integration. Ihre Aufgabengebiete sind: Interkulturelle Öffnung der Stadtverwaltung, Frauen, Migration und Behinderung.

> Dr. Tillmann Prinz

Dr. Tillmann Prinz ist seit 2003 Bundesgeschäftsführer der Bundesarchitektenkammer BAK. 1985 bis 1990 studierte er Rechtswissenschaften an den Universitäten Kiel, Freiburg/Breisgau und Lausanne und absolvierte das 1. Staatsexamen. 1991 bis 1995 war er Referendar in Kiel, Hamburg, Zürich und Paris und absolvierte das 2. Staatsexamen. 1994 folgte die Promotion. Bis dahin war er auch juristischer Mitarbeiter der Architekten- und Ingenieurkammer Schleswig-Holstein in Kiel. Von 1995 bis 1997 arbeitete er als Justitiar der Bayerischen Ingenieurkammer-Bau in München; bis 2000 war er beim Bund Deutscher Architekten, Bonn/Berlin. Anschließend war er bis 2002 Geschäftsführer und Justitiar des Bundes Deutscher Architekten. Von 2002 bis 2003 war er Senior Policy Advisor beim Architects Council of Europe in Brüssel.

> Gerhard Rohde

Gerhard Rohde ist Geschäftsführer des Spar- und Bauvereins Solingen. Er studierte bis 1982 Architektur und Stadtplanung in Hannover mit Abschluss Diplom-Ingenieur und war dann drei Jahre Assessor des Bau-fachs, Fachrichtung Städtebau. Von 1985 bis 1989 war er wissenschaftlicher Mitarbeiter bei der HLT Gesellschaft für Forschung Planung Entwicklung mbH Wiesbaden/Kassel, bis 1994 als Referent für Grundsatzfragen des Städtebaus und der Ortsplanung zuständig für städtebauliche Forschung im Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein und bis 1997 Leiter der Abteilung Entwicklung bei der Treuhand Liegenschaftsgesellschaft mbH Berlin/Thüringen. Seit 1997 ist er technischer Geschäftsführer und hauptamtliches Vorstandsmitglied beim Spar- und Bauverein Solingen eG.

> Dr. Franz-Georg Rips

Dr. Franz-Georg Rips studierte von 1967 bis 1974 Rechtswissenschaften an der Universität Köln und promovierte 2003 an der Universität Bremen. Bis 1994 war er freiberuflich als Anwalt tätig. Ab 1995 war er Direktor des Deutschen Mieterbundes e.V., dessen Präsident er seit 2007 ist. Er ist Mitglied des Vorstands des Deutschen Verbandes für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung (DV). Daneben engagierte er sich von 1979 bis 2004 in der Kommunalpolitik für die Stadt Erfurt und ist Mitglied in vielen weiteren Gremien.

> Jürgen Roloff

Jürgen Roloff ist Projektleiter des Büros für Lokale Wirtschaft in Hamburg. Neben dem Studium der Ethnologie (Abschluss 1992) und dem Studium der Stadtplanung (Abschluss 2004) betätigte sich Jürgen Roloff in der Quartiersentwicklung in Hamburg (St. Pauli, Altona 1999-2000; Hamm, Horn 2001-2004; Barmbek, Wilhelmsburg, St. Georg 2004 bis heute). Studienschwerpunkt im Bereich der Stadtpla-

nung und Ausgangspunkt der Tätigkeiten in der Quartiersentwicklung war jeweils der Bereich der „Lokalen Wirtschaft“. Seit 2004 steht der Auf- und Ausbau von Interessengemeinschaften und Unternehmensnetzwerken im Vordergrund seiner Projektarbeit.

> Prof. Dr. Martin T.W. Rosenfeld

Professor Dr. Martin T.W. Rosenfeld ist Leiter der Forschungsabteilung für Stadtökonomik am Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH). Nach der Diplomprüfung 1978 und der Promotion 1983 in Volkswirtschaftslehre wurde ihm an der Universität Hamburg das Lehrgebiet Föderalismus und Finanzausgleich zugewiesen. Nach der Habilitation 1994 wurde er als Hochschuldozent für Volkswirtschaftslehre an die Fachhochschule der Sächsischen Verwaltung Meißen berufen und 2000 wurde ihm an der Universität Hamburg der akademische Titel Professor verliehen. Seit 1998 leitet er die Forschungsabteilung Stadtökonomik im IWH.

> Alexander Rychter

Alexander Rychter ist Bundesgeschäftsführer des Bundesverbandes Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen e.V. (BfW). Er studierte ab 1988 Rechtswissenschaften sowie Geschichte mit den Nebenfächern Verfassungsgeschichte und Wirtschaftsstrafrecht in Heidelberg und Freiburg/Breisgau. Zwischen dem 1. und 2. Staatsexamen durchlief er den juristischen Vorbereitungsdienst und graduierte 1996 zum Magister Artium. Seit 1998 ist er Mitglied der Geschäftsleitung und seit 2005 Bundesgeschäftsführer des BfW als Spitzenverband der unternehmerischen Wohnungs- und Immobilienwirtschaft mit bundesweit 1.600 Mitgliedsunternehmen.

> Udo Sahling

Udo Sahling ist seit 2001 Geschäftsführer der Klimaschutzagentur Region Hannover GmbH. Zuvor war er acht Jahre im Kom-

munalverband Großraum Hannover tätig, zunächst als Sachgebietsleiter Energie und Umwelt/Abteilung Regionalplanung, dann als Sachgebietsleiter Energie und Abfall/Abteilung Regionalplanung, schließlich als Sachgebietsleiter Energiekonzepte/Abteilung Wirtschaftsförderung und zuletzt als Funktionsgruppenleiter Energie und Klimaschutz und Verantwortlicher für das Klimaschutzprogramm EXPO Region Hannover (KLEX). Er studierte Geographie an der Leibniz Universität Hannover und schloss dort als Diplom-Geograph ab.

> Norbert Scharbach

Norbert Scharbach ist seit 2006 Vorsitzender des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bau- und Wohnungswesen (ASBW) der Bauministerkonferenz der Länder. Des Weiteren leitet er die Abteilung Ausländer- und Migrationsangelegenheiten, Städtebau, Bau- und Wohnungswesen des Innenministeriums des Landes Schleswig-Holstein. Für die Länder ist er als Mitglied des Projektausschusses zur Nationalen Stadtentwicklungspolitik im Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Stadtentwicklung tätig. Er studierte Rechtswissenschaften.

> Prof. Reiner Schmidt

Reiner Schmidt arbeitet, lehrt und publiziert in den Handlungsfeldern Stadt- und Freiraumentwicklung, Wohnungs- und Immobilienwirtschaft sowie planungsbezogene Kommunikation. Im Fokus steht die Begleitung professioneller Netzwerke und die Beförderung zivilgesellschaftlichen Engagements bei der Weiterentwicklung des Gemeinwesens Stadt. Zu den Dienstleistungsangeboten gehören Unternehmens- und Politikberatung, Veranstaltungsmanagement und Öffentlichkeitsarbeit sowie die Konzeption und Begleitung von Projekten, Initiativen und Kampagnen. Er ist Mitbegründer von „URBANES WOHNEN e.V.“, München (seit 1983). Seit 1999 führt er die Agentur „konzept+kommunikation“ mit Sitz in Helmstedt und München. Redaktion der Sonderhefte der Fachzeitschrift

„DW Die Wohnungswirtschaft“, Hamburg seit 2006. Gründung der Agentur „campus.office“ am Standort Bernburg der Hochschule Anhalt in 2008.

> **Prof. Dr. Walter Siebel**

Professor Dr. Walter Siebel forscht und lehrt an der Universität Oldenburg. Nach dem Studium in Maschinenbau, Volkswirtschaftslehre und Soziologie in Aachen, Köln, Bonn, New York und Frankfurt/Main legte er 1968 in Frankfurt die Diplomprüfung ab und promovierte 1974 in Darmstadt. Dort war er zuvor drei Jahre Assistent und anschließend drei Jahre wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut Wohnen und Umwelt. Seit 1975 lehrt er an der Universität Oldenburg. Er war u.a. Leiter der Arbeitsgruppe Stadtforschung, Fellow am Kulturwissenschaftlichen Institut im Wissenschaftszentrum des Landes Nordrhein-Westfalen und wissenschaftlicher Direktor der Internationalen Bauausstellung Emscher Park Gelsenkirchen.

> **Ullrich Sierau**

Nachdem er Raumplanung in Dortmund und Planning in Oxford studiert hatte, durchlief Ullrich Sierau von 1983 bis 1985 das Referendariat des Landes Nordrhein-Westfalen, wurde Assessor und trat 1986 seinen Dienst im Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen an. 1994 wurde er Direktor des Instituts für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen (ILS) in Dortmund, 1999 Planungsdezernent ebenda und ist seit 2007 Stadtdirektor der Stadt Dortmund und Dezernent für Planung, Städtebau und Infrastruktur.

> **Michael Stein**

Michael Stein ist seit 2007 Vorsitzender der Vereinigung für Stadt-, Regional- und Landesplanung SRL e.V. Er studierte von 1972 bis 1979 Geschichte, Soziologie, Philosophie, Publizistik und Stadt- und Regio-

nalplanung in Stuttgart und Berlin. Von 1980 bis 1989 war er Mitarbeiter und Vorstand der Arbeitsgemeinschaft für Sozialplanung und angewandte Stadtforschung AG SPAS e.V. Von 1989 bis 1993 war er als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Stadt- und Regionalplanung der TU Berlin aktiv und lehrte an der Pädagogischen Hochschule Berlin. Zwischen 1997 und 1999 lehrte er an der TU Berlin und konnte nach mehreren Studienaufenthalten im Nahen Osten wissenschaftliche Kooperationsprojekte in Beirut realisieren. Seit 1990 ist er Geschäftsführer der complan, Gesellschaft für kommunale Planung und Stadtentwicklung mbH.

> **Gerhard W. Steindorf**

Gerhard W. Steindorf ist seit 2003 Geschäftsführer der Adlershof Projekt GmbH in Berlin. Nach dem Studium des Bauingenieurwesens an der Hochschule für das Bauwesen in Frankfurt/Main mit Abschluss als Diplom-Ingenieur begann er 1969 als Architekt für Industrieprojekte bei der Aktiengesellschaft für Industrieanlagen, AGIPLAN im Büro Frankfurt. Von 1971 bis 1978 war er Projektmanager bei der Deutsche Anlagen Leasing, Mainz, von 1978 bis 1992 Geschäftsführer der DG Immobilien Leasing GmbH. 1992 bis 1998 war er Geschäftsführer in zwei Entwicklungsunternehmen der privaten Wirtschaft in Berlin und baute 2002/03 eine deutsche Beratungsgesellschaft für Fusionen, Unternehmenskäufe und -verkäufe im Mittelstands-Segment auf. Seit 2006 ist er auch Geschäftsführer der Wasserstadt GmbH.

> **Dr. Andreas Stücke**

Dr. Andreas Stücke ist Generalsekretär des Zentralverbandes der Deutschen Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümer, Haus & Grund Deutschland. Er begann 1992 seinen beruflichen Weg als Unternehmensberater bei Kienbaum in Düsseldorf, wo er zuletzt den Bereich Politikberatung leitete. 2000 übernahm der promovierte Volljurist die Hauptgeschäftsführung eines Ver-

bandes der deutschen Ernährungsindustrie. Seit November 2003 bekleidet er seine jetzige Position.

> **Sabine Süß**

Sabine Süß ist seit Juni 2007 Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Schader-Stiftung. Sie studierte Germanistik, Publizistik und Philosophie an der Freien Universität Berlin. Von 2004 bis 2006 war sie Gründungsdirektorin des Deutschen Auswandererhaus (DAH) in Bremerhaven, 2001 bis 2004 Geschäftsführerin des Internationalen Forums für Gestaltung (IFG) GmbH an der Stiftung Hochschule für Gestaltung in Ulm, 1999 bis 2004 Geschäftsführende Gesellschafterin Computerkultur – Gesellschaft für Projektmanagement mbH in Berlin. Weitere Arbeitsschwerpunkte: Strategische Planung von Kommunikationsmaßnahmen; Management von kulturhistorischen Ausstellungen u.a. für die EXPO 2000 Hannover GmbH, das Deutsche Historische Museum Berlin, Berliner Festspiele GmbH; Herausgeberin des Nachschlagewerks „Design und Architektur - Studium und Beruf. Fakten, Positionen, Perspektiven“ (Basel 2004).

> **Prof. Klaus Wermker**

Professor Klaus Wermker studierte Sozialwissenschaften in Münster, Hamburg und Bochum, wo er 1967 sein Studium mit dem Diplom abschloss. 1968/69 war er wissenschaftlicher Assistent am Institut für politische Wissenschaft der Universität Bochum. Nach einem Forschungsprojekt über Streiks und Aussperrungen begann er 1971 im Bereich Stadtentwicklung, Stadtforschung, Statistik und Wahlen sowie Zentrale Steuerung der Stadt Essen zu arbeiten. Seit 1985 ist er Amtsleiter, seit 2001 zudem Leiter des Büros für Stadtentwicklung der Stadt Essen. Außerdem ist er seit 1987 für das Deutsche Institut für Urbanistik, Berlin, tätig und seit 2006 Honorarprofessor der Universität Duisburg-Essen.

> **Dr. Edith Wiegelmann-Uhlig**

Dr. Edith Wiegelmann-Uhlig studierte Geographie und Mathematik in Münster und Freiburg. Außerdem war sie Zweithölerin für Informatik an der Fernuniversität Hagen. Nach dem 1. Staatsexamen belegte sie den Promotionsstudiengang Stadt- und Regionalgeographie. Bevor die gebürtige Bonnerin 1990 in städtische Dienste trat, lehrte sie an der Merkur Akademie International in Karlsruhe. Von 1998 an stand die unter anderem in den Arbeitskreis Stadtentwicklungsplanung des Deutschen Städtetags berufene Akademikerin ihrem Vorgänger Rainer Duss als Stellvertreterin zur Seite. Nach dessen Ausscheiden im Juli 2005 führte sie die Geschäfte kommissarisch weiter. Zurzeit leitet sie das Amt für Stadtentwicklung in Karlsruhe.

> **Dr. Rosemarie Wilcken**

Dr. Rosemarie Wilcken ist Bürgermeisterin der Hansestadt Wismar. Ab 1966 studierte sie Humanmedizin und promovierte 1973. Bis 1990 praktizierte sie als Allgemeinmedizinerin und Kinderärztin. 1990 wurde sie zur Bürgermeisterin gewählt und 2002 bestätigt. Der Schwerpunkt ihrer politischen Arbeit ist die Förderung des Ausbaus der Hansestadt Wismar als Wirtschafts- und Infrastrukturstandort. Neben anderen Gremientätigkeiten ist Rosemarie Wilcken Stellvertreterin des Präsidenten des Deutschen Städtetags, Mitglied des Verwaltungsrats der Bundesagentur für Arbeit, des Verwaltungsrats des NDR und der sog. Rürup-Kommission. Zudem ist sie Mitglied des Vorstands der Deutschen Stiftung Denkmalschutz.

> **Gerda Zeuss**

Gerda Zeuss ist Projektentwicklerin für die AWO-Stiftung in Fürth. Sie studierte und forschte bis 1975 an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg in den Fächern Germanistik und Geschichte, Soziologie, Politik und Pädagogik. Anschließend führte sie empirische

Sozial- und Aktionsforschungen durch. Von 1980 bis 1999 war sie Projektentwicklerin und Sozialplanerin in Gebieten der Stadterneuerung in Nürnberg und München. Seit 2000 arbeitet sie im Auftrag des Bund-Länder-Programms Soziale Stadt an vorbereitenden Untersuchungen und im Quartiersmanagement und betreut daraus resultierende Folgeprojekte.

> Prof. Peter Zlonicky

Professor Peter Zlonicky ist Stadtplaner und Stadtforscher. Nach dem Studium der Architektur und erster Selbständigkeit 1964 in Darmstadt, 1966 in Essen und 1979 in Dortmund, gründete er 2000 in München das Büro für Stadtplanung und Stadtforschung. Zlonicky war Universitätsprofessor an der RWTH Aachen von 1971 bis 1976, an der Universität Dortmund von 1976 bis 2000 sowie an der TU Hamburg-Harburg von 2000 bis 2002. Er war Gastprofessor in Venedig, Trento und Zürich und lehrt seit 2002 in Wien. Er arbeitet in den Schwerpunkten Regionale Kooperation, Stadtentwicklung und Stadtgestaltung, behutsame Stadterneuerung sowie Moderation von Verfahren. Zu seinen Aufgaben gehören außerdem Entwicklungshilfe im Nahen Osten, in Nord- und Westafrika; Evaluierungen in Rumänien, in Haiti und Brasilien; Kooperationen mit dem Pratt Institute in Brooklyn, N.Y., und mit dem Technion in Haifa; Forschung vor allem zur Sozialverträglichkeit großer Projekte und zur zukünftigen Entwicklung von Stadtteilen.

> Matthias Zschokke

Der Schweizer Matthias Zschokke ist Schriftsteller und Filmemacher. Nach dem Besuch der Schauspielschule in Zürich war Zschokke bei Peter Zadek am Schauspielhaus Bochum engagiert. Seit 1980 lebt Zschokke als Schriftsteller und Filmemacher in Berlin. In den vergangenen 25 Jahren hat Zschokke acht Prosabände, acht Theaterstücke und drei Filme vorgelegt. 1996 erhielt er den Aargauer Literaturpreis.

> Martin zur Nedden

Martin zur Nedden ist seit 2006 Beigeordneter für Stadtentwicklung und Bau der Stadt Leipzig und damit Bürgermeister und Stadtbaurat. Er studierte von 1974 bis 1980 an der TU Wien Raumplanung und Raumordnung (Abschluss: Diplom-Ingenieur). Vor der großen Staatsprüfung 1982 war er Planer bei Speerplan, Frankfurt/Main. Nach einer kurzen Phase in der Privatwirtschaft war er Planer in der Gemeinde Isernhagen/Landkreis Hannover und in der Stadt Unna; dort zuletzt als Beigeordneter. 1997 bis 1999 leitete er das Stadtplanungsamt der Stadt Bochum und war dort bis zu Beginn seiner Tätigkeit in Leipzig Stadtbaurat.

Internetadressen

Schader-Stiftung
www.schader-stiftung.de

Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung BMVBS
www.bmvbs.bund.de

Nationale Stadtentwicklungspolitik
www.nationale-stadtentwicklungspolitik.de

Partner

Bund Deutscher Architekten BDA
www.bda-bund.de

Bund Deutscher Landschaftsarchitekten bdla
www.bdla.de

Bundesarchitektenkammer e.V.
www.bak.de

Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen e.V.
www.bfw-bund.de

Deutscher Mieterbund e.V.
www.mieterbund.de

Deutscher Städtetag
www.staedtetag.de

Deutscher Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung e.V.
www.deutscher-verband.org

GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen e.V.
www.gdw.de

HafenCity Universität Hamburg
www.hcu-hamburg.de

Haus & Grund Deutschland
www.haus-und-grund.net

Institut für Wirtschaftsforschung Halle
www.iwh-halle.de

LBS Bausparkasse der Sparkassen
www.lbs.de

SRL - Vereinigung für Stadt-, Regional- und Landesplanung e.V.
www.srl.de

VdW südwest – Verband der Südwestdeutschen Wohnungswirtschaft e.V.
www.vdwsuedwest.de

Wohnbund e.V.
www.wohnbund.de

Medienpartner

Frankfurter Allgemeine Zeitung für Deutschland
www.faz.net

Unterstützung

Wissenschaftsstadt Darmstadt
www.darmstadt.de

Beiträge der Referenten und Referentinnen

Nutzeransichten und Wohnwünsche
Armin Hentschel, Institut für soziale Stadtentwicklung, Potsdam
www.ifss-potsdam.de

„Assisted Living“ - Zukunft in Kaiserslautern
Guido Höffner, BAU AG Kaiserslautern
www.bau-ag-kl.de/service/mittendrin.pdf

Genossenschaftliches Wohnprojekt „WohnSinn“
Birgit Diesing - Bau- und Wohngenossenschaft WohnSinn eG Darmstadt
www.wohnsinn-darmstadt.de

„Quartis Les Halles“ – Neue Wohnkonzepte in Düsseldorf
Dr. Reiner Götzen – Interboden - Innovative Lebenswelten
www.quartis-leshalles.de

Governance internationaler Potenziale – kommunale Konzepte
Ayse Özbabacan, Stabsstelle für Integrationspolitik, Stuttgart
www.stuttgart.de/integrationspolitik
www.eurofound.europa.eu/areas/populationandsociety/clip.htm

Milieuviefalt im Quartier – Quartiersmanagement in St. Georg, Hamburg
Jürgen Roloff, Büro für Lokale Wirtschaft, Hamburg
www.lokale-wirtschaft.de

IBA-Projekt Weltquartier
Dittmar Loose, SAGA GWG, Hamburg
www.saga-gwg.de
www.iba-hamburg.de/de/04_info/4_mediathek/index.php?we_objectID=1829&year=2007

Entwicklungstendenzen städtischer Ökonomien im globalen Kontext
Prof. Dr. Martin Gornig, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin
www.diw.de

Kreativ, flexibel, prekär – die soziale Stadt als letztes Bürgerrecht?
Dr. Peter Bartelheimer, Soziologisches Forschungsinstitut (SOFI), Universität Göttingen
www.sofi-goettingen.de

Die Bedeutung der Wissensökonomie – das Wissenschafts- und Technologiezentrum Adlershof
Gerhard W. Steindorf, Adlershof Projekt GmbH, Berlin
www.adlershof.de

Lokale Ökonomie - Gründerzentrum Triple Z, Essen-Katernberg
Dirk Otto, Triple Z AG, Essen
www.triple-z.de

Genossenschaft Gewerbehof Saarbrücker Straße e.G. Berlin
Stefan Klinkenberg, Architekt und Projektentwickler, Berlin
www.gidak.de

Energieeffiziente Stadt- und Gebäudewirtschaft
Prof. Dr. Manfred Hegger, Technische Universität Darmstadt
www.architektur.tu-darmstadt.de/ee

Verbraucherverhalten und Einsparpotenziale / neue Instrumente
Ulrike Hacke / Eberhard Hinz, Institut Wohnen und Umwelt Darmstadt
www.iwu.de

Klimaschutzprogramme in der Region Hannover
Udo Sahling, Klimaschutzagentur Region Hannover
<http://agentur.klimaschutz-hannover.de>

Energetische Gebäudesanierung und Bewohnerakzeptanz
Harald Behmer, WBG Nürnberg GmbH Immobilienunternehmen
www.housinginnovativ.de

Minimum Impact Haus
Hans Drexler, Fachgebiet Energieeffizientes Bauen der Technischen Universität Darmstadt
www.dgj.ch/index071.htm

Die Beiträge der Referenten stehen größtenteils auch als Download auf den Seiten der Schader-Stiftung zur Verfügung:
www.schader-stiftung.de/wohn_wandel/1130.php

Alle Internet-Verweise sind vom 02.09.2008

Impressionen vom Rahmenprogramm



Abendempfang auf der Mathildenhöhe



Magier Roberto Giobbi



Veronika-Todorova-Band

Impressum

Herausgeber:

Schader-Stiftung
Karlstr. 85
64285 Darmstadt
Tel. 06165/ 1759 0
kontakt@schader-stiftung.de
www.schader-stiftung.de

Redaktion:

Gudrun Kirchhoff, Andreas Zäh, Schader-Stiftung

Fotos:

Martin Starl, Frankfurt am Main
Dr. Tobias Robischon, Schader-Stiftung
Manfred Kreische, Köln, Foto S. 131 oben

Lektorat:

Dagmar Lendt, Berlin

Grafische Gestaltung:

Transparent Design Management, Frankfurt am Main

Druck:

Druckerei Ph. Reinheimer, Darmstadt

1. Auflage

Alle Rechte vorbehalten

ISBN 978-3-932736-25-4

Bibliographische Informationen der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

Darmstadt, November 2008

Initiative ZUHAUSE IN DER STADT

Vor dem Hintergrund der komplexen Gestaltungsaufgaben in den Handlungsfeldern Stadtentwicklung und Wohnen haben sich maßgebliche zivilgesellschaftliche Akteure im Ergebnis eines kontinuierlichen Dialogs im Netzwerk ZUHAUSE IN DER STADT zusammengeschlossen. Ziel dieser Kommunikationsplattform ist es:

- auf eine gesamtgesellschaftlich verantwortungsvolle Weiterentwicklung des Leitbildes der Europäischen Stadt als Raum-, Sozial- und Wertemodell hinzuwirken,
- das Zusammenwirken der Partner in den Handlungsfeldern Wohnen und Stadtentwicklung zu befördern,
- zivilgesellschaftliches und wirtschaftliches Engagement zur Stabilisierung und Weiterentwicklung der Städte als attraktive Wohn- und Lebensräume zu aktivieren,
- Impulse für die Weiterentwicklung der nationalen Stadtentwicklungspolitik zu geben.

Die Partner im Netzwerk ZUHAUSE IN DER STADT haben im Bewusstsein ihrer Verantwortung für die Entwicklung der Städte ihre gemeinsamen Ziele in der **Darmstädter Erklärung** (siehe S. 14) zusammengefasst. Sie wollen auf diesem Wege die **Kommunikation** untereinander sowie in die **Zivilgesellschaft** hinein auf eine tragfähige Grundlage stellen.

Mehr als 400 Teilnehmer und 50 Referenten haben bei der bundesweit beachteten Konferenz „Zuhause in der Stadt – Herausforderungen, Potenziale, Strategien“ am 17. und 18. Juni 2008 Strategien, Instrumente sowie konkrete Handlungsansätze zur Stärkung und Weiterentwicklung der Städte erörtert und reflektiert.

Die Konferenz wurde von der Schader-Stiftung in Kooperation mit den für Stadtentwicklung und Wohnen maßgeblichen Verbänden und Organisationen durchgeführt.

Die vorliegende Dokumentation gibt einen Überblick zum aktuellen Stand der Diskussion zur Zukunft des Wohnens und Arbeitens in der Stadt.

Mit fachlicher Begleitung



Mit freundlicher Unterstützung



Medienpartner



Die Konferenz ist ein Pilotprojekt im Rahmen des „Nationalen Strategieplans für eine integrierte Stadtentwicklungspolitik“ des BMVBS / BBR

